



Thomas Benedikter

Der Maoistenaufstand in Nepal

Eine politische Landeskunde Nepals

POLITiS

POLITiS

πολίτης

Politische Bildung und Studien in Südtirol
Centro sudtirolese di formazione e studi politici
South Tyrol's Center for Political Studies and Civic Education

Politische Bildung und Studien in Südtirol
Centro sudtirolese di formazione e studi politici
Zenter de stude y de formazion politica dl Südtirol
South Tyrol's Center for Political Studies and Civic Education

Impressum

Der Maoistenaufstand in Nepal
Eine politische Landeskunde Nepals
Autor: Dr. Thomas Benedikter
Herausgeber: POLITiS - Politische Bildung und
Studien in Südtirol Weinstr. 60 - I-39057 Eppan (BZ)
Tel. +39 324 5810427
info@politis.it
www.politis.it

Version als e-book: Eppan, Januar 2021 © *POLITiS*



Die von POLITiS genutzte Lizenz CC BY-NC-ND 3.0 legt fest, dass die Vervielfältigung und Verbreitung nur dann erlaubt wird, wenn der Name der Autorin bzw. des Autors genannt wird, wenn die Verbreitung nicht für kommerzielle Zwecke erfolgt und wenn keine Bearbeitung, Abwandlung oder Veränderung erfolgt.

Der Verein POLITiS "...verfolgt erzieherische und wissenschaftliche Zwecke aufbauend auf den Grundsätzen der Solidarität und den Grundwerten der Demokratie...Insbesondere fördert der Verein zukunftsfähige Ansätze der demokratischen Partizipation, solidarischer Wirtschaftsformen, sowie der ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit.“ (Art. 2 des Vereinsstatuts)

Inhalt

<i>Einführung</i>	3
1. Blutiger Weg zur „Volksrepublik Nepal	5
2. Genesis einer Guerrillabewegung	27
<i>Exkurs: Gespräch mit dem Chefideologen</i>	44
3. Maos Erben im Himalaya	49
4. Nachwehen der Geschichte	65
5. Nepal: ein Hindustaat?	81
6. Die Dalits - Unberührbarkeit im 21. Jahrhundert	99
7. Maoisten als Befreier der kleineren Völker Nepals?	113
8. Bürokratie und Korruption - Der Frust mit den Parteien	137
9. Hungertod im Himalaya	155
10. Armut- Humus des Aufstands	167
11. Liberalisierung - Der Weg aus der Krise?	175
12. Nepalische Geschlechterverhältnisse	191
13. Das Scheitern der nepalischen Bildungspolitik	205
14. Indien und Nepal - Angst vor dem „großen Bruder“	221
15. Wohin treibt Nepal?	233
<i>Geschichtstafel</i>	248
<i>Anhang</i>	251
<i>Bibliografie</i>	258

Einführung

Nepal war nie ein Eldorado der Menschenrechte. Hinter der märchenhaften Kulisse des Hindu-Königreichs mit seinen kunstvollen Tempeln und bunten Ritualen verbargen sich bis vor kurzem krasse politische Unterdrückung und soziale Diskriminierung. Bis 1990 war Nepal eine absolute Monarchie mit demokratischer Fassade. Der Königsdynastie, die das Land seit der Staatsgründung 1769 beherrscht, musste die pluralistische Demokratie mit hohen Opfern abgerungen werden. Doch allein die neue Verfassung, die freien Wahlen, die demokratischen Freiheiten führten noch nicht zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen der Mehrheit der Nepali, die in armen oder sehr bescheidenen Verhältnissen leben. Vielen Nepali gingen die demokratischen Errungenschaften von 1990 zu wenig weit. Die Ränkespiele der Parteien und das Karusell der kurzlebigen Regierungen lösten immer mehr Frustration aus. Dies rief radikale Gruppen auf den Plan.

„Wir kämpfen für eine echte Demokratie des Volkes“, schreibt Dr. Babu Ram Bhattarai, der Chefideologe der maoistischen Partei Nepals in einem 'Offenen Brief an die ausländischen Nepalbesucher' vom 15. März 2002, „Jeder, der Nepals Geschichte kennt, wird zustimmen, dass die archaische Feudalmonarchie die Hauptursache unserer wirtschaftlichen Rückständigkeit ist, unserer abgrundtiefen Armut, der erschreckenden Ungleichheit und völligen Unterentwicklung. Ihre Abschaffung ist die Mindestvoraussetzung für die Schaffung einer echten politischen und wirtschaftlichen Demokratie“.

Eine kommunistische Volksrepublik nach dem Vorbild des maoistischen Chinas der 50er Jahre als Alternative für das heutige Nepal? Es scheint paradox, dass eine inzwischen geschichtlich diskreditierte Ideologie in anderen Weltgegenden noch die Kraft entfaltet, breite Gruppen der Bevölkerung für einen Volksaufstand zu mobilisieren. Den Maoisten Nepals schien die Zeit dafür am 13. Februar 1996 reif: sie erklärten der Regierung in Kathmandu den „Volkskrieg“.

Seitdem haben fast 7.500 Menschen ihr Leben verloren, Tausende wurden verwundet, verhaftet und gefoltert, Zehntausende sind zu Flüchtlingen im eigenen Land geworden. Tausende strömten im Winter 2002/03 monatlich über die offene Grenze nach Indien auf der Suche nach Sicherheit. Unschätzbar ist der Schaden an öffentlichem und privatem Eigentum, unsagbar das Leid unter den betroffenen Menschen. Sieben Jahre Volkskrieg haben Nepal um viele Jahre zurückgeworfen. Die Brutalität der

Aufständischen hat nichts mit der Bewegung der Landlosen Brasiliens oder dem primär politischen Widerstand der zapatistischen Kleinbauern in Chiapas gemein; auf der anderen Seite kann sich die staatliche Gegengewalt mit den schlimmsten Vorbildern lateinamerikanischer Aufstandsbekämpfung messen. Der Großteil der Opfer sind unbeteiligte oder unbewaffnete Zivilisten, die von Militär und Polizei als „Maoisten“ liquidiert werden.

Das ganze Morden in den Bergen Nepals hat die Schwelle der Aufmerksamkeit der internationalen Medien noch kaum überschritten. Es ist ein Krieg mit täglichen Scharmützeln und häufigen größeren Schlachten mit Tausenden von Kämpfern und über hundert Toten. Doch für die Weltpolitik scheint dieser Bürgerkrieg auch nach sieben Jahren von geringer Relevanz zu sein. Er passt weder in den globalen „Krieg gegen Terror“, noch haben die Großmächte ein besonderes strategisches Interesse an diesem bettelarmen Himalayastaat.

Bei meinem ersten Nepalbesuch war ich tief beeindruckt vom Ausmaß der Unterstützung für die Maoisten und von der Entschlossenheit der Menschen in den maoistisch kontrollierten Gebieten, auf ihrem Weg des gewaltsamen Widerstands zu beharren. Ich hatte Nepal nicht für ein Reich der Harmonie zwischen Ethnien, Religionen und Kasten gehalten. Zu lebendig waren die Berichte über die langen Kämpfe bis zur Wiedereinführung der Demokratie, zu bekannt waren mir als Menschenrechtsaktivisten die menschenrechtswidrigen Praktiken des nepalischen Staatsapparats. Doch für einen Volksaufstand braucht es mehr. Wieviel an Demütigung und Diskriminierung musste diese aufgeschlossene und geduldige Bauernbevölkerung mitgemacht haben, bis das Maß doch eines Tags voll war? Ich traf in Nepals Mittelgebirge auf eine komplizierte Welt zwischen Tradition und Moderne, die sich dem eiligen Reporter nicht erschließt. In mehreren Reisen in die betroffenen Gebiete machte ich mich daran, der Genesis dieser Bewegung nachzuspüren, die nur auf dem Hintergrund der sozialen und politischen Entwicklung Nepals im letzten halben Jahrhundert gedeutet werden kann. Die Ergebnisse dieser Recherche habe ich hier zusammengefasst: es ist der Versuch, auf knappem Raum die wichtigsten Aspekte zu beleuchten, die diesen blutigen Konflikt, die ernsteste Krise Nepals seit der Staatsgründung, mitbedingen.

Thomas Benedikter

Kathmandu, 13. Februar 2003

1. Blutiger Weg zur „Volksrepublik Nepal“



„Ich habe 68 von 75 Distrikten des Landes besucht. Für Ausländer und Wissenschaftler ist dies immer wieder schwer zu verstehen. Es wird Maoisten in Nepal geben, solange in Kathmandu nicht eine andere Politik betrieben wird. Die Maoisten können sich in den schwierigsten Gegenden Nepals bewegen wie Fische im Wasser, sie werden dort weiter leben und wachsen.“

Subodh Raj Pyakurel,
Präsident des *Informal Sector
Services Institute (INSEC)*

1. Blutiger Weg zur „Volksrepublik Nepal“



Bhakimli, das sind zwei Dutzend Gehöfte hoch über dem Myagdi-Tal westlich von Beni. In Beni sitzt eingebunkert das Distrikt-hauptquartier der Polizei und der Armee, doch ihre Patrouillen wagen sich seit einer Schießerei vor drei Monaten nicht mehr hinauf in dieses Dorf. Anscheinend gibt es hier viel Sympathie für die Maoisten, die das

Dorf bewachen. Mein Begleiter und ich werden mit Misstrauen empfangen: er stammt zwar aus der Gegend, ist aber dem örtlichen Maoistenkommando nicht bekannt. Man führt uns gleich in eines der bescheidenen, strohgedeckten Bauernhäuser, ein einziger Raum ohne Rauchfang, wo wir unser Anliegen klären. Die Atmosphäre lockert sich. Bei einem Nepali-Milchtee erzählen uns vier Burschen um die 20, dass sie ständig bespitzelt würden. Nach kurzer Zeit trifft, Gewehr geschultert, der „area commander“ ein, ein gedrungener, etwas älterer Magar, der in Kathmandu studiert hatte und meinen Begleiter aus dieser Zeit kennt. Die Aktionsgruppe in Bhakimli besteht seit 1998 und soll eine Art Brückenkopf für den Distrikt Myagdi bilden. Ihre Aufgabe ist es, „Propagandaaktionen“ in der Gegend durchzuführen und Verbindungswege zum Basisgebiet bis Rukum herzustellen. Der Weg bis Rukum ist weit, aber mit anderen Dorfzellen konnten sie einige „bewaffnete Aktionen gegen die Reaktionäre“ durchführen. „Zuerst habe ich mich in der UML¹ engagiert, doch nach einiger Zeit begriff ich, dass ihre Politik mit Kommunismus nichts mehr zu tun hat. Ohne den Volkskrieg hätten wir gegen dieses System nichts ausrichten können.“ Die jungen Männer sitzen mit uns auf dem Lehmboden, die veralteten Gewehre in der Ecke: „Es gab keinen anderen Weg, etwas zu verändern. Politisch hat man uns gar nicht arbeiten lassen“. Ob sie nicht die militärische Übermacht fürchten? Derzeit könnten sie noch keinen direkten Angriff starten, aber wenn die neuen Schnellfeuergewehre einträfen, werde man sich zu helfen wissen. Mehr ist aus dem Kommandanten nicht herauszuholen. Beim Schein des Feuers diskutieren wir noch über die aktuelle Lage in Kathmandu. Dann geleiten uns die Maoisten zum Dorfende. Tief unten im Tal quält sich ein Armeejep Richtung Tatopani voran.

¹ Die „Communist Party of Nepal (United Marxist Leninist)“ ist heute eine gemäßigte Linkspartei, die zur demokratischen Verfassung steht, schon einmal die Regierung stellte und von den Maoisten als revisionistisch betrachtet wird.

Terror und Gegenterror

Weiter westlich, Richtung Rukum, hallt das Geknatter der Schnellfeuergewehre täglich über diese bewaldeten Berge. Die Kampftruppen der Königlichen Armee durchkämmen seit Ende November 2001 diese unwegsamen Gebiete, um Rebellen einzukesseln. Helikopter mit Nachtsichtgeräten überfliegen die Berge und beschießen versteckte Trainingscamps und Lager der maoistischen Guerrilleros. Sie nehmen alles unter Feuer, was sich bewegt, gleich ob Kämpfer, Träger oder einfache Bauern. Die lakonischen Mitteilungen des Verteidigungsministeriums bringen täglich ganz pauschal die Zahl der Opfer, nicht die eigenen, sondern nur jene der Gegner, angeblich immer allesamt „Maoisten“. Keine identifizierten Zivilisten, keine verwundeten oder gefangenen Aufständischen. Militär und „bewaffnete Polizeitruppen“ haben in diesem Krieg freie Hand.

Die Maoisten haben ihre Camps gut versteckt. Von Basislagern tief in den Wäldern starten sie Blitzangriffe mit hunderten, manchmal über tausend Kämpfern, überfallen Armeestützpunkte und Polizeiaußenposten, die zu Festungen ausgebaut worden sind. Sie legen Armeetransporten Hinterhalte und greifen Flughäfen an. Zurück bleibt eine Spur der Zerstörung, Dutzende toter Soldaten und Polizisten, aber meist auch hohe eigene Verluste. Kapillar übers Land verstreut setzen die Maoisten Nadelstiche gegen den „Feind“. Unzählige öffentliche Einrichtungen wurden gesprengt und vermeintliche Klassenfeinde ermordet: Sicherheitskräfte außer Dienst, Politiker und Mitarbeiter der großen Parteien, Grundbesitzer, aber auch bloß einfache Lehrer und Bauern, die sich nicht sofort der Erpressung und Einschüchterung der Maoisten beugten. Sie bestrafen Abweichler oder ehemalige Unterstützer, die sich öffentlich den Sicherheitskräften ergaben; sie ermorden Menschen, die keine andere „Schuld“ haben, als in irgendeiner Funktion vom Staat entlohnt zu werden, und sei es nur der einfachste Forstarbeiter. Nicht Mao Tse Tung, sondern Pol Pot ließ mit einer solchen Blutspur grüßen.

Inzwischen hat die Guerrilla auch die Städte erreicht. Ende 2002 vergeht keine Woche im Kathmandutal ohne Anschläge. Meist kleinere Bomben - „Sockenbomben“ oder „Schnellkochtopfbomben“ sind beliebt - explodieren in öffentlichen Gebäuden oder Einrichtungen der „reaktionären Kräfte“. Getroffen hat es dabei meist unbeteiligte Zivilisten. In der Hauptstadt werden ab Einbruch der Dunkelheit an allen wichtigen Ecken Kontrollposten mit Soldaten und Polizisten postiert. Im Jänner 2003 hat ein maoistisches Kommando den höchsten Polizeichef des Landes mitten in Kathmandu erschossen. Doch am

meisten leidet die Bevölkerung in den Kampfgebieten im mittleren Westen des Landes. Keine revolutionäre Rhetorik kann über das humanitäre Desaster hinwegtäuschen, das Nepals Maoisten angerichtet haben.



Barbarei

„.....Die Menschenrechtskommission begab sich dann von Nepalganj, dem Nervenzentrum der Aufstandsbe-kämpfung, nach Khara in Rukum, wo im Mai 2002 Soldaten einen großen Maoistenangriff abgewehrt hatten. Die Regierung hatte berichtet, in Satbaria 92 Leichen geborgen zu haben. Aber die lagen immer noch auf dem

Schlachtfeld, die meisten zur Unkenntlichkeit reduziert, nur wenige in Kampfuniform. Noch besorgniserregender war, dass der Distriktspräsident nach einer Woche noch nicht vor Ort gewesen war. Als Auskunft bekamen wir zu hören, dass die bewaffnete Polizeitruppe APF für die Toten zuständig sei. Das Polizeigesetz sieht vor, dass alle nicht identifizierten Toten oder bei Zwischenfällen Getöteten einer Autopsie unterzogen werden müssen und eine Dokumentation erstellt wird. Internationale Konventionen verpflichten uns, die Leichen den Angehörigen zu übergeben. Aber wer hier erschossen wurde oder gefallen ist, wurde einfach zur Verwesung liegen gelassen. Ich habe noch nie erlebt, wie Menschen in einer solch unwürdigen Weise behandelt werden.“

Sushil Pyakurel, Mitglied der Nationalen Menschenrechtskommission NHRC

Die staatliche Repression ist noch weniger zielgenau: bei Operationen in den von Maoisten kontrollierten Gebieten gehen die Sicherheitskräfte anscheinend davon aus, dass potenziell jeder ein Maoist ist. Im Zweifelsfall wird sofort das Feuer eröffnet. Ob das Opfer tatsächlich ein Kämpfer war und die Armee bedrohte, muss nie nachgewiesen werden. Amnesty International geht in seinem letzten Report zur Lage in Nepal vom 19.12.2002 davon aus, dass die Hälfte der von Armee und Polizei getöteten „Maoisten“ keine aktiven Kämpfer waren. Die Sicherheitskräfte operieren außerhalb der Menschenrechtskonventionen, die Nepal ratifiziert hat. Humanitäres Völkerrecht und Kriegsrecht sind zu Lippenbekenntnissen degeneriert. Verschwindenlassen und extralegale Hinrichtungen nach Entwaffnung und Gefangennahme, Entführung von Verdächtigen und ihre Folterung, unterlassene Hilfeleistung und Behinderung des Abtransports von Verwundeten: das gesamte Repertoire an Instrumenten der Aufstandsbe-kämpfung, bekannt aus den US-betriebenen Anti-Guerrilla-Schulen

in Lateinamerika, ist plötzlich in den Himalayatalern Nepals gang und gäbe.



Die Pressefreiheit ist eingeschränkt worden.

Zwar sammeln nepalische Menschenrechtsvereinigungen wie das INSEC (*Institute for Informal Sector Services*) und das HURON (*Human Rights Organization of Nepal*) die Angaben Betroffener, auch der Familien der Opfer, doch haben sie oft keine Möglichkeit, diese Informationen vor Ort zu überprüfen. Wenn die Armee und die *Armed Police Force* (APF) ausrückt, sind die Zivilisten in den Operationsgebieten Freiwild und im Zweifelsfall war hinterher jedes Opfer ein „Maoist“.

Das staatliche Fernsehen bringt keine abweichende Sicht der Dinge und die wenigen Privatsender üben sich in Selbstzensur. Als die Regierung Ende November 2001 mit der Ausrufung des Ausnahmezustands die Presse- und Meinungsfreiheit einschränkte, war kritischer Journalismus in Nepal zum Risiko geworden. Viele Journalisten linksgerichteter Magazine landeten im Gefängnis und verbrachten lange Monate der Internierung ohne Prozess. Zu Spitzenzeiten, während des Ausnahmezustands vom November 2001 bis zum August 2002, saßen 130 nepalische Journalisten ein. Viele wurden gefoltert, einige verschwanden spurlos, ein Journalist starb in der Haft an den Folgen der Folter.

Seit die Maoisten zur Terrororganisation erklärt worden sind, sind Berichte zum Volkskrieg aus der Sicht der Guerrilleros unzulässig und maoistische Stellungnahmen werden kaum mehr abgedruckt. Die kritische Presse wurde verboten. Auch nach der Aufhebung des Ausnahmezustands im August 2002 blieb der Großteil der Medien bei dieser Art von Selbstzensur.

Die „Klassenfeinde“

Major Mohan Khatri, 45, hatte eine glänzende Zukunft in der Royal Nepal Army vor sich. Doch fand er den militärischen Alltag zu begrenzt, die Hierarchie zu rigide und viele militärische Methoden zweifelhaft. Deshalb zog sich Major Khatri vorzeitig zurück, nachdem er zwei Jahre in der US-Academy in Fort Leavenworth (Kansas) als Offizier ausgebildet worden war und drei weitere Jahre in einem nepalischen Kontingent einer UN-Friedenstruppe im Süden Libanons gedient hatte. Er widmete sich ganz der Verwirklichung seines Traums, eine Touristenherberge in den Bergen von Jiri aufzubauen. Ein Jahr lang suchte er, bis er den richtigen Platz gefunden hatte: ein Grundstück in Mude in einem Pinienwald auf einem Südhang auf 2.800 Meter Höhe, direkt am Jiri Highway, mit einer wunderbaren Sicht auf den Jugal Himal im Norden. Khatri nahm einen Bankkredit auf und baute eine rustikale Herberge nach eigenen Entwürfen. 1997 war sie fertig und wurde zu einer beliebten Unterkunft für Trekker auf dem Weg von Jiri nach Lukla im Everestgebiet.

Mohan Khatri's Glück dauerte bis zur Nacht des 24. Oktober 2002, als eine Gruppe bewaffneter Maoisten in sein Haus eindrang, ihn ins Freie zerrte und mit Khukhuri-Dolchen tötete. Seine Leiche fand man am nächsten Tag unter einem Haufen Gestrüpp. Als die Journalisten drei Tage später nach Mude kamen, waren die Angestellten und die ganze Dorfgemeinschaft noch wie unter Schock. Der 45-jährige Major war nicht zuletzt wegen seines sozialen Einsatzes beliebt gewesen. Er half bei der Renovierung von drei Schulen, die 35 Mädchen den Schulbesuch ermöglichen. Er arbeitete an der Errichtung eines Gesundheitspostens mit einem Mutter-Kind-Zentrum mit, das Anfang November 2002 eröffnet werden sollte.

Khatri wusste von der Gefahr. Schließlich waren die Maoisten auch schon bei ihm gewesen und hatten die „Revolutionssteuer“ verlangt. Er versuchte, zwischen den Maoisten und der Armee, die in Jiri stationiert ist, eine neutrale Rolle einzunehmen. Er wollte nichts mehr mit Politik zu tun haben und hoffte, dass sein soziales Engagement und die Solidarität der Dorfbewohner ihn schützen würden. Vergebens.

(aus *Nepali Times*, Dezember 2002, Übersetzung: Hanna Battisti)

Die Zivilbevölkerung in der Falle

Die Dorfbevölkerung der Distrikte des mittleren Westens befindet sich in der Falle zwischen der Armee und den Rebellen. Die Maoisten wollen ihre Nachschubwege sichern und die „befreiten Gebiete“ konsolidieren. Sie bedrängen die Bauern mit Forderungen nach Lebensmitteln und Unterkünften und rekrutieren die kampffähigen Jugendlichen direkt von der Schule weg. Die Soldaten kämpfen seit November 2001 im Kernland der Guerrilla, mit oft wenig Erfahrung, unzureichender Ausrüstung und geringer Ortskenntnis. Die

militärische Aufklärung war bisher einer der großen Schwachpunkte der Armee. Die Maoisten kontrollieren nachts ganze Distrikte und wichtige Verbindungswege. Bei Tag gewinnt die Armee eine brüchige, punktuelle Kontrolle zurück.



Flüchtlinge aus dem Distrikt Rolpa

Rund um die umkämpften Distrikte Nepals hat der Volkskrieg eine Masse von intern Vertriebenen geschaffen. Auch ins Ausland, vor allem nach Indien, sind noch nie so viele Menschen aus dem Konfliktgebiet geflüchtet wie in diesen Wintermonaten 2002/03. Die Polizei hat in vielen Distrikten alle Außenposten abgebaut und sich in Festungen in die Distrikthauptstädte zurückgezogen. Als erste flüchteten die Regierungsangestellten, dann die Aktivisten der demokratischen Parteien und die gewählten Repräsentanten. Auch viele Jugendliche versuchen sich der Zwangsrekrutierung durch die Maoisten zu entziehen. Die Armee setzt immer mehr auf eine Strategie der Aushungerung des Aufstands. Lebensmittelnachschub und andere wichtige Güter des täglichen Gebrauchs dürfen nicht mehr in die Aufstandsgebiete geliefert werden, um ihre Erbeutung durch die Maoisten zu verhindern. Diese drangsalieren die Zivilbevölkerung, um ihren Nachschub zu sichern, doch für alle reicht es schon zu Friedenszeiten in diesen armen Berggebieten nicht. Zum Krieg gesellt sich der Hunger, die blanke Existenznot. Oft bleibt nur mehr die Flucht.

Wie konnte es soweit kommen?

In diese Sackgasse geriet Nepal schon in den ersten 90er Jahren, als eine Gruppe linksextremer Politiker mit dem „System“ brach und den Weg für einen Massenaufstand bereitete. In den schwer zugänglichen Bergdistrikten des Mittleren Westens - Rolpa, Rukum, Jajarkot und Salyan - hatte die von Maoisten dominierte *Samyukta Jana Morcha* (Vereinigte Volksfront) ihre traditionellen Hochburgen. Bereits vor der Erklärung des maoistischen „Volkskriegs“ im Februar 1996 waren maskierte Aktivisten der CPN (Maoist) mit maoistischen Slogans durch Bergdörfer gezogen, hatten „Klassenfeinde“ geschlagen und Dorfvorsteher ermordet. Sie plünderten und sprengten Häuser von Politikern. Die Polizei antwortete mit regelrechten Strafexpeditionen, doch die Einschüchterungskampagnen der Regierungsparteien erreichten das Gegenteil des Bezweckten. Eine völlig überzogene staatliche Gewalt trieb zehntausende arbeitsloser, armer Jugendlicher in die Arme der Maoisten, deren militärisches Rückgrat sie heute noch bilden. „Als wir nach 1991 noch im Parlament vertreten waren, hat die Regierung von G.P. Koirala Staatsterrorismus barbarischer Art gegen unsere Aktivisten begangen. So waren wir zum Widerstand gezwungen. Heute wo die Armee gegen uns mobilisiert worden ist, müssen wir das Volk verteidigen“, rechtfertigt der Maoistenführer Prachanda die Guerrilla (*The Times of India*, 3.12.2001).



Zerstörungen der Armee im mittleren Westen

In diesen Jahren hatte sich in Nepal allgemein wachsende Frustration über die Entwicklung der jungen Demokratie breitgemacht. Die tiefen strukturellen Ungerechtigkeiten, die Armut und die Unfähigkeit der Parteien, die sozialen und wirtschaftlichen Probleme des Landes anzugehen, ergaben einen höchst fruchtbaren Humus für Gewaltbereitschaft. Genau darauf setzten die maoistischen Kommunisten. In den Bergen von Rukum und Rolpa formierte sich die Volksbefreiungsarmee unter dem Kommando des Revolutionsführers Prachanda, mit richtigem Namen Pushpa Kamal Dahal. Vom gebirgigen Land her sollten gemäß der Devise des erfolgreichen Volkskriegs der chinesischen Kommunisten (1927-1949) die Städte, die Zentren der Macht, umzingelt und zermürbt werden. Nepal sollte sturmreif geschossen werden für eine „neue demokratische Revolution“, die Schluss machen sollte mit Korruption, Armut und Ausbeutung der Landbevölkerung in halbfeudalen Strukturen und der Diskriminierung ganzer Bevölkerungsgruppen. Und dafür war und ist Prachandas Genossen jedes Mittel recht: von Erpressung, Entführung, Folter, Geiselnahme, Bankraub und Rekrutierung von Minderjährigen bis hin zur bestialischen Ermordung einzelner als „Klassenfeinde“ und wahllosem Bombenterror in den Städten. Nepals Maoisten scheint jedes Mittel recht zu sein.

Vom lokalen Scharmützel zum Flächenbrand

„Machen wir uns auf den Marsch des Volkskriegs, um den reaktionären Staat zu zerschlagen und einen neuen demokratischen Staat zu errichten!“ Mit diesem Aufruf erklärte die *Communist Party of Nepal (Maoist)* am 13. Februar 1996 dem Staat den „Volkskrieg“. Verlautbartes Ziel: den kapitalistischen Staat abzuschaffen, den Imperialismus aus dem Land drängen und die feudalistischen Strukturen endgültig zu zerstören. Eine längerfristige Guerrilla sollte Basisgebiete schaffen, dann die Städte umzingeln und schließlich die Macht in Kathmandu übernehmen.

Es gab gute Gründe für die Maoisten, den bewaffneten Aufstand von den Berggebieten des mittleren Westens aus zu starten. Die dortige Topografie ist wie geschaffen für einen Guerrillakrieg. Die Wirtschaft und Gesellschaft dieser Region ist relativ unabhängig und isoliert von den Zentren des Landes. Subsistenz-Kleinbauern bilden über 90% der Erwerbstätigen. Bei der staatlichen Unterstützung und ausländischen Hilfe war die Region stark vernachlässigt worden. Die Bevölkerung scheint sich selbst überlassen zu sein, ist sich aber ihrer Randständigkeit und Armut gegenüber dem Zentrum bewusst. Soziale Konflikte im mittleren Westen sind zwar weniger scharf als im Terai, doch gibt es eine klare soziale Diskriminierung sowohl innerhalb der Hindu-Kasten als



Parade der Volksbefreiungsarmee in Rukum

auch zwischen den Angehörigen der Kastenbevölkerung (Bahun, Chhetri, Thakuri und Berufskasten) und den kleineren Völkern wie etwa den Magar und Tamang.

Welche Strategie verfolgen die Maoisten in ihrem Volkskrieg? Ausgehend von Mao Tse Tungs Doktrin sollen „drei magische Waffen der Revolution“ Nepals Maoisten zu militärischer und politischer Macht verhelfen: „Die Partei, die Volksbefreiungsarmee und die Vereinigte Revolutionäre Volksfront (*United Revolutionary People's Council URPC*) werden Nepal zum ersten proletarischen Staat des 21. Jahrhunderts machen“, schrieb Prachanda in *The Worker* im Jänner 2002. Die militärische Strategie zielt auf den Aufbau von Basisgebieten („befreiten Gebieten“), die immer mehr ausgedehnt werden sollen, um dann als Sprungbrett zur Einkesselung der Städte und zur endgültigen Machtübernahme zu dienen. Die klassische Guerillastrategie gründet auf ständiger Einsatzbereitschaft, auf Mobilität bei bester Kenntnis des Kampfgebiets und auf Überraschungsangriffen. „Schlag zu und hau ab“ ist die Essenz dieser Taktik, oder mit Maos Worten: „Ziehe dich zurück, wenn der Feind vordringt; bedränge ihn, wenn er stoppt; schlage zu, wenn er Schwächen zeigt und verfolge ihn, wenn er sich zurückzieht.“² Hinterhalte und

² Zedong Mao, *Problems of Strategy in a Guerrilla War against Japan*, 1938

Überraschungsattacken mit einer Übermacht an Kämpfern, Mobilität und Sicherheit für die Basisgebiete sind Kernelemente der nepalischen Guerrilla in diesem jetzt siebenjährigen Volkskrieg. Dabei wurde ein Großteil der Waffen und Munition der Polizei und Armee bei Überfällen abgenommen.

Der auf längere Zeit angelegte revolutionäre Kampf folgt, im Zuge des stetigen Zugewinns an kontrolliertem Territorium, drei strategischen Stufen:

1. die strategische Verteidigungsstufe (Defensive)
2. die Gleichgewichts- oder Pattstufe (Gleichgewicht)
3. die strategische Angriffsstufe (strategische Offensive)

In der „*Strategie der neuen demokratischen Revolution*“ von 1938 warnt Mao Tse Tung vor einem übereilten Verlassen der ersten Stufe und unterstreicht nicht nur die Bedeutung des sich lang hinziehenden Guerrillakriegs, sondern auch die der Entwicklung von Basisgebieten und dem Aufbau von Selbstvertrauen. Nepals Maoisten scheinen diesem Rezept Rechnung zu tragen.

Der Volkskrieg begann in den sechs westlichen Distrikten Rukum, Rolpa, Jajarkot, Salyan und Gorkha sowie in Sindhuli im Osten. Am ersten Tag überfielen die Maoisten mehrere Polizeistationen, besetzten das Büro des *Small Farmers' Development Project* und gaben die dort gelagerten Landbürgschaften der Landwirtschaftlichen Entwicklungsbank an die Kreditnehmer zurück. In der ersten „defensiven Phase“ führten die Maoisten 6.000 „Volksaktionen“ durch. Nach Angaben der Führung war dies der „Erste Plan der Vorbereitungsphase“ für die strategische Verteidigung. Als die Angriffe der maoistischen Guerrilleros in Rukum und Rolpa begannen, hielten weite Teile des politischen Establishments in Kathmandu diesen Aufstand für ein bloßes Problem der lokalen Polizei. Es sollte anders kommen.

Militär in Liwang, Distrikt Rolpa



Während des „Zweiten Plans“ von März 1996 bis Juni 1997 ging es darum, die „Organisation des Volkskriegs zu entwickeln“ und „ausgewählte Feinde zu eliminieren“. Dabei konnten die Maoisten die Kontrolle über kleinere Gebiete erreichen und viele Waffen und Finanzmittel erbeuten. Unter dem „Dritten Plan“ von Juni 1997 bis September 1998 dehnte sich die Guerrilla weiter aus.

Die ersten Volkskomitees als lokale Gegenregierungen wurden ausgerufen. Die

Mitglieder dieser Komitees übernahmen damit die Rollen der geflüchteten offiziellen Regierungsvertreter und begannen, nach eigenen Regeln und Gesetzmäßigkeiten zu regieren. Die vom *Nepali Congress* geführte Regierung Deuba antwortete mit massiven Polizeioperationen. Eine 1997 von den Reformkommunisten der *CPN (UML)* geduldete Minderheitsregierung der RPP gab der Polizei breite Mittel zur Bekämpfung der „Terroristen“ in die Hand.

Im Februar 1998 gaben die Maoisten die Existenz einer „Zentralen Militärkommission“ bekannt. Fast gleichzeitig dazu organisierten sechs indische Organisationen in Delhi eine Großdemonstration unter dem Motto „Solidaritätsforum für die Unterstützung des Volkskriegs in Nepal“. Zur Bekämpfung des sich ausweitenden Aufstands lancierte die nepalische Regierung eine Polizeikampagne unter dem Codenamen „Kilo Sierra Two“. Eine undisziplinierte Polizeitruppe, die über die Maßen politisiert worden war; eine politische Führungsschicht, die nur auf die militärische Option setzte; eine Intelligentsia und Medienwelt, die von den Sicherheitskräften für die wachsenden Menschenrechtsverletzungen keine Rechenschaft verlangte: diese Mischung wurde zum Bumerang für den Staat. In 18 Distrikten zog die Polizei 18 Monate lang diese Kampagne durch. Das Leid, das in diesen Gebieten angerichtet wurde, führte den Maoisten Tausende neuer Kämpfer zu. Der Volkskrieg weitete sich aus.



Die Polizeistation Lamahi nach Überfall



Bei Maoisten beliebt: die „Sockenbomben“

Der „4. Plan“ begann am 27. Oktober 1998 unter dem Slogan „Lasst uns den großen Weg zur Errichtung von Basisgebieten einschlagen“. Der im August 1999 herausgegebene „Fünfte Plan“ stellte vor allem darauf ab, die Basisgebiete im mittleren Westen als Kernland der Bewegung zu konsolidieren. Entsprechend der Theorie Mao Tse Tungs betrachtete die maoistische Führung die ersten drei Phasen des Volkskriegs 1999 für beendet und rief die „Phase der Bildung von Basisgebieten“ aus. Im Februar 1999 wurde die Existenz einer regulären

Volksarmee bekannt gegeben. Von nun an erhöhte sich das Ausmaß und die Frequenz militärischer Aktionen beträchtlich. Hatten vorher Angriffe in vielleicht 8-10 Distrikten stattgefunden, erhöhte sich die Zahl jetzt auf 20. Nach der Ermordung des Politbüromitglieds Suresh Wagle in Gorkha führten die Maoisten gleichzeitige Angriffe in 25 Distrikten durch, um ihre militärische Stärke zu beweisen.



Bauern demonstration im mittleren Westen

Im Februar 2000 erklärten die Maoisten, dass von den insgesamt 75 Distrikten nur noch neun nicht unter ihrer „direkten Einwirkung“ standen. Anfang 2003 wiesen gut zwei Drittel Nepals dauerhafte maoistische Präsenz auf. Im Juli 2000 sollte, laut „6. Plan“, die Phase der Bildung der Basisgebiete abgeschlossen sein. Die Armee reagierte bereits mit der Verlegung von Truppen in 16 Distrikthauptstädte, griff aber noch nicht ein. Diese Phase vom Juli 2000 bis zum Februar 2001 gipfelte in der 2. Nationalen Konferenz unter dem Generalmotto „Aufstehen zu neuen Höhen des Guerrillakriegs und Widerstands des Volkes“. Nach der Planung der maoistischen Führung sollte im Februar 2001 die erste Stufe des Volkskriegs, die „strategische Verteidigungsstufe“ mit der Bildung von Basisgebieten abgeschlossen sein. Doch angesichts des militärischen Erfolgs und der breiten Unterstützung unter der ländlichen Bevölkerung änderte die 2. Nationale Konferenz die Kriegsstrategie und verkün-

Die militärische Stärke der Maoisten

Es gibt keine zuverlässigen Zahlen zur militärischen Stärke der Maoisten. 2001 schätzte man die Stärke der Volksbefreiungsarmee auf 5000-6000 Mann. Dazu gesellen sich rund 10.000 Milizangehörige, die nicht im Vollzeiteinsatz stehen. Diese Kämpfer werden angeblich von ehemaligen Gurkha-Soldaten, die der britischen oder indischen Armee angehörten, ausgebildet. Die Guerrilleros sind mittlerweile im ganzen Land präsent mit drei Hauptaufgaben: Kampf, Sabotage und Propaganda. Gesteuert wird die Guerrillaarmee von der „Zentralen Militärkommission“. Die Rekrutierung erfolgt über die Distriktmilitärkommandos auf Ebene der Dörfer. Die Waffen der Guerrilleros stammen vor allem aus Angriffen auf die Polizei und Armee. Diese Angriffe verfolgen drei Hauptziele: die Erbeutung von Waffen, Rache und die Vertreibung der Sicherheitskräfte aus dem betroffenen Gebiet. Die Maoisten haben Polizisten im Wesentlichen nach Kriegsrecht behandelt: Verwundete erhielten medizinischen Beistand; sie wurden verschont, wenn sie sich ergaben. Gefangene Polizisten wurden nach einiger Zeit auch freigelassen oder ausgetauscht.

Der Schlüssel für den militärischen Erfolg der Maoisten liegt in der Fähigkeit, immer mehr Kämpfer zu mobilisieren und die Unterstützung der Landbevölkerung zu halten. Sie können sich frei bewegen und stehen untereinander in Kontakt. Inzwischen sind sie in der Lage, nicht nur in ihren Kerngebieten, sondern in allen Distrikten komplexe Operationen durchzuführen. Auch in Kathmandu sind Aktionskommandos präsent, wie es die Ermordung des Chefs der APF-Polizeitruppe im Jänner 2003 beweist. Die Maoisten möchten eine militärische Pattsituation mit der Königlichen Armee erreichen. Ihr Hauptschwachpunkt ist die geringere Effizienz ihrer Bewaffnung und die Luftüberlegenheit der Armee.

dete den nach ihrem Oberkommandanten benannten „Prachanda-Pfad“. Dieser bestand in der Fusion der bisher verfolgten chinesischen Strategie des auf lange Zeit angelegten Volkskriegs durch Einkreisen der Städte vom Land her mit dem sowjetischen Modell des allgemeinen bewaffneten Aufstands.

Ziel des Prachanda-Pfades ist es, zunächst Basisgebiete in den Dörfern zu bilden, und von diesen Gebieten aus eine allgemeine Volkserhebung zum Sturz der Regierung zu provozieren. Somit war klar, dass die maoistische Volksbefreiungsarmee den Kampf mit der Königlichen Armee aufnehmen wollte und Kampfzellen auch in den Städten, vor allem in Kathmandu, anlegen wollte. Mit der späteren Terrortaktik wich man allerdings von Maos Volkskrieg weit ab. Mao war der Auffassung, dass Revolutionen in der Dritten Welt von sicheren Basisgebieten durch Langzeitkriege gewonnen werden konnten. Erst nach 22 Jahren Guerrilla ergriff seine Kommunistische Partei die Macht in Peking.

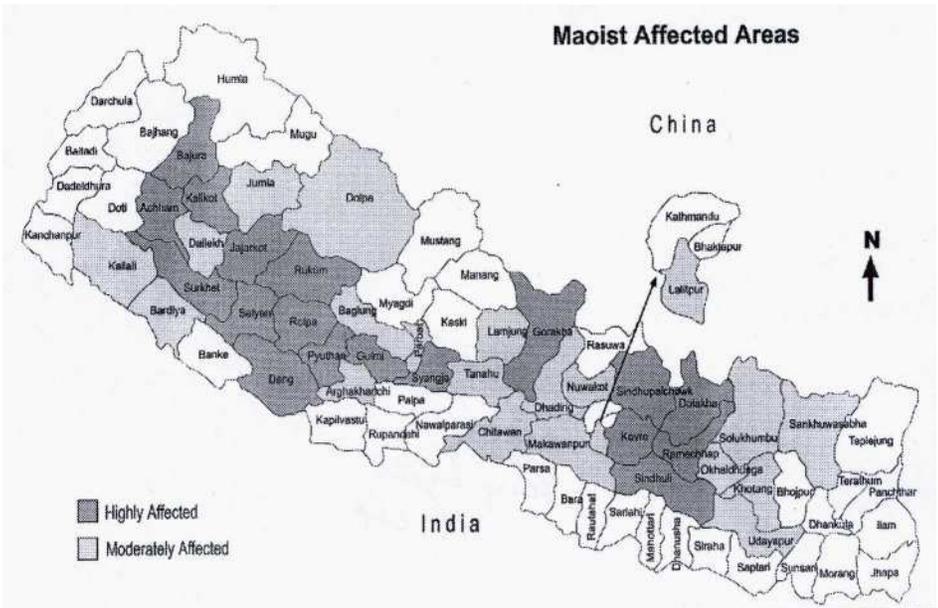


Verwundete Soldaten werden ins Militärhospital von Kathmandu gebracht.

Das Massaker an der Königlichen Familie am 1. Juni 2001 kam völlig überraschend. Auf den ermordeten König Birendra folgte sein Bruder Gyanendra. Die Maoisten deuteten es als ein Komplott von Indien- und USA-freundlichen Kräften und forderten die sofortige Bildung einer Interimsregierung, eine neue Verfassung und die Umwandlung Nepals in eine Republik. Im Juli 2001 löste Sher Bahadur Deuba G.P. Koirala als Premierminister ab. Unter dem Eindruck des Massakers einigten sich Regierung und Maoistenführung auf einen Waffenstillstand und auf den Beginn von Friedensverhandlungen. Mit Hilfe neutraler Vermittler kamen drei vielversprechende Verhandlungsrunden zustande. Schon schien in einzelnen Bereichen ein Kompromiss in greifbare Nähe zu rücken. So verzichteten die Maoisten auf die Forderung nach sofortiger Abschaffung der Monarchie, beharrten aber auf der Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung. Die Regierung meinte dagegen, dass wesentliche Forderungen der Maoisten durch bloße Änderungen der Verfassung erfüllt werden konnten. Die Maoisten sollten auf parlamentarischer Ebene mitarbeiten können. Eine Mitarbeit auf parlamentarischer Ebene schloss die maoistische Führung dagegen immer wieder aus.

Mittlerweile wurde eine für den 21. September 2001 geplante Großdemonstration der Maoisten in Kathmandu wohl unter dem Eindruck der

Terroranschläge vom 11. September verboten. Danach schien sich auch das allgemeine politische Klima gegen die Aufständischen zu wenden. König Gyanendra ließ durchblicken, eine schärfere Gangart gegen die Maoisten einlegen zu wollen. Ganz plötzlich am 23. November 2001 brachen die Maoisten alle Kontakte zur Regierung ab und schlugen kurz darauf mit einem Großangriff auf Polizeistationen im ganzen Land militärisch los. Dutzende Polizisten kamen ums Leben, die Öffentlichkeit war schockiert. Nun konnte die Königliche Armee nicht anders als in den Konflikt einzutreten. Die Regierung rief den Ausnahmezustand aus und erklärte die Maoisten zur terroristischen Vereinigung. Warum hatten die Maoisten den Waffenstillstand gebrochen? „Statt auf unsere Vorschläge zur Bildung einer Interimsregierung und zur Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung einzugehen, damit das Volk über Monarchie oder Republik entscheiden kann,“ schreibt Maoistenführer Prachanda, „hat die Regierung Deuba weiter aufgerüstet und friedliche Massenkundgebungen verboten.“



Einflussgebiete der Maoisten, 2002

Damit hat die Regierung selbst die Tür für weitere Friedensgespräche zugeschlagen.“ (*The Times of India*, 3.12.2001). Erst wenn das Recht des Volkes auf Selbstbestimmung respektiert werde, sei man zu neuen Gesprächen bereit.

Das Eingreifen der Armee ließ die Zahl der Opfer gewaltig in die Höhe schnellen. Allein in einem Jahr nach dem Ausnahmezustand wurden 3.960 Maoisten getötet, während in den ersten 5 Jahren des Volkskriegs „nur“ 1.800 Menschen umgekommen waren. Durch die Hand von Maoisten kamen in diesem ersten Jahr des Ausnahmezustands 972 Menschen um. Der Ausnahmezustand wurde im Februar 2002 vom Parlament verlängert, dann aber wuchs dessen Skepsis, der Armee freie Hand in der Bekämpfung der Aufständischen zu geben. Als Ende Mai 2002 das Parlament mit den Stimmen eines Teils der Regierungspartei die weitere Verlängerung des Ausnahmezustands verweigerte, löste der Premierminister das Parlament auf und eine Staatskrise aus. An eine Durchführung der von Deuba für November 2002 anberaumten Parlamentswahlen war in den vom Volkskrieg erfassten Distrikten nicht zu denken. Die Spaltung der Regierungspartei, ein Premier ohne Vertrauen des Parlaments, die ausufernde Korruption, neue Großangriffe der Maoisten und die Unmöglichkeit von Neuwahlen führten zu einem politischen Schwebezustand.

In dieser Situation griff am 4. Oktober 2002 König Gyanendra ein, was die Maoisten als „neuen Königsputsch“ bezeichneten. Wie andere Politiker unterstellen auch sie dem König, Drahtzieher eines Komplotts gegen seinen Bruder gewesen zu sein. In einem von den großen Parteien und vielen Verfassungsrechtlern als verfassungswidrig betrachteten Schachzug entließ er den Premierminister Deuba wegen Inkompetenz und beauftragte einen früheren Panchayat-Politiker, Lokendra Bahadur Chand, mit der Bildung einer neuen überparteilichen Übergangsregierung. Obwohl eine militärische Lösung des Konflikts nicht absehbar war, verstärkte die neue Regierung die Aufstandsbekämpfung. Die für November 2002 angesetzten Parlamentswahlen wurden auf unbestimmte Zeit verschoben. Den Maoisten wurden zwar Verhandlungen angeboten, aber Armee und Polizei gleichzeitig mit ausländischer Unterstützung massiv aufgerüstet.

Die Opposition, die großen Parteien, die Organisationen der Zivilgesellschaft demonstrierten gegen diesen Vorstoß des Königs, der jedoch die Mehrheit des Volkes hinter sich zu haben scheint. Die Nichtregierungsorganisationen und die Vertreter der Geberländer kritisierten heftig die militärische Kampagne. Die massiven Menschenrechtsverletzungen der Sicherheitskräfte waren nicht mehr zu leugnen. Kritik an der Vorgangsweise der Regierung in der Aufstandsbekämpfung mit den zahllosen Opfern unter der Zivilbevölkerung kam jetzt zunehmend auch aus dem Ausland. Die EU beanstandete die Exzesse der Armee und die Botschafter der wichtigsten Geberländer zeigten sich besorgt über die Entwicklung der Menschenrechtslage. Dies hinderte die USA,

Wer sind die „Sicherheitskräfte“ Nepals?

Die Sicherheitskräfte bestehen aus der nepalischen Polizei, den neu aufgebauten *Armed Police Force* (Bewaffnete Polizeitruppe) und der königlichen Armee. Die Polizei ist das schwächste Glied. Die meisten Polizeiposten auf dem Land wurden abgebaut; sie sind schlecht bewaffnet und ausgebildet und wurden vielfach Opfer der Maoisten. Diesen Nachteil sollte die neue paramilitärische APF ausgleichen, die mit besserem Training und Bewaffnung gegen die Maoisten vorgeht und für die hunderten ermordeten Polizisten oft blutige Rache nimmt. Die APF verfügt über 10-12.000 Männer.

Seit November 2001 ist die 55.000 Mann starke Armee die stärkste Macht im Feld. Sie verfügt über schwere Waffen und bessere Logistik, doch fehlt noch die ausgefeiltere Waffentechnik zur Aufstands-bekämpfung, vor allem Helikopter und Nachtsicht-geräte. Neue Waffenlieferungen sind schon unterwegs. Für die Aufstandsbekämpfung sind aber nur 43.000 Mann einsatzfähig, nicht mehr als 600 pro Distrikt. So konzentriert man sich auf die Verteidigung der Distrikthauptstädte.

Die Armee wird traditionell von Leuten des Rana-Thakuri-Clans geführt, die loyal zur Monarchie stehen, ja sogar mit der Shah-Dynastie verschwägert sind. Im ersten Jahrzehnt der Demokratie stand die Armee den Parteipolitikern eigensinnig gegenüber und beobachtete die Politisierung der Polizei mit Skepsis. Angesichts der wirren Ränkespiele im Parlament standen die Militärs umso treuer zu ihrem formellen Oberkommandierenden, dem König. Diese Oberbefehlsmacht des Königs geht zurück auf die Zeit König Tribhuvans in der 50er Jahren, der eine Division zu seinem Schutz in den Königspalast verlegte. König Mahendra konnte auch dank dieser Regelung 1960 putschen.

Gemäß der neuen Verfassung von 1990 untersteht die Königliche Armee dem nationalen Sicherheitsrat, gebildet aus König, Premier- und Verteidigungsminister. Heute besteht der Nationale Sicherheitsrat aus dem König und den von ihm ausgesuchten Premier- und Verteidigungsminister.

Großbritannien, Belgien, Indien und Israel nicht daran, neue Waffenlieferungen und Militärhilfe zuzusagen. Die USA unterstützen Nepal nicht nur mit Waffen, sondern auch mit Training von Armeeeinheiten in Anti-Guerrilla-Operationen. Im weltweiten Klima des „Kriegs gegen den Terror“ fiel es der Regierung in Kathmandu nach dem 11. September leichter, dem Ausland die Maoistenfrage als Problem der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zu verkaufen.



Armee in den Straßen Kathmandus während eines „bewaffneten Generalstreiks“ der Maoisten

Eine Katastrophe für die Menschenrechte

Insgesamt war die Ausrufung des Ausnahmezustands eine Katastrophe für die Menschenrechte. Eine Reihe von in der Verfassung verankerten Grundrechten wurden aufgehoben: die Meinungsfreiheit, die Versammlungs- und Bewegungsfreiheit, das Recht, nicht ohne Grund in Haft zu bleiben, das Recht auf Information, das Eigentumsrecht, das Recht auf verfassungsmäßige Hilfsmittel waren aufgehoben (Art. 11, 12, 13, 15, 16 und 23 der Verfassung). Immer wieder wurde von extralegalen Tötungen von Verwundeten und Gefangenen berichtet. Angebliche Maoisten wurden exekutiert, obwohl sie sich schon ergeben hatten. In Widerspruch zu den von Nepal ratifizierten Menschenrechtskonventionen kam es in unzähligen Fällen zur Tötung unbeteiligter Zivilisten.

Amnesty International geht in seinem Bericht vom 19.12.2002³ davon aus, dass mehr als die Hälfte der 4.366 Opfer der Sicherheitskräfte seit Erklärung des Ausnahmezustands im November 2001 keine Kämpfer waren. Die von der

³ Vgl. AI-Bericht „*Nepal: a deepening human rights crisis*“ vom 19. Dezember 2002, unter www.amnesty.org.

Armee üblicherweise verwendete Sprachregelung lautete: „bei Fluchtversuch erschossen“, „ins Kreuzfeuer geraten“ oder „irrtümlicherweise erschossen“. AI spricht von 200 Fällen von „Verschwindenlassen“, von routinemäßiger Folter, von tausenden willkürlichen Verhaftungen. Der Armeekommandant sagte gegenüber Amnesty International aus, dass Zivilisten, die den Maoisten Unterschlupf, Nahrung und Geld böten, selbst als Maoisten betrachtet würden. Dass sie meist dazu gezwungen werden, ist für die Generäle kein Argument. Die Armee ist auch dank des *Terrorist and Disruptive Activities Act* vom Juli 2001 jeder Rechenschaftspflicht enthoben. Die strafrechtliche Immunität der Sicherheitskräfte in Verbindung mit der geringen Erfahrung der Armee in Bürgerkriegen hatten zu einem für Nepal ganz unerhörtem Ausmaß an Todesopfern geführt. Selbst die Polizei gab zu, Unschuldige getötet und Einheimische immer wieder willkürlich misshandelt zu haben. Die Normen des Ausnahmezustands beraubten die Gerichte ihrer Funktion.

Wer sind die tausenden getöteten „Maoisten“? Wieviel an Terror spielt sich in den Berggebieten Nepals ab, den diese offiziellen Zahlen widerspiegeln? Welches Leben kann die Dorfbevölkerung vieler hundert Dörfer noch führen, wenn die Armee ausrückt? Klar ist, dass es zu regelmäßigen Übergriffen auf die Zivilbevölkerung kommt.

**Von Staat und Maoisten im Volkskrieg
Getötete, nach Berufen 1996-2002**

Beruf	Vom Staat	Von Maoisten
Bauern	404	226
Lehrer	18	49
Parteiaktivist/"Maoist"	4.783	231
Polizist	-	994
Allgemeines Volk	101	148
Student/Schüler	68	34
Beamter	15	32
Sozialarbeiter	1	3
Geschäftsmann	8	16
Arbeiter	30	17
Rechtsanwalt	-	2
Gesundheitspersonal	1	2
Journalist	1	2
Soldat	1	226
Insgesamt	5.431	1.982

Opfer beider Konfliktparteien insgesamt **7.413**

Quelle: INSEC, Kathmandu, Februar 2003

Ganze Dörfer werden von der Außenwelt abgeschnitten, die Armee nimmt dann für die Angriffe der Maoisten blutige Rache an Zivilisten, die irgendwo zwischen die Fronten geraten sind. Die Armee macht kaum Gefangene, selten wird von verwundeten Maoisten berichtet. In sechs Monaten Ausnahmezustand wurden nach Regierungsangaben nur 60 Maoisten gefangen, aber nahezu 3000 erschossen. Wer beweist, dass diese Opfer wirklich Maoisten waren? Die Sicherheitskräfte reden sich darauf hinaus, dass man während der Operationen kaum zwischen Dorfbevölkerung, maoistischen Unterstützern und maoistischen Kämpfern unterscheiden könne, oder wie ein

Offizier es drastisch ausdrückt: „Sie sind alle unschuldige Opfer oder UML-Unterstützer bei Tag und Maoisten bei Nacht.“

Viele der Erschossenen waren jedoch Bauern oder Landarbeiter, die ideologisch mit den Maoisten nichts zu schaffen hatten, aber zur Unterstützung der Guerrilla gezwungen worden waren. Andere schlossen sich dem Aufstand nur an, weil sie sich für die von der Armee begangenen Verbrechen rächen wollten; andere weil ihnen in dieser Lage gar nichts anderes übrig blieb, um sich irgendwie noch zu schützen, da sich der Staat ja völlig aus der Gegend zurückgezogen hatte. Es gab auch eine Fülle tückischer Provokationen der Armee: Soldaten marschierten in maoistischen Kampfanzügen in Dörfer ein und riefen: „*Lal Salaam, comrade*“, den üblichen maoistischen Gruß. Kam, vermutlich aus Furcht, die entsprechende Antwort, eröffneten die Soldaten das Feuer. Terror und Gegenterror, willkürlicher Mord an Zivilisten ist in Nepals Bergen zum Alltag geworden.

Widerstand regt sich

In der Hauptstadt Kathmandu und in der Öffentlichkeit allgemein ist von diesem Geschehen in den Aufstandsgebieten lange wenig Notiz genommen worden. Und auch seit der Eskalation des Volkskriegs seit November 2001 scheint man die tägliche Opferzahl - zwischen 10 und 15 im Durchschnitt - als unvermeidlichen „Kollateralschaden“ im Kampf gegen die Maoisten und zur Durchsetzung von Gesetz und Ordnung zu betrachten. In Parteien und Zivilgesellschaft des Kathmandutals wächst aber auch der Widerstand gegen die Vorgangsweise der Armee. Inmitten einer Hindukultur, die dem Tod und den Einäscherungszeremonien mit tiefster Ehrfurcht begegnet, werden die Rebellen wie erlegte Tiere auf Stangen abtransportiert und zur Verwesung irgendwo auf offenem Feld liegen gelassen. Dies hat viel Abscheu erregt.

Daraufhin setzte das Parlament zwar im Juni 2001 eine „Nationale Menschenrechtskommission“ ein, die mit geringen Ressourcen und Personal ausgestattet, als zentrale Klagemauer für Menschenrechtsverletzungen aller Art dient. Sie kann den Menschenrechtsverletzungen nicht systematisch nachgehen, kann sie jedoch öffentlich machen. Ihre Rolle ist sehr begrenzt. Es sieht danach aus, als wären die Parteien übereingekommen, die Armee in Strafflosigkeit zu belassen. Auch die Eröffnung einer „Menschenrechtszelle“ innerhalb der Armee zwecks Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen kann über diese traurige Degeneration nicht hinwegtäuschen.

In den ersten Jahren des Volkskriegs hatten viele Kommentatoren in Kathmandu

angenommen, dass die Maoistenbewegung diesen Aufstand nicht lange durchstehen würde. Spätestens nach Eingreifen der Armee - so die verbreitete Erwartung - würde die Rebellenorganisation kollabieren. Das Gegenteil trat ein: die Gewalt eskalierte, Nepal steht heute voll im Krieg und die Maoisten beweisen, auch der Armee standhalten zu können. Schon die ersten Polizeioperation „Romeo“ in Rukum und Rolpa 1995 noch vor der Erklärung des Volkskriegs und „Kilo Sierra II“ 1997/98 hatten den Aufstand richtig entfacht und den Maoisten neue Kräfte zugeführt. Wenn die Armee der Gewalt der Aufständischen weiterhin mit Gegenterror antwortet und den Tod von tausenden Unschuldigen in Kauf nimmt, wird ein wachsender Teil der Bevölkerung die Maoisten unterstützen. Wenn Straflosigkeit der verantwortlichen Sicherheitskräfte die Regel bleibt, wird die nepalische Gesellschaft als solche getroffen. Die Abneigung gegen den Staat und die herrschenden Parteien wird zunehmen. Vergeltung und Rache, auf diese urmenschlichen Triebe setzen auch die Maoisten. Das Misstrauen gegenüber der Politik wird jahrelang aufrecht bleiben.

Erfahrungen in Peru, Guatemala, Indonesien, in der Türkei und Sri Lanka und vielen anderen von Volksaufständen erschütterten Ländern haben gezeigt, dass eine Politik der verbrannten Erde, also die bloße militärische Aufstandsbekämpfung, die Gewalt endemisch werden lässt. Die Spirale von Angriff und Vergeltung gewinnt eine Eigendynamik. Chancen auf politische Konfliktlösung werden vertan. Gleichzeitig wird kaum etwas unternommen, die Grundprobleme des Landes, die diese revolutionäre Bewegung überhaupt entstehen ließen, an der Wurzel anzugehen. Allein militärisch kann dieser Aufstand nicht gestoppt werden.

2. Genesis einer Guerrillabewegung

„Der Krieg ist die höchste Form der Auflösung von Gegensätzen zwischen Klassen, Nationen, Staaten oder politischen Gruppen.“

Mao Tse Tung*



*Mao Tse Tung (oder „Mao Zedong“, 1893-1976) stammte aus einer armen Familie des Dorfs Shaoshan in der Provinz Hunan. Er führte die kommunistische Bewegung Chinas seit 1931 und wurde zum starken Mann der Volksrepublik China von 1949 bis zu seinem Tod 1976. Mao war stark beeinflusst von den nationalistischen Ideen Sun Yat Sens, der 1911 mit einem bewaffneten Aufstand die Mandschu-Dynastie verdrängt hatte. Von 1927 bis 1934 organisierte Mao Tse Tung kommunistische Guerrillaeinheiten unter den Bauern und verteidigte im Zuge des „Langen Marsches“ Basisgebiete im Südosten und im Nordwesten Chinas. 1934 entwickelte sich die Guerrillabewegung zur Roten Armee. Zwischen 1936 und 1940 tat sich Mao als Theoretiker und Militärstrategie der Kommunisten hervor. Im April 1949, nach der Niederlage Chang Kai Scheks, rief die Kommunistische Partei unter Maos Führung die „Volksrepublik China“ aus. 1966 leitete Mao gegen „neue bourgeoise Elemente“ die Kulturrevolution ein (aus: *The New Encyclopaedia Britannica*, 1993; vgl. dazu auch die Webseite der internationalen Maoisten: www.maoism.org).

2. Genesis einer Guerrillabewegung

Eine Guerrillabewegung oder gar ein Volksaufstand fallen nicht aus heiterem Himmel. Nepal war bis vor kurzem als ein Land gastfreundlicher, friedfertiger Menschen in aller Welt bekannt. Auch noch Mitte der 90er Jahre hätte man es sich kaum vorstellen können, dass in wenigen Jahren tausende Nepali in einem landesweiten Bürgerkrieg zu Tode kommen sollten. Am demokratischen Frühling Nepals 1990 hatten die kommunistischen Kräfte, neben dem früher sozialistisch orientierten *Nepali Congress* mit den Vorbildern Indien und Israel, einen maßgeblichen Anteil. Dabei dominierte die *Communist Party of Nepal (United Marxist Leninist)*, abgekürzt CPN (UML) den linken Teil des Parteienspektrums, die sich schon 1990 nach dem Muster der meisten reformkommunistischen Parteien Indiens in einem irreversiblen Prozess der Sozialdemokratisierung befand.

Die Maoisten waren noch 1990 nichts weiter als eine linksextreme Gruppierung in der verwirrenden Vielfalt von kommunistischen Splittergruppen links von der großen CPN (UML). Für die allgemeine Wählerschaft Nepals war es nie ein Leichtes gewesen, den ständigen Spaltungen und Wiedervereinigungen der kommunistischen Parteien des Landes zu folgen. In dieser Konfusion kam die



Kommunistische Kundgebung im Terai

Erklärung des Volkskriegs am 13. Februar 1996 durch die Communist Party of Nepal (Maoist), ziemlich überraschend. Wie kam es, dass just in einer Phase der Demokratisierung ein Volksaufstand vorbereitet werden konnte? Und wie erklärt es sich, dass in einer Zeit, in der selbst Chinas Kommunisten voll auf den kapitalistischen Markt setzen und sich von Maos Erbe lösen, eine maoistische Kraft einen Bürgerkrieg auszulösen vermag?

Erste kommunistische Rebellionen

Bewaffnete Aufstände hatte es im Nepal des 20. Jahrhunderts schon früher gegeben. Nach der Revolte gegen das Rana-Regime 1950 und nach dem ersten Aufbrechen der Demokratiebewegung mit der Rückkehr König Tribhuvans aus dem indischen Exil hatten Vorstellungen moderner Demokratie und sozialer Emanzipation in Nepal endgültig Fuß gefasst. Der 1949 gegründete *Nepali Congress* war damals im Demokratisierungsprozess so federführend wie heute in der Bekämpfung des Maoistenaufstands und der Stellung inkompetenter Regierungen.



Junge Magar begraben Opfer der Armeeangriffe

Das Vorbild: Maos Bauernrevolution

Den nepalischen Maoisten schwebt eine Revolution nach dem Vorbild der von Mao geführten Bauernrevolution in China vor. Mao hatte schon als 18-jähriger 1911 im Aufstand gegen die Mandschu-Kaiser mitgekämpft. Die nationale Befreiung von der japanischen Okkupation und die Wiedervereinigung Chinas waren für ihn die zentralen Herausforderungen jener Zeit. Die „nationale Revolution“ gegen die Fremdherrschaft ging Mao aber zu wenig weit. Er analysierte die marxistische Theorie auf ihre Anwendbarkeit auf Chinas Realität. Marx und Lenin waren davon ausgegangen, dass eine entwickelte Arbeiterklasse in den Städten Voraussetzung für eine revolutionäre Bewegung zum Umsturz des bürgerlichen Staates sei.

Mao war dagegen der Auffassung, dass Millionen von Bauern, das „Landproletariat“, ebenso Träger einer Revolution sein könnten. Auch persönliche Erfahrungen trugen zu dieser Erfahrung bei. Als Mao im Winter 1925 in seinem Geburtsort Shao-shan weilte, demonstrierten Bauern gegen die Regierung in Schanghai und später wurden dort Dutzende von Bauern von der Polizei erschossen. Mao wurde sich des revolutionären Potenzials der verarmten Bauern und landlosen Landarbeiter bewusst. Die Kommunisten arbeiteten damals noch in der nationalistischen Kuomintang-Bewegung mit und Mao organisierte einen politischen Bauernverband in seiner Heimatprovinz Hunan. Doch der Gouverneur von Hunan verbannte Mao aus der Provinz. Er kehrte nach Kanton zurück, der Hochburg des Kuomintang, wo er sich nicht bloß auf nationale Propaganda beschränkte, sondern seine eigene Agitation unter den Bauern betrieb.

Nach dem Tod von Sun Yat-Sen im März 1925 war Chang Kai Schek Führer der Kuomintang geworden. Dieser entfernte rasch alle Kommunisten aus den führenden Positionen der Kuomintang. Die Mehrheit der von Mao betreuten Bauern verließen daraufhin ebenfalls die Kuomintang und schlossen sich der 1921 gegründeten Kommunistischen Partei an. Bis zum Februar 1927 konnte Mao in Hunan die armen Bauern organisieren.

Mittlerweile hatte Chang Kai Schek 1926 die konservative Regierung in Peking abgelöst und war im April 1927 gegen die kommunistischen Arbeiter und Bauern gewaltsam vorgegangen. Es war der Beginn des „Volkskriegs“. Unzählige von Kommunisten wurden abgeschlachtet. Im Oktober 1934 verließ Mao mit den verbliebenen 8.000 Kämpfern der Roten Armee sein Basisgebiet in Kiangsi im Südosten und marschierte ins weit entfernte Shensi im Nordwesten Chinas („Der Lange Marsch“).

Die Rote Armee wuchs schnell auf über 200.000 Kämpfer an und dehnte ihren Einflussbereich Jahr für Jahr aus. Mit der Taktik der Umzingelung der Städte vom Land her wurden Chang Kai Scheks Truppen schließlich besiegt und im April 1949 die Volksrepublik China ausgerufen. Maos Bauernrevolution wurde zum Vorbild kommunistischer Bewegungen in ganz Asien.

Im September 1949 war in Calcutta auch Nepals Kommunistische Partei (*Communist Party of Nepal*, CPN⁴) unter der Führung von Pushpa Lal Shrestha und Man Mohan Adhikari gegründet worden. Zum Sturz der Rana-Diktatur leistete diese Partei nur einen geringen Beitrag. Den *Nepali Congress* unter B.P. Koirala betrachtete die CPN als „Clique national-kapitalistischer Bourgeoisie“ und ihre gemeinsame Regierung mit den Ranas in den 50er Jahren als „Handlanger der indischen Regierung“. Am 25. Jänner 1952 wurde die CPN wegen ihrer Verwicklung in einen Aufstand verboten. Dennoch wuchs ihre Anhängerschaft: bei den Stadtratswahlen in Kathmandu im September 1953 erhielten die von der CPN unterstützten Kandidaten 50% der Stimmen. Die Popularität der CPN in der Bauernschaft zeigte sich auch darin, dass 1954 die kommunistisch orientierte Bauernorganisation *Akil Nepal Kisam Sangh* 143.000 Mitglieder hinter sich wusste. Schon 1954 rief einer ihrer Führer, der aus dem Distrikt Rukum stammende Mohan Bikram Singh, zu einer bewaffneten Bauernrevolte im Gebiet von Pyuthan, Rolpa und Rukum auf, der zentrale Brandherd des heutigen Maoistenaufstands. Die kommunistischen Rebellen nahmen einige lokale Thakuri-Großgrundbesitzer gefangen und zwangen sie, das Prinzip der Teilung des Ernteerlöses anzuerkennen: 50% für den Eigentümer, 50% für den Pächter. Am 25. Februar 1954 wurden die Kommunisten vertrieben, doch kommunistische Ideen und das Streben nach einer echten Landreform blieben in dieser seit Jahrhunderten gebeutelten Landbevölkerung verwurzelt.

In den 50er Jahren betrachtete die CPN den König als Dreh- und Angelpunkt des „feudalen Regimes“ in Nepal. Die Monarchie müsse abgeschafft und durch eine Republik ersetzt werden, verlangten sie. Gemäßigtere Kräfte innerhalb der CPN sprachen sich später für eine konstitutionelle Monarchie aus. Schon damals brachen in der CPN immer wieder Konflikte zwischen den sowjetorientierten und den prochinesischen Kräften auf, die auf eine Bauernrevolution nach maoistischem Vorbild setzten. Bei den ersten freien Wahlen für ein nepalisches Nationalparlament 1959 errang die CPN nur 4 von 109 Sitzen. Auch dieser Misserfolg förderte die Radikalisierung der Partei.

Die Machtübernahme König Mahendras 1960, das Verbot der politischen Parteien und die Nachbeben des Indisch-Chinesischen Grenzkriegs von 1962 führten zum Riss zwischen Moskau- und Peking-orientierten Kommunisten. Die

⁴ Die politischen Parteien Nepals tragen, wie viele indische Parteien, neben dem Parteinamen in der Landessprache Nepali auch einen offiziellen englischen Namen, dessen Kürzel in der Alltagsdiskussion unter Nepali oft verwendet wird. Deshalb werden hier englische Parteinamen i. d. R. nicht übersetzt.

sowjetfreundlichen Kräfte unterstützten zunächst das neue autoritäre Panchayat-System mit König Mahendra an der Spitze, während die China-freundliche Fraktion es strikt ablehnte. Beim 3. Parteikongress spalteten sich die China-freundlichen Kräfte ab. Die Kommunistische Partei zerfiel in verschiedene Gruppen, die unabhängig voneinander operierten. Während des Panchayat-Systems konnte die CPN, wie die übrigen Parteien, nur im Untergrund arbeiten. Viele wichtige Führer wie Man Mohan Adhikari saßen bis Ende der 60er Jahre im Gefängnis. Die radikaleren Gruppen der CPN arbeiteten mit der maoistischen Naxalitenbewegung in den indischen Bundesstaaten Westbengalen und Bihar zusammen. 1971 organisierten sie einen Bauernaufstand in Jhapa im Südosten Nepals, der blutig niedergeschlagen wurde. Schon damals schwebte nicht wenigen nepalischen Kommunisten ein echter „Volkskrieg“ nach Maos Vorbild vor. Sie wollten eine „*naulo janbad*“, eine neue Volksdemokratie errichten.

Rivalität unter Kommunisten

Trotz der Spaltungen schafften es zwei führende Kommunistenparteien 1974 einen Gesamtparteitag abzuhalten, den sogenannten „4. Kongress“. Die daraus hervorgegangene Partei - *Communist Party of Nepal (4th Congress)* genannt - lehnte jede Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Kräften zum Sturz der absoluten Monarchie ab. Sie forderte nicht nur eine verfassunggebende Versammlung und die Wiedereinsetzung des von König Mahendra 1960 abgeschafften Parlaments, sondern wollte eine Volksbewegung schaffen, die im geeigneten Augenblick in einen bewaffneten Volksaufstand umgewandelt werden konnte. Gewalt zur Bekämpfung des „feudalen Staates“ in maoistischer Tradition war schon in dieser Zeit akzeptierter Teil des Programms. Die Politik Chinas bezeichneten diese Kräfte schon gleich nach dem Tod Maos als „reaktionär und konterrevolutionär“. In den 70er Jahren scharte sich die revolutionäre Linke um diese neue *CPN (4. Congress)*. Die Führungsclique der heutigen Maoisten bildete sich in dieser „Schule“ heraus. Doch allein aus der außerparlamentarischen Szene der kommunistischen Kleinstparteien heraus hätte sich kein Volkskrieg organisieren lassen.

Es bedurfte noch geraumer Zeit, um die kritische Masse für einen Volksaufstand aufzubauen und schließlich die Guerrilla in Gang zu setzen. Die *CPN (4. Congress)* blieb ein Jahrzehnt lang stärkste Kraft in der kommunistischen Szene im Untergrund, zumal Parteien im Panchayat-System ja nicht zugelassen waren. Doch 1983 spaltete sich die *CPN (4. Congress)* in zwei Gruppen auf, beide mit dem Zusatz „Fackel“ (in Nepali: *Masal* und *Mashal*). Dies geschah auf

maßgebliches Betreiben eines gewissen Pushpa Kamal Dahal, dem heutigen Maoistenchef Prachanda. Die andere Fraktion war angeführt vom heutigen Chefideologen der Maoisten, dem gelernten Architekten Dr. Baburam Bhattarai, der an der Universität Kathmandu einige Jahre Urbanistik gelehrt hatte. Als 1990 im Zuge der Volksbewegung für die Wiederherstellung der Demokratie sieben linke Parteien zur „*United Left Front*“ (ULF, Vereinte Linke) zusammenfanden, um gemeinsam mit dem *Nepali Congress* das verhasste Panchayat-Regime zu stürzen, standen die Maoisten abseits. Sie bildeten ihrerseits das „*United National People's Movement*“ (UNPM). Als die Volksbewegung für Demokratie (*jana andolan*) im Frühjahr 1990 vollen Wind in den Segeln hatte, sprangen auch die Maoisten aufs Boot und drängten die Demonstranten zum Sturm auf den Narayanhiti-Königspalast in Kathmandu.

Nach dem Sieg der Demokratiebewegung forderte die maoistisch dominierte UNPM die Wahl einer verfassunggebenden Versammlung, anstatt sich mit einer vom König ernannten Kommission zufrieden zu geben, die die neue Verfassung zu erstellen hatte. Doch setzte sich das politische Establishment durch: ausgewählte Repräsentanten des *Nepali Congress*, der salonfähigen Linken ULF und einige Experten des Königshauses wurden beauftragt, die neue demokratische Verfassung auszuarbeiten. Diese wurde im November 1990 ohne Parlamentsbeschluss, geschweige denn mit Volksabstimmung, vom König in Kraft gesetzt. Die undemokratische Geburt der heutigen nepalischen Verfassung ist heute noch nicht verdaut: das bezeugt die beharrlich von den Maoisten erhobene Forderung nach der allgemeinen Wahl einer verfassunggebenden Versammlung, die von einer Allparteien-Interimsregierung vorbereitet werden soll. Dieses in Europas bewährte Verfahren der Ausarbeitung und Verabschiedung einer Verfassung, eigentlich eine für jede demokratische Kraft selbstverständliche Forderung, ist in Nepal sowohl in den 50er wie in den 90er Jahren zugunsten eines Verfahrens mit elitärem Charakter übergangen worden. Revolutionären Kräften wäre mit der Legitimität, die eine direkt vom Volk verabschiedete Verfassung hat, viel an Boden entzogen.

Maoisten auf Gewaltkurs

Nach dem Sieg der Volksbewegung zur Wiederherstellung der Demokratie im Frühling 1990 und der Verabschiedung einer neuen Verfassung im November 1990 vereinigten sich im selben November vier verschiedene kommunistische Gruppen zur *CPN (Unity Centre)* und wählten Pushpa Kamal Dahal alias „Prachanda“ zum Generalsekretär. Bei den ersten Parlamentswahlen 1991 trat

Die maoistische Internationale



(Leuchtender Pfad). Die PCP führte in den 80er Jahren von ihren Basisgebieten im Andengebiet von Ayacucho einen Guerrillakrieg gegen die Regierung in Lima, der über 30.000 Opfer forderte. Manche der 13 Gründerorganisationen gibt es nicht mehr, andere sind neu entstanden und haben sich der RIM angeschlossen. Die CPN (Maoist) versteht sich als Teil dieser „Vorhut der großen proletarischen Weltrevolution“. Die Entwicklung in China seit 1976 wird als Konterrevolution betrachtet.

Ideologische Grundlage der RIM ist seit 1993 der Marxismus-Leninismus-Maoismus als die „neue, dritte und überlegene Stufe des Marxismus“. Die Widersprüche des Kapitalismus auf globaler Ebene sind Ausgangspunkt ihres revolutionären Ansatzes, der den Volkskrieg als Antwort auf imperialistische Kriege und kapitalistische Ausbeutung sieht. Dementsprechend führen verschiedene Mitgliedsorganisationen in Indien, Peru, Nepal, in der Türkei und auf den Philippinen einen Guerrillakrieg gegen den Staat. In organisierter Form präsent sind die Maoisten weiters in Italien, Iran, Bangla Desh, Sri Lanka, Neuseeland und in den USA.

In Indien, die Heim- und Brutstatt der nepalischen Maoisten, gibt es eine ganze Reihe maoistischer Parteien, die z.T. schon lang anhaltende „Volkskriege“ in einzelnen Bundesstaaten führen. Drei dieser Parteien - die CPI-ML (People's War), die CPI-ML (Party Unity) und das Maoist Communist Center (MCC) - sind verantwortlich für Volkskriege in Bihar, Dandakaranya und Andhra Pradesh. Die intensivste Guerrilla ist, abseits der Weltöffentlichkeit, im Bundesstaat Andhra Pradesh im Gange, wo seit 30 Jahren die Naxalitenbewegung 3.000 Menschen umgebracht hat. Um den Volkskrieg in ganz Indien zu koordinieren und in andere Staaten Südasiens zu tragen ist im Juni 2001 das Coordination Committee of Maoist Parties and Organizations of South Asia (CCOMPOSA) gegründet worden. Zehn Parteien aus Indien, Bangla Desh, Sri Lanka und Nepal bilden diese Gruppe. Man will auch verhindern, dass Nepal „bhutanisiert“ wird, also von Indien so bevormundet wird wie heute Bhutan, weshalb nepalische Maoisten dem indischen „Expansionismus“ den Kampf angesagt haben.



Theater spielt in der maoistischen Agitation eine große Rolle.

diese maoistisch dominierte Kraft unter dem Etikett *Samyukta Jana Morcha Nepal* („*United People's Front Nepal*“, UPF) an und wurde mit 9 von 205 Sitzen im Unterhaus des Parlaments zur drittstärksten Kraft hinter dem *Nepali Congress* und den Reformkommunisten der *CPN (UML)*. Ihre Wählerbasis war im Mittelwesten, im Kathmandutal und in einigen Städten des Terai am stärksten vertreten. Schon 1991 erörterte die *CPN (Unity Centre)* die Notwendigkeit einer klassisch maoistischen Strategie, nämlich die Entfaltung eines Volkskriegs ausgehend von den ländlichen Gebieten, um eine „Neue demokratische Revolution“ durchzusetzen. Schon zwei Jahre später zerbrach dieses „Einheitszentrum“. Der radikalere Flügel unter Pushpa Kamal Dahal, dem späteren „Chairman Prachanda“, nannte sich dann einfach *CPN (Maoist)*.

Die parlamentarische Bühne sollte aber vorerst noch dazu dienen, der Bevölkerung „die Widersprüche des parlamentarischen Systems vor Augen zu führen“. Man betrachtete das Parlament als Tummelplatz für Abgeordnete, die nach persönlichen Vorteilen und Privilegien strebten, und war sich bewusst, dass im Rahmen dieser Verfassung keine „Volksdemokratie“ nach maoistischem Modell erreicht werden konnte. Die *CPN-UML*-Kommunisten waren in den Augen der Maoisten „Revisionisten“, die traditionelle Parteideale längst

verraten hatten. Als es 1994 zu vorgezogenen Neuwahlen kam, entschied sich die *CPN (Maoist)* dafür, das parlamentarische Experiment aufzugeben und die Wahlen zu boykottieren. Ein Teil der Partei fügte sich nicht und schickte 1994 erfolglose Kandidaten auf einer eigenen Liste ins Rennen um die Parlamentssitze. Später schrieb Prachanda: „Der parlamentarische Weg zum Sozialismus ist durch diese Verfassung und durch die begrenzte Politik der politischen Elite unter Befolgung der Doktrin der ökonomischen Liberalisierung untergraben worden. Eine Mitarbeit auf parlamentarischer Ebene würde die Gefahr mit sich bringen, die revolutionären Ziele der Partei zu konterkarieren“ (Prachanda in *The Revolutionary Worker*, Nr. 104 vom 20.2.2000). Im März 1995 entschied sich die *CPN (Maoist)* endgültig für den bewaffneten Kampf und verabschiedete im September 1995 einen Plan für einen längerfristigen Volkskrieg mit der Losung: „Die reaktionäre Staatsmacht umstürzen und einen neuen Volksstaat errichten“. Aufgrund dieses Kongressbeschlusses wurden sie von der staatlichen Wahlkommission von künftigen Wahlen ausgeschlossen, ansonsten aber nicht übermäßig ernst genommen. Aber der Weg zur Gewalt war schon vorgezeichnet. Schon am 8. Oktober 1995 kam es in Gaam (Rolpa) zu Zusammenstößen zwischen Maoisten und gegnerischen Parteien mit 26 Verletzten. Die Polizei reagierte mit einer Verhaftungswelle und Folterungen von Maoisten. Alte persönliche Fehden aus 30 Jahren Panchayatzeit brachen wieder auf.

Diese Entwicklungen innerhalb einer kleinen maoistischen Partei, die ihre Basis in wenigen Gebieten Nepals hatte, wären in Nepals Öffentlichkeit ohne einschneidende Wirkungen geblieben, wenn nicht andere Umstände den Humus für politische Gewalt geschaffen hätten. Nach den ersten Parlamentswahlen 1991 unter der neuen demokratischen Verfassung, wurde der *Nepali Congress (NC)* zur bestimmenden politischen Kraft im Land, die in vielen Bereichen das alte Panchayat-System beerbte. Der Wahlmodus und die Institutionen selbst waren nun zwar demokratisch, die dahinter verborgenen Machtstrukturen und einflussreichen Personen aber blieben dieselben. Auf lokaler Ebene kam es zunehmend zu Reibungen zwischen NC-Vertretern und den linken Parteien, die einen radikaleren Wechsel verlangten. In den Hochburgen der maoistischen UPF im Mittleren Westen Nepals waren diese Konflikte am heftigsten. Die meisten Berggebiete gehören unter wirtschaftlichem und sozialem Aspekt zu den rückständigsten Gebieten des Landes. Doch im Gegensatz zur oft gepflegten Vorstellung des im Hinduismus verwurzelten Fatalismus und im Unterschied zu manch anderen Distrikten des nepalischen Berggebiets entwickelte sich in Rukum und Rolpa eine maoistisch geführte Bewegung, die in der bäuerlichen Bevölkerung verwurzelt war. Schon seit den 50er Jahren waren diese kaum

erschlossenen Distrikte Hochburgen für revolutionäre Aktivitäten der Kommunisten gewesen, die in der Panchayat-Zeit weiterschwelten. Den Volksentscheid von 1980 zwischen Panchayat-System und pluralistischer Demokratie boykottierte die ganze Region. In vielen Wahlsitzen wurden damals die Bilder des Königspaares mit jenen von Marx und Lenin ersetzt.

Bei den ersten freien Parlamentswahlen 1991 fuhr die maoistische UPF in Rukum und im Norden von Rolpa einen Erdrutschsieg ein. Von nun an verschlechterte sich das Verhältnis zwischen UPF-Anhängern und den Leuten des *Nepali Congress* (NC) rasant. Letztere wurden immer wieder tätlich angegriffen und im Gegenzug scheuten die NC-Verantwortlichen nicht davor zurück, den Staatsapparat gegen die noch legal operierenden Maoisten einzusetzen. Die Polizei verhaftete unzählige UPF-Aktivist*innen, die in den Polizeistationen gefoltert und misshandelt wurden. Die UPF rächte sich postwendend mit Anschlägen und Übergriffen auf Staatsvertreter. Gleichzeitig intensivierte sie ihre Propagandarbeit in den Dörfern, um „das politische Bewusstsein der Massen zu heben“. Reibungen gab es auch mit den Genossen der CPN (UML), die in diesen Distrikten als politische Konkurrenz betrachtet wurden, als „Revisionisten, die sich mit dem semifeudalen Staat arrangiert hatten“.

1995 entschloss sich die Regierung in Kathmandu zu einer breitangelegten Polizeiaktion unter dem Codenamen „Romeo“ (R für Rukum und Rolpa), um die „Herzen und Köpfe der Bevölkerung zurückzugewinnen“. Die Aktion wurde zu einem Fiasko, das wesentlich zum maoistischen Volkskrieg in der heutigen Dimension beitrug. Die entscheidende und unrühmliche Rolle in dieser ersten Repressionswelle spielte der mehrmalige Innenminister Khum Bahadur Khadka aus dem an Rukum angrenzenden Distrikt Dang. Dieser betrachtete die Macht der extremen Linken in Rukum und Rolpa wohl als unmittelbare Bedrohung für seine eigene Machtbasis. Die Polizei ging in einer flächendeckenden Kampagne gegen die Landbevölkerung vor: es kam zu Plünderungen, willkürlichen Verhaftungen, Vergewaltigungen bis hin zu Folter und Mord an politischen Gegnern. Mehr als 10.000 Jugendliche - bei einer Gesamtbevölkerung des Distrikts von knapp 200.000 Menschen im Jahr 1995 - sahen sich gezwungen, in die Wälder zu flüchten. Sie bildeten die Keimzellen und Kader für die maoistische Volksbefreiungsarmee, die schon ein Jahr später auf den Plan treten sollte. Die gesamte Polizeiaktion „Romeo“ mit ihren massenhaften Übergriffen gegen die Zivilbevölkerung wurde von den Medien und den politischen Kreisen Kathmandus nahezu ignoriert. Doch der bald beginnende Aufstand hätte nie diese Wucht entfalten können, wäre nicht die Bevölkerung dieser Distrikte den

Sicherheitskräften und dem Staat im allgemeinen durch diese Repression so tief entfremdet worden. „Wenn Koirala und Khadka nicht alles darangesetzt hätten, das Volk zu vergrämen, gäbe es heute vielleicht keinen Maoistenkrieg“, erklärt Subodh Pyakhurel, Präsident des INSEC (*Informal Sector Services Institute*) in Kathmandu.

Auch in der städtischen Bevölkerung rekrutierte die *CPN (Maoist)* mehr und mehr Anhänger. Da gab es die Frustration der gebildeten Jugendlichen, die keine Perspektive auf eine angemessene Beschäftigung hatten, die Ungeduld der Unterstützer des *jana andolan*, die ihre Ideale durch die Regierung verraten sahen, die wachsende Armut und Unzufriedenheit: viele fühlten sich von den aggressiven Reden des Genossen Prachanda angezogen: „Da es keinen anderen Weg gibt, die gegenwärtige Krise des Landes zu lösen, ist das Volk zum bewaffneten Kampf und Propagandakrieg gegen den vom Staat geförderten Terrorismus, gegen die Feudalbürokraten und Kapitalisten legitimiert.“

Am 4. Februar 1996 übermittelte Baburam Bhattarai, der Vizechef der maoistischen Partei, der Regierung und dem Parlament eine Liste mit 40 Forderungen (vgl. Anhang II). Eigentlich war diese Liste nichts anderes als eine Neuauflage des Wahlkampfprogramms der UPF von 1994, doch diesmal waren die Forderungen mit einem Ultimatum verbunden. Es war abzusehen, dass die Regierung nicht ernsthaft darauf eingehen würde. Und der Aufstand war unter den Maoisten schon beschlossene Sache. Sie warteten die gestellte 14-Tage-Frist gar nicht ab und schlugen am 13. Februar 1996 an verschiedenen Orten Nepals los.

Warum eine Guerrillastrategie?

Was konnte Kommunisten in einem demokratischen Land am Ende des 20. Jahrhunderts zur Organisation eines Guerrillakriegs bewegt haben? Rechneten die maoistischen Strategen tatsächlich mit einer allgemeinen Volkserhebung, bloß weil fast die Hälfte der Nepali in völliger Armut lebt?

Oder war es ein Akt der Verzweiflung aus der parlamentarischen Bedeutungslosigkeit heraus? Oder gingen die Maoisten gar von einer gründlichen Fehleinschätzung der sozialen und politischen Lage Nepals aus? Verschiedene Faktoren verleiteten die Maoisten, ihre Chance im allgemeinen Volkskrieg zu suchen, der schon seit den 80er Jahren von Prachanda, Bhattarai und den linksextremen Gruppierungen theoretisch für Nepal konzipiert worden war.

Genesis der Maoistenbewegung: Zeittafel

September 1949: Gründung der Kommunistischen Partei Nepals (CPN). In China triumphiert die Kommunistische Partei nach 22 Jahren „Volkskrieg“

Jänner 1952: Verbot der CPN in Nepal.

1954: Kommunistische Bauernrevolte in den Distrikten Rukum, Rolpa und Pyuthan

1960-1990: Panchayat-Zeit, alle Parteien sind verboten.

1974: 4. Kongress: die China-freundlichen Kommunisten bilden den CPN (4th Congress).

1976: Tod Maos. Nepals Maoisten kritisieren die neue Linie unter Deng Hsiao Ping.

1983: Spaltung der CPN (4th Congress), dann Bildung des United National Peoples Movement.

1990: die von den Maoisten mitgetragene Demokratiebewegung hat Erfolg.

November 1990: die CPN (Unity Centre) bildet die United People's Front Nepal.

1991: bei den ersten Parlamentswahlen erringt die UPFN 9 von 205 Sitzen

1993: die UPFN zerbricht, es entsteht die CPN (Maoist) unter der Führung von Prachanda.

1994/95: Repression der Regierung gegen die Maoisten in Rukum und Rolpa.

März 1995: die CPN (Maoist) entscheidet sich für den bewaffneten Kampf.

13.2.1996: Erklärung des „Volkskriegs“

„Der bewaffnete Volkskrieg seit dem 13.2.1996 muss verstanden werden auf dem Hintergrund der Tatsache, dass Nepal zum zweitärmsten Land der Welt geworden ist“, schrieb Bhattarai zur Begründung des Volkskriegs, „Gemessen an seiner materiellen und kulturellen Entwicklung sind 71% der Bevölkerung absolut arm; 46,5% des Nationaleinkommens befindet sich in der Hand von 10% der Reichsten; über 60% der Bevölkerung sind Analphabeten, über 90% lebt in ländlichen Gebieten und 81% der Erwerbstätigen arbeiten in rückständigen landwirtschaftlichen Betrieben; 10% sind gänzlich arbeitslos und 60% sind unterbeschäftigt. Gleichermäßen ist die Wachstumsrate der Getreideproduktion, der wichtigsten Produktion des Landes, in den letzten 30 Jahren zurückgegangen. Die Auslandsschuld erreicht 60% des BIP und steigt jährlich weiter. Es ist deshalb für jeden einsichtig, wie der Volkskrieg und die neue Demokratische Revolution diese erdrückenden Probleme lösen wird. Es ist kein Geheimnis, dass der reaktionäre Staat eine Reihe schöner Slogans mit seinen

Fünfjahresplänen ausgegeben hat, um diese Probleme zu lösen. Doch nach jedem Plan und jeder Kampagne waren die Probleme noch schlimmer und die sozioökonomische Lage des Landes hatte sich weiter verschlechtert. In diesem Kontext müssen die Grundursachen dieser Misere ausfindig gemacht und eine wissenschaftliche Lösung angeboten werden, statt nur auf die äußeren Symptome zu blicken und diese nur partiell oder isoliert anzugehen. Die Lösung muss aufgrund einer historisch-materialistischen Analyse und nach dem Konzept der marxistisch-leninistisch-maoistischen Politischen Ökonomie erfolgen. Der maoistische Volkskrieg in Nepal versucht genau dies.“⁵

Bhattacharai sieht Nepal heute auch als Opfer des Imperialismus, von dem kein Land in der globalisierten Welt verschont bleibe. Da Nepal sich im Übergang von Feudalismus⁶ zum Kapitalismus befinde, seien imperialistische Eingriffe von außen in die Produktionsverhältnisse besonders schädlich und förderten einen „Kompradoren- und Bürokratenkapitalismus“. Statt Industriekapitalismus werde in dieser Produktionsform der größte Teil des Kapitals in unproduktive Handels- und Finanzinvestitionen geleitet.

Schon wenige Jahre nach Einführung der Demokratie verbreitete sich in Nepal Enttäuschung und Unzufriedenheit angesichts der mageren Ergebnisse, die das neue politische System an konkret greifbaren Verbesserungen für die Menschen gebracht hatte. Im Gegenteil: die neuen Regierungen schienen sich noch schamloser aus den öffentlichen Kassen zu bedienen als die Männer des Panchayat-Systems. Zum Zweiten blieben die sichtbaren Fortschritte - die Liberalisierung der Märkte, die hektische Nutzung der neuen Medienfreiheit, die neuen Konsummöglichkeiten und die politische Aufbruchstimmung - vor allem auf das Kathmandutal beschränkt, während die schwer zugänglichen Berggebiete von dieser Entwicklung und ihren wirtschaftlichen Vorteilen fast abgeschnitten waren.

Und doch waren schon unter dem Panchayat-System auch dank ausländischer Hilfe viele wichtige Schritte zur Modernisierung des Landes gesetzt worden. Vor allem König Birendra hatte sich nachhaltig darum bemüht, Nepal technologisch und wirtschaftlich den Anschluss ans übrige Südasien zu verschaffen. Auch

⁵ Vgl. Baburam Bhattarai, „*Political-economic Rationale of People's War in Nepal*“, 1998

⁶ Von Feudalismus spricht man in Nepal und Indien auch bei einem geringen Umfang der von abhängigen Landarbeitern bewirtschafteten Grundstücke. Nepals Maoisten meinen damit verschiedene Arten von „ausbeuterischer Verpachtung“, Lohnarbeit und Schuldknechtschaft.



Demonstration auf dem Basantapurplatz in Kathmandu, Sommer 2002

wenn die Entwicklungsprojekte sehr ungleichmäßig über das Land verteilt waren, hatten vor allem Jugendliche in den Dörfern eine Ahnung von einem modernen und freieren Leben bekommen. Schulbildung war wesentlich mehr jungen Menschen zugänglich geworden. Über die neuen elektronischen Medien stürmten ganz andere Werte und Vorstellungen auf die junge Generation ein als noch auf ihre Elterngeneration, die bloß zwecks Arbeitsuche nach Indien gekommen waren. Man wollte endlich kostenlose Bildung für alle, akzeptable Arbeitsplätze auch im eigenen Land, eine vernünftige Gesundheitsvorsorge und mehr soziale Gerechtigkeit sehen. Die Jugend wurde immer ungeduldiger: statt langsame Reformen abzuwarten, die ohnehin im Sumpf der politischen Misswirtschaft zu ersticken drohten, wuchs die Gewaltbereitschaft.

Dazu gärte es auch unter vielen ethnischen Gruppen, die nicht zur indoarischen Mehrheitsbevölkerung gehören. Es gibt in Nepal einen ganz offenkundigen Zusammenhang zwischen der Kasten- und ethnischen Zugehörigkeit einerseits und der Armut, sozialen Ausgrenzung und politischen Beteiligung andererseits. Im Grundtenor staatlicher Politik der Panchayatzeit - „Eine Sprache, eine Religion und eine Nation“ - hatte sich nämlich durch die neue Demokratie nichts geändert. Gerade in den Kernregionen des maoistischen Aufstands im mittleren Westen leben einige größere Volksgruppen wie die Magar, die in der Rana- und

Panchayat-Zeit eine gewisse Autonomie genossen, in den 90er Jahren jedoch zunehmend bedrängt wurden. Die Mehrheit im Norden dieser Region stellen die Kham-Magar, fast ausschließlich arme Kleinbauern, im Süden von Rolpa leben auch Bahun und Chhetri als wohlhabendere Landbesitzer. Die Magar fühlten sich immer mehr ausgebeutet und durch politische Repression provoziert. Die Polizeioperation „Romeo“ 1995 hatte das Fass zum Überlaufen gebracht.

Die Maoisten, selbst meist aus der Kaste der Brahmanen und Chhetri stammend, wussten den Ärger und die Frustration dieser Ethnien zu nutzen. Den Maoisten haben sich auch zahlreiche Dalits angeschlossen, die Kasten der Unberührbaren, die in der Hindu-Gesellschaft eine Art Sub-Proletariat bilden. Schließlich war da die tiefe Diskriminierung der Frauen in der konservativen Hindu-Gesellschaft Nepals. Wenn auch feministische Themen auf der revolutionären Agenda der Maoisten nicht weit oben standen, wussten die Maoisten die Interessen von Frauen ethnischer Minderheiten in den Berggebieten und gebildeter Hindu-Frauen aufzugreifen. Zeitweise soll ein Drittel der Kämpfer der Volksbefreiungsarmee Frauen gewesen sein. Dazu gesellten sich strategisch nützliche Faktoren, die Nepal zu einem denkbar geeigneten Schauplatz für eine Guerrilla machen: das ist zum einen die Geografie des Himalayalandes, die für einen Guerrillakrieg wie geschaffen zu sein scheint. Weite Gebiete im mittleren und fernen Westen des Landes sind nur zu Fuß erreichbar oder bestenfalls mit dem Flugzeug, sofern ein Landeplatz vorhanden ist. Auch bestehende Verkehrswege können relativ einfach unterbrochen werden. Zum andern ist dies die geringe Vorbereitung und mangelhafte Ausrüstung der Polizei für einen derartigen Konflikt, was den maoistischen Aufständischen den Aufbau von sicheren Basisgebieten erleichtert.

Grundbedingung für die Genesis einer maoistischen Volksbewegung in Nepal ist die desolote soziale Situation breiter Gruppen. Offizielle Statistiken weisen 42% der Bevölkerung als arm aus, was bedeutet, mit weniger als einem US-Dollar pro Tag auskommen zu müssen. Im Durchschnitt lebt eine Bauernfamilie im gebirgigen Teil Nepals von 0,2 Hektar Land. Jährlich sterben laut CWIN, dem größten Kinderhilfswerk Nepals, 45.000 Kinder unter fünf Jahren an Fehl- oder Unterernährung. Landlose Landarbeiter, Träger, chancenlose Intellektuelle, arbeitslose Jugendliche, Arbeiter des informellen Sektors, verarmte Kleinbauern, Frauen, die sich diskriminiert fühlen: aus diesen sozialen Gruppen speist sich der Nachschub an Unterstützern und Kämpfern der maoistischen Volksbefreiungsarmee. Die von Marx und Lenin angepeilte revolutionäre Kernschicht, die Industriearbeiter, ist in Nepal zahlenmäßig kaum bedeutsam

und schlecht organisiert. Die städtischen Mittelschichten, die Intelligentsia und das Kleinbürgertum sind ebensowenig erpicht, die im Zuge der neuen Demokratie gewonnenen Freiheiten einer maoistischen Bauernrevolution zu opfern.

Die Genesis des heutigen Volkskriegs in Nepal dauerte Jahrzehnte. Der Aufstand hatte eine lange Inkubationszeit. Schon ein Jahrzehnt vor dem „demokratischen Frühling“ 1990 gab es die ersten Vorboten für die drohende Krise, die schlimmste seit der blutigen Machtergreifung der Rana-Herrscher 1846. Die Unterdrückung der Parteien und der demokratischen Grundfreiheiten in 30 Jahren Panchayat-System führte zur Radikalisierung politischer Gruppen, die ansonsten - wie in Indien - den Weg auf die parlamentarische Ebene gefunden hätten. 1990 gelang es, unter Führung der städtischen Mittelschichten, die repressive absolute Königsherrschaft abzuschütteln, doch der anschließende Prozess der Ausarbeitung der Verfassung war demokratisch unzulänglich. Ein Teil der Linken blieb ausgeschlossen und auch die Bevölkerung als Ganzes konnte über Nepals Grundgesetz nie selbst befinden. Wie das folgende Jahrzehnt Demokratie zeigte, weist die Verfassung tatsächlich schwere Mängel auf, und nicht nur radikale Linke konnten sich bis heute nicht damit abfinden.

Dann misslang es im ersten Jahrzehnt Demokratie, eine verantwortliche Form der Machtausübung zu etablieren, und überhaupt eine verantwortliche politische Klasse und tragfähige politische Parteien aufzubauen. „*Bad governance*“, das Versagen der Regierungen, und die Armut: immer wieder werden diese Faktoren als Grundbedingungen für den Volkskrieg genannt. Ist das demokratische Nepal in seinem Versprechen gescheitert, für mehr Wohlstand für die wachsende Bevölkerung zu sorgen? Stagnierende Produktion in Industrie und Landwirtschaft, vermehrter Bevölkerungsdruck auf konstant bleibender Produktionsfläche, fehlende Arbeitsplätze in anderen Sektoren, Emigration hunderttausender Arbeitskräfte, ökologische Schäden, abnehmende Lebensqualität - all dies war Humus für revolutionäre Gruppen. Die Polizeirepression gegen Maoistenhochburgen im mittleren Westen gab den letzten Anstoß, den Weg der Gewalt zu versuchen. Jetzt zahlen Tausende junger Nepali für die Fehler der politischen Führungsschicht und für die Ambitionen anachronistischer Ideologen.

Exkurs: Gespräch mit dem Chefideologen

Dr. Baburam Bhattarai, 48, Chefideologe der *Communist Party of Nepal (Maoist)* und Vize des Guerrillaführers Prachanda, im Gespräch mit Chitra Tiwari am 7.12.2002⁷



Tiwari: Erzählen Sie etwas über Ihre Person: wie sind Sie in die Politik gekommen und was hat sie bewogen, den bewaffneten Kampf in einem Land aufzunehmen, das als Shangri-La bekannt war?

Bhattarai: Wir glauben, dass sich Personen aufgrund historischer Notwendigkeit bilden und ihre Chancen ergreifen. Wir sollten uns darum eher auf die Partei, die Politik und die zentralen Fragen konzentrieren als auf meine Person. Ich stamme aus einer typischen Familie landloser Kleinbauern in der Dritten Welt, die die grobe Ungerechtigkeit, Unterdrückung, Armut, Unterentwicklung und Ausbeutung der großen Mehrheit der Bevölkerung in einer imperialistisch beherrschten Klassengesellschaft für unerträglich hält und den Marxismus-Leninismus-Maoismus

als das beste wissenschaftliche Werkzeug begreift, um positive Veränderungen herbeizuführen. Wir dürfen nicht vergessen, dass durch die Geschichte herauf die herrschenden Klassen immer über das Monopol der Waffen und der Armee verfügten. So ist es nur logisch, dass jetzt die Ausgebeuteten die Waffen ergreifen, um die Ausbeuter zu entwaffnen. „Shangri-La“ ist schlicht ein falsches Etikett, wenn die unterdrückte Mehrheit sanftmütig die unmenschliche Brutalität und Gewalt einiger Könige und Priester jahrhundertlang zu ertragen hat. Friedhofsstille bedeutet nicht Frieden und Ruhe. Es ist hoch an der Zeit, mit dieser überkommenen Gewalt gegen die übergroße Mehrheit der Bevölkerung zu brechen und ein echtes Shangri-La im Himalaya zu schaffen. Die von der CPN (*Maoist*) angeführte revolutionäre Bewegung strebt genau dies an.

Tiwari: Die Lage in Nepal besorgt die Freunde Nepals im Ausland immer mehr. Wie sehen Sie die derzeitige militärische und politische Entwicklung in Ihrem Land?

Bhattarai: Es ist gut, dass die internationale Gemeinschaft angesichts des sich verschärfenden Bürgerkriegs in Nepal aufgewacht ist und sich für eine gerechte Beendigung des Konflikt engagiert. Die Situation ist jetzt zu diesem Höhepunkt

⁷ Das Gespräch erschien am 14.12.2002 in *The Washington Times*.

eskaliert, nachdem der Bruder- und Königsmörder „König“ Gyanendra und sein berüchtigter Sohn Paras am 4. Oktober 2002 einen rückschrittlichen Staatsstreich gegen die souveräne parlamentarische Demokratie verübt und die autokratische Monarchie wieder errichtet haben. Dies hat unsere oft wiederholte Position bestätigt, dass die von der Volksbewegung von 1990 errungenen demokratischen Rechte für eine reife Demokratie nicht ausreichen. Die eigentliche Staatsmacht und Souveränität liegt immer noch bei der Monarchie, die traditionell die Armee, die Bürokratie und die Wirtschaft kontrolliert. Die revolutionäre Volksbewegung der letzten sieben Jahre, besser bekannt als Volkskrieg, hat nun zur Schaffung einer parallelen Regierung, Armee, Wirtschaft und Kultur des Volkes in weiten Teilen des Landes mit Ausnahme der Städte geführt. Ein strategisches Patt in umfassendem Sinne ist entstanden. Nun besteht ein Gleichgewicht der Kräfte in Dreiecksform, nämlich zwischen dem Königshaus, dem Parlament und den revolutionären Demokraten. Wenn die beiden letzteren einen gemeinsamen Kampf gegen die feudalen autokratischen Kräfte führen, gibt es gute Chancen, in naher Zukunft Demokratie im Land herzustellen.

Tiwari: Können internationale Vermittlungsbemühungen helfen, das Eis zu brechen?

Bhatarai: Für eine Verhandlungslösung waren wir immer aufgeschlossen. Doch hat die feudale und autokratische Monarchie alle früheren Versuche sabotiert. Das Eis wird schwerlich zu brechen sein, solange die Monarchie sich nicht dessen bewusst wird, dass ihre Tage gezählt sind und sie von der Geschichte abzutreten hat. Wir würden das Problem lieber intern ohne äußere Einmischung lösen. Wenn es jedoch die komplexe Situation erfordert, insbesondere aufgrund Nepals geostrategischer Position zwischen den beiden Superstaaten Indien und China, würden wir die Vermittlung durch echt neutrale, internationale Organisationen nicht ablehnen.

Tiwari: Eine Fülle von Stimmen innerhalb und außerhalb Nepals treten für eine Verhandlungslösung des Bürgerkriegs ein. Sind Sie zu einem Kompromiss mit König Gyanendras Regierung bereit, indem sie die konstitutionelle Monarchie akzeptieren, um das Blutvergießen zu stoppen?

Bhatarai: Es geht nicht darum, die „konstitutionelle Monarchie“ zu akzeptieren oder nicht. Der königliche Staatsstreich hat bewiesen, dass Gyanendra selbst die 1990 festgelegte begrenzte konstitutionelle Monarchie nicht akzeptiert hat und eine allmächtige autokratische Monarchie anstrebt. Insbesondere unsere Freunde im Westen sollten begreifen, dass die in den meisten Ländern der Dritten Welt vorherrschenden präkapitalistischen Herrschaftsverhältnisse entweder eine autokratische Monarchie oder gar keine Monarchie verlangen. In der Geschichte gibt es noch keinen Fall einer konstitutionellen Monarchie in einer Gesellschaft

vor der industriellen Revolution. Wie kann da das arme Nepal eine Ausnahme bilden?

Tiwari: Welche Bedingungen bestehen für eine friedliche Lösung? Welche Hoffnungen haben Sie, dass Ihre Forderungen erfüllt werden?



Bhattacharai: Unsere Partei, unser Parteiführer Prachanda und unsere verschiedenen Publikationen haben immer wieder betont, dass wir als unmittelbares politisches Ziel die Einführung einer demokratischen Republik in unserem Land anstreben. Beachten Sie bitte, dass wir nicht auf eine „kommunistische Republik“ drängen, sondern auf eine bürgerliche, demokratische Republik. Deshalb

haben wir die Losungsworte ausgegeben: Rundtischkonferenz aller politischen Kräfte, eine Interimsregierung und Wahlen für eine verfassunggebende Versammlung. Forderungen, die von einer wachsenden Mehrheit der Bevölkerung geteilt werden. Da die verfassunggebende Versammlung der höchste Ausdruck bürgerlicher Demokratie in der Geschichte ist, verstehen wir nicht, warum irgend jemand, der sich für einen Demokraten hält, davor zurückschrecken sollte.

Tiwari: In den USA und anderen Ländern wurde die Besorgnis geäußert, dass eine maoistische Machtübernahme zu einer Art Genozid im Stil der Roten Khmer führen könnte. Deshalb haben verschiedene westliche Regierungen militärische und wirtschaftliche Unterstützung für Ihren Gegner angekündigt. Wie antworten Sie auf diese Besorgnis und auf die westliche Militärhilfe für Ihren Gegner?

Bhattacharai: Es gibt keine unabhängige und authentische Untersuchung der Ereignisse in Kambodscha in der Zeit der Roten Khmer. Was in den westlichen Medien bisher publiziert worden ist, scheint uns stark übertrieben. Wir sind keine Roten Khmer, sondern die CPN (Maoist) und wir gedenken nicht, irgend jemanden blind zu kopieren, sondern wollen das universelle Gesetz der Entwicklung der Natur und Gesellschaft gemäß des Marxismus-Leninismus-Maoismus auf die konkreten Verhältnisse Nepals anwenden. Wir haben unsere konkreten Erfahrungen der demokratischen Revolution in unserem Prachanda-Pfad zusammengefasst und werden diesen weiterentwickeln. Die 2. Nationale Konferenz unserer Partei vom vergangenen Jahr hat bereits einige der negativen und schädlichen Erfahrungen der internationalen kommunistischen Bewegung aufgearbeitet, insbesondere jene der Stalinära, und positive Erfahrungen,

insbesondere hinsichtlich der Frage der Massendemokratie eingebaut. Skeptiker können eine unserer zahlreichen Basisgebiete besuchen und selbst sehen, wie wir im Rahmen der Vielfalt von Klassen, Nationalitäten, Kasten, Regionen und Geschlechter Demokratie praktizieren.

Die verschiedenen Regierungen und unsere anderen Kritiker möchten bitte zur Kenntnis nehmen, dass wir gerade jetzt zusammen mit den demokratischen Kräften im Parlament gegen die feudale autokratische Monarchie kämpfen, um eine bürgerliche Demokratie in unserem Land durchzusetzen. Wenn der Krieg gegen die Monarchie in England 1648 und gegen die Monarchie in Frankreich 1789 gerecht war, warum sollte der Kampf gegen die noch despotischere Monarchie Nepals im 21. Jahrhundert ungerecht sein? In diesem Zusammenhang danken wir allen, die sich in den USA, Großbritannien, Belgien und anderen Ländern den Waffenlieferungen an die nepalische Monarchie widersetzt haben.

Tiwari: Können Sie mich über die Stärke und Logistik der Volksbefreiungsarmee aufklären? Wie finanzieren Sie diese Armee und woher beziehen Sie Ihre Waffen?

Bhattacharai: Wie Sie wissen haben wir in den letzten Monaten im Osten und im Westen des Landes mit ganzen Brigaden der Volksbefreiungsarmee höchst erfolgreiche militärische Operationen durchgeführt. Gleichzeitig haben wir in allen 75 Distrikten kleinere Angriffe durchgeführt. Daraus können Sie unsere militärische Stärke leicht ableiten. Da wir einen echten Volkskrieg führen, stammen die Mittel dafür vom Volk selbst. Wir heben auch Steuern von Unternehmern und Geschäftsleuten ein und beschlagnahmen gelegentlich Banken. Bezüglich unserer Waffen ist es ein offenes Geheimnis, dass bis heute unser Feind die Quelle der meisten unserer Waffen ist. Wie Mao sagte, beliefern uns über diesen Weg auch ausländische Mächte.

Tiwari: Trotz Ihrer früheren Zusicherungen gegenüber Touristen, sind laut Berichten kürzlich westliche Touristen von maoistischen Guerrilleros ausgeraubt worden. Tourismus-Unternehmen im Westen und im Osten sind besorgt, dass die zunehmende Guerrilla-Tätigkeit das Jahr des 50jährigen Jubiläums der Besteigung des Everest 1953 stören könnte. Haben Sie Ihre Politik geändert?

Bhattacharai: Wir waren selbst von diesen Berichten über Überfälle auf westliche Touristen durch sogenannte maoistische Guerrilleros überrascht. Es ist aber unmöglich, dass unsere disziplinierten und hoch motivierten Kader solche verwerflichen Verbrechen begehen. Wir haben eine Untersuchung angeordnet. Wir können allen Touristen versichern, dass sie sich heute und in Zukunft in unseren Gebieten völlig sicher fühlen können. Da das Tourismusgeschäft, insbesondere die großen Hotels und die sogenannten Nationalparks zumeist von den Shah- oder Ranafamilien kontrolliert werden, ersuchen wir die Touristen,

sich eine Nutzung dieser Strukturen zweimal zu überlegen. Es kann aber in einem Bürgerkrieg immer riskante Situationen geben, wenn man ins Kreuzfeuer der Konfliktparteien gerät, wofür nicht wir verantwortlich gemacht werden können.

Tiwari: In kürzlichen Aussendungen haben Sie sich siegessicher gegeben. Im Falle Ihrer Machtübernahme in Kathmandu, welche Art politischer Struktur würden Sie einführen? Wie würden sie andere politische Parteien behandeln? Werden Sie gegen die anderen Parteien in nationalen Parlamentswahlen antreten?

Bhattacharya: Wir haben unsere Position zum zukünftigen Staats- und Regierungssystem im 75-Punkte-Programm des Revolutionären Volksrates für eine gemeinsame Mindest-Politik schon öffentlich dargelegt. Wir haben darin klar betont, dass wir zu einem Vielparteiensystem in der künftigen staatlichen Ordnung stehen. Unsere Partei ist derzeit damit befasst, die Erfahrungen von postrevolutionären Gesellschaften zu untersuchen und ein dem 21. Jahrhundert angemessenes Modell der Demokratie ausfindig zu machen. Wir wollen nicht nur in der heutigen Phase bürgerlicher demokratischer Revolution, sondern auch in der folgenden Phase sozialistischer Revolution ein neues Modell von Demokratie entwickeln. In dieser wird das Recht des Volkes auf abweichende Meinung und organisierten Widerstand institutionalisiert werden. Somit besteht absolut kein Anlass für Verdächtigungen oder Angst, dass wir eine Ein-Parteien-Diktatur errichten werden, wenn wir einst die Macht in Kathmandu übernehmen.

Tiwari: Was steht auf Ihrer außenpolitischen Agenda? Wie werden Sie Indien beruhigen, dass von einem maoistischen Staat Nepal keine Gefahr für Indien ausgeht?

Bhattacharya: Wir haben immer wieder klargestellt, dass wir diplomatisch-freundliche Beziehungen mit allen Ländern der Welt haben werden auf der Basis der fünf Prinzipien friedlicher Koexistenz, nämlich gegenseitige Achtung der Souveränität und nationalen Integrität, Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten, Gleichheit, gegenseitiger Nutzen und friedliche Koexistenz. Angesichts unserer besonderen geostrategischen Lage, eingeklemmt zwischen den zwei großen und einander feindlichen Staaten Indien und China, werden wir freundliche Beziehungen zu beiden Nachbarn in Äquidistanz anstreben. Es ist lächerlich anzunehmen, dass ein Staat von der Größe Nepals eine Gefahr für den Giganten Indien, einen Atomstaat, darstellen kann. Vielmehr ist Nepal seit dem Sugauli-Abkommen von 1815-16 mit Indien ein Opfer von nicht ebenbürtigen Beziehungen, was in freundschaftlicher Weise geklärt werden muss.

3. Maos Erben im Himalaya

„Wenn ich in diesen Jahren in Rolpa gelebt hätte, wäre ich auch ein Maoist geworden. Das wäre die einzig mögliche Antwort gewesen auf die Korruption, die Armut, die Diskriminierung und die Unfähigkeit der Gerichtsbarkeit, für Gerechtigkeit zu sorgen.“

Ram Bahadur Sharma, LKW-Fahrer aus Kham-Gaun (Distrikt Nuwakot)



3. Maos Erben im Himalaya



Die Führungsspitze der Maoisten Nepals

„Das politische Kernanliegen des Volkskriegs muss korrekt erfasst werden. Die bourgeoise (kapitalistische) demokratische Revolution ist das unmittelbare Ziel und die Abschaffung der Monarchie ist wesentlich für dieses Vorhaben. Die dafür unmittelbar nötigen Schritte sind: die Einsetzung einer Interimsregierung, Wahlen für eine verfassunggebende Versammlung und

die Einführung der Republik. Wir wollen die feudale autokratische Monarchie abschaffen, weil sie das historische Bollwerk jeder Unterdrückung der Klassen, der Geschlechter, der nationalen, regionalen und religiösen Gruppen und das Haupthindernis für die Demokratisierung des politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens ist. Wir haben am Ziel einer Republik immer festgehalten, auch während der Friedensgespräche 2001. Doch wollen wir die Entscheidung darüber einer verfassunggebenden Versammlung überlassen, nicht dem Verhandlungstisch. Alle drei Forderungen bilden eine untrennbare Einheit der unmittelbaren politischen Agenda.“

Dr. Baburam Bhattarai⁸

Was wollen die Maoisten?

Diese Worte klingen anders als die auf dem Land verbreitete Propaganda bezüglich des Endziels der nepalischen Maoisten, den Sturz des „reaktionären Hindu-Königreichs und seines ausbeuterischen Systems“ und die Errichtung einer kommunistischen Volksrepublik. Die maoistische Führung weiß, dass Nepal im Jahre 2003 nicht gleichzusetzen ist mit dem vorrevolutionären China nach dem 2. Weltkrieg. Auch wenn Maoisten definitionsgemäß mit einer pluralistischen parlamentarischen Demokratie wenig anfangen können, ist ihr politisches Programm nicht so maximalistisch wie ihre Propagandaslogans. Bevor die CPN (*Maoist*) den Weg in den Untergrund und damit zum Volkskrieg antrat, übte sie den Widerstand auf parlamentarischem Feld, als dominierende Kraft des Linksbündnisses *United People's Front* (UPF), das bei den

⁸ Vgl. „Rejoinder on some current issues“, in *The Worker*, 4.9.2002

Parlamentswahlen 1991 neun Sitze erringen konnte. Und bevor die maoistische Guerrilla am 13. Februar 1996 an mehreren Stellen des Landes losschlug, legte sie der Regierung ihre berühmte „40-Punkte-Liste“ vor. Eigentlich eher ein politisches Kampfmanifest, denn der Regierung wurde gar nicht die Zeit gegeben, darauf ernsthaft zu reagieren (vgl. den vollen Wortlaut im Anhang II). Diese seltsame Mischung aus allgemeinen Forderungen und konkreten politischen Einzelmaßnahmen spiegelt einigermaßen getreu die politischen Prioritäten der maoistischen Partei wider. Die 40 Punkte umfassen die Mehrheit der Themen, die die nepalische Linke seit Jahrzehnten bewegt. Aber nur wenige sind Ausdruck der „traditionellen“ maoistischen Theorie und Praxis. Eine konsistente Analyse der Klassenstruktur Nepals, der Entwicklung der nepalischen Gesellschaft und Wirtschaft, der politischen Ökonomie des Landes ist dahinter nicht erkennbar. Die meisten Forderungen könnten im Rahmen der heutigen Verfassung erfüllt werden und auf parlamentarischer Ebene den Konsens anderer Linksparteien finden. Diese lehnen zur Zeit aber die zentrale Forderung der Maoisten ab, nämlich die Wahl einer Verfassungsgebenden Versammlung und die Erstellung einer völlig neuen Verfassung bei Abschaffung der konstitutionellen Monarchie. Sie beharren auf der Möglichkeit, die Verfassung in einigen Punkten auf parlamentarischem Weg zu ändern. Unklar ist heute, inwiefern dieses 40-Punkte-Programm von 1996 noch die Grundlage von Verhandlungen zwischen Maoisten und Regierung bilden kann, oder ob sich die Maoisten endgültig mit einigen wenigen Vorbedingungen begnügen wie der Einberufung einer Rundtischkonferenz aller politischen Kräfte, der Bildung einer Interimsregierung und der Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung.

Eigentliches Ziel des Volkskriegs ist jedoch nicht der Kompromiss mit einer vom König eingesetzten, demokratisch gar nicht legitimierten Regierung, sondern die Machtergreifung durch die „Revolutionäre Vereinigte Front“. Bei der 2. Nationalen Konferenz im Februar 2001 wurde der „Prachanda-Pfad“ als neue Grundlage für den revolutionären Kampf verabschiedet, eine „Adaption des Marxismus-Leninismus-Maoismus auf die nepalische Revolution“ (Bhattarai 1998). Der Volkskrieg sei erst beschlossen worden, nachdem die Reformbemühungen am „alten semifeudalen und semikolonialen System“ gescheitert seien. Der Generalsekretär der demokratischen Kommunisten Nepals, Madhav Kumar Nepal, bezeichnete den Prachanda-Pfad als „ideologische Abweichung“, die die kleinbürgerliche Orientierung der Maoisten aufzeige. Andere deuteten den Akt als Hinwendung zum Trotzismus. Andere wiederum sahen darin den Beginn eines Führerkults im Stil des „Leuchtenden Pfads“ Perus, der den „*pensamiento Gonzalo*“ zur Grundlage seines Guerrillakampfes gemacht hat. Prachanda selbst betont immer wieder die Bedeutung von Basis-



Kundgebung der Maoisten in Rukum

gebieten und den Aufbau der „Revolutionären Front“: „Die demokratische Revolution ist unmöglich ohne eine breite Revolutionäre Front zwischen den antifeudalen und antiimperialistischen Klassen und Volksschichten unter Führung des Proletariats, aufbauend auf der Einheit zwischen Arbeitern und Bauern“ (Prachanda in: *The Worker* 1998). Baburam Bhattarai, die Nr. 2 der Maoisten, präzisiert, dass die drei heutigen Kernforderungen auf die Umwandlung der jetzigen „autokratischen Monarchie“ in eine bürgerliche Demokratie abzielen. Erst der nächste Schritt sei die Errichtung einer „neuen revolutionären Demokratie“. Wie diese auszusehen hat, bleibt ein Rätsel.

Welche Analyse der nepalischen Gesellschaft verbirgt sich hinter diesen revolutionären Konzepten? Bhattarai beschreibt die politische Ökonomie Nepals als eine bürokratisch-kapitalistische, die vom Imperialismus abhängt, aber auf einer halbfeudalen Agrarwirtschaft aufbaut. Das Königshaus übe formell die Macht aus, doch dahinter stünde die Königliche Armee und die Landbesitzer- und Handelselite. Die Klassenstruktur gründe auf diesen „Ausbeuterklassen“, einer schmalen Mittelklasse und der Masse von Arbeitern und Bauern. Das heutige Mehrparteiensystem wird noch nicht mal als „bürgerliche Demokratie“ betrachtet. Die Entwicklung einer modernen Volkswirtschaft werde insbesondere

durch den indischen Imperialismus behindert. Ausgehend von dieser Lage müsse es das Kernziel der maoistischen Bewegung sein, zunächst die Unterstützung der Kleinbauern und Landarbeiter zu gewinnen und diese dann auf das städtische Proletariat auszudehnen. Intensive politische Arbeit - so die Maoisten - und die Umsetzung sozialer und wirtschaftlicher revolutionärer Programme in den „befreiten Gebieten“ sei die Voraussetzung dafür. Basisgebiete seien die Vorstufe zu „befreiten Gebieten“, wo aber demonstrativ die sozialistische Gesellschaftsordnung vorweggenommen werden könne. Hier könnte die Eigenständigkeit erreicht und die sozialen und wirtschaftlichen Vorteile des revolutionären Prozesses vor Augen geführt werden. Allerdings habe die militärische Sicherung der Basisgebiete Vorrang, so Bhattarai.

Dementsprechend verabschiedete die maoistische Partei schon im September 1995 einen Plan zum Start des Volkskriegs wie er schon 1938 von Mao Tse Tung für China entwickelt worden war. Dieser Krieg sollte auf drei Kernelementen aufbauen: ein längerwährender Krieg als Kombination von Guerrilla und Stellungskrieg, die Errichtung von Basisgebieten und die Eigenständigkeit in diesen Gebieten. Nach den bisherigen militärischen Erfolgen auf diesem Weg scheinen die Maoisten heute übermäßig selbstsicher geworden zu sein.

In Lateinamerika haben revolutionäre Bewegungen unterschiedliche Erfahrungen mit Basisgebieten gemacht. Che Guevara hielt eine mobile Guerrilla für erfolgversprechend, um die Landbevölkerung für die Revolution zu mobilisieren und das Militär von Brennpunkten aus anzugreifen, selbst aber für die Luftwaffe nicht angreifbar zu sein. Der peruanische „Leuchtende Pfad“ konnte Basisgebiete im Andengebiet um Ayacucho für einige Jahre halten. Echte Basisgebiete, die sogar Anerkennung durch den Staat erhalten haben, haben sich nur die kommunistischen Guerrillagruppen der FARC und ELN in Kolumbien erkämpft, wo die Rebellen heute noch Souveränität ausüben.

Nepals Bergland mit seinen ausgedehnten Wäldern ist wie geschaffen für einen Guerrillakrieg. Viele entlegene Gebiete können nur mit tagelangen Fußmärschen erreicht werden. Die maoistischen Basisgebiete liegen in solchen Gebieten. Erst seit dem Jahr 2000 haben die Maoisten ihre Tätigkeit auch auf das Kathmandutal und den Terai ausgedehnt. Neben der Topografie und dem geringen Erschließungsgrad ist für den Aufbau von Basisgebieten ein weiteres unverzichtbar: die nachhaltige Unterstützung oder zumindest Duldung durch die Bevölkerung, wenn die Guerrilleros wie „Fische im Wasser schwimmen wollen“. Die Aufrüstung der nepalischen Luftwaffe reduziert allerdings den strategischen

Wert der Basisgebiete.

Verfügen die Maoisten über sichere Rückzugsgebiete außerhalb der Kampfgebiete in Nepal? Nepals Maoisten genießen keine direkte oder indirekte Unterstützung von Regierungen angrenzender Länder wie etwa die *Mudjaheddin* in Kaschmir. Doch wird mit Sicherheit angenommen, dass viele maoistische Kämpfer in geheimen Trainingslagern in Indien ausgebildet werden. Waffen und Munition werden insbesondere über den indischen Bundesstaat Uttar Pradesh ins Land geschafft. Das offizielle Indien hat jede Verbindung mit maoistischen Führern strikt verleugnet. Allerdings ist Delhi gegen Auslandsnepali und indische Maoisten, die ihren nepalischen Genossen Unterschlupf bieten, noch nicht mit Entschiedenheit vorgegangen.

Im Gegensatz zu oft geäußerten Vermutungen erhalten die Maoisten von der Volksrepublik China keine Unterstützung. Dies geht nicht nur aus der offenen Kritik der *CPN (Maoist)* am chinesischen Regime seit dem Tode Maos hervor. Peking hat sich offiziell von den nepalischen Maoisten und ihrem Volkskrieg distanziert. Es scheint größten Wert darauf zu legen, im Zuge des eigenen Kampfes gegen den „Terrorismus“, den Widerstand in den westlichen Provinzen Sinkiang und Tibet, über jeden Verdacht der Unterstützung von Gewalt ausübenden Gruppen im Ausland erhaben zu sein.

Im Maoistenland

Anfang 2003 befanden sich drei Distrikte in der Hand der Maoisten: Rukum, Rolpa und der Großteil von Salyan. Auch die Hälfte des Gebiets der Distrikte Achham und Bajura wird von den Aufständischen kontrolliert. Insgesamt ist der Großteil der Distrikte Nepals von maoistischen Operationen betroffen. Das britische Entwicklungshilfedepartment DFID schätzt die Gebiete „unter direktem Einfluss der Maoisten“ auf rund ein Drittel des nepalischen Territoriums. In den nördlichsten Hochlanddistrikten wie Humla, Dolpo, Mustang, Manang ist der maoistische Einfluss am geringsten, während er im Terai 2002 ständig gewachsen ist. Aus den von den Maoisten kontrollierten Distrikten hat sich der Staat fast gänzlich zurückgezogen. In den betroffenen Gebieten konzentriert sich Polizei und Verwaltung nur mehr auf die Hauptorte. Die gewählten politischen Organe mussten ihre Tätigkeit aufgeben. Auch die wenigen staatlichen Dienstleistungen im Schul- und Gesundheitswesen, Postdienste und Agrarkreditbüros wurden eingestellt. Die Gebäude der *Village Development Committees* (VDC, eine Art Kommunalverwaltung) wurden von den Maoisten meist zerstört, Amtsträger verjagt, einige ermordet. Die meisten für andere



Der Eingangsbogen zum „Maoistenland“

Parteien früher tätigen Aktivisten mussten flüchten, und leben in den Distrikthauptstädten oder anderswo. Aus den Dörfern ist jede staatliche Autorität verschwunden.

In den Basisgebieten haben die Maoisten auf Dorf-, Gebiets- und Distriktebene Volkskomitees eingesetzt. Alle sozialen Gruppen, von den Guerrilleros bis zu den Dalits, Intellektuellen, Frauen, Geschäftsleuten haben ihre Vertretung. „Feudalgrundbesitzer“ und „Kapitalisten“ sind ausgeschlossen. Sogar eigene Wahlen der Volkskomitees wurden abgehalten. Im November 2001 existierten „Distrikt-Volksregierungen“ der Maoisten in 21

Distrikten, allesamt im Mittelgebirge Nepals gelegen. In Rukum wurden Massenversammlungen mit 15.000 Menschen abgehalten.

Staatsvertretungen wirken in den Hauptstädten der maoistisch kontrollierten Distrikte wie z.B. in Liwang (Rolpa), die noch von Armee und Polizei gehalten werden, wie Botschafter Kathmandus. Offizielle Wahlen für die „Distriktentwicklungskomitees“ (DDC) wurden in verschiedenen Distrikten boykottiert, gewählte Mandatare wurden von den Maoisten für abgesetzt erklärt und die eigene Volksregierung an deren Stelle gesetzt. Die maoistischen Distriktchefs nehmen für sich höhere Legitimität als die früher demokratisch gewählten Präsidenten der DDC in Anspruch. Es ist wie eine „Ein Land - Zwei Regime-Situation“, ein kolumbianisches Szenario.

Was haben die Maoisten in den Basisgebieten politisch auf den Weg gebracht? Haben sie den Zugang zu Ressourcen und die wirtschaftliche Lage der Landbevölkerung wirklich verbessert? Die Kriegsbedingungen schließen das natürlich aus. Doch die Umverteilung von Grund und Boden, die Einführung von Landwirtschaftskooperativen und die Sozialisierung von Gewinnen von Wirtschaftsbetrieben zugunsten der Beschäftigten ist in begrenztem Ausmaß vorgenommen worden. Die Bedeutung, die sie für die Kommunistische Partei Chinas zu Zeiten Maos hatten, haben diese Maßnahmen in Nepals Volkskrieg



Der „Tag der Märtyrer“

nicht. Nepals Maoisten widmen dieser Art von demonstrativer Vorwegnahme der künftigen sozialistischen Gesellschaftsordnung wenig Augenmerk. Zwar soll an einem gewissen Zeitpunkt des Volkskriegs eine revolutionäre Gegenregierung auf nationaler Ebene ausgerufen werden, aber zunächst haben solche Institutionen noch keine Priorität.

Für Ordnung in den Basisgebieten sorgen inzwischen eigene Dorfmilizen und Volksgerichte. Die Kriminalität hat seit Einrichtung der Volksjustiz erheblich abgenommen. Bei aller Fragwürdigkeit der staatlichen Justiz Nepals ist die maoistische Volksjustiz keine sehr überzeugende Alternative: Schauprozesse, Todesurteile im Schnellverfahren, Prozessfarce zu Propagandazwecken. Viele Landbewohner mussten aus den Dörfern fliehen, als sie die von der Volksjustiz verhängten Geldbußen nicht bezahlen konnten.

Getreu Mao Tse Tungs Motto „Verbinde die Produktivität mit der Revolution“ haben die Maoisten eine Reihe von Entwicklungsprojekten auf lokaler Ebene lanciert, die die eigenständige Versorgung gewährleisten sollen: Geflügelzucht, Genossenschaftskredit, Einzelhandel und gemeinsamer Einkauf, Soforthilfe für Unwettergeschädigte, landwirtschaftlicher Grundverkehr werden durch Volks-

komitees abgewickelt. In Rolpa begann 2001 die Kampagne „*ship shata saa*“, der Austausch von handwerklichen Fertigkeiten, eine Art berufliches Bildungsprogramm.

Der Volkskrieg und seine Opfer

„Unsere Familie ist völlig ruiniert. Die Maoisten töteten einen meiner Brüder und versuchten auch meinen zweiten Bruder zu töten“, sagt Keshav Jnawali in seiner Notbehausung in Kathmandu. Früher lebten die Jnawalis in Mankot, Distrikt Gulmi.

Das ist eine der zu Herzen gehenden Geschichten der Opfer maoistischer Übergriffe. Jnawalis älterer Bruder wurde im März 2001 brutal umgebracht. Die Maoisten vertrieben die Mitglieder der Familie aus ihrem Heimatort und plünderten ihr Hab und Gut. Ihr Land und ihre Felder wurden unter den übrigen Dorfbewohner verteilt. „Meine Schwägerin kam barfuß in Kathmandu an. Meine Familie hat alles verloren“ sagt uns Keshav, „jetzt leben wir wie Flüchtlinge hier in Kathmandu. Aber das ist nicht alles Leid, das uns die Maoisten zugefügt haben. Nachdem man uns unseren Besitz geraubt hat, mussten wir von einem Ort zum anderen ziehen, um ein Obdach zu finden. An eine Schulbildung für unsere Kinder war gar nicht mehr zu denken. Wir können hier auch nicht ins Krankenhaus gehen.“ Keshav scheint in Kathmandu in neues Elend gestürzt zu sein. Keshav, Ravi Raji Jnawali und Shakti Jnawali hatten in Rajpur, Distrikt Kapilvastu, eine moderne Hühnerfarm betrieben. Sie hatten mithilfe der Landwirtschaftskreditbank 7,5 Millionen Rupien investiert. Die Farm war die größte und bestausgestattete des ganzen Distrikts und beschäftigte 15 Mitarbeiter. 7 weitere lebten indirekt von der Farm. „Nachdem mein Bruder Ram Mani umgebracht worden war, töteten sie Aditiya Prasad Jnawalam, den Bruder meines Geschäftspartners Ravi und Shakti. Nachdem sie drohten, uns alle umzubringen, zogen wir es vor zu flüchten und die Farm aufzugeben“, sagt Keshav mit Tränen in den Augen. „Bevor sie unseren Geschäftspartner töteten, verlangten sie eine 'Spende' von 15.000 Rupien. Wir baten sie höflich, unsere Buchhaltung einzusehen und die 'Spende' darauf abzustimmen. Wir sagten ihnen, dass wir einen hohen Kredit tilgen mussten und eine solche Summe nicht aufbringen konnten“.

Die Farm hatte 20.000 Hennen, aber die Tiere konnten nicht gehalten werden, nachdem alle Angestellten gekündigt hatten. Die Maoisten hatten zuvor einen alten Mann erschossen, der als Wächter für den Betrieb arbeitete. Schließlich blieben nur mehr 5-6.000 Hühner übrig und Keshav geriet in finanzielle Bedrängnis, zumal er den Kredit zurückzahlen hatte. „Das einzige 'Verbrechen' das die Maoisten uns vorwarfen, war, dass unsere Familie früher mal dem Nepali Congress nahegestanden hatte. Weder mein Bruder Ram Mani noch der Bruder meines Geschäftspartner hatten je etwas gegen die Maoisten gesagt oder unternommen.“

Interview: Hanna Battisti

In Rolpa wurden einige Bauprojekte in Gemeinschaftsarbeit gestartet unter dem Motto „Glaube nicht an die Macht des Geldes, sondern an die Macht deiner beiden Arme und die Einheit des Volkes“. Straßen, Brücken, Bewässerungskanäle, Schulen, Märtyrerstatuen wurden gebaut. In Rukum bauten 2.000 Menschen 26 Kilometer Straße mit vier Holzbrücken. Doch an ungezählten anderen Orten haben Maoisten aus militärstrategischen Gründen öffentliche Infrastrukturen und Einrichtungen gesprengt.

In der Wirtschaft waren die Geldverleiher besonders betroffen. Die Maoisten verboten ihnen jede Tätigkeit oder setzten einen Höchstzinssatz von 20% im Jahr fest. Darlehensurkunden wurden vernichtet, Dörfler von Schulden an Grundbesitzer befreit. In Rolpa wurde eine Land-Genossenschaftsbank gegründet, die Darlehen an Arme zu 5% oder gar 2% jährlich vergibt. Die Landgüter von Großgrundbesitzern wurden beschlagnahmt und an Landlose verteilt. Neue Landbesitzurkunden wurden ausgegeben. Die staatlichen Steuereinnahmen sind auf praktisch Null gesunken.

Auf sozialem Gebiet versuchten die Maoisten ihre revolutionären Vorstellungen im Ansatz zu verwirklichen. Korruption und Vetternwirtschaft sind eliminiert worden. Alkoholproduktion und Alkoholkonsum sind in den Maoistengebieten streng kontrolliert, einige Gebiete zu „alkoholfreien Zonen“ erklärt worden, was vor allem von den Frauen begrüßt wird. Gleichzeitig gab es demonstrative Angriffe auf Brauereien und Schnapsbrennereien. Alkoholismus, Spielsucht und Verbrechen haben in diesen Gebieten deutlich abgenommen. Das Studium des Sanskrit und das Absingen der Nationalhymne in den Schulen gibt es nicht mehr. Revolutionäre Lieder sind an ihre Stelle getreten. Auf „revolutionäre Bewusstseinsbildung“ wird größter Wert gelegt, auch wenn Bildungsarbeit in Kriegszeiten nicht einfach zu entfalten ist. Private Schulen sind verboten worden, ihr Eigentum ist den öffentlichen Schulen vermacht worden. Die maoistische Partei hat neue Schul-Curricula ausgearbeitet, genannt „*janabadi education*“, kommunistische Volksbildung.

Für den Handel, ohnehin durch den Volkskrieg stark beeinträchtigt, haben die Maoisten strenge Regeln erlassen. Die Detailverkäufer dürfen nur mehr Waren führen, die in den Augen der Maoisten vom Volk tatsächlich gebraucht werden. Indische Filmkassetten sind verboten und Schwarzhändler jeder Art werden bestraft. Die Preise im Einzelhandel werden von den Dorfkomitees festgelegt. Die Handelsunternehmen dürfen keinen Gewinn mehr machen. Spielen für Geld ist verboten, ebenso einige traditionelle Feste, die als verschwenderisch für die Armen betrachtet werden. Die Polygamie und die Kinderheirat werden als „so-



Maoistische Milizionäre in Rukum

ziales Übel“ betrachtet. Nationale Festlichkeiten wie *Dasain* und *Tihar* sind zu revolutionären Festen umgeformt worden. Stattdessen gibt es jetzt „Martyrertage“ zu Ehren der im Volkskrieg gefallenen Kämpfer. Hochzeiten werden als „Volkshochzeiten“ zelebriert, bei welchen feierlich Treue zum Prachanda-Pfad geschworen wird.

Die Arbeitsprogramme und mehr soziale Gerechtigkeit haben auch ihre Kosten. Somit werden die Bewohner der Basisgebiete angehalten „revolutionäre Beiträge“ zu entrichten. Steuern oder Abgaben nennen die Maoisten dagegen jene Gelder, die von Personen außerhalb der Basisgebiete erpresst werden. Die „Steuerzahler“ bekommen eine Quittung, die die erfolgte Zahlung bestätigt. Dies wird damit begründet, dass für die Reformen und die öffentlichen Wohlfahrtsmaßnahmen in den Basisgebieten erhebliche Ressourcen benötigt werden. Weitere Mittel werden auch aus dem beschlagnahmten Vermögen der Geldverleiher und Großgrundbesitzer für die Organisation des Volkskriegs herangezogen. Alle öffentlichen Bediensteten einschließlich der Lehrer werden gezwungen, 5% ihres Lohns als monatliche Abgabe an die revolutionäre Volksregierung zu zahlen. Geschäfte, Teehäuser und Bauern müssen monatlich eine von den Maoisten festgelegte Summe entrichten. Auch lokale

Bauunternehmer, die Wege, Brücken oder Kanäle bauen, sind dazu verpflichtet.

Die „Steuerzahler“ haben sich wegen fehlender Transparenz und Rechenschaftslegung der lokalen Besteuerung schon öfters beklagt. Es gibt nicht von ungefähr den verbreiteten Verdacht des Missbrauchs. Auch dort, wo die Rebellen in den heutigen Basisgebieten als Befreier begrüßt worden waren, ist es für viele Bauernhaushalte zu einer untragbaren Last geworden, die geforderten Abgaben zu leisten oder 10-12 Rebellen unterbringen und miternähren zu müssen. Doch ein Aufbegehren könnte teuer bezahlt werden. Immer wieder werden Steuerverweigerer exemplarisch bestraft. Selbst Maoisten sind besorgt, dass die Besteuerung sie die Sympathien vieler bisheriger Unterstützer kosten könnte. Zudem handelt ein beträchtlicher Teil der „Steuereintreiber“ gar nicht als Parteibeauftragte, sondern als Trittbrettfahrer für die eigene Tasche.

Wer unterstützt die Maoisten?

In den von Maoisten kontrollierten Gebieten gibt es relative Sicherheit, zumindest solange nicht Armeehubschrauber aufkreuzen und zumindest für jene, die die Maoisten unterstützen oder als Kleinbauern und Landarbeiter nicht weiter auffallen. All jene, die in Vergangenheit in irgendeiner Form für den Staat gearbeitet haben, können mit wenig Sympathien seitens der Maoisten rechnen. Wer sich offen gegen die Maoisten stellt oder auch nur ein Angehöriger der „Ausbeuterklasse“ ist, riskiert sein Leben als „Feind des Volkes“.

Haben diese Maßnahmen den Rückhalt der Maoisten unter der Bevölkerung verstärkt? In den Berggebieten des mittleren Westens Nepals lebt die Mehrheit der Landbevölkerung unterhalb der Armutsgrenze. Hier gilt oft die Devise: „Wir haben nichts zu verlieren außer unser Elend.“ Die Maoisten können auf die aktive Unterstützung vieler landloser Landarbeiter, armer Kleinbauern, Träger und eines Teils der radikalisierten Interlektueller und Studenten zählen. Einen regulären Arbeitsplatz hat in Nepal nur eine geringe Zahl von Arbeitnehmern, während die meisten Menschen in den Städten mit irgendwelchen „informellen Tätigkeiten“ überleben.

Die Industriearbeiterschaft Nepals ist klein und kaum organisiert. Aus diesem Grund haben sich die Maoisten in ihrer Agitation von vornherein auf das „Landproletariat“ konzentriert. Ob diese Gruppen jeweils nur einige der wesentlichen Forderungen der Maoisten mittragen oder ihr revolutionäres Gesamtprojekt, ist offen. „Die meisten Maoisten haben keine Ahnung vom Kommunismus oder vom Marxismus,“ meint Subodh Pyakurel vom INSEC,



„Hier gab es nie etwas, was es wert wäre zerstört zu werden“.

Simikots Flugplatz wird die einzige Brücke für Lebensmittelnachschub bleiben, bis die Straße vollendet ist. Subventionierter Reis wird von Surkhet und Nepalganj nach Simikot geflogen, nachdem die Maoisten die Brücke über den Karnali gesprengt haben. Die Maoisten haben einen Kontrollposten am Hauptweg nach Süden von Humla

errichtet und nehmen von jedem Passanten 3 Rupien. Trekker in Richtung Mansarovar in Tibet zahlen 100 US-Dollar. Dorfbewohner benötigen ein „Visum“ der Maoisten, um nach Süden zu wandern, und eine schriftliche Genehmigung von der Distriktverwaltung, um wieder nach Norden zurück zu gelangen.

Ironischerweise ist die Lebensmittelversorgung nicht so schlecht, denn der Krieg hat viele Menschen in die Flucht getrieben. Aus dem Süden Humlas wandern immer mehr Menschen ab. Nur wenige junge Männer sind verblieben. Viele haben sich für die Sicherheitspolizei gemeldet. Eine 200 Mann starke Polizeieinheit ist in der Nähe des Flughafens von Simikot stationiert. Die Armee hat eine Basis in Rani Ban errichtet, an einem strategisch gelegenen Platz oberhalb des Hauptzentrums. Doch auf 3.000 Meter Höhe ist es bitter kalt und windig für die Soldaten. Auf Patrouille gehen die Soldaten selten, aber wenn sie kommen, ducken sich die Dorfbewohner. Auf dem Weg nach Lumi, in einem dunklen Teehaus, flüsterte ein Mann, auf dem Boden kauend: „Am Tage kommen die Soldaten und schlagen uns, und in der Nacht kommen die Maoisten und tun dasselbe.“

Zwei Lehrer aus Simikot wurden einige Tage vor Dasain entführt und getötet. Ein Mann aus Simikot, der 29-jährige Juna Buda, wurde ermordet, weil er das Schutzgeld nicht bezahlen wollte. Die Häuser des ehemaligen Parlamentsabgeordneten Chakra Bahadur Shah und des Gemeindepräsidenten Padam Lama wurden geplündert.

Die meisten Schulen sind geschlossen. Die Regierungsschule in Simikot ist zwar geöffnet, aber die Lehrer wagen es nicht, mit den Kindern die Nationalhymne zu singen. „Wir halten Unterricht, aber mit unserem Herzen sind wir nicht dabei. Wir leben hier von einem Tag zum andern“, sagt ein Lehrer, „Hier gab es nie etwas, was es wert wäre, zerstört zu werden. Eine autonome Karnali-Region, die die lokale Entwicklung in der Hand hat, könnte neue Hoffnung bringen. Aber Kathmandu hat immer nur Lippenbekenntnisse abgegeben.“

Hanna Battisti

„sie kämpfen gegen die Militärs, nehmen Rache an Polizisten und ermorden Gutsbesitzer, aber sie haben kein politisches Projekt. Mao Tse Tung hatte ein Projekt, aber hier wird einfach nur gemordet.“

Unter Schülern und Studenten scheint die Unterstützung für die Maoisten erheblich zu sein. Wie Streiks immer wieder bewiesen haben, nutzen die Maoisten die Misere des nepalischen Bildungssystems: die Perspektivlosigkeit nach der Ausbildung, Schulabbruch nach dem Scheitern an den Abschlussprüfungen oder die Verweigerung des Schulbesuchs haben viele Jugendliche ihr Heil bei den Maoisten suchen lassen. Auch Opfer von Korruption, staatlicher Miswirtschaft und Willkür sehen die Maoisten mit Sympathie als Rebellen, die Ernst machten im Kampf gegen den „ungerechten Staat“. Daneben versuchen viele Bewohner der vom Volkskrieg erfassten Gebiete, neutral zu bleiben. Doch haben sie oft keine andere Wahl als die Aufständischen zu unterstützen, wenn sie überleben wollen. Die Maoisten verlangen Nahrungsmittel, Unterschlupf, Medikamente, Transportmittel und Informa-tionen. Wer den Forderungen der Guerrilleros nicht nachkommt, wird zum Opfer von Strafexpeditionen.

Je länger der Volkskrieg dauert, je brutaler die militärischen Aktionen beider Seiten, desto mehr Apathie macht sich breit. In vielen Dörfern gibt es kein politisches Leben mehr. Die Menschen hüten sich davor, mit Fremden zu sprechen und erst recht nicht über Politik. Wer politisch Stellung bezieht, setzt sich Repressalien der einen oder anderen Seite aus. Es herrscht Angst und Misstrauen. Schweigen und der Rückzug in die vertraute Umgebung ist ein Schutzmechanismus. Nachdem die Maoisten dazu übergegangen sind, immer mehr terroristische Aktionen auf zivile Ziele zu verüben, haben sie viele Sympathien eingebüßt. Die Bilder ausgebrannter Busse, von primitiven Landminen zerrissener Fahrzeuge und ermordeter Zivilisten, von Flüchtlingen, die zu Tausenden nach Indien strömen, verrottenden Ernten, verhungerten Menschen in den Aufstandsgebieten haben die Menschen im Land überall aufgeschreckt: allen Nepali ist jetzt klar geworden, was ein erweiterter Volkskrieg bedeutet.

Welche Erfolgchancen hat der Volkskrieg?

Ohne Rückhalt in der Bevölkerung hat der maoistische Aufstand keine Erfolgchancen für das ganze Land. Anliegen der Maoisten ist es, eine Partei aufzubauen, die „die Massen zur Revolution führt“, eine zentralisierte Kaderpartei mit starker Führerschaft als Herz des Volkskriegs. Mao Tse Tung

hatte seinen Machtapparat auf einer geheimen, hierarchischen Kaderstruktur sowohl auf politischem wie militärischem Feld aufgebaut. Seine Kommunistische Partei versuchte, in jedem Dorf Parteizellen zu schaffen. Nach und nach bildeten sich auf dieser Basis Kommandostrukturen auf Distrikt-, Provinz- und Regionsebene. „Nimm die Ideen der Massen auf und konzentriere sie“, schrieb Mao Tse Tung, „Dann geh' zu den Massen und bleib dabei, um eine gültige, bleibende Vorstellung von Führerschaft zu hinterlassen. Das ist die grundlegende Kunst der Führung“.⁹

Nach diesem Rezept wird das Prinzip einer starken, zentralen Führung auch von Nepals Maoisten hochgehalten. Die maoistische Partei hat sich in ganz Nepal als illegale Organisation etabliert. Sie hat auch eine eigene Frauen- und eine Studentenorganisation (*ANNISU-Revolutionary*). Abweichler werden bestraft, strenge Disziplin ist Grunderfordernis. Prachandas Führungsanspruch ist innerhalb der Maoisten unbestritten.

Zwei weitere Schritte sind in der maoistischen Strategie vordringlich. In den kontrollierten Gebieten versuchen die Maoisten „Vereinigte Volksregierungen“ parallel zu den bestehenden, aber derzeit ausgesetzten VDC und DDC zu bilden, den staatlichen Dorf- und Distriktentwicklungskomitees. Daneben streben sie Allianzen mit verschiedenen politischen und sozialen Organisationen an, z.B. mit den Verbänden der indigenen Völker und ethnischen Minderheiten, um eine „Revolutionäre Vereinigte Front“ zu bilden, die breiteren Rückhalt in der Bevölkerung hat. „Korrekturkampagnen“ innerhalb der Partei sollen Einheit und Loyalität sichern. Ausgelöst wurden diese Kampagnen durch eine Reihe prominenter Aussteiger. Unter dem Eindruck massiver Menschenrechtsverletzungen hatten ehemalige Maoisten dem bewaffneten Kampf abgeschworen und sich öffentlich den Sicherheitskräften ergeben. Die meisten dieser Aussteiger müssen heute aus Furcht vor der maoistischen Rache an geheimen Orten leben.

Zwecks Sicherheit der maoistischen Kader gilt innerhalb der Einheiten das Prinzip „Ein Mann - ein Kontakt“. Die maoistischen Kämpfer kennen in der Regel nur den Kommandanten der eigenen Einheit. In Trainingskursen zu Strategie und Taktik werden die Guerrilleros politisch instruiert; die militärische Ausbildung wird von jeder Einheit organisiert, als Konditionstraining und Ausbildung an der Waffe. Aufgrund der hohen Verluste der Volksbefreiungsarmee hat die Rekrutierung neuer Kämpfer enorme Bedeutung. Die Maoisten brauchen laufend Nachwuchs für die verschiedenen bewaffneten Einheiten: die

⁹ Mao Zedong, *Some Questions Concerning Methods of Leadership* (1943), in: *Selected Works*, Vol. III, Hyderabad, S.120

„freiwillige Volkspolizeitruppe“, die „Volksmiliz“ und die „Volksbefreiungsarmee“. In den maoistisch kontrollierten Gebieten werden Rekrutierungsaufrufe zweimal im Jahr öffentlich angeschlagen. Sie richten sich gleichermaßen an Frauen und Männer. Auf die Jugendlichen wird durch Drohung und Einschüchterung starker Druck ausgeübt. Vielfach haben Maoisten auch Minderjährige rekrutiert. Kindersoldaten werden zu verschiedenen Diensten im Volkskrieg herangezogen: als Späher, Informanten, Wachen, Küchenhilfen, Sänger und Tänzer.

Als wichtiges Propagandainstrument werden sog. „*bandh*“, bewaffnete Streiks, eingesetzt, die in unregelmäßigen Abständen das gesamte öffentliche Leben Nepals und den motorisierten Verkehr zum Erliegen bringen. Wer sich nicht an den Streik hält, riskiert eine gewaltsame Bestrafung durch maoistische Terroreinheiten. Als Gegenmaßnahme gegen die maoistische Propaganda legte die Regierung den Medien die Pflicht zur Selbstzensur bezüglich aller Ereignisse des Volkskriegs auf. Maoisten können seit November 2001 die öffentlichen Medien nicht mehr für ihre Stellungnahmen nutzen. Infolge des Ausschlusses von Journalisten aus den eigentlichen Kampfgebieten ist aber auch eine unabhängige Berichterstattung nur mehr sehr begrenzt möglich.

Dank ihrer straffen Organisation haben Nepals Maoisten nach sieben Jahren „Volkskrieg“ militärisch einigen Boden gewonnen. Sie haben sich Basisgebiete aufgebaut, können im gesamten mittleren Westen ständig militärisch operieren und sind in fast allen Distrikten Nepals mit Kampf- und Aktionseinheiten präsent. Von der Umzingelung der Städte vom Land aus sind sie freilich noch weit entfernt. Solange die Nachschubwege aufrecht bleiben, können die Basisgebiete noch lange gehalten und der Volkskrieg weitergeführt werden. Inzwischen versuchen die Maoisten, die drei Hauptpfeiler des revolutionären Kampfes zu konsolidieren: die Partei, die Volksbefreiungsarmee und die Revolutionäre Vereinigte Front als Verbindungsglied zur Bevölkerung. Da die militärische Aktion besonders seit dem Ausnahmezustand im Vordergrund steht, sind die Maoisten auch um politische Aktion bemüht, eingedenk Maos Devise: „Die Partei befiehlt den Gewehren und es darf den Gewehren niemals erlaubt werden, die Partei zu befehlen.“ Kann die Partei die im Volkskrieg entfesselte Dynamik von Gewalt, Vergeltung und Gegengewalt überhaupt noch stoppen, reicht die stalinistische Führungsstruktur, um bei Friedensverhandlungen mit der staatlichen Seite auch Kompromisse eingehen zu können?

4. Nachwehen der Geschichte

„Wir haben unser eigenes Land, ein Hindu-Königreich, wo das Gesetz das Schlachten der Kühe verbietet, noch dürfen Frauen und Brahmanen mit dem Tode bestraft werden.....In diesem Zeitalter der Kali ist dieses Land das einzige Land, in dem Hindus regieren.“

Jung Bahadur Rana



4. Nachwehen der Geschichte

Ein Bürgerkrieg entsteht nicht aus dem Nichts. Er bricht nicht aus wie ein Vulkan, dessen Magmakamine verstopft sind. Vielmehr gleicht sein Entstehen dem Vorgang im Kochtopf. Lange köchelt es, bevor der Dampf den Deckel hochschnellen lässt.

Jede Gesellschaft entwickelt im Lauf der Geschichte ethische Grundhaltungen, Werte und Normen, Vorstellungen von der Würde des Menschen und vom harmonischen Zusammenleben. Das Verhalten des einzelnen wird nach diesen Normen beurteilt, seine individuelle Verantwortung richtet sich danach. Eine Vielfalt von sozialen und religiösen Idealen leitet unsichtbar das Handeln der Menschen. Jede Gesellschaft kennt Hierarchien und Arbeitsteilung, Herrschaft und Macht. Tugenden finden ihre spirituelle Verankerung und Überhöhung.

Sowohl im Buddhismus als auch im Hinduismus sind Mitmenschlichkeit und Opferbereitschaft zentrale Werte. Die heiligen Texte der Hindu, die Veden, das Mahabharat, das Bhagavad Gita, preisen die Nächstenliebe. Die „Vier Edlen Wahrheiten“ des Mahayana-Buddhismus stellen die Zuwendung des Bodhisattva zu den leidenden Wesen in den Mittelpunkt. Nepals Gesellschaft ist durch diese beiden Religionen seit Jahrtausenden geprägt. Moderne Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit und von Menschenrechten sind erst seit einem halben Jahrhundert in diese bis dato geschlossene Gesellschaft eingebrochen, zunächst nur bruchstückhaft, ohne demokratische Öffentlichkeit und Meinungsfreiheit. Die autoritäre Herrschaft früherer Jahre wirkt nach.

Ein Königreich - Eine Dynastie



Das Stammschloss der Shah in Gorkha

Nepal gibt es als unabhängigen und souveränen Staat erst seit 1769. Seit der Staatgründer, König Prithvi Narayan Shah, von Gorkha aus die Malla-Königreiche im Kathmandutal überrannte, beherrscht seine Dynastie das Land: zunächst als absolute Monarchen, seit 1990 als konstitutionelle Könige. In der Zeit bis 1950 war Nepal wie Tibet für das Ausland lange das gewesen, was heute vielleicht Nordkorea darstellt: ein unzugängliches Land mit undurchsichtiger Gesellschaftsordnung vor der gewaltigen Kulisse der höchsten Berge der Erde.

Dahinter verbarg sich die despotische Herrschaft einer kleinen Oberschicht und

des Königshauses der Shah, gestützt auf die Armee, die das Land nach außen hin abriegelten, um das geistige Klima der Unterordnung nicht durch Einflüsse von außen in Gefahr zu bringen. Unerbittliche Unterdrückung jeder Opposition, schamlose wirtschaftliche Ausbeutung der Bevölkerung und gewaltsame Machtkämpfe innerhalb des Palastes kennzeichneten die Zeit von der Staatsgründung bis 1950. Politische Beteiligung und freie Meinungsäußerung waren in Nepal bis 1950 geringer als im absolutistischen Frankreich vor 1789, Menschenrechte ein Fremdwort. Nahezu 220 Jahre absoluter Königsherrschaft haben in der nepalischen Bevölkerung tiefe Spuren hinterlassen. Das kurze demokratische Intermezzo der 50er Jahre war so schnell abgebrochen worden wie die Nachkriegsdemokratien in Osteuropa. So wurde echte politische Mitbestimmungsmöglichkeit für die Nepali erst 1991 mit den ersten freien Wahlen zum nationalen Parlament zur Realität.

Nepals politische Entwicklung ist dem Schicksal einiger asiatischer und osteuropäischer Länder vergleichbar, die erst Ende der 80er Jahre demokratische Verfassungen durchsetzen konnten. Die Zerbrechlichkeit der heutigen nepalischen Demokratie ist auch auf diese geschichtlichen Hypothesen zurückzuführen. Wer heute in nationalen Museen in Kathmandu oder in Schulbüchern nach kritischen Darstellungen der Landesgeschichte seit 1769 sucht, wird nicht fündig. Aber seit 1990 herrscht in Nepal endlich Meinungsfreiheit und - zumindest für jene Bürger, die es sich leisten können - freier Zugang zu allem Denken und jeder Information der Welt. So waren Reibungen zwischen modernen Ideen von Demokratie einerseits und überkommenen Werten und alten Vorstellungen von sozialen Beziehungen und politischer Ordnung andererseits unvermeidbar.

Außenpolitische Abenteuer

Seit 1200 hatten die Malla-Königreiche die Macht in den Stadtkönigreichen des Kathmandutals ausgeübt: drei verschiedene Dynastien hatten über 500 Jahre lang die nepalische Kultur in dieser Gegend zu einer langen Blüte geführt, von der das Tal noch heute zehrt. Die zwanghafte Eingliederung der buddhistischen Untertanen in die hinduistische Kastenhierarchie stammt ebenfalls aus der Zeit der Malla-Herrscher. Mitte des 18. Jahrhunderts war das heutige Gebiet Nepals noch auf Dutzende kleinerer Königreiche und Fürstentümer aufgeteilt. Vermutlich erklärt sich daraus der heute immer wieder beschworene Grundwert der „Einheit der Nation“. Gorkha war eines dieser kleinen Reiche, dem reichen Kathmandutal geografisch besonders nahe und beherrscht vom ehrgeizigen

Die Gurkha

Gorkha ist eigentlich der Name der Kleinstadt, von der aus Prithvi Narayan Shah das ganze heutige Nepal eroberte. Die Bewohner dieses Distrikts und ihr Dialekt werden heute noch Gorkhali genannt. Im Krieg 1814-16 zwischen dem Königreich Nepal und den Briten waren die Briten von den Kämpfern aus Gorkha so beeindruckt, dass sie sie für die britisch-indische Armee anwarben und eigene Einheiten bildeten, die „Gurkha-Regimenter“. Seit damals sind die Gurkha weltweit als Elite-Kampftruppen bekannt. Beim indischen Aufstand 1857, beim gescheiterten Versuch der Eroberung Afghanistans, in Pakistan oder Somaliland: immer waren auch Gurkhas mit ihren typischen Krummschwertern und Khukhuri-Dolchen dabei. 200.000 nepalische Gurkha kämpften in den beiden Weltkriegen für die Briten und allein 20.000 ließen für die Alliierten im 2. Weltkrieg ihr Leben. Für ihre Tapferkeit ernteten sie viel Lob und Orden. Nach der Unabhängigkeit Indiens 1947 kamen Indien und Großbritannien überein, sich die 10 Gurkha-Regimenter aufzuteilen und weiterhin als Söldnertruppe zu nutzen. Gurkhas dienten lange Zeit in Hongkong, im Sultanat Brunei und sogar in der Polizei von Singapore.

Die meisten Gurkha-Söldner stammen aus den Völkern der Magar, Gurung, Rai und Limbu, einige auch aus der Bahun-Chhetri-Gruppe. Der Jahressold von 5.000 Pfund war für die armen Nepali-Familien ein Segen. Viele Gurkhas kehrten reich zurück und konnten sich zuhause als Kleinunternehmer eine Existenz aufbauen. Um die Renten mussten die Gurkhas allerdings bis Ende 2002 noch jahrelang mit dem britischen Staat prozessieren. Die in der indischen Armee dienenden Gurkhas werden schlechter bezahlt und sind weniger begehrt. Seit den 90er Jahren bauen Indien und Großbritannien ihre Gurkha-Regimenter ab und so wird eine wichtige ausländische Einkommensquelle für junge Nepali langsam versiegen. Es ist eine bittere Ironie für heute junge Nepali, vielleicht die Söhne früherer Gurkha-Soldaten, dass jetzt zwei andere Armeen mit geringeren Gehältern, aber höherem Risiko laufend um sie werben und zwar auf Heimatboden: die Königliche Nepalische Armee und die maoistische Volksbefreiungsarmee.

König Prithvi Narayan Shah. 27 Jahre dauerte sein Eroberungsfeldzug, der zur Unterwerfung des gesamten heutigen Nepals führte. 1769 wurde Nepal als Staat gegründet. Bis 1774 hatten die Gorkhali auch alle östlichen Gebiete bis Sikkim unter ihrer Kontrolle. Nach der Unterwerfung ihrer Rivalen im Westen gelang es den Shah-Herrschern, Nepals westliche Grenzen weit über seine heutige Grenze hinaus auszudehnen. 1790 stand die nepalische Armee schon an der Grenze zu Kaschmir. Doch beobachtete Tibet misstrauisch diese Eroberungszüge nach Ost und West. Als die Shah-Herrscher schließlich 1788 und 1791 nach Tibet einmarschierten, Klöster plünderten und Tribut forderten, schlug Tibet 1792 zurück. Tibetische Truppen drangen bis zum Norden des Kathmandutals vor: um des Friedens willen musste Nepal harte Bedingungen hinnehmen.



Der Staatsgründer: Prithvi Narayan Shah

Die militärische Expansion im Westen führte Nepal zur Konfrontation mit der britischen Ostindienkompanie, die Indien kontrollierte. Als 1814 Nepals König das Gebiet um Butwal annektierte, bot Großbritannien eine 50.000 Mann starke Armee gegen die 12.000 nepalischen Gurkha auf. Die Kämpfe zogen sich über zwei Jahre hin, bis Nepal einem Friedensvertrag zustimmte. Im Vertrag von Segauli trat Nepal große Teile des Terai, des südlichen Flachlandes, ab und akzeptierte seine heutige West- und Ostgrenze. Ein ständiger britischer „Resident“ zog in Kathmandu ein, doch beschränkten sich die Briten auf die Beaufsichtigung der nepalischen Außenpolitik. Sie waren von der Kampfkraft der Nepali so beeindruckt, dass sie fortan Soldaten aus dem

Königreich für ihre „Gurkha-Regimenter“ engagierten. Für Nepal war der Krieg 1814-16 das letzte außenpolitische Abenteuer. Das Land war, im Unterschied zum größten Teil Asiens, nie kolonisiert worden und besteht seit 1816, eingeklemmt zwischen den Großmächten Indien und China, in denselben Grenzen.

Über Massaker an die Macht: die Rana

In den folgenden Jahrzehnten wurde das Herrscherhaus der Shah immer wieder von inneren Machtkämpfen heimgesucht. Dies verschaffte ehrgeizigen Emporkömmlingen wie der aristokratischen Rana-Familie eine Chance. Der erste Rana-Herrscher, Jung Bahadur Rana, übernahm 1846 das Ruder, nachdem er im berühmten „Kot Purba-Massaker“ auf dem Durbar-Platz in Kathmandu Dutzende seiner Rivalen liquidiert hatte. Das Königshaus der Shah behielt formell seine Rolle bei, aber von nun an lag die eigentliche Macht in den Händen des Premierministers, der auch die Armee befehligte. Diese Position wurde zur erblichen Position erklärt und blieb 104 Jahre lang der Rana-Familie vorbehalten. Die Rana perfektionierten Nepal als Untertanenstaat. Die Staatsbürger hatten zu Diensten zu sein, ohne jedweden Anspruch auf

Gegenleistungen des Staates, etwa in Form von Schulen, Krankenhäusern, sozialer Fürsorge oder Verkehrswegen. Die Rana-Herrscher kontrollierten Macht und Ressourcen für ihren persönlichen Nutzen, nationale Interessen waren die Interessen des Herrscherhauses. Sie setzten Recht ohne die geringste politische Kontrolle. Keine rechtliche oder moralische Instanz konnte gegen ihre Edikte Einspruch erheben. In ganz Südasien waren im 19. Jahrhundert Vorstellungen von einem Rechtsstaat noch kaum entwickelt. Doch in Nepal dauerte diese Zeit bis 1950.

Unter den Rana-Herrschern war Nepal eine besondere Form interner Kolonie mit Duldung der britischen Kolonialmacht, die den indischen Subkontinent beherrschte. Die Rana akzeptierten die stillschweigende Protektion der Briten, die in außenpolitischer Bevormundung bestand, und stellten der britischen Kolonialarmee sogar Söldner zur Verfügung. Dafür hielten sich die Briten aus der nepalischen Innenpolitik heraus und respektierten die selbst auferlegte Isolation des Landes unter der Knute der Rana. Die Rana-Familie unterdrückte jedes Aufbegehren gegen ihre Willkür-Herrschaft mit Gewehr und Schwert. Auch interne Familienzwise wurden immer wieder blutig ausgetragen. Die Selbstdarstellung der Rana und ihre Waffen, ihre Jagderfolge und ihren Prunk - ein matter Abklatsch europäischer Vorbilder - können heute noch im Nationalmuseum in Kathmandu bewundert werden, lieblos ausgestellt, doch ohne den leistungsfähigsten Anflug von Distanz oder Kritik.

Durch vielfache Ehen bauten die Rana eine enge Verflechtung mit dem Herrscherhaus der Shah auf, die bis heute andauert. Die Aufgaben des Königs waren jedoch auf Repräsentation zusammengestutzt. Intrigen und Machtkämpfe, Mord und Konspiration kennzeichneten die Spätzeit der Rana. Die interne Konkurrenz an ihrem Hof trug wesentlich zum Niedergang bei: zu kurz gekommene Rana-Sprösslinge, deren es im promiskuen Leben am Hof genug gab, unterstützten die Rückkehr der Shah-Könige an die Macht.

Die Zeit nach dem 2. Weltkrieg wurde für die Rana immer schwieriger. Bis 1945 hatten 200.000 Nepali in der britischen Armee gedient, die immer mehr mit den Freiheitsbewegungen in Indien und mit den modernen Vorstellungen von Demokratie in Kontakt gekommen waren. Überfällige alternative Entwicklungen für Nepal wurden heftig diskutiert. Als 1947 die Briten endgültig aus Indien hinausgedrängt wurden, fühlten sich die demokratischen Kräfte Nepals nach indischem Vorbild ermutigt, das koloniale Überbleibsel im eigenen Land endlich zu beseitigen. Die Bewegung gegen das Rana-Regime war ein Aufbegehren des Volkes gegen die politische Versklavung, ein Befreiungsschlag. Der Aufstand

verlief unter der Federführung des *Nepali Congress*, des Gegenstücks der von Nehru geführten Kongress-Partei Indiens, der sich mit dem von den Rana entmachteten Königshaus der Shah verbündete. Der im Königspalast in Kathmandu internierte König Tribhuvan flüchtete am 6.11.1950 in die indische Botschaft und bildete eine gemeinsame Front mit den demokratischen Parteien gegen die Rana. Am 18.2.1951 endete das Rana-Regime mit der feierlichen Ankündigung, Nepal werde eine demokratische Verfassung erhalten, die eine vom Volk gewählte verfassunggebende Versammlung erstellen werde. Dieses Versprechen hielten weder König Tribhuvan noch seine Nachfolger jemals ein.

Von einer autoritären Herrschaft in die nächste

Auch die konstitutionelle Monarchie wurde nicht rasch verwirklicht. Nach Tribhuvans Tod 1955 nahm die politische Entwicklung einen anderen Verlauf. Die Rana waren anfangs noch in einer Art Triumvirat unter indischer Aufsicht in die Führung des Landes eingebunden gewesen. Dann löste sich der *Nepali Congress* endgültig von den letzten Repräsentanten der Despoten, um die Souveränität der Wählerschaft durchzusetzen. Die 50er Jahre waren eine Übergangszeit, allerdings nicht zur Demokratie, wie das nepalische Volk hoffte, sondern von einer Form autoritärer Herrschaft zur nächsten. Doch blieben diese Jahre der Mobilisierung den Nepali auch als Jahre demokratischen Aufbruchs nach einem düsteren Jahrhundert politischer und sozialer Unterdrückung in Erinnerung.

Die ersten Parteien entstanden und gewannen Rückhalt in der Bevölkerung, auch die 1949 gegründete Kommunistische Partei. Erstmals durfte das Volk frei wählen und seine Meinungsfreiheit in allen Formen ausüben. Bei den ersten freien Parlamentswahlen am 15.12.1959 gewann der Nepali Congress nahezu eine Zweidrittelmehrheit. Doch während die Parteien an der überfälligen Institutionalisierung dieser Rechte arbeiteten, brütete das Königshaus über Plänen, die Macht wieder unter seine Kontrolle zu bringen. König Mahendra kehrte das Versprechen seines Vaters, eine verfassunggebende Versammlung wählen zu lassen, vom Tisch. Eine von ihm ernannte Kommission arbeitete die Verfassung aus, die dem Volk als Geschenk von oben zugehacht wurde. Freie Wahlen, ein Höchstgericht, demokratische Freiheitsrechte des Volkes waren darin zwar enthalten, aber ein Artikel garantierte dem König wiederum das entscheidende letzte Wort im Staat. Der König blieb oberster Schiedsrichter und Befehlshaber der Armee, wie auch noch heute. Als das gewählte Parlament seine Befugnisse gegenüber dem König beanspruchte, wuchsen die Konflikte mit dem von B.P. Koirala geführten *Nepali Congress*. Am 16.12.1960 putschte der

König mithilfe der Armee und führte eine „parteilose Demokratie“, genannt *Panchayat* ein, die seinem Verständnis der nepalischen Geschichte und Tradition besser entsprach. Für das gewöhnliche Volk war es die Wiederaufnahme der absoluten Monarchie: hatte in der Rana-Zeit eine weitverzweigte Familienclan geherrscht, war es nun der König und seine Adjutanten und politischen Berater.

Das Panchayat-System

In der 30-jährigen Panchayat-Zeit bis 1990 gab es im Unterschied zur Rana-Zeit eine Verfassung und reguläre Gesetzgebung. Die Nepali hatten auch sowas wie staatsbürgerliche Rechte, doch waren die politischen Parteien und Vereinigungen verboten. Die Nationalversammlung, der *Rastriya Panchayat*, war im wesentlichen vom König mit Vertrauensleuten besetzt. Politische Opposition wurde mit Gewalt unterdrückt, politische Rechte konnten nirgendwo eingeklagt werden. Die Meinungsfreiheit war äußerst beschränkt und die Teilnahme an politischen Versammlungen konnte mit einer Anklage wegen Hochverrats enden. Das neue System baute auf Dorfräten (Dorf-*Panchayats*) auf, die nur die dörflichen Angelegenheiten regelten und jeweils einen Vertreter für die Distrikträte nominierten, die wiederum einen Teil der Nationalversammlung bestellten. Den Rest ernannte der König aus dem Kreis seiner Vertrauten selbst. Nur dem Königshaus loyal gesinnte Kräfte durften ins Panchayat-Parlament einziehen, die demokratische Fassade für die neue, absolute Königsherrschaft.

Nepal wurde 1955 Mitglied der UNO und unterzeichnete in der Panchayat-Zeit eine Vielzahl internationaler Verträge und Konventionen. Ihre Umsetzung in staatliches Recht und in die politische Wirklichkeit blieb allerdings meist aus. Die aktive Rolle Nepals in der UNO wurde vielmehr als Ablenkungsmanöver dafür benutzt, der eigenen Bevölkerung demokratische Freiheitsrechte vorzuenthalten. Im innerstaatlichen Recht entwickelte das Panchayat-System eine Kultur des Scheins, des papierenen Rechts. Die in der Verfassung von 1962 festgeschriebenen Grundrechte wurden sofort wieder durch Bestimmungen der nationalen Sicherheit relativiert. Sogar demokratische Freiheiten waren verankert, nur um gleich anschließend von einer Verfassungsbestimmung aufgehoben zu werden, die parteipolitische Organisationen und Vereinigungen verbot. Diese Verfassung erlaubte es dem König, per Gesetz jederzeit die Ausübung der Grundrechte zum Schutze des Allgemeinwohls zu beschränken, was dieser eifrig nutzte (z.B. mit dem Gesetz für öffentliche Sicherheit von 1961, dem Verratsgesetz von 1962 und dem Gesetz gegen destruktive kriminelle Handlungen von 1985). Viele politische Aktivisten landeten aufgrund dieser Normen hinter Gittern. Eine unabhängige Gerichtsbarkeit bestand während der



König Birendra mit Familie

Panchayat-Zeit nicht. Der König war der Justiz übergeordnet.

Die gängige Praxis staatlicher Repression mit willkürlichen Verhaftungen und Folterungen politischer Gegner war die nach außen hin unbekannt Seite des Panchayat-Regimes. Die nepalische Polizei entwickelte gar einige ganz
 dreiche heutige Politiker kamen in deren „Genuss“, ohne jedoch deshalb die heutige Folterpraxis in Nepal konsequenter zu bekämpfen. Die Geschichte des Königshauses der Shah kann heute noch im alten Königspalast „*Hanuman Dokha*“ am Durbar Platz in Kathmandu bis ins kleinste Detail des Hoflebens nachvollzogen werden, nicht jedoch eine kritische Darstellung

der Panchayatzeit, denn schließlich leben und herrschen die Shah noch.

König Birendra, der 1972 nach dem Tod seines Vaters Mahendra die Macht übernahm, gab sich als aufgeklärter Reformier und Modernisierer des Panchayat-Systems. Der ausufernden Bürokratie, Vetternwirtschaft und Korruption versuchte er durch Reformen beizukommen. In der Außenpolitik schlug er 1975 vor, Nepal zur Friedenszone zu erklären, womit er eine Art Neutralität nach Schweizer Muster anpeilte. Das Vorhaben scheiterte am Widerstand Indiens, mit dem Nepal seit 1950 in einem Friedens- und Freundschaftsvertrag verbunden war. 1979, nach heftigen Unruhen unter der Bevölkerung, die mit den geringen Ergebnissen der Entwicklungspolitik unzufrieden war, gestand König Birendra ein Referendum über das Panchayat-System in Alternative zu einer pluralistischen Demokratie zu. 1980 entschieden sich 55% der Wähler gegen eine echte Demokratie und das Panchayat-System konnte noch 10 Jahre überleben.

¹⁰ Beispiele: die *falanga* (Schläge auf die Fußsohlen), die *belana* (schwere Stöcke werden gegen die Schienbeine gepresst, wodurch Muskeln geschädigt werden). Während des jetzigen Volkskriegs hat die Folter ein ungeahntes Ausmaß erreicht.

Jana Andolan, der demokratische Frühling

1989 geriet König Birendra aus verschiedenen Gründen unter schweren Druck. Im März 1989 hatte Indiens Ministerpräsident Rajiv Gandhi, dem die nepalische Monarchie schon länger ein Dorn im Auge war, ein Handelsembargo gegen Nepal verhängt, weil Kathmandu Waffenkäufe in China plante. Doch wusste der König die antiindischen Ressentiments so zu schüren, dass er die Versorgungskrise durchstehen konnte. Die blutige Niederschlagung der Studentenbewegung für Demokratie im Juni 1989 auf dem Pekinger Tien An Men-Platz hinterließ im Nachbarland Nepal einen tiefen Eindruck. Schließlich zeigten die osteuropäischen Volksbewegungen Ende 1989, dass durch vereinte Kräfte auch ein ganzes Herrschaftssystem friedlich aus den Angeln gehoben werden konnte.

Die im Panchayat-System geächteten Parteien schlossen sich darauf zur „Bewegung zur Wiedereinrichtung der Demokratie“ zusammen und forderten eine konstitutionelle Monarchie, jene Staatsform, die dem Volk schon Anfang der 50er Jahre zugesagt worden war. Ein nationaler Protesttag, der 18. Februar 1990, wurde von der Regierung durch eine Verhaftungswelle unterbunden. Doch die jetzt ins Rollen gebrachte Volksbewegung des *Jana Andolan* war nicht mehr zu bremsen. Streiks, Straßenblockaden und blutige Ausschreitungen ließen die Situation immer kritischer werden. Am 3. April nahmen die Demonstranten das südlich an Kathmandu angrenzende Patan ein und zogen drei Tage später ins Zentrum von Kathmandu, vor den königlichen Palast. Die Armee eröffnete das Feuer, mindestens 45 Menschen starben. Tief betroffen durch das Massaker löste König Birendra sein Kabinett auf, legalisierte die Parteien und lud sie ein, eine Interimsregierung zu bilden. Eine Kommission bestehend aus Vertretern des *Nepali Congress*, der Vereinten Linksfront und des Königshauses nahm die Arbeit an einer neuen Verfassung auf. 90% der Empfehlungen, die der Verfassungskommission vom Volk übergeben wurden, betrafen die Religionen, Sprachen, Kasten und ethnischen Gruppen, wurden aber zumeist als kirchturmpolitische Anliegen abgetan oder nur ganz plakativ in die Verfassung eingebaut (vgl. Anhang I, Leitende Prinzipien des Staates). Aber gerade der heutige maoistische Aufstand hat das diesbezügliche Defizit schmerzlich bewusst gemacht. Die neue politische Führung brachte zwar ganz neue ideologische Perspektiven ein, von ihren Grundwerten und Einstellungen her gehörten die Verfassungsväter aber zur traditionellen Elite Nepals. Schließlich bekam das souveräne Volk auch keine Gelegenheit, über die neue Verfassung abzustimmen. Sie wurde im November 1990 von der Interimsregierung ratifiziert und vom König in Kraft gesetzt.



Frühjahr 1990: erbitterte Straßenkämpfe in Kathmandu und dann der Triumph.

Defizite der heutigen Verfassung

Die heutige Verfassung Nepals weist nicht nur aus maoistischer Sicht einige deutliche Defizite auf. Die Vielfalt der Ethnien und Sprachen Nepals, die regionalen Besonderheiten, der religiöse Pluralismus hätten eines besseren Rahmenwerks für gleichberechtigtes Zusammenleben bedurft. Auch fehlen gänzlich Regelungen zum territorialen Aufbau des Staates und zur Dezentralisierung der Macht, um die politische Teilhabe des Volkes zu stärken. Nepal behielt 1990 die zentralisierte Struktur, die schon während der Panchayat-Zeit für Unmut und Ineffizienz gesorgt hatte. Das Oberhaus hat sich als eher überflüssig erwiesen, in einem armen Land wie Nepal gar eine Verschwendung. Es ist fraglich, ob sich das reine Mehrheitswahlssystem für ein so vielgestaltiges Land wie Nepal wirklich eignet. Jedenfalls haben die ersten 12 Jahre Demokratie gezeigt, dass die Rolle der Parteien einer strengeren Regelung bedarf. Die krassen sozialen Unterschiede, das Fortbestehen der Kasten, die jahrhundertalte Diskriminierung der kleineren Völker hätten auch auf Verfassungsebene einiger Vorkehrungen bedurft. Schließlich fiel auch die Forderung nach einem säkularen

Staat flach und Nepal blieb ein „Hindu-Königreich“. Im Unterschied zu den europäischen konstitutionellen Königreichen verblieb dem nepalischen König der Oberbefehl über die Streitkräfte und - unter bestimmten Umständen - auch das Recht auf Absetzung des Premierministers und auf Ausrufung von Neuwahlen. Kurz: sowohl Verfahren und Institutionen als auch inhaltliche politische Vorgaben sind in der Verfassung von 1990 unzureichend geregelt. Sie ergab keine ideale Grundlage für eine funktionierende Demokratie.

Doch so wenig demokratisch die Verfassung auch zustande gekommen war und so viele Mängel sie auch aufwies, erfüllte sie doch die meisten Wünsche der Parteien. Demokratische Grund- und Freiheitsrechte waren endlich abgesichert, ohne Eingriffsrechte des Königshauses, ohne Vorbehalte des Parlaments. Freiheit und Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz, also ein echter Rechtsstaat, das war für Nepal nach 30 Jahren verbrämter absoluter Monarchie höchst ersehnt gewesen. Viele bisher kriminalisierte politische und soziale Vereinigungen konnten endlich volle Meinungsfreiheit genießen und sich offiziell in die Politik einbringen. 1990 war das Jahr der vollen Etablierung der Parteien im politischen Leben Nepals. Eine Errungenschaft, die die Parteien nicht gerade vorbildlich nutzten, aber auch nicht unbedingt einer maoistischen Revolution opfern wollen (vgl. Kap. 8 „Korruption und Bürokratie“).

Der Schutz der Menschen- und Bürgerrechte war als Leitprinzip staatlicher Politik anerkannt worden. Die Todesstrafe wurde abgeschafft. Viele dieser Verfassung widersprechende Gesetze passte das Parlament in der Folge an. Neue Gesetze sollten allen Staatsbürgern den Genuss der Grundrechte erlauben. Nepal ratifizierte die meisten internationalen Konventionen zum Schutz der Menschenrechte. Dennoch ist seit Ausbruch des maoistischen Aufstands die Zahl der Menschenrechtsverletzungen beider Konfliktparteien nicht mehr zu erfassen.

In Nepal besteht immer noch - auch das ist ein Erbe der Rechtskultur aus der Panchayat-Zeit - eine Kluft zwischen den papierernen Selbstverpflichtungen der Politiker und der konkreten Einlösung von Rechten in Form von Gesetzen und politischem Handeln. Die Verfassung bringt eine Fülle von Aufträgen, doch die Wirklichkeit sieht völlig anders aus (vgl. Anhang I „Leitprinzipien des Staats“). Die nötigen Institutionen zur Überwachung der Einhaltung der Grundrechte wurden nicht geschaffen oder nicht in die Lage versetzt, ihrer Aufgabe nachzukommen. Und für den Kleinbauern, der irgendwo in den Bergen des fernen Westens lebt, ist die Beschreitung des Rechtswegs keine realistische Option, da die Justiz nicht funktioniert. Abgesehen davon, dass die

Gerichtbarkeit nur die Staatsprache kennt, kann der einfache Bürger die nötigen Kosten einschließlich der Schmiergelder einfach nicht aufbringen.

Der relativ liberale Charakter der Verfassung ging zu Lasten von Vorkehrungen für mehr Verteilungsgerechtigkeit. Die traditionell benachteiligten Gruppen und die große Zahl der Armen hatten zwar große Hoffnungen in die neue politische Ordnung gesetzt, sahen sich aber bald außerstande, auf die große Politik der politischen Elite Einfluss zu nehmen. Die politisch zu kurz gekommenen des Panchayat-Systems blieben es im Wesentlichen auch im neuen demokratischen System. Aber vor allem junge, besser gebildete Nepali, die den demokratischen Wandel in vielen Teilen der Welt mitbekamen, erwarteten sich auch im eigenen Land schnellere Fortschritte nicht nur im Aufbau von Institutionen, sondern auch auf dem Weg zu höherem Lebensstandard für alle. Die hastigen Kompromisse der Großparteien gingen an den radikaleren Gruppen vorbei. Diese entwickelten - ebenso wie die autoritären Kräfte nostalgisch dem alten Panchayat-System nachtrauerten - schnell die Überzeugung, dass diese Art von Parteiendemokratie die „eigentlichen Probleme“ des nepalischen Volkes nicht lösen könne.

Menschenrechte und Demokratie bedingen einander. Wenn den Menschen das Recht auf demokratische Teilhabe verweigert wird, können sie ihre Rechte nicht wirklich in Anspruch nehmen. Nur wer heute in Nepal Zugang zu den Machtzentren hat, kann diese Rechte ausschöpfen. Die Mehrheit der Armen, 40% der Bevölkerung, bleibt ausgeschlossen. Zwei Arten von Staatsbürgern stehen sich gegenüber: Privilegierte und Machtlose. Gleichzeitig steigt der Missbrauch politischer Macht für den persönlichen Gewinn: Klientelismus, Vetternwirtschaft, Korruption sind keine bloße Kinderkrankheit einer jungen Demokratie, sondern Zeichen der Kontinuität mit der undemokratischen Vergangenheit. Im ersten Jahrzehnt Demokratie haben es Nepals Parteien und Politiker nicht verstanden, ein breites demokratisches Bewusstsein unter der Bevölkerung zu schaffen und politische Partizipation zu fördern. Die Politik spielt sich fast nur in Kathmandu ab, während die Distrikträte und gewählten Kommunen geringe Bedeutung haben. Es fehlt an demokratischer Kultur an der Basis wie an Rechenschaftspflichtigkeit der Parteien gegenüber den Wählern.

In Nepal besteht ein verfassungsrechtlich abgesicherter demokratischer Rahmen. Doch immer wieder kommt es zu harter Konfrontation über die Auslegung mancher Verfassungsbestimmungen und zu umstrittenen Entscheidungen des Höchstgerichts zur Klärung von Kompetenzen. Letztes Beispiel: die Intervention des Königs am 4. 10. 2002 laut Art. 128 zur Amtsenthebung der Regierung.

Das „Königliche Massaker“

Im Frühsommer 2001 herrschte diese Stimmung im Königspalast zu Kathmandu. Im Parlament stritten sich die Parteien, auf der Straße protestierte die Opposition, die Polizei terrorisierte die Bevölkerung im Mittleren Westen. Aber auch innerhalb der Königsfamilie brodelte es. Wenigen war bekannt gewesen, dass Kronprinz Dipendra nicht nur ein Waffennarr war, sondern auch zu Alkoholismus, Jähzorn und Gewalt neigte. Seine starrsinnige Mutter tat alles, um ihn von seiner Liaison mit einer Bürgerlichen abzubringen, die nicht in die königlich reine Linie gepasst hätte. Man drohte dem Kronprinzen gar mit der Aberkennung seines Status, zumal auch der jüngere Bruder und eine ältere Schwester als Anwärter auf den Thron in Frage kamen. Dipendra hatte eben die letzte Generation automatischer Waffen seiner Armeeeinheit testen dürfen, von denen er stets einige Exemplare in seinem Schlafzimmer verwahrte.

Vor diesem Hintergrund scheinen in der Nacht des 1. Juni Dipendras Sicherungen durchgebrannt zu sein. Während eines offiziellen Familienabendessens stürmte er im Kampfanzug in den Saal, vier automatische Waffen in den Händen, und urchiebte in wenigen Minuten Vater, Mutter, Bruder, Schwester, Onkel und Tanten mit Kugeln, bevor er sich selbst richtete. 10 Mitglieder der Königsfamilie starben, 14 überlebten, davon die Frau des heutigen Königs Gyanendra nur knapp. Die Öffentlichkeit weigerte sich noch nach Tagen die bizarre Nachricht ernst zu nehmen. Nepal war tatsächlich geschockt. Doch eine hochrangige Untersuchungskommission kam zum Befund, den die Überlebenden des Massakers vor Videokameras übereinstimmend wiedergegeben hatten und der durch Beweisaufnahme gesichert war: Dipendra war der Täter.

Dennoch weigerte man sich in der Öffentlichkeit beharrlich, dieser Version für die Wahrheit zu nehmen. Die Tatsache, dass König Gyanendra und sein Sohn Paras, die während des Amoklaufs auf Reisen waren, dem Abendessen ferngeblieben waren, wurde als Akt der Verschwörung gedeutet. Auch war Prinz Paras beim Volk aufgrund einiger gerichtlich nicht geahndeter Gewaltakte sehr unbeliebt. Es wurde geflissentlich ignoriert, dass 14 Mitglieder des Königshauses den Amoklauf überlebt hatten, darunter die neue Königin Komal nur knapp. Birendras Bruder Gyanendra, der zum neuen König ausgerufen wurde, hing der Ruf eines Panchayat-Hardliners nach, was die Presse wiederum mutmaßen ließ, es sei ein von langer Hand vorbereiteter Angriff auf die konstitutionelle Monarchie im Gange. Solch wilde Verschwörungstheorie machen bis heute die Runde und machen es dem neuen König schwer, mehr Glaubwürdigkeit und Popularität unter den Nepali zu gewinnen.

Der gewählte Ministerpräsidenten Deuba, der im Parlament kein Vertrauen mehr genoss, wurde vom König abgesetzt und eine Regierung von „Unabhängigen“ berufen, die den Staat aus der Krise führen sollte. Zu Notzeiten gestattet die

Verfassung diese Initiative des Königs, doch nur mit einer Reihe prozeduraler Einschränkungen, die König Gyanendra 4. Oktober 2002 missachtete. Nepal befand sich im Herbst 2002 tatsächlich in einem unhaltbaren Schwebestand zwischen nationalem Notstand und einer Regierung ohne Legitimität, die zur Durchführung von Parlamentswahlen nicht mehr in der Lage war. Diese Situation verlieh dem König jedoch nicht das Recht, sich über die komplizierten Spielregeln der Verfassung hinwegzusetzen. Die großen politischen Parteien protestierten dagegen mit Demonstrationen, doch wusste der König den Großteil der Bevölkerung auf seiner Seite, die wiederum den Parteien misstraut.

Viele Nepali fühlten sich dennoch fatal an die Situation um 1960 erinnert, als des jetzigen Königs Vater, Mahendra, das gewählte Parlament abschaffte. Und trotz demokratischer Verfassung und konstitutioneller Monarchie war dem König eine gerade in Bürgerkriegszeiten entscheidende Rolle ebenfalls verblieben: der Oberbefehl über die Armee. Radikale Reformer und revolutionäre Kräfte wie die Maoisten sehen deshalb auch aus historischer Perspektive die Notwendigkeit, mit der Monarchie zu brechen oder zumindest die Aufgaben des Königs ausschließlich auf die Repräsentation zu beschränken, unabhängig von der neuen „demokratischen Revolution“, mit der die Maoisten die bestehende Demokratie in kommunistischem Sinne vollenden wollen. Der König genießt heute weder die moralische Autorität König Tribhuvans noch die Popularität seines Vorgängers Birendra. Doch in der Geschichte des Hindu-Königreichs Nepal hat der König und das Herrscherhaus eine doppelte Funktion, die heute vielfach für unersetzlich und unverzichtbar gehalten wird. Er symbolisiert zum einen die Einheit der Nation in einem Land, in dem 61 verschiedene Völker und ethnische Gruppen leben. Und er verkörpert den Hindu-Charakter des Staates (vgl. Kapitel 5), auf dem angeblich die Hindus, 80% der nepalischen Bevölkerung, bestehen. Nepals Elite wird auf diese beiden Funktionen auch in Zukunft nicht verzichten wollen und auf geschichtliche Kontinuität pochen.

In diesen ersten 12 Jahren parlamentarischer Demokratie hat sich in Nepal spürbare Ungeduld breitgemacht. Die großen Erwartungen des demokratischen Frühlings 1990 sind vielfach frustriert worden, die Politikverdrossenheit nimmt zu. Nepal musste die Erfahrung machen, dass Demokratie nicht nur politische Freiheiten, sondern auch verantwortliche Parteien und die Mitwirkung der Bürger braucht. Radikale Kräfte nutzten die Schwäche der nepalischen Demokratie. Dort wo die Regierung den Bogen völlig überspannt hatte, war der Humus für gewaltsamen Widerstand gediehen. Die Maoisten mussten den verärgerten und gedemütigten Menschen nur mehr zu Waffen verhelfen.

5. Nepal - ein Hindustaat?

„Der Gott Matsyendranath ist für uns Buddhisten eine Manifestation von Avalokiteshvara, des großen Bodhisattva des Mitleids. Für die Hindus hingegen ist er ein Asket und der Guru von Goraknath. Wir haben in Nepal vieles gemeinsam mit den Hindus, aber wir haben eine ganz eigenständige Religion.“

Deepa Dawa, Patan



5. Nepal - ein Hindustaat?



Muktinath ist allen Nepali ein Begriff. Hoch oben in den Bergen von Mustang an der Nordseite des Annapurnamassivs steht eines der wichtigsten Heiligtümer der hinduistischen Nepali. Brahma soll hier die vier Elemente - Wasser, Feuer, Erde, Luft - an einem Punkt zusammengeführt haben. In einem versenkten Holzschrein des Shiva-Tempels brennt ein blaues

Flämmchen, von hier austretendem Naturgas gespeist. Darunter plätschert irgendwo Wasser übers Gestein. Gleich neben Shiva thronen seine Shakti Parvati, Vishnu, Buddha Sakyamuni und lebensgroße Abbilder des nepalischen Königspaares. Der historische Buddha und hohe Rimpoches werden hier genauso verehrt wie die Hindu-Trinität. Von weit her strömen Pilger zu diesem 3.800 Meter hoch gelegenen Heiligtum und versenken sich in den genius loci. Aber selbst am Altar ist die königliche Macht präsent, als wäre sie Mensch gewordene Gottheit. Der König und seine Frau lächeln in vielen Hindu-Tempeln Nepals, aber auch in buddhistischen Gompas (Klöstern). Religion und weltliche Macht mischen sich an diesem mystischen Ort genauso wie Buddhismus und Hinduismus.

Was ist ein „Hindu-Staat“?

Nepals Verfassung vom November 1990 legt ausdrücklich fest: Nepal ist ein „Hindu-Königreich“, das einzige der Erde. Der König hat, laut Verfassung, ein Hindu zu sein und unstrittig ist: die große Mehrheit der Nepali begreift sich als Hindu im weitesten Sinne. Doch was macht darüberhinaus Nepal zu einem „Hindu-Staat“? Die heutige Verfassung verleiht dem Staatswesen und dem öffentlichen Leben nur wenige hinduistische Merkmale: das heilige Tier der Hindus, die Kuh, darf nicht geschlachtet werden; die wichtigsten religiösen Feste der Hindus werden als staatliche Feiertage anerkannt; Sanskrit, die Sprache der heiligen Hindu-Texte, wird staatlich gefördert und es gilt ein allgemeines Verbot der Missionierung. Nirgendwo in der Verfassung wird dagegen ein anderer Kernbestandteil hinduistischer Gesellschaftsordnung festgeschrieben: das Kastenwesen. Dagegen hat der König eine entscheidende Rolle. Er verkörpert den Hindu-Charakter Nepals und muss laut Verfassung ein Hindu indoarischer

Abstammung sein. Tatsächlich lässt der jetzige König Gyanendra kaum Gelegenheiten aus, um seinen Hindu-Glauben auch öffentlich zu demonstrieren.

Der Hinduismus bietet in Nepal wie in Indien kein geschlossenes Bild mit festgeschriebener Doktrin und klarem Credo. Hindus selbst sprechen bezüglich ihres Glaubens eher von *Dharma*, das auch Ethik, Moral, Pflicht oder Lebensregel bedeutet. Religion wird in Nepal in umfassenderem Sinne begriffen und gelebt als im Westen. Wie in anderen asiatischen Kulturen geht es beim Hinduismus nicht so sehr darum, was man glaubt, sondern vor allem um spirituelle Erfahrung an sich. Im Hindu-Pantheon haben viele, teils widersprüchliche Vorstellungen Platz. Im Vordergrund steht nicht der einzelne Gott, sondern die religiöse und soziale Praxis gemäß dem *Dharma*. Sämtliche Lebensbereiche sind für einen Hindu von Religion durchdrungen. Speisen, Opferungen, Heiraten, Reisen, Ernte, jeder wichtige Lebensakt wird im *Dharma* geregelt. Eine organisierte Priesterschaft mit hierarchischen Strukturen kennt der Hinduismus nicht. Die nepalischen Hindu pflegen ganz unterschiedliche religiöse Bräuche, verstehen sich aber immer als Hindu. Dies rührt auch aus den vielfältigen Austauschbeziehungen, die die vom Süden eingewanderten Hindu-Völker mit den indigenen tibeto-burmesischen Völkern pflegten. Nicht gewaltsame Bekehrung war die Regel, sondern Austausch und Vermischung von Traditionen und religiösen Vorstellungen. Das hinduistische Kastenwesen war noch im mittelalterlichen Nepal unbekannt und wurde hier erst nach und nach von den indoarischen Einwanderern aus Nordindien etabliert.

Vom Hinduismus, der in Nordindien praktiziert wird, unterscheidet sich der in Nepal verbreitete Hinduismus in verschiedenster Hinsicht. Im nepalischen Bergland dominiert der „Shaktismus“, die Verehrung der Göttin Devi in ihren verschiedenen Erscheinungsformen. Devi ist die göttliche Gefährtin Shivas, seine *Shakti*, was soviel bedeutet wie göttliche Energie. *Shakti* ist die kreative oder reproduktive Kraft der Götter, die sich oft in ihren Gefährtinnen manifestiert. *Shakti* symbolisiert bestimmte Aspekte der Person eines Gottes. Shiva ist der Erschaffer und Zerstörer, oft versinnbildlicht durch den *lingam*, ein Phallussymbol. Weitere Attribute Shivas sind der Dreizack und der Bulle Nandi. Eine von Shivas *Shaktis* verkörpert seine destruktive Seite. In der Person der Kali oder Durga verlangt sie nach ständigen Blutopfern. Shiva hat aber auch eine friedvolle *Shakti*, die schöne Parvati. Sie ist bekannt als Mahadevi, die große Göttin, versinnbildlicht durch das weibliche Geschlechtsorgan, die *Yoni*.

Aufgrund der Bedeutung von Shiva und seiner *Shakti* Kali sind unter der Hindu-Bevölkerung Nepals Tieropfer aller Art beliebt. Die meisten nepalischen Hindus



Opfernde Hindu-Frauen in Bhaktapur

essen auch Fleisch, mit Ausnahme des Kuhfleischs natürlich. Daneben gibt es verschiedene Formen von Synkretismus zwischen Shakti-Verehrern, alten Volkstraditionen und dem Schamanismus, vermengt mit Anleihen beim Buddhismus. Dies erfolgt z.B. bei den Newar des Kathmandutals in einem Ausmaß, dass so mancher Gläubige sich selbst nicht mehr als Hindu oder Buddhist einzuordnen vermag. Nicht selten wird Buddha von hinduistischen Gelehrten einfach zur neunten Inkarnation Vishnus erklärt. Die Konzentration der Verehrung auf Vishnu in all seinen Erscheinungsformen (*avatars*) wird als „Vaishnavismus“ bezeichnet. Vishnu ist der Gott der Erhaltung der Schöpfung, in Nepal oft Narayan genannt. Er wird in Nepal in weit geringerem Maße verehrt als Shiva, und dementsprechend ist auch das Vegetariertum deutlich geringer verbreitet als in Indien. Überhaupt hat Nepal nicht den klassischen Hinduismus indischer Ausprägung erlebt. Genausowenig Spuren haben die modernen Refombewegungen in Nepals praktiziertem Hinduismus hinterlassen.

Der Hinduismus hatte vom 13. Jahrhundert an im zentralen Bergland Nepals Einzug gehalten und sich dann vom indischen Hinduismus wegentwickelt. Das frühere buddhistische Königreich der Khas Malla wurde von einströmenden Hindus nach und nach unterwandert. Ihr Reich zerfiel in zahlreiche

Kleinfürstentümer. Diese Immigranten aus Indien brachten den mit zahlreichen tantrischen Praktiken durchsetzten Shaivismus mit. Im Unterschied zu Indien blieb in Nepal die enge Verbindung zwischen Königshaus und den säkularisierten Brahmanen, der einstigen Priesterkaste, aufrecht. So behielten die Brahmanen als Kaste bis heute ihre zentrale Rolle als Interpreten des *Dharmashastra*¹¹. Dem König hingegen oblag es, die vier Lebensstufen (*Ashramas*) und die vier *Varnas*¹² zu überwachen. Die aus Indien eingewanderten Hindus nahmen für sich in Anspruch, nie von moslemischen Herrschern unterworfen worden zu sein und in ihrem Glauben nie vom Islam infiziert worden zu sein. Der Ausdruck „Hindu“ bürgerte sich erst im 17. Jahrhundert ein, als Harihar Sen, der Fürst von Makwanpur, sich selbst den

¹¹ *Dharma* bezeichnet die Gesamtheit religiöser und ethischer Pflichten oder die „göttlich-sittliche Ordnung“. Die Texte dazu sind die *Dharmashastras* (und *Dharma-Sutras*), was soviel wie Gesetzbücher bedeutet. Sie umfassen die Gesamtheit des orthodoxen Lebens der Hindus. Die Rituale und die Vorschriften für die oberen drei Kasten (Brahmanen, *Kshatriyas* und *Vaishyas*) gehen auf uralte Bräuche zurück, deren Einsetzung dem Schöpfer selbst zugeschrieben wurde. Nicht dem König, sondern dem Weisen (*Mahatma*) kommt der höchste Rang in diesem System zu, er ist das Sprachrohr der zeitlosen Wahrheit, der König nur Verwalter dieser Ordnung. „*Dharma* ist die Lehre von den Pflichten und Rechten eines jeden Mitglieds der idealen Gesellschaft und so ist sie Gesetz oder Spiegel allen ethischen Handelns“ (vgl. Heinrich Zimmer, Philosophie und Religion Indiens, S.50, Suhrkamp, Frankfurt, 1973)

¹² „*Varna* bedeutet Kaste. Jeder Mensch steht in einer klar umrissenen Ordnung festgelegter und sorgfältig befolgter Normen und Tabus. Was man essen und nicht essen, was man suchen und was meiden, mit wem man verkehren, speisen und sich verheiraten soll, all diese persönlichen Angelegenheiten sind genau geregelt, und sowohl versehentliche wie absichtliche Übertretungen werden sehr streng geahndet. Der Grundgedanke dabei ist, dass die spezifische geistige Kraft, von der die Wirksamkeit jedes Menschen als Teil einer bestimmten sozialen Gruppe abhängt, vor jeder befleckenden Berührung bewahrt werden muss. Denn in seiner Eigenschaft als dienender Bestandteil des vielfältigen sozialen Gefüges muss der Einzelne danach trachten, sich mit den Aufgaben und Interessen seiner sozialen Rolle zu identifizieren und sowohl seine öffentliche als auch seine private Erscheinungsweise danach zu formen. Die Gesamtheit gilt mehr als jeder ihrer Teile. Eine selbstständige individuelle Entwicklung, wie wir sie kennen und schätzen, ist darum ausgeschlossen; denn die Vorbedingung für die Zugehörigkeit zu einer Gruppe ist nicht die Ausbildung persönlicher Neigungen und Abneigungen, sondern deren Unterdrückung. Die höchste Tugend ist, sich mit rückhaltloser Hingabe der uralt-zeitlosen, völlig unpersönlichen Maske der traditionellen Rolle einzufügen, in die man hineingeboren wurde.“ (Heinrich Zimmer, a.a.O., S.146).

Titel *Hindupati*, nämlich „Herrn der Hindus“ gab. König Prithvi Narayan Shah, der Gründer des Staats Nepal in seinem heutigen Bestand, übernahm diesen Titel. Er betrachtete sein mühsam in vielen Feldzügen und Eroberungen geschaffenes Königreich als das „wahre Hindustan“, die Heimat der Hindus, einen „Garten der vier Varnas und 36 Jats“¹³. Dabei haben die vier *Varnas* im nepalischen Kontext eine andere Entwicklung erfahren als in Indien, wo es durch Heiraten zwischen den Kasten und durch neue Berufe zu einer im Vergleich mit Nepal stärkeren Ausdifferenzierung der Kasten kam.

Warum betrachtete Prithvi Narayan Shah nicht Indien als das „wahre Hindustan“? Deshalb, so steht zu vermuten, weil die Untertanen Indiens im Gegensatz zu jenen Nepals nicht nach dem *Chatur varnashram* regiert wurden, nämlich einer kosmologisch begründeten Sozialordnung mit den sog. „Fünf Bestrafungen“: Tod, Verstümmelung, Tonsur, Versklavung und Exil. Nepals Staatsgründung 1769 erfolgte als Akt eines Hindu-Herrscherhauses, das den Hinduismus als ideologische Grundlage der neuen Nation begriff. Demgegenüber konnte Britisch-Indien, wo zur selben Zeit keine Religion einen besonderen Schutz genoss, nicht als wahres Hindustan gelten.

Jung Bahadur Rana, der 1846 nach dem Kot-Purba-Massaker in Kathmandu die Macht übernommen und das Rana-Regime begründet hatte, schrieb in seinem Erlass bezüglich der Rolle der Religion 1866: „*Wir haben unser eigenes Land, ein Hindu-Königreich, wo das Gesetz das Schlachten der Kühe verbietet, noch dürfen Frauen und Brahmanen mit dem Tode bestraft werden.....In diesem Zeitalter der Kali ist dieses Land das einzige Land, in dem Hindus regieren.*“ Die religiöse Identität der herrschenden Schicht wurde dafür benutzt, die kulturelle Einzigartigkeit Nepals zu begründen und dient bis heute als Instrument des *nation building* in diesem Vielvölkerstaat. Der Hindu-Charakter des Rana-Staats fand seinen deutlichsten Niederschlag im *Muluki Ain* von 1854, einer Art Bürgerlichem Gesetzbuch, das das Kastenwesen kodifizierte und Rechte und Pflichten nach hinduistischen Werten ausgestaltete.

Die Rana-Herrscher schotteten Nepal nach außen hin ab, vor allem gegenüber den moslemischen Moguln und den britischen Kolonialherren. Religiöse Einflüsse von außen wurden konsequent verhindert. Gleichzeitig wurden die animistischen oder buddhistischen Bergvölker verstärkt hinduisiert und in die Sanskrit-Kultur integriert. Noch heute findet diese Politik im Sanskrit-Unterricht, der Sprache der alten Hindutexte der *Veden* und *Upanishaden*, ihre

¹³ *Jati*: traditionelle Rolle, in die man hineingeboren wird (vgl. Heinrich Zimmer, a.a.O. S. 146).



In Dakshinkali südlich von Kathmandu

Fortsetzung. So entwickelte sich in Nepal eine andere Art von hinduistischer Gesellschaft als in Indien. Das Land blieb nicht nur vom Islam und Christentum fast völlig unbeeinflusst, sondern auch von modernen Entwicklungen innerhalb des Hinduismus selbst.

Nein zum säkularen Staat

Nepals Verfassung von 1962 definierte den Staat als „unabhängigen, unteilbaren, souveränen und monarchischen Hindustaat“. Die neue Verfassung vom November 1990 bezeichnete das Königreich Nepal neu, nämlich als „multiethnisches, mehrsprachiges, demokratisches, unabhängiges, unteilbares, souveränes Hindu-Königreich und konstitutionelles Königreich.“ Doch schon die Verfassung von 1962 hatte die Rolle des Hinduismus relativiert, indem sie Nepal als die „Nation der Nepali gleich welcher Religion, Rasse, Kaste oder Stamm“ definierte. Die von den früheren Regimes und dem Staatsgründer so betonten *Dharmashastras* und anderen hinduistischen Regeln und Traditionen finden sich in der Verfassung nicht mehr. Im Gegenteil: aus dem reformierten Bürgerlichen Gesetzbuch *Muluki Ain* wurde 1963 formell jede staatliche Anerkennung und Förderung des Kastenwesens gestrichen. Obwohl das Kastensystem, ähnlich wie

in Indien, seit 40 Jahren *de jure* keine Gültigkeit mehr besitzt, bleibt es aber im Alltagsleben und in der sozialen Realität Nepals ein bedeutender Faktor. Gerade die Brahmanen, die oberste Kaste, legen darauf großen Wert: ihre traditionelle Rolle als Priester ist zwar seit langem nicht mehr wesentlich, geblieben ist jedoch ihre Rolle und Selbstwahrnehmung als soziale Elite.

Die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft nach der Öffnung Nepals in den 50er Jahren verstärkte die Tendenz zur Säkularisierung des Staates. Die Panchayat-Regierungen versuchten der Schwächung der Rolle des Hinduismus als staatstragendes Element in den 80er Jahren entgegenzusteuern. Man wollte die Religion wiederbeleben, erneuern und fördern. Diese Anstrengungen gingen jedoch über einige Inszenierungen religiöser Bräuche und Tempelrestaurierungen nicht hinaus. Der städtischen Mittelschicht und dem Bildungsbürgertum waren diese staatlichen Ansätze, alte Traditionen und Rituale als „authentischen Hinduismus“ zu verkaufen, ohnehin nicht geheuer.

Jana andolan, die Volksbewegung zur Wiederherstellung der Demokratie im Frühjahr 1990, war eine nicht-religiöse Bewegung. Die neue Verfassung sollte nach dem Willen der meisten politischen Parteien die Rolle der Religionen neu definieren und volle Religionsfreiheit wahren. Umstritten war jedoch die Einführung eines säkularen Staates. Diese Frage schied im Sommer 1990 die Geister in der Demokratie-Bewegung. Die nicht hinduistischen Religionsgemeinschaften traten für einen echt säkularen Staat ein. Regionale Parteien und Dachorganisationen der indigenen Völker verwehrten sich gegen die neuerliche Festschreibung der jahrhundertealten Hegemonie der Hindus durch die Verankerung des Hinducharakters des Staates in der Verfassung. Die Kommunisten wollten ebenso einen säkularen Staat wie die kleinen Minderheiten der Christen und Muslime, die plötzlich als Religionsgemeinschaften in der Öffentlichkeit sichtbar wurden.

Mehr noch: zum ersten Mal in der Geschichte Nepals verstanden es auch die Buddhisten, eine gemeinsame Stimme zu einer eminent politischen Frage zu erheben. Bis dahin waren die Buddhisten oft als eine Art Zweig der großen hinduistischen Familie wahrgenommen worden. Das neue buddhistische Selbstbewusstsein verwirrte vor allem die orthodoxen, vom Hindu-Fundamentalismus Indiens beeinflussten Hindus. Die nepalische Sektion der Welt-Hinduvereinigung malte schon eine Zunahme der Christianisierung an die Wand, wenn der Hinduismus nicht von Staats wegen festgeschrieben würde. Doch der Ruf nach einem säkularen Staat wurde immer lauter. Führende Hindus beriefen sich darauf, dass Nepal als Hindumonarchie bisher immer die anderen

Religionen toleriert habe. Hinduvereinigungen organisierten Schweigemärsche für die Beibehaltung des Hinduismus als Staatsreligion. Darauf antwortete Nepals buddhistische Dachorganisation mit der größten Kundgebung seit dem Durchbruch der Demokratiebewegung unter dem Motto: „Für einen säkularen Staat. Der Buddhismus ist kein bloßer Zweig des Hinduismus.“ Die Aktion traf viele Hindus wie ein Schock, da Buddhisten bisher meist freundlich vereinnahmt worden waren. Militante Hindus gingen daraufhin zum Gegenangriff über. Sie argumentierten, dass der Hinduismus schlechthin Nepals Kultur sei. Nepals Eigenschaft als Hindu-Staat sei eher als kulturelle Charakterisierung denn als religiöse Festschreibung zu verstehen, hieß es. Der Widerstand unter den höherkastigen Brahmanen gegen einen säkularen Staat nahm auch deshalb zu, weil manche um ihre privilegierten Positionen fürchteten. Wäre Nepal zu einem säkularen Hindustaat erklärt worden, wäre vielleicht die althergebrachte Hegemonie der höheren Hindukasten - der Brahmanen und Chhetri - in Frage gestellt worden.

Mit der wachsenden Rolle der Religion in Zusammenhang mit der öffentlichen Debatte zur neuen demokratischen Verfassung bekamen auch die zahlenmäßigen Verhältnisse neue Bedeutung. Erreichte der Anteil der Hindus an der Bevölkerung tatsächlich 95%? Welchen Anteil hatten die Buddhisten? Bisher hatte der Staat die Religionszugehörigkeit bei den Volkszählungen zwar erhoben, war dabei aber von einer sehr breiten Definition des Hinduismus ausgegangen. In Wirklichkeit waren viele der kleineren Völker und ethnischen Gruppen nie völlig hinduisiert worden und manche andere wie die Tamang, Sherpa, Gurung, Chepang, Rai und Limbu hatten sich ausschließlich als Buddhisten oder Animisten (z.B. Kiranti) betrachtet. Doch schon die Bejahung der Frage „Verehren sie Ganesh?“ führte bei den Volkszählungen zur Klassifizierung als Hindu, obwohl es in Nepal gang und gäbe ist, dass Hindus auch Buddha und Buddhisten den Hindu-Gott Ganesh verehren. Eine saubere Trennlinie zwischen Hinduismus und Buddhismus zu ziehen, ist in Nepal in der Tat schwer. Jahrhundertlang haben die beiden Religionen friedlich zusammengelebt und sich zum Teil vermischt.

Die Volkszählungen spiegeln jedoch zumindest bis 1991 kein zuverlässiges Bild der Religionszugehörigkeit wider: weniger weil sich die Menschen selbst nicht einer Religionsgemeinschaft zuordnen können, eher weil die Erfassung in oberflächlicher Weise erfolgte. So betrachten sich 2001 noch immer 80,6% als Hindus, obwohl sich nur 56,4% einer Kaste zuordnen, also unter ethnischem Aspekt Teil der indoarischen, kastenmäßig organisierten Bevölkerung sind. Die Verbände der indigenen Völker bestreiten, dass ein so hoher Anteil der nicht

indo-arischen Ethnien hinduisiert worden ist, obwohl dies etwa für die relativ großen Gruppen der Magar und Tharu zutrifft. Die Entwicklung der Zahlen der Volkszählungen zeigt jedenfalls, dass die Kritik der kleineren Religionsgemeinschaften ihre Wirkung getan hat.¹⁴

Nepals Bevölkerung nach Religionszugehörigkeit, in % der Gesamtbevölkerung, 1952-2001

<i>Religion</i>	<i>1952/54</i>	<i>1961</i>	<i>1971</i>	<i>1981</i>	<i>1991</i>	<i>2001</i>
Hindus	88,9	87,7	89,4	89,5	86,5	80,6
Buddhisten	8,6	9,3	7,5	5,3	7,8	10,7
Moslems	2,5	3,0	3,0	2,7	3,5	4,2
Kiranti					1,7	3,6
Christen					0,2	0,4
Jainisten				0,1	0,0	0,0
Andere					0,1	0,1
Nichterklärt		0,1	0,1	2,4	0,1	0,4
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

Quelle: Central Bureau of Statistics, Statistical Pocket Book Nepal, Kathmandu 2002

Unabhängig davon ist seit der Verfassungsdiskussion 1990 das Bewusstsein gebildeter Nepali, unterschiedlichen religiösen Doktrinen zu folgen, gestiegen. Auch die Buddhisten Nepals begannen politisch zu argumentieren. So hat etwa Buddha das Kastenwesen verurteilt, während es im hinduistischen Nepal zwar ungesetzlich, aber noch sehr lebendig und wirksam ist. Der Buddhismus sei eine moderne Religion für den modernen Menschen, meinen die Buddhisten, und habe wesentlich zu Nepals Eigenart und Identität beigetragen. Volle Religionsfreiheit bedeute, so führende Buddhisten, dass die Verfassung sich auf keine Religion festlege und niemanden privilegiere. Am Ende der Debatte blieb 1990 alles beim alten: Nepal blieb verfassungsgemäß ein Hindu-Königreich.

Warum konnten die Hindus die Oberhand behalten? Der Hinduismus war 1990

¹⁴ 1991 bezeichneten sich 49% der Limbu, 65% der Rai und 57% der Thakali als Hindu. Die Magar und Gurung wurden in toto als Hindus gezählt. Somit wurden fast 75% der *Janajati* (indigene Völker) für die staatliche Statistik zu Hindus erklärt. 2001 wurden die Thakali, Gurung, Tamang und ein Teil der Magar als Buddhisten gezählt; die Rai, Limbu und Sunuwar als Kiranti, woraus sich der Rückgang der Hindu von 1991 bis 2001 erklärt.

nach wie vor eine gewaltige Macht im Land und die Monarchie wollte ihre letzten Trümpfe nicht aus der Hand geben. In den 50er Jahren hatte es erste Forderungen nach Abschaffung der Hindu-Monarchie gegeben. So beeilte sich König Mahendra mit der Einführung des Panchayat-Systems 1960 in der nachfolgenden neuen Verfassung Nepal auch offiziell zum Hindustaat zu erklären. Sein Sohn Birendra und die Sachwalter der Monarchie setzten sich schließlich auch 1990 aus ureigenem Interesse heraus durch. Es ist für die Bevölkerung weitaus schwieriger an einer Monarchie zu rütteln, die nicht nur die Einheit der Nation, sondern auch die Staatsreligion, den Hinduismus, verkörpert.

Waren die Buddhisten tatsächlich übergangen worden? Laut Volkszählung 2001 sind 10,7% der Nepali Buddhisten und nur mehr 80,6% Hindus. Dabei gibt es fließende Grenzen zwischen dem Hinduismus, dem Buddhismus und den sog. Volksreligionen wie etwa den Kiranti. Der abnehmende Anteil von Hindus ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass sich heute weit mehr Buddhisten selbstbewusst als solche wahrnehmen, auch wenn sie gelegentlich einem Hindu-Gott ihre Ehrerbietung erweisen oder an einer Hindu-Festlichkeit teilnehmen. Dennoch halten engagierte Buddhisten Nepals ihren Anteil an der Gesamtbevölkerung laut Volkszählung für weit unterschätzt.

Dabei war Nepal vor 2300 Jahren eines der Kerngebiete des Buddhismus. Siddharta Gautama ist in Lumbini 563 v.C. geboren, heute eine nepalische Kleinstadt an der Grenze zu Indien. Der große Kaiser Ashoka (273-232 v.C.) verbreitete den Buddhismus in Nordindien und im Gebiet des heutigen Nepal. Der Buddhismus wurde während der Lichchavi-Zeit (400-879 n.C.) zur Staatsreligion. Während der Malla-Dynastien war das Kathmandutal eine der Brutstätten des Vajrayana-Buddhismus. Die esoterischen Praktiken des tantrischen Buddhismus trugen dazu bei, die Unterschiede zwischen Shaivismus, der sich ab dem 13. Jahrhundert in Nepal verbreitete, und dem Buddhismus zu verwischen. Synkretistische Glaubensformen, gemeinsame religiöse Praktiken entwickelten sich daraus. Bestes Beispiel dafür ist der vor allem von den Newar des Kathmandutals gepflegte Machendranath-Kult. Dieser Gott repräsentiert Avalokiteshvara, den Buddha des Mitgefühls für die Buddhisten und den Guru Goraknath für die Hindu.

Aufgrund dieser langen gemeinsamen Geschichte waren viele Hindus 1990 schockiert, als die führenden buddhistischen Vereinigungen mit der Forderung nach einem säkularen Staat auf die Straße gingen. Warum distanzierten sich die Buddhisten vom Hinduismus, wenn ihre Religion doch ein Teil des Hinduismus war, fragten sich viele Hindus. Dabei vergaß man geflissentlich, wie sehr der

Buddhismus in der Geschichte des Hindu-Staats Nepal auch verfolgt worden war, etwa unter dem Regime der Rana. Doch Buddhisten wehren sich seit 1990 verstärkt gegen ihre Vereinnahmung durch den Hinduismus.



Nepals Buddhisten beklagen sich nicht über Nachwuchsmangel.

Inwiefern ist Nepal tatsächlich ein Hindustaat?

Die neue Verfassung von 1990 verbietet jede Form von Diskriminierung von Staatsbürgern aufgrund der Religion. Sie gewährleistet Religionsfreiheit, verbietet jedoch die aktive Missionierung im Sinn der Bekehrung von Andersgläubigen. Die bloße Definition des Staats als Hindu-Königreich macht aus Nepal bei weitem noch kein theokratisches Staatswesen. Dies würde zumindest zweierlei voraussetzen: eine Regierung, die auf der Grundlage der *Dharmashastras* regiert, wie etwa iranische Geistliche den Iran aufgrund ihrer Interpretation des Korans; und eine institutionalisierte Rolle der Priesterschaft in öffentlichen Angelegenheiten wie etwa in Francos Spanien. Beides fehlt in Nepal, wie überhaupt ein organisierter Klerus. Auch die Festlegung einer Reihe hinduistischer Feiertage - neben einigen wenigen buddhistischen - als Staatsfeiertage unterscheidet Nepal hinsichtlich seiner Säkularität nicht von den meisten europäischen Ländern mit christlichen Staatsfeiertagen. Das Verbot aktiver Missionierung wendet sich primär gegen das Christentum und den Islam, die die Mission als aktive Bekehrung betreiben und lässt sich aus einer jahrhundertealten Furcht vor kultureller und religiöser Überfremdung erklären.

Wenn nicht in der Verfassung, gibt es in der allgemeinen Gesetzgebung Nepals spezifische Gesetze, die den hinduistischen Charakter des Staates konkretisieren? Deutliche Spuren hinduistischer Vorstellungen finden sich

zweifellos im *Muluki Ain*, dem Bürgerlichen Gesetzbuch. Doch auch diese Merkmale übersteigen nicht das Ausmaß von christlichen Moralvorstellungen, die sich in den BGBs beliebiger mitteleuropäischer Länder finden lassen. „Aufgeklärte“ nepalische Hindus sehen den hinduistischen Charakter ihres Staates eher in kulturell-zivilisatorischen Aspekten verankert als im harten Recht. Oft wird der Hinduismus gar zu einer „Form der Zivilisation und religiösen Kultur“ erhoben, der verschiedene Religionen umfasse wie den



In Swayambunath, Kathmandu

Jainismus und den Buddhismus. Selbstbewusste Buddhisten haben dieser Sicht immer wieder heftig widersprochen. Durch die Erklärung Nepals zu einem Hindu-Staat wurden allen anderen Religionen implizit nachrangige Bedeutung zugewiesen.

In Nepal kommt die Macht des Hinduismus wesentlich mehr auf der Ebene der Symbole, Rituale und Feste sowie in den praktischen Glaubens- und Werthaltungen der Menschen zum Tragen als in manifesten Institutionen mit klar umschriebener Entscheidungsgewalt. Bestimmte Symbole sind zu grundlegenden Staatssymbolen geworden, genießen staatlichen Schutz oder gar

Christen in Nepal

In Nepal lebten 2001 knapp 100.000 Christen (0,45% der Bevölkerung). Dazu zählen auch viele der in Nepal auf Dauer ansässigen Ausländer, die in der Entwicklungszusammenarbeit oder in internationalen Organisationen tätig sind. Obwohl Spuren christlicher Begegnungen bis ins 7. Jahrhundert zurückreichen, errichteten erst 1715 Kapuzinerpatres die erste Missionsstation in Kathmandu und leisteten Sozialarbeit. Doch mit der Errichtung des Hindu-Königreichs der Shah mussten sie Nepal verlassen. Bis 1951 verband das nepalische Herrscherhaus mit dem Christentum die Gefahr des europäischen Kolonialismus. Noch heute ist die Mission verfassungsrechtlich verboten. Katholische Orden führen in Nepal Schulen und Sozialeinrichtungen und auch die evangelischen Kirchen nehmen an Einfluss zu. In der nepalischen Öffentlichkeit sind die christlichen Kirchen mehrfach der Missionierung bezichtigt worden. Man wirft ihnen vor, ärmere Leute mit attraktiven Sozialleistungen wie Schulen, Kliniken und Arbeitsplätzen anzulocken. Doch selbst aufgeklärte Hindus entgegnen dem, dass Hindus nicht rechtlich dagegen vorgehen sollten, sondern selbst die tiefen Diskriminierungen ganzer Gruppen in der hinduistischen Sozialordnung überwinden müssten.

verfassungsrechtlichen Rang. So etwa die Kuh, das Dasain-Fest, das Sanskrit. Die Tötung einer Kuh, das für Hindus heilige Tier, wird als Straftat mit hohen Gefängnisstrafen geahndet. Seit der Existenz Nepals als Staat war die Kuh - wie der König - ein Symbol des hinduistischen Charakters der Nation. Allerdings war der Verzehr von Rindfleisch für viele kleinere Bergvölker Nepals althergebrachter Brauch. Ihre Angehörigen mussten fantasievolle Wege erfinden, ihre Kühe zu Tode zu bringen ohne sie selbst zu töten. So kommt es nicht selten vor, dass in entlegenen Bergregionen Kühe just dann zu Tode stürzen, wenn die Bauernfamilie dringend Fleisch braucht. Für die übergroße Mehrheit der Hindus hingegen, die sich nicht vegetarisch ernähren, bedeutet das Tabu der Kuhschlachtung keinen großen Verzicht. Man wechselt einfach über zum Wasserbüffel, der gerade auch zu religiösen Festlichkeiten - neben weiteren Haustieren - in Massen geschlachtet und verzehrt wird.

13 der insgesamt 19 staatlichen Feiertage sind Hindu-Feiertage. Insbesondere die Hauptfestlichkeiten der im Mittelgebirge lebenden Hindus genießen staatliche Anerkennung, während so manchen Feiertagen der Hindus des Terai nur lokale Bedeutung zugesprochen wurde. Dem landesweit wichtigsten religiösen Fest, dem der Göttin Durga gewidmeten Dasain-Fest, hat der Staat sechs Feiertage zuerkannt. Der in Nepal weit verbreitete Shaktismus hat dadurch offizielle Anerkennung erfahren. Shaktistische Rituale wie Tieropfer entsprechen in Nepal auch älteren Bräuchen und Vorstellungen der sogenannten Volksreligionen.



Hindu-Gelehrter über den heiligen Schriften.

Beide betrachten die Tieropferung als notwendigen Teil religiöser Rituale. Die Hinduisierung bediente sich oft des Kunstgriffs, Gottheiten, Bräuche und Rituale der Volksreligionen einfach in den Hindu-Pantheon mitaufzunehmen.

In der Bildungspolitik ging der Staat weniger elegant vor und war immer bemüht, seinen Hindu-Charakter im staatlichen Schulprogramm zu verankern, wie etwa durch den Sanskrit-Unterricht in den öffentlichen Schulen. Sanskrit, die Sprache der heiligen Schriften, aber nicht ganz dem Latein als Kirchensprache in Europa vergleichbar, wird in den Oberschulen als Pflichtfach gelehrt. Als Symbol der kulturellen Hegemonie der höheren Hindukasten ist es immer wieder zur Zielscheibe maoistischer Rebellen geworden, die nicht davor zurückschreckten, Sanskritlehrer umzubringen. Sanskrit - im Hindi gleichbedeutend mit „Kultur“ - ist unauflöslich mit dem Hinduismus verbunden. Geschichten aus diesen Texten finden sich im Unterschied zu jenen anderer Religionen sehr oft in den Schultexten, auch im Literaturunterricht, ohne dass Religion überhaupt offizielles Schulfach wäre. Einwände gegen den Sanskritunterricht werden als Kritik am Hinduismus schlechthin abgetan.

Andere Religionen Nepals



Die drittgrößte Religionsgemeinschaft Nepals bilden die Muslime mit 4,2% (2001). Die rund 700.000 Muslime, Mussulman, genannt, leben vor allem in den Städten des westlichen Terai. In Kathmandu stehen zwei Moscheen, doch im Bergland sind kaum Muslime zu finden. Der Islam ist auf dem indischen Subkontinent seit dem Sieg des Türkenherrschers Mahmud Gazmi über die indischen Rajputen 1192 präsent. Die Muslime spielten in Nepals Geschichte eine sehr marginale Rolle und haben bis heute Schwierigkeiten, sich als gleichberechtigte Religion zu behaupten. Im Terai kam es bereits zu Zusammenstößen zwischen militanten Muslimen und Hindus. Doch ist dies auf den starken Einfluss aus Indien zurückzuführen, wo derartige Spannungen in jüngster Zeit stark zugenommen haben.

Die Bön-Religion war vor der Verbreitung des Buddhismus die dominierende Religion der Völker Tibets und ist heute noch in einigen kleineren tibetischen Gemeinschaften des nepalischen Hochlandes präsent. Bei Kathmandu steht noch ein großes Bön-Kloster. Seit dem 7. Jahrhundert ist diese Religion immer stärker vom Buddhismus absorbiert worden. Die Bön-Mönchsgemeinschaften sind dementsprechend von buddhistischer Symbolik und Vorstellungswelt stark geprägt. Sie haben ihre eigene religiöse Literatur entwickelt, die von exoterischen Lehren über Ethik bis zu den esoterischen Schriften zur „höchsten Vervollkommnung“ (*Dzogchen*) reichen.

Bedeutender als die Bön-Religion ist der Animismus, der mit dem Schamanismus Hand in Hand geht. Für den Animisten ist die Natur mit ihren Phänomenen und das gesamte Universum beseelt. Rituale haben größte Bedeutung, wie z. B. die komplexen Bestattungszeremonien. Auch für die Heilung von Kranken und Weissagungen sind die Schamanen Schlüsselfiguren, die als Mittler zwischen der materiellen und spirituellen Sphäre auftreten. Die Rituale sind unverzichtbar, um die Geister gewogen zu stimmen und Zugang zu den göttlichen Kräften zu eröffnen. Der Schamanismus hat vor allem bei den Bergvölkern Nepals tiefe, heute noch lebendige Spuren hinterlassen. Zahlenmäßig am bedeutendsten ist die Kiranti-Religion, die erstmals 1991 erfasst worden ist. Sie ist im östlichen Bergland unter den Völkern der Rai und Limbu verbreitet, die nur oberflächlich hinduisiert worden sind. Mit steigendem Selbstbewusstsein der kleinen Völker wächst auch die Rückbesinnung auf die traditionelle Religion, die bei Bräuchen und Festen und im gelebtem Glauben wieder auflebt. In Nepal leben schließlich auch kleinere Gemeinschaften von Sikhs, Bahai, Garaute und Jaini.

Was bedeutet es für Nepal, ein „Hindustaat“ zu sein?

Wie 1990 in der Verfassungsdebatte durchgesetzt, identifiziert sich Nepal weiterhin als „einziges Hindu-Königreich“ auf Erden. Doch die Einstellung vieler, vor allem jüngerer Nepali dazu hat sich seit Ausrufung der Demokratie gewandelt. Das Etikett „Hindu“ hat im öffentlichen Leben Nepals eine doppelte Bedeutung. Geschichtlich gesehen war es in der Zeit der Herrschaft der Moguln in Nordindien entstanden, als Nepals Könige damit nach außen hin den Anspruch erhoben, das eigentliche und letzte Hindustan und selbst die Bewahrer des wahren Hindu-Glaubens zu sein. Im Inneren erlaubte dies den Königen, ihre dynastische Herrschaft religiös zu verbrämen. Die Abschottung und kulturelle Isolierung diente primär dem Ziel der Festigung ihrer Herrschaft, indem ein nicht kontaminierter Hinduismus als Staatsideologie aufrechterhalten werden konnte. In diesem Bestreben wurde, mangels organisierter Priesterhierarchie, der Hindu-Monarch als letzte genuine Hindu-Institution religiös überhöht. Der König spielt eine zentrale Rolle im ideologischen Selbstverständnis Nepals: er ist nicht nur der Garant des *Dharma* mit seinen aus dem *dharmashastra* abgeleiteten Ritualen, sondern „Seine Majestät ist das Symbol der nepalischen Nation und des nepalischen Volkes“ (Nepalische Verfassung, 5. Teil, Art. 27/2).

Während Nepal nach dem Aufbau seiner demokratischen Institutionen als säkularer Staat betrachtet werden kann (mehr als Italien mit seiner Sonderrolle für die Katholische Kirche oder etwa Großbritannien, wo die Königin Oberhaupt der Anglikanischen Kirche ist), ist das Königshaus die einzige auch *de iure* festgeschriebene Hindu-Institution des Staates. Laut Verfassung (Teil 5, Art. 27/1) muss der König ein Angehöriger der indoarischen Kultur und ein bekennender Hindu sein. Diese Art verfassungsrechtlicher Regelung sichert zwar einerseits dem Königshaus eine nationbildende Rolle zu, andererseits blieb der so staatlich abgesicherte Hinduismus im Unterschied zu Indien abseits wichtiger Reformen und Neuerungen.

Mehr und mehr junge Nepali wenden sich heute von archaischen Glaubensformen ab, um anderswo bedeutendere Antworten auf die Fragen ihres modernen Lebens zu finden. Die Religiosität unter Jugendlichen nimmt in Nepal genauso ab wie in Europa. Was in modernen Gesellschaften als „religiös“ umschrieben wird, ist in Nepal oft einfach ein kultureller, zivilisatorischer Habitus. So fällt es heute auch atheistisch oder agnostisch denkenden Nepali schwer, den Hinduismus insgesamt abzulehnen. Die Maoisten haben sich nicht offen gegen den Hinduismus als Religion gewandt, was sie ohne Zweifel einen Teil ihres Rückhalts in der Bevölkerung kosten würde. Während die Reform-

kommunisten der CPN-UML der Einschränkung der Rolle des Hinduismus im Staat keine Priorität zumessen, ist es kaum vorstellbar, dass sich maoistische Vorstellungen von einer „neuen Demokratie“ mit dem Grundcharakter eines „Hindu-Königreichs“ vereinbaren lassen. Aber auch Maos nepalische Erben müssen die Jahrtausende alte Geschichte des Lande berücksichtigen.

6. Die Dalits - Unberührbarkeit im 21. Jahrhundert

„Meine Familie gehört zur Kaste der Kumi. Wir arbeiten mit Metallen und stellen verschiedensten Schmuck her. In unserem Haus leben andere Dalits, in der Nachbarschaft verschiedene andere Kasten. Wir kommen gut mit ihnen aus, aber unsere Kinder könnten nicht Kinder aus anderen Kasten heiraten“.

Rianita Bishwokarma, Kathmandu



6. Die Dalits - Unberührbarkeit im 21. Jahrhundert

Das „Haribodhini Ekadashi“ ist eines der wichtigsten Feste für die Vishnu-Verehrer im Kathmandual. Am 11. Tag nach dem ersten Vollmond im November erwacht Vishnu aus seinem viermontigen Schlummer. In Massen strömen die Hindu nach Budhanilkantha nördlich von Kathmandu, um den im Wasser liegenden Stein-Vishnu zu verehren. Ein farbenfrohes Gemenge tausender Gläubiger drängt mit Girlanden, Vermilion und Opfergaben zum Eingang des inneren Heiligtums, doch eine Gruppe Hindus opfert bei einem kleinen Schrein abseits des schlafenden Vishnu. Sie sind „chuto“, unrein, sagt man uns. Der Zutritt zum Heiligtum ist ihnen verwehrt.

Die Vorstellung, von Geburt an sozial deklassiert zu sein, ist der westlichen Auffassung von Bürger- und Menschenrechten fremd. Zwar haben vom Hinduismus geprägte Staaten wie Indien und Nepal inzwischen universelle Menschenrechtsstandards akzeptiert, doch die soziale Realität ist anders. Das Hindu-Kastensystem ist in der nepalischen Gesellschaft tief verwurzelt. Als Hindu wird man in eine Kaste hineingeboren. Innerhalb dieses hierarchischen Systems befinden sich die Dalits oder Unberührbaren am unteren Ende. Nahezu 16% der Nepali gehören zu einer der vielen Gruppen von Dalits, heute somit mindestens 3,8 Millionen Menschen. Sie werden schon durch ihren Familiennamen als Angehörige einer gering geschätzten und vielfach diskriminierten Schicht identifiziert. Ihre Lebensbedingungen sind gegenüber allen anderen sozialen und ethnischen Gruppen in jeder Hinsicht rückständig. Der ideale Nährboden für den maoistischen Volkskrieg?

Die Entstehung der Dalits in Nepal

Nach hinduistischer Vorstellung hat der Erschaffer der Welt, Brahma, die Brahmanen aus seinem Mund, die *Kshetriya* aus seinem Kopf, die *Vaishya* aus seiner Hüfte und die *Shudra* aus seinen Füßen erschaffen. Die Füße werden von Hindus im Allgemeinen gering geschätzt und als „unrein“ betrachtet. In der hinduistischen Feudalgesellschaft befassten sich die Könige und Krieger (*Kshetriyas*) mit den Regierungsgeschäften, die Priester (Brahmanen) legten die heiligen Schriften aus, die Kaufleute und Bauern (*Vaishyas*) sorgten für die wirtschaftliche Grundlage und die Handwerker (*Shudras*) dienten den anderen Kasten mit ihren Fertigkeiten. Die *Shudras* waren in diesem System bereits die unterste Form menschlichen Daseins, woraus später noch die Vorstellung der Unberührbarkeit von besonderen Gruppen der *Shudras* entstand. Das Kastenwesen wurde im Lauf der Geschichte durch berühmte Sagen und Schriften



Dalits am Fluss Vishnumati in Kathmandu

verfeinert und von Priesterschaft und Obrigkeit in ein genaues Regelwerk gefasst.

In Nepal fasste das Kastenwesen erst unter den mittleren Malla-Königen im Kathmandutal Fuß. König Jayasthiti Malla teilte im 14. Jahrhundert die Bevölkerung des Kathmandutals laut Berufszugehörigkeit in 64 Gruppen ein. Auch die aus Nordindien stammende Königsdynastie der Shah aus Gorkha hatte im 17. Jahrhundert unter dem Einfluss der Malla-Könige ein strenges Kastenwesen ausgeformt. Die Angehörigen der niedrigen Kasten wurden gezwungen, Gewänder aus grobem Jute und Ohrschmuck aus Schneckenhäusern zu tragen sowie aus tönernen Gefäßen zu essen. Sie durften kein Eigentum erwerben, keine großen Häuser bauen und Angehörige der höheren Kasten nicht berühren. Sie lebten in den Vororten der Stadt und in Kathmandu entlang des Vishnumati-Flusses. Vom Recht auf Bildung war für diese Kasten keine Rede. Sie konzentrierten sich auf die Herstellung von Handwerksprodukten für die Landwirtschaft, von Schmuck, Waffen, Kleidern und Gegenständen für den täglichen Gebrauch und widmeten sich auch der Unterhaltung, dem Tanz und der Musik.



Die Kaste der Gaine-Musiker gehört zu den Unberührbaren.

Am Aufbau des vereinten Königreichs Nepal Ende des 18. Jahrhunderts durch den Gorkhakönig Prithvi Narayan Shah hatten auch die Dalits mit der Herstellung von Waffen und Werkzeugen, Schuhen und Bekleidung für die Krieger und Beamten des neuen Staats ihren Anteil. Die Schmiede, Schuster und Schneider wurden zwar von den oberen Kasten verachtet, doch hätte ohne sie ein Staatswesen wie Nepal nicht entstehen können. In einem Land, dessen Verkehrswege noch bis vor 50 Jahren nahezu ausschließlich aus Fußwegen bestanden, hatten die Schuhmacher eine geradezu überlebenswichtige Funktion.

Die Sängerkaste der *Gaine* trug mit ihren patriotischen Liedern und *Sarangis* die Kunde von der Shah-Herrschaft in alle Ecken des Landes. Dennoch tat das neue Herrscherhaus nichts, um die Lebensbedingungen der untersten Kasten zu verbessern. Im Gegenteil: Kriegsgefangene wurden zu Unberührbaren erklärt. Doch auch das Gegenteil geschah: einige Gemeinschaften der von den Shah unterworfenen Newar, die zunächst als Dalits klassifiziert worden waren, wurden von späteren Herrschern zu „Berührbaren“ befördert.

Das 1854 vom Begründer der Rana-Dynastie, Jung Bahadur Rana, in Kraft gesetzte *Muluki Ain* (Bürgerliches Gesetzbuch) milderte zwar einige Praktiken

wie die Witwenverbrennung¹⁵ und die Sklaverei ab, doch wurde das Kastensystem mit diesem Kodex mit schwerwiegenden Folgen für die Unberührbaren rechtlich festgeschrieben. Seit Jahrhunderten hatten sie in unmenschlichen Behausungen mit entsprechenden Folgen für Hygiene und Sauberkeit gelebt. Wohnen in denselben Vierteln wie die oberen Kasten war ihnen untersagt ebenso wie das Betreten von Tempeln und Häusern der oberen Kasten und die Abhaltung von religiösen Ritualen. Da die Brahmanen zu dieser Zeit das Bildungswesen monopolisiert hatten, war Bildung für Unberührbare unerreichbar. Unberührbare durften keine Wasserzapfstellen errichten, keine Bäume pflanzen, an großen Feiern und Messen nicht teilnehmen. Für dieselbe Art von Verbrechen gab es laut *Muluki Ain* nach Kasten differenzierte Strafen. Ehebruch mit einem Angehörigen einer niedrigeren Kaste hatte für Brahmanen die Degradierung zu niedriger Kastenzugehörigkeit zur Folge. Schließ ein Unberührbarer mit einer Frau einer höheren Kaste, konnte er mit der Todesstrafe oder bestenfalls mit der Verbannung rechnen. Angehörige unterer Kasten hatten auf der Straße den Weg für Höherkastige freizumachen und waren zu einem ebenbürtigen Gespräch nicht berechtigt.

Das nepalische Dalit-Modell ist eine besonderer Ausprägung des in den Hindu-Gesellschaften verankerten Phänomens der „Unberührbarkeit“. Angehörige höherer Kasten können aufgrund bestimmter Handlungen zu Dalits werden. Zum Beispiel werden Kinder aus Ehen zwischen Angehörigen höherer Kasten und Dalits den Dalits zugeschlagen. So stammt die heutige Dalits-Bevölkerung Nepals einerseits aus den Gruppen, die schon im Mittelalter als Dalits aus Nordindien eingewandert waren, und andererseits aus den Nachkommen nicht zulässiger Beziehungen zwischen Angehörigen höherer Kasten und Dalits.

Das *Muluki Ain* von 1854 legte nicht nur die Verhaltensnormen der Kastenangehörigen fest, sondern präziserte auch die Hierarchie. Der Text kann als die erste staatliche Verordnung betrachtet werden, die soziale und religiöse Rechte der Individuen aufgrund ihrer Kastenzugehörigkeit rechtlich bindend festlegte. Das *Muluki Ain* unterschied folgende Großgruppen: die *Tagadhari* (Kasten, die die heilige Schnur tragen); die *Matwali* (Alkoholtrinker); Kasten, die das Wasser verschmutzen, aber berührbar sind; Kasten, von welchen Wasser nicht empfangen werden darf und nach deren Berührung eine rituelle Reinigung

¹⁵ „Sati“ ist die Selbstopferung der Hindu-Witwe auf dem Scheiterhaufen des Gatten - ein Akt, in dem das vollkommene Einssein einer Frau mit ihrer Rolle als lebendiges Abbild des romantischen Gattinnenideals gipfelt. Sie ist die Göttin Sati selbst in Reinkarnation, die *Shakti* oder projizierte Lebenskraft ihres Gatten (vgl. Heinrich Zimmer, a.a.O., S.160).

erfolgen muss (vgl. nachstehende Übersicht).

Die Hierarchie der Kasten gemäß dem Muluki Ain (BGB) von 1854

I. Tagadhari (tragen die heilige Schnur)

- Upadhaya Brahmanen (Bahun)
- Thakuri (Königskaste)
- Chhetri (Kshatriya)
- Rajopadhyaya
- Indische Brahmanen
- Sanyasin (Asketen)
- Untere Jaisi Brahmanen
- Hohe Shrestha Gruppen (z.B. die Joshi)

II. Matwali (Alkoholtrinker)

1. nicht versklavbare Alkoholtrinker

- Shrestha, die keine heilige Schnur tragen
- Vajracarya/Sakya/Uray-Tuladhar
- Maharjan
- verschiedene Newar Handwerkerkasten
- Ethnien der Berggebiete

2. Versklavbare Alkoholtrinker (z.B. Tibeter, Tharu, andere Ethnien der Berggebiete)

III. Unreine, aber berührbare Kasten

- Khadgi (Fleischer, Milchverkäufer)
- Kapali (Musiker, Totenbetreuer)
- Rajaka (Wäscher)
- Carmakar (Trommelhersteller)
- Muslime
- Menschen aus dem Westen

IV. Unberührbare Kasten (Dalits i.e.S.)

- verschiedene Kasten der Berggebiete (Kami, Sarki, Damai)
- Dyahla
- Cyamkhalah

Das *Muluki Ain* sanktionierte die Überlegenheit der Hindu-Werte und der religiösen Orthodoxie. Wer dagegen verstieß, wurde entweder streng bestraft, exkommuniziert oder innerhalb der Kastenhierarchie degradiert. Das Kastenwesen entpuppte sich als patentes Herrschaftsinstrument in der Hand der Rana-Herrscher, da es die Gesellschaft in einer religiös begründeten Weise festfror und von der Bevölkerung selbst tief verinnerlicht wurde.

Erst in den 50er Jahren öffnete Nepal, nach dem Fall des Rana-Regimes, die Türen zur Außenwelt, zur Modernisierung und Demokratisierung. Man wagte erste Versuche, die Dalits zu integrieren, doch kein grundsätzlich neues Modell des sozialen und ethnischen Pluralismus ein, das die Unberührbarkeit hätte verschwinden lassen können. Mit dem Panchayat-System wurden demokratische Regungen unterdrückt, die Opposition kriminalisiert. Doch mit der Reform des *Muluki Ain* 1963 (*Naya Muluki Ain*, das neue

BGB) wurde die Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz festgeschrieben, für nepalische Verhältnisse ein radikaler Bruch mit der Kastengesellschaft. Dieser Schritt bedeutete aber noch nicht, dass die Dalits in der gesellschaftlichen Einstufung tatsächlich gleichberechtigt waren. Sie hatten jetzt zwar Zutritt zu



Der Großteil der Dalits lebt unter unwürdigen Bedingungen.

Tempeln, Restaurants und Wasserzapfstellen, wurden dort aber so abschätzig behandelt wie zuvor. Vor allem in den ländlichen Gebieten änderte sich für die Dalits mit dem neuen BGB nur wenig. Die demokratischen Regierungen verabschiedeten ab 1991 eine Reihe von Gesetzen und trafen einige konkrete Maßnahmen zugunsten der Dalits. Ihr wirtschaftlicher und sozialer Status blieb im Großen und Ganzen von diesen rechtlich-politischen Veränderungen unberührt. Scheinbar unverrückbar blieben sie bis heute die nach allen Maßstäben randständigste soziale Gruppe der nepalischen Gesellschaft, eine Art Subproletariat.

Wer ist ein Dalit? Der Ausdruck „Dalit“ kann in zweifacher Weise verwendet werden. Zum einen sind damit allgemein „arme und unterdrückte Menschen“ gemeint. Zum anderen bezeichnet „Dalit“ im engeren Sinn, gemäß *Muluki Ain* von 1854, jene Kasten, von welchen Angehörige anderer Kasten kein Wasser annehmen dürfen und deren Berührung die Reinigung mit heiligem Wasser verlangt. Dieses Definitionsproblem hat dem Gesetzgeber bis heute Kopfzerbrechen bereitet.

Das Gesetz zur Förderung der Entwicklung der Dalits von 1997 identifizierte 23

Gruppen. Das entsprechende Durchführungsgesetz vom März 2002 28 Gruppen. Dabei sind kleinere ethnisch-kulturelle Gruppen berücksichtigt worden, die zwar die Lebensbedingungen der Dalits teilen, strenggenommen aber keine Dalits sind. Manchmal sind Gruppen gegen ihren Willen in die gesetzliche Liste aufgenommen worden. Andere Gruppen hingegen sind, obwohl historisch Dalits, nicht in der offiziellen Auflistung vertreten. Dalits sind in Nepal an ihrer Hautfarbe nicht erkennbar, sondern werden immer noch primär anhand des Namens identifiziert. Doch tragen in verschiedenen Teilen Nepals Menschen aus höheren und niedrigeren Kasten den selben Familiennamen. Gelegentliche Ehen zwischen Angehörigen verschiedener Kasten, Beförderungen von Dalits in höhere Kasten und die innernepalische Migration haben auch zu einer gewissen Vermischung beigetragen. Selbst innerhalb der Dalits besteht eine Kasteneinteilung.

Je nach Definition ändert sich auch die Zahl der Dalits. Die Zählung als Angehöriger einer solchen Gruppe erfolgt durch Selbsterklärung bei den Volkszählungen. Aufgrund des geringen Status der Dalits führt diese Methode zwangsläufig zu einer Unterschätzung ihrer Zahl. Laut Volkszählung von 2001 betrachten sich 15,7% der Nepali als „Unberührbare“, was auf die Gesamtbevölkerung Nepals hochgerechnet 3,8 Millionen Menschen entspricht. Dalits-Organisationen schätzen den Anteil der Dalits gar auf 20% der Gesamtbevölkerung, also 4,5 Millionen Menschen. Die im Auftrag der Nationalen Planungskommission erstellte Gesamtanalyse der Lage der Dalits geht dagegen von einer Gesamtzahl von nur 2,2 Millionen Dalits aus.

Wovon leben die Dalits?

Die Haupteinkommensquelle der Dalits ist die Lohnarbeit, die zu 60% in der Landwirtschaft geleistet wird. Daneben üben sie in selbstständiger Form eine Reihe von traditionellen Handwerksberufen aus. In Nepals agrarisch geprägter Ökonomie entscheidet der Landbesitz wesentlich über den Status und den Wohlstand einer Familie. Die Dalits haben im Vergleich mit höheren Kasten und anderen ethnischen Gruppen den durchschnittlich geringsten Landbesitz und sind anteilmäßig am häufigsten zur Pacht von bebaubarem Boden gezwungen. Daraus folgt eine geringere landwirtschaftliche Produktion und ein geringeres Einkommen. Die Kastenzugehörigkeit, der Landbesitz und die Einkommenssituation der Familien hängen in Nepal eng zusammen. Dalits sind in höherem Ausmaß auf Einkommensquellen außerhalb der Landwirtschaft angewiesen, insbesondere aufs Kleinhandwerk, als andere Gruppen der Landbevölkerung. Die in Nepal in den letzten Jahren stark auf den Markt drängenden industriellen

Massenprodukte drängen die alten Handwerksbetriebe immer mehr zurück, zum Schaden der Dalits.

Das Wirtschaftswachstum Nepals der 90er Jahre hatte auf die wirtschaftliche Situation der Dalits kaum Einfluss. Die Dalits verfügen über das geringste Pro-Kopf-Einkommen und die geringste Kaufkraft unter allen Kasten, sind aber am höchsten verschuldet. Die Konsumgüter der neuen Mittelklasse in Nepal, vom Motorrad bis zum Telefonanschluss, sind für die meisten Dalits unerreichbar. Sie haben den geringsten Anteil an Elektroanschlüssen und TV-Geräten. Unter allen Kasten weisen die Dalits auch die geringste Wohnqualität auf, meist ohne eigene Küche und Rauchfang. Latrinen und Wassertoiletten sind rar, Trinkwasseranschluss selten. In der Folge ist der Mangel an Hygiene in den Da-

Beispiel: die Badi

Unter den Dalits sind die Frauen wiederum doppelter Herrschaft ausgesetzt, ihren Männern und den übergeordneten Kasten. Ein krasses Beispiel für die Verselbständigung von Dalit-Attributen sind die Badi: diese in einigen Distrikten des Mittleren Westens siedelnden Unberührbaren zählen rund 17.000 Personen. Innerhalb der Kasten-Hindu befinden sich die Badi am untersten Ende. Ihre traditionelle Beschäftigung ist die Herstellung von Trommeln und Flöten, während die Frauen für Publikum singen und tanzen. Badi-Frauen arbeiteten früher als „Showgirls“ an den Höfen der höheren Kasten und Könige, Feudalherren. Dabei hatten Badi-Frauen auch sexuell zu Diensten zu sein. Prostitution wurde zu einem Teil ihrer Kultur. Die Badi hatten keinen Land- und Grundbesitz. So wanderten sie als Fahrende von Siedlung zu Siedlung. Die Badi-Frauen wurden zum Inbegriff weiblicher Erniedrigung und noch heute ist in Nepal Badini eines der größten Schimpfworte für Frauen und Mädchen. Obwohl die Badi die kommerzielle Prostitution inzwischen ganz aufgegeben haben, hängt ihnen dieses kollektive Stigma an. Soziale Veränderungen innerhalb dieser Unter-Kaste konnten die Zuschreibungen durch die dominante Kultur nicht ändern.

lits-Haushalten eklatanter als in anderen Kasten. Da Dalits sich meist nur Grundnahrungsmittel leisten können, ist der Anteil der Fehlernährten in dieser Gruppe am höchsten. Da viele Dalits zu wenig Kalorien beziehen und in absolut unhygienischen Zuständen hausen, ist die Krankheitsanfälligkeit vergleichsweise höher, was wiederum zu geringer Arbeitsproduktivität führt. Dafür fehlt es den Dalits nicht an Kindersegen. Sie weisen den höchsten Anteil an Kinderehen auf, wobei vor allem Mädchen früh verheiratet werden. Die Einschulungsrate von Dalits-Kindern liegt geringer als in allen übrigen Gruppen. Die Lebenserwartung der Dalits beträgt aufgrund der schlechten Gesundheitsbedingungen nur 50,8



Jahre gegenüber einem Landesdurchschnitt von 59,5 Jahren. Dies ist auch auf die überdurchschnittliche Kindersterblichkeit von 116,5 auf 1000 Lebendgeburten zurückzuführen. Insgesamt liegt der sog. *Human Development Index* (ein Gesamtindex der Lebensqualität, vgl. Anhang IV) der Dalits mit 0,239 deutlich unter dem nationalen Durchschnitt.

Reformversuche bisher gescheitert

Schon während der Rana-Zeit 1846-1950 hatte es Reformversuche zur Verbesserung der sozialen Lage der Dalits gegeben, die jedoch allesamt scheiterten. Angesichts des Ausmaßes ihrer Diskriminierung und des erlittenen Unrechts, das sich durchaus mit jenem der Sklaven in westlichen Gesellschaften vergleichen lässt, kam es seit der demokratischen Öffnung Nepals 1950 zu ersten Emanzipationsbewegungen der Dalits selbst. So wurden 1954 750 von 1.100 Dalits-Demonstranten festgenommen, als sie die berühmte Tempelanlage Pashupatinath in Kathmandu zu betreten versuchten. Einen ersten Erfolg bescherte ihnen ausgerechnet König Mahendra, der Begründer des Panchayat-Systems: im Rahmen der Reform des *Muluki Ain* (BGB) stellte er die Dalits 1963 rechtlich allen anderen Staatsbürgern gleich. Doch die politische Organisation der Dalits wie überhaupt die Tätigkeit von Parteien und Gewerkschaften blieb unter diesem autokratischen Regime untersagt. Führende

Dalit-Exponenten bemühten sich in dieser Zeit mehr um eigene Posten im Panchayat-Machtsystem als um die Interessen der Dalits.

Nach der Wiederherstellung der Demokratie 1990 bildete sich rasch eine neue Dalit-Bewegung, deren wichtigste Organisation die *Nepal Utpidit Dalit Jatiya Mukti Samaj*, die „Volksbewegung für die Bürgerrechte der Dalits“ unter Patenschaft der kommunistischen CPN (UML) ist. Alle größeren Parteien Nepals bildeten eigene Organisationen für die Dalits, mit dem Hauptzweck des Stimmenfangs. Spezielle Wahlveranstaltungen für die Dalits mit viel Fleisch und Alkohol sollten für Stimmung sorgen, Wahlversprechen gab es zuhauf. Die maoistische Partei gründete die *Dalit Mukti Morcha* (Dalit-Befreiungsbewegung), die sich auf der Seite der Maoisten im Volkskrieg engagierte. Mehr als 500 Dalits sind in diesen 7 Jahren des Aufstands ums Leben gekommen. Ganze Dörfer der Dalits, vor allem in den Distrikten Kalikot, Bajura und Dang, wurden terrorisiert und in Brand gesteckt. „Solange Nepal ein Hindu-Staat bleibt, wird staatsgewollte Diskriminierung und Ungerechtigkeit weitergehen“, stellt die *Dalit Mukti Morcha* fest, „Nur ein säkularer Staat kann die Dalits wirklich befreien.“ Zahlreiche Dalits wurden jedoch auch Opfer der Volksbefreiungsarmee. Zu einer eigenständigen politischen Interessenvertretung haben die Dalits noch nicht gefunden.

In den Dalitsgemeinschaften gibt es das relativ geringste politische Bewusstsein über die eigenen Rechte und Möglichkeiten. Ihre politische Beteiligung liegt weit unter jeder anderen sozialen Gruppe. Entsprechend unbedeutend ist ihre Vertretung in gewählten Organen. Ein einziges Parlamentsmitglied (CPN-UML) von 205 ist ein Dalit. Auch fürs Oberhaus hat der König nur ein Dalit nominiert. In der vom König im Oktober 2002 eingesetzten Regierung Chand befindet sich ein Staatssekretär der Dalits. In keiner Partei dagegen sitzt ein Dalit im Zentralkomitee. Werden Dalits von den Parteien als Kandidaten aufgestellt, wählen Dalits nicht ihre eigenen Leute. Der Versuch eines Dalit-Intellektuellen, eine eigene Partei aufzustellen, scheiterte. Dalits-Aktivisten führen diese geringe politische Beteiligung auf die hohe Analphabetenrate der Dalits zurück: bei den Frauen über 90%. Die 2002 gebildete „Nationale Dalits-Kommission“ hat ein Quotensystem für Dalits gefordert. Andere Dalitsorganisationen lehnen dieses System ab, weil es die allgemeinen Bemühungen um einen höheren Bildungsstandard der Dalits untergraben würde. In Indien sei das Proporzsystem gescheitert und würde bloß die Diskriminierung der Dalits zementieren.



„Sollten wir in den Parteien für unsere Rechte kämpfen? Wir haben es immer wieder versucht. Jetzt glaube ich nicht mehr an Parteien. Sie benutzen uns nur“.

Ambika Gajmer, Vorsitzende der FEDO (Feminist Dalits Organization)

Nicht, dass sich die Regierung in Kathmandu des Problems nicht bewusst wäre. 1999 errichtete die Regierung ein eigenes offizielles Dalits-Entwicklungskomitee, das jährlich rund 1,8 Millionen Rupien (rund 26.000 EURO) an Nichtregierungsorganisationen für Projekte zugunsten der Dalits verteilen darf. Ein Hohn. Eine vom Staat beauftragte „Nationale Kommission für die Dalits“ hat sich gründlich mit deren Situation und Strategien zu ihrer Verbesserung befasst. Bisher blieben die Vorschläge wie so viele Pläne der Regierung auf dem Papier. Zahlreiche Nichtregierungsorganisationen bemühen sich, die Lebensqualität der Dalits mit Projekten auf verschiedenen Gebieten zu heben. In der Praxis hat dies nicht viel gefruchtet.

Obwohl sich Dalits in Nepal seit über 50 Jahren auch in organisierter Form gegen Diskriminierungen wehren, ist eine umfassende Dalits-Bewegung noch nicht zustande gekommen. Doch wäre gerade dies die Voraussetzung für die Aufhebung der Unberührbarkeit im Alltagsleben, nachdem die zivilrechtliche Wirkung der Kastenzugehörigkeit 1963 außer Kraft gesetzt worden ist und die neue Verfassung von 1990 die Diskriminierung von Kasten für illegal erklärt hat. Nepals Dalits haben sich zu lange in subalternen Form um kleine Zugeständnisse seitens der Regierung bemüht und in die Abhängigkeit der großen Parteien begeben, statt eine umfassende und eigenständige Bürgerrechtsbewegung zu bilden.

Gefangen im Fatalismus?

Die Tragik in dieser Entwicklung liegt darin, dass die Dalits selbst die von den höheren Kasten entwickelten Zuschreibungen verinnerlicht haben. Der Mythos der Unberührbarkeit ist wie das Kastenwesen allgemein aus den religiös legitimierten Herrschaftsbeziehungen des Hinduismus entstanden. Als gläubige Hindus befinden sich die Dalits im Konflikt, die eigene Diskriminierung aus dem

Glauben heraus akzeptieren zu müssen. Dalits sind sich selbst entfremdet. Sie wissen um die Beherrschung, Ausbeutung und Ausgrenzung, haben die ideologische Begründung jedoch verinnerlicht. Daraus folgt Fatalismus. Die Mehrheit der Dalits ist vom *Karma*, der Vorherbestimmung menschlichen Schicksals, überzeugt. Die Kastenzugehörigkeit wird als unabänderlich betrachtet, weil das eigene *Karma* - aus vielen früheren Leben - eine Geburt in dieses Milieu herbeigeführt hat. Die Veränderbarkeit dieses Schicksals wird als sehr begrenzt betrachtet. In eine höhere Kaste hineingeboren zu werden, betrachtet ein Dalit als Glück, die eigene Lebenslage jedoch als Folge schlechten *Karmas*. So halten denn viele Dalits die traditionelle Schlechterstellung und ihre eigene Unterordnung für berechtigt. Auch innerhalb der Dalits gibt es eine Kastendiskriminierung, ganz zu schweigen vom ausgeprägten Patriarchat.



Konservative Hindus halten das Kastensystem für funktional für die Gesellschaft und für die Stabilität der sozialen Ordnung. Unter den Dalits gibt es wenige, die einen sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg innerhalb des Kastensystems für möglich halten. Diskriminierung von Dalits ist eine in Nepal alltägliche Realität. Dies drückt sich sowohl im Verhalten der Einzelnen als auch in der Funktionsweise staatlicher Institutionen aus. Schon der Nachname einer Person, aus der die Kastenzugehörigkeit hervorgeht, hat auf den zwischenmenschlichen Umgang Einfluss. Viele Dalits haben aufgrund ihrer Unberührbarkeit einen Minderwertigkeitskomplex entwickelt, mit fatalen Folgen für die Artikulation

ihrer Interessen in der Öffentlichkeit.

So existiert Unberührbarkeit als gängiges Verhaltensmuster trotz verfassungs- und zivilrechtlichem Verbot weiter. Es drückt sich im Zutrittsverbot zu Tempeln, zu Trinkwasserbrunnen und anderen Ressourcen, in der Verabreichung von Speisen, in der Abdrängung in Ghetto-Siedlungen und Nischen des Arbeitsmarktes aus. Ehen zwischen Dalits und Angehörigen höherer Kasten sind höchst selten. Offener Diskriminierung, etwa in der Zulassung zu Stellen im öffentlichen Dienst, kann gesetzlich entgegengewirkt werden. Aber die verinnerlichten und sozial verfestigten Vorurteile wie Überlegenheits- oder Unterlegenheitsgefühle werden ständig subtil reproduziert.

Das Kastenwesen ist der Inbegriff sozialer Hierarchie in hinduistischen Gesellschaften. Die dominanten Gruppen innerhalb der Hindu-Gesellschaft haben ihre Entstehung mit religiösen Mythen erklärt, um ihre überlegene Stellung zu legitimieren. Wer Macht ausübt, beherrscht auch die Sprache und stempelt mit seinen Zuschreibungen ganze soziale Gruppen zu Objekten der Unterwerfung, der Unberührbarkeit. Die Marginalisierung verträgt sich allerdings mit der Nutzung der Arbeitskraft und Dienstbarkeit derselben Menschen. Die fortwährende Existenz der Dalits ist ein beredtes Zeugnis der tiefen Verankerung der Kasten in der nepalischen Gesellschaft. Die Dalits sind der rückständigste Teil der nepalischen Gesellschaft geblieben. Die dominierende Hindu-Ideologie, die die Dalits selbst fatalistisch verinnerlicht haben, ist das zentrale Hindernis für echte Gleichberechtigung. Wenn Dalits sich heute massiv den Maoisten anschließen, weil sie sich ihr Heil nur im Rahmen eines radikalen Umbaus der Machtverhältnisse erwarteten - sie hätten allen Grund dazu. Wer in Nepal in eine Dalit-Familie hineingeboren wird, den erwartet mit größter Wahrscheinlichkeit ein Leben in Armut ohne Chancen auf sozialen Aufstieg.

Manche Dalits suchen ihre Befreiung durch die Loslösung vom Hindu-Glauben, der ja die geistige Grundlage für ihre Diskriminierung bildet; ein schwieriger Schritt, weil Konvertiten in Nepal genauso wie in Indien bekämpft werden. Sogar dieser Schritt würde ihre Lage nicht entscheidend verbessern. Sie wären dann als „ehemalige Dalits“ immer noch erkennbar und würden von den höheren Kasten nicht nur als nicht ebenbürtig wahrgenommen, sondern als eine Art „Verräter der Religion“ betrachtet. Erst wenn die höheren Kasten tatsächlich auf die Kaste als religiös begründete Kategorie sozialer Zuordnung verzichteten und damit auch die Dalits nicht mehr als gesonderte soziale Gruppe betrachteten, könnte das Unberührbar-Sein im demokratischen Nepal der Vergangenheit angehören. Doch wer verzichtet schon freiwillig auf Privilegien?

7. Maoisten als Befreier der kleineren Völker Nepals?

„Wir glauben nicht an die Maoisten. Wir sind schon so oft von Parteien missbraucht worden. Sie wollen nur die Stimmen und die Macht für sich. Die Maoisten fordern viel auch für die indigenen Völker, aber sie sind für eine Diktatur. In einer so vielfältigen Gesellschaft wie der unsrigen kann



man kein solches Regime einführen. Wir brauchen die Demokratie. Aber der Staat muss unsere Forderungen ernster nehmen. In 12 Jahren Demokratie haben die Parteien uns nicht zugehört. Kein Wunder wenn viele janajati zu den Aufständischen gehen“.

Balkrishna Mabuhang, Direktor der
Nepal Federation of Nationalities (NEFEN)

7. Maoisten als Befreier der kleineren Völker Nepals?

„Der Hauptgrund, warum ich zur Volksbefreiungsarmee ging, war die Diskriminierung durch die oberen Hindu-Kasten, die Unterdrückung der Minderheiten durch die reaktionäre herrschende Klasse“, sagt ein rund 40-jähriger Guerrillero vom Volk der Magar in Patli Keth westlich von Beni, "wir Magar haben gar keine Chance, im Regierungsapparat irgendwo mitzureden. Um uns von dieser Art von Unterdrückung zu befreien, bleibt uns gar nichts anderes übrig als der bewaffnete Kampf." Ein weiterer Guerrillero, ein Tamang, fügt hinzu: „Ich bin zu den Maoisten gegangen, nicht allein weil es uns wirtschaftlich so schlecht geht. Vielmehr dürfen wir einheimische Völker unsere Sprache nicht sprechen und unsere Muttersprache nicht schreiben. Wir werden ständig von der Hindu-Regierung unterdrückt. Deshalb kämpfe ich für ein neues demokratisches System, das für Gleichberechtigung sorgt und jede Diskriminierung durch die Reaktionäre abschafft.“

Die Magar bilden im Mittleren Westen Nepals die größte Minderheiten-Ethnie und stellen in Rukum und Rolpa die Mehrheit der maoistischen Kämpfer. Sie sind als sehr loyal, aber leicht manipulierbar bekannt. Ein guter Teil der Gurkha-Söldner stammt aus diesem Gebiet. Erst dank der starken Unterstützung der Magar für den Volkskrieg konnten die Distrikte Rukum, Rolpa und Salyan zu den heutigen Basisgebieten der Maoisten werden. Einige ethnische Organisationen wie die „Magar Befreiungsfront“, die „Tamang-Befreiungsfront“, die „Khanibuan-Befreiungsfront“, die „Tharuwan-Befreiungsfront“ und die „Nava Kala“ sympathisieren mit den Maoisten. Doch die repräsentativeren Vertreter der indigenen Völker versuchen mit politischem Druck und Dialog mehr zu erreichen: „Wir haben eine gemeinsame Dachorganisation von jetzt 48 indigenen Völkern aufgebaut, um eine eigene politische Plattform gegenüber der Regierung zu bilden“, sagt Bal Krishna Mabuhang Limbu, Direktor der *Nepal Federation of Nationalities* (NEFEN) in Kathmandu, „nur wenn wir kleinere Völker alle an einem Strick ziehen, können wir grundlegende Reformen des Staates durchsetzen.“

Die „40-Punkte-Forderungsliste“ der Maoisten vom 4. Februar 1996, eine Art Ultimatum der maoistischen Führung an die Regierung, enthält neun Forderungen, die ethnische Fragen Nepals berühren. Die nepalische Öffentlichkeit war überrascht, dass offene Probleme der kleineren Völker plötzlich zu Kernpunkten eines revolutionären Volkskriegs geworden waren. Hatte doch Nepal nach außen hin als ein Land der ethnischen Vielfalt und des harmonischen Zusammenlebens zwischen den Ethnien und Religionen gegolten.

Waren die Interessen der kleineren Völker tatsächlich so schwerwiegend übergangen worden oder hatten sich die Maoisten kurzerhand bestehende Unzufriedenheiten unter den Ethnien zunutze gemacht?

Ein ethnisches Mosaik

Nepals ethnische Landschaft ist ein Mosaik, weil hier drei verschiedene Sprachfamilien - die indoarische, die tibeto-burmesische und die dravidische - aufeinandertreffen und die gebirgige Geographie im Lauf der Geschichte eine starke Differenzierung der Ethnien förderte. Bei der Volkszählung 2001 wurden 61 Ethnien und 41 Kasten erhoben, die 92 einheimische Sprachen sprechen. Von diesen 102 Gruppen zählen 31 mehr als 100.000 Angehörige.



Das NEFEN geht von 61 indigenen Völkern aus, erkennt aber die Zahlen der Volkszählung 2001 nicht an, weil die Zahl der indoarischen, Nepali sprechenden Kastengruppen zu hoch angesetzt sei. Laut Volkszählung 1991 sprechen knapp 50% der Bevölkerung Nepali als Muttersprache und 56,2% bezeichnen sich als der Kastenordnung unterworfenen Nepali. Die ethnischen Gruppen umfassen 35,5% und andere Minderheiten¹⁶ (z.B. die Muslime und religiösen Minderheiten) 8,3%. Die indoarischen Kastenangehörigen sind nicht nur im

¹⁶ Was ist eine „Minderheit“ in einem Land mit 61 anerkannten Ethnien und Volksgruppen und 92 bei Volkszählungen registrierten Sprachen? Auf internationaler und völkerrechtlicher Ebene wird die Definition einer ethnischen Minderheit immer noch kontrovers diskutiert. Die allgemeine Praxis geht dahin, unter „nationaler Minderheit“ (oder Gruppe) ohne Rücksicht auf die zahlenmäßige Stärke all jene ethnischen, religiösen, sprachlichen Gemeinschaften zu subsummieren, die in ihrem Staat keine dominante Rolle ausüben. Dieses Konzept stellt aus der Sicht der Minority Rights Group (vgl. *World Directory of Minorities, MRG, London 1997*) auf jene Gemeinschaften ab, die sich aufgrund von Kultur, Ethnie, Sprache oder Religion selbst als Gruppe oder Gemeinschaft wahrnehmen. Ethnische Vielfalt ist in den asiatischen Staaten eher die Regel als die Ausnahme, wie die Beispiele China, Indien, Burma und Indonesien zeigen. Doch ist Nepal ein relativ kleiner Staat mit 23,4 Millionen Einwohner (2001), in dem die Angehörigen des Mehrheitsvolks (indoarische Kasten-Gruppen) nur 56,2% der Bevölkerung bilden.

Hochland, sondern auch im westlichen (18,2%) und im östlichen Mittelgebirge (40,9%) eine Minderheit, während sie im zentralen Mittelgebirge gerade 51,1% erreichen. Eine absolute Mehrheitsbevölkerung gibt es in nur 11 der 75 Distrikte Nepals. Nach geografischen Regionen gegliedert setzt sich die Bevölkerung Nepals folgendermaßen zusammen:

Zusammensetzung der Bevölkerung Nepals nach Ethnien und Kasten - 1991

<i>Geografische Region</i>	<i>Zahl der Gruppen</i>	<i>Absolute Zahl</i>	<i>Anteil in % der Gesamtbevölk.</i>
<i>Hochland insgesamt</i>	3	138.293	0,7
Davon indoar. Kastenangehörige	0	0	0,0
Ethnische Gruppen	3	136.552	0,7
Andere		1.741	0,0
<i>Mittelgebirge insgesamt</i>	20	12.420.157	67,2
Davon indoar. Kastenangehörige	9	7.457.170	40,3
Ethnische Gruppen	11	4.776.993	25,8
Andere		185.994	1,1
<i>Inneres Terai insgesamt</i>	7	206.068	1,1
Davon indoar. Kastenangehörige	0	0	0,0
Ethnische Gruppen	7	206.068	1,1
<i>Terai insgesamt</i>	25	5.718.770	30,9
Davon indoar. Kastenangehörige	20	2.939.175	15,9
Ethnische Gruppen	5	1.452.652	7,9
Andere		1.326.943	7,1
Nicht Erklärte u. Ausländer		7.809	0,0
<i>Gesamtbevölkerung</i>	55	18.491.097	100,0

Quelle: National Bureau of Statistics, Kathmandu

Eine herausragende Rolle in diesem Vielvölkerstaat kommt den höheren Kasten der indoarischen Völker zu: den Brahmanen (in Nepal *Bahun* genannt), den *Kshatriya* (in Nepal *Chhetri* genannt) und den *Thakuri* (im Zuge der Shah-Herrschaft aufgestiegener Adel). Die *Bahun* und *Chhetri* wanderten im 14. Jahrhundert vom Süden und Westen in das heutige Nepal ein, verdrängt durch moslemische Invasoren und gründeten im Westen des heutigen Nepal die *Khas* Königreiche. Wurde die lokale, nicht indoarische Bevölkerung hinduisiert, strebte sie möglichst die Aufnahme in die Kaste der *Chhetri* an, zahlenmäßig

heute die umfangreichste Kaste Nepals. Die Sprache und Kultur dieser indoarischen Gruppen war bereits vor der Gründung Nepals in den westnepalischen *Khas*-Königreichen weit verbreitet und erfasste nach 1769 auch das früher newarisch geprägte Kathmandutal. Die Königsfamilie und ihr Hof entstammen den Chhetri und Thakuri-Kasten.

Die Muttersprache der Bahun, Chhetri und Thakuri (2001: 30% der Bevölkerung) ist das Nepali, das auch von den unteren Berufskasten und verschiedenen Dalits-Gruppen wie z.B. den Damai (Schneider), Sarki (Schuster), Kami (Schmiede) und Sunar (Goldschmiede) gesprochen wird. Die Bahun und Chhetri waren traditionell Bauern und Regierungsbeamte, als Brahmanen auch Familienpriester. Die Chhetri stellten unter Führung der Thakuri die meisten Soldaten. Bahun und Chhetri lebten meist monogam, wobei Reichere sich auch mehrere Frauen leisteten. So vermischten sie sich mit den Gurung, Magar, Tamang, Sherpa, Newar und anderen kleineren Völkern, aber nie mit den ebenfalls indoarischen Berufskasten. Heute ist der „kastengebundene“ Teil der nepalischen Gesellschaft vor allem in der städtischen Mittelklasse etwas lockerer geworden, doch Ehen zwischen Angehörigen verschiedener Kasten sind immer noch Ausnahmefälle.

Neben den indoarischen Völkern sind die Ethnien der tibeto-burmesischen Familie die zahlenmäßig bedeutsamsten. Diese Völker, rund 20% der Bevölkerung Nepals, werden oft auch als Ethnien mongolischen Ursprungs bezeichnet. Sie haben in der Regel eine ausgeglichene Sozialstruktur als die Hindu-Bevölkerung und sind nur zum Teil hinduisiert worden. Buddhismus und Schamanismus herrschen heute noch unter den kleinen Völkern des Mittelgebirges und des Hochlandes vor.

Wirtschaftlich bestehen große Unterschiede etwa zwischen den Magar im mittleren Westen und den Tharu im Terai einerseits und den prosperierenden Sherpa im Solukhumbu-Gebiet und den in Handel und Handwerk erfolgreichen Newar des Kathmandutals andererseits. Im an Tibet angrenzenden Hochland leben fast nur indigene Völker tibetischen Ursprungs (0,7% der Bevölkerung). Die drawidischen Ethnien im Inneren Terai, die Ureinwohner des indischen Subkontinents, stellen nur mehr knapp 1% der Gesamtbevölkerung Nepals.

Das kulturell hochentwickelte Volk der Newar besiedelte schon vor der Herrschaft der Malla-Könige das Kathmandutal. Nach ihrer Unterwerfung durch Prithvi Narayan Shah wurden sie nach und nach in die Hindu-Kastengesellschaft integriert und konnten zu den privilegierten Kasten aufschließen.

„Nationalitäten“¹⁷ (Ethnien oder ethnische Gruppen) in Nepal

Hochland (21 Gruppen):

Barah Gaule, Bhutia, Byansi, Chhaintan, Chimtan, Dolpo, Larke, Lhomi (Shingsawa), Lhopa, Manange, Marphali, Mugali, Siyar, Sherpa, Syangtan, Tangbe, Thakali, Thintan, Thudam, Topkegola und Walling

Mittelgebirge (23 Gruppen):

Bankaria, Baramo, Bhujel/Gharti, Chepang, Chhantyal, Dura, Fri, Gurung, Hayu, Hyolmo, Jirel, Kushbadia, Kusunda, Lepcha, Limbu, Magar, Newar, Pahari, Rai, Sunuwar, Surel, Tamang und Thami

Inneres Terai (7 Gruppen):

Bote, Danuwar, Darai, Kumal, Majhi, Raji und Raute.

Terai (10 Gruppen):

Danuk (Rajbanshi), Dhimal, Gangai, Jhangan, Kisan, Meche, Rajbanshi (Koch), Satar/Santhal, Tajpuria und Tharu.

Quelle: National Committee for Development of Nationalities of Nepal

Sie pflegen ihre eigene Sprache mit eigener Schrift, die älteste literarische Tradition Nepals und eine reiche Kunsttradition. Im Unterschied zu anderen indigenen Völkern Nepals sind die Newar sozial und wirtschaftlich nicht benachteiligt. In den 50er Jahren genoss ihre Sprache halbamtlichen Status, doch das Bestreben, sie im Kathmandutal auch als Amtssprache einzuführen, wurde vom Höchstgericht abgeblockt. Dennoch waren die Newar für die anderen kleinen Ethnien ab 1990 eine Art Vorreiter für die öffentliche Anerkennung und Wertschätzung der kleineren Sprachen und Kulturen im Staat und in den Medien.

Die im östlichen Mittelgebirge beheimateten Rai und Limbu sind am wenigsten hinduisiert worden. 1991 sprachen noch 86% der Limbu und 84% der Rai ihre eigene Sprache, während es bei den Magar nur mehr 52% und bei den Gurung

¹⁷ Was ist eine „Nationalität“? Laut dem staatlichen Entwicklungskomitee für die Nationalitäten hat eine Nationalität eine eigenständige Identität, die auf einer eigenen Sprache, Tradition, Religion und Kultur gründet. „Nationalitäten“ (in Europa würde man von Ethnien oder „indigenen Völkern“ sprechen) können in Nepal nicht unter die vier großen Hindu-Kasten subsummiert werden und haben folgende Merkmale: eine unterscheidbare kollektive Identität; eigene Sprache, Tradition und Kultur; eine traditionell ausgeglichene Sozialstruktur; ein angestammtes Siedlungsgebiet; eine geschriebene oder orale Geschichte; ein „Wir-Gefühl“; keine entscheidende Rolle in der Politik des modernen Nepal; die Selbst-Einordnung als „janajati“ (nicht-kastengebundene Bevölkerung).



Angehöriger der Bhotia aus Dolpo

51% waren. Auch bei den Tharu und den Tamang geht der Gebrauch der Muttersprache mangels Förderung zusehends zurück. Die Rai und Limbu bekennen sich in jüngster Zeit auch wieder selbstbewusster zu ihrer ursprünglichen Religion, dem Kiranti-Animismus.

Im Verlauf der Besiedlungsgeschichte Nepals überlagerten sich die verschiedenen Völkerfamilien und Kulturen. Nach der ersten Besiedlung durch die indigenen Völker kam die zweite große Immigration durch indoarische Gruppen aus dem Süden und Westen (die Khas, die Rajputs und die Brahmanen), die ihre religiösen Sitten und Bräuche mitbrachten und in Austausch mit den indigenen Gruppen traten. Die Brahmanen beeinflussten die Religion und Kultur am stärksten, was als „Hinduisierung“ oder „Sanskritisierung“ bezeichnet wird. Sie leiteten ihren Herrschaftsanspruch aus den heiligen Hindu-Texten ab und wurden nach und nach zur Aristokratie innerhalb der Kasten.

Auch die *Madhesi* (Flachlandbewohner), die Mehrheitsbevölkerung des Terai, der südlichen Tiefebene Nepals, gehören zur indoarischen Gruppe, sprechen aber andere, mit dem Hindi und Nepali verwandte Sprachen. Der seit langem schwelende Konflikt zwischen den dominierenden Hindu-Kasten des Mittel-

gebirges und dem bevölkerungsreichen Terai birgt ein hohes Potenzial an Spannungen. Der Terai ist traditionell die Kornkammer Nepals. Trotz ständiger Zuwanderung aus den Berggebieten fühlt sich die Mehrheit dieser Menschen Indien sprachlich und kulturell eng verbunden. Obwohl auch im äußeren Terai zahlreiche indigene Gruppen drawidischen Ursprungs leben, wie die Tharu, ist das Gros der Menschen ethnisch eng verwandt mit den Bewohnern der angrenzenden indischen Bundesstaaten Bihar und Uttar Pradesh. Hindi wird auch zunehmend als überregionale Verkehrssprache verwendet. Zwischen Indien und Nepal gibt es seit 1950 eine offene Grenze und enge wirtschaftliche und persönliche Beziehungen. Doch im zentralisierten nepalischen Machtsystem ist der Süden zu kurz gekommen. Die *madhesi* wurden als Staatsbürger zweiter Klasse betrachtet und oft verweigerte man ihnen sogar die nepalische Staatsbürgerschaft, obwohl sie seit vielen Generationen den Terai bewohnt hatten. 1990 hatten 20% der Terai-Bewohner die nepalische Staatsbürgerschaft Nepals noch immer nicht erhalten. Dies war eines der Motive für die Gründung der *Sadbhavana*-Partei, die für die Rechte des Terai und eine föderalistische Staatsstruktur eintritt.

Die dominanten Ethnien

Versteht man unter „Dominanz“ nur die absolute oder relative Bevölkerungsmehrheit, so gibt es in bloß 12 der 75 Distrikte Nepals eine absolute zahlenmäßige Mehrheit einer Ethnie, also eine klare Dominanz. Die Bahun und Chhetri, die den Staatsapparat und das öffentliche Leben kontrollieren, bilden in 31 Distrikten eine mindestens relative Mehrheit. Derzeit verschiebt sich die Bevölkerung tendenziell in den Süden des Landes, denn durch die schon lange anhaltende Abwanderung aus den Berggebieten wächst die Bevölkerung des Terai und jene des Kathmandutals schneller als jene der höher gelegenen Gebiete. Im Terai werden die zugewanderten Bergbewohner rasch assimiliert, was zu einer relativen Abnahme der kleineren Völker führt.

Dominanz ist gekoppelt an den Sprachgebrauch und an die soziale Position einer ethnischen oder sozialen Gruppe. Das Nepali wird immer mehr zur *lingua franca* des Staates. Seit der Gründung Nepals 1769 war es das ständige Bestreben der Staatsmacht gewesen, Nepali als Staatssprache zu etablieren. Erst seit 1960 wird Nepali offiziell als Staats- und Verkehrssprache des Landes definiert. Heute wird diese indoarische Sprache zwar von 75-80% der Bevölkerung verstanden und verwendet, aber nur rund 50% lernen Nepali als Muttersprache, während 1991 3,3 Millionen Staatsbürger Nepals Nepali als zweite Sprache verwendeten. Die Nepali-Muttersprachler leben zu 90% im

Mittelgebirge, im nepalischen Kernland. Am schnellsten wächst die Zahl der Nepali-Muttersprachler aber im Terai, wo es mit dem Hindi als allgemeine Verkehrssprache dient.

Die ethnische oder Kastendominanz nach geographischen Regionen (Anteil der jeweiligen Bevölkerungsgruppen, kursiv: die indoarischen Gruppen)

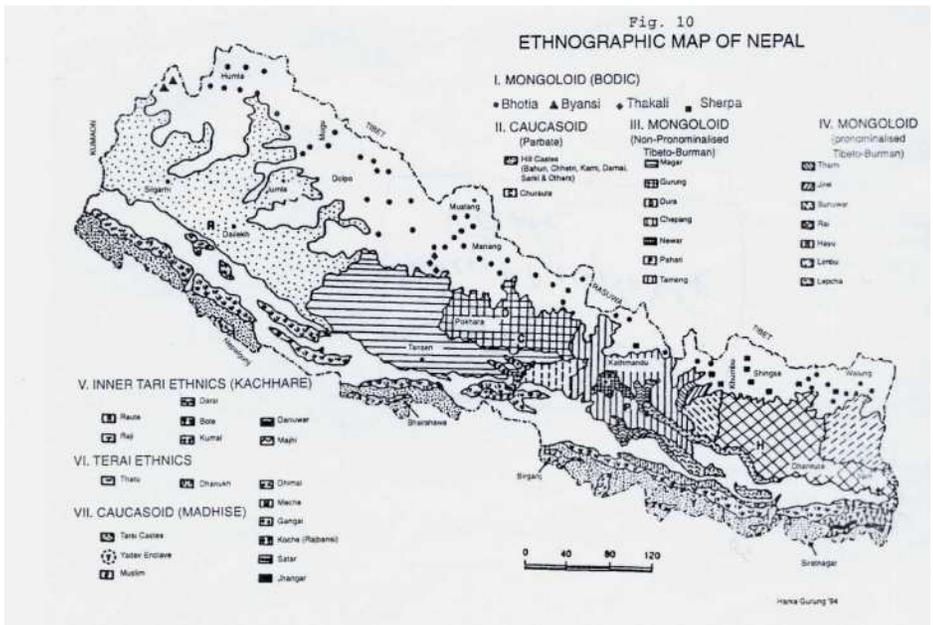
<i>Geografische Region</i>	<i>Westen</i>		<i>Zentralregion</i>		<i>Osten</i>	
	Gruppe	In %	Gruppe	In %	Gruppe	In %
Hochland	1. <i>Chhetri</i> 2. <i>Bahun</i> 3. <i>Kami</i>	53,0 12,4 10,0	1. Tamang 2. Gurung 3. <i>Bahun</i>	42,7 23,5 12,3	1. <i>Chhetri</i> 2. Rai 3. Limbu	21,8 12,9 10,5
Mittelgebirge	1. <i>Chhetri</i> 2. Magar 3. <i>Kami</i>	42,4 14,2 14,0	1. <i>Bahun</i> 2. Magar 3. <i>Chhetri</i>	24,2 19,0 14,5	1. <i>Chhetri</i> 2. Tamang 3. Rai	18,5 15,6 14,3
Inneres Terai	1. <i>Chhetri</i> 2. Tharu 3. Magar	25,1 20,1 14,7	1. Tamang 2. <i>Bahun</i> 3. <i>Chhetri</i>	25,4 22,4 10,6	1. <i>Chhetri</i> 2. Tamang 3. Magar	17,9 15,1 14,3
Terai	1. Tharu 2. <i>Chhetri</i> 3. <i>Bahun</i>	38,1 15,4 10,0	1. <i>Bahun</i> 2. Tharu 3. Muslim	12,1 9,2 9,0	1. Yadav 2. Muslim 3. Tharu	11,9 8,4 6,7
Kathmandu-Tal			1. Newar 2. <i>Chhetri</i> 3. <i>Bahun</i>	43,9 18,2 15,6		

Quelle: Harka Gurung, *Social Demography of Nepal, Kathmandu 1998*

Die Verfassung von 1990 sieht vor: „Nepali ist die offizielle Staatssprache“, und fügt gleich an: „Alle in den verschiedenen Teilen Nepals als Muttersprachen gesprochenen Sprachen sind die nationalen Sprachen“. Diese Verfassungsbestimmung hat allerdings nicht dazu geführt, die regional verbreiteten, indigenen Sprachen dem Nepali zumindest auf lokaler oder Distriktebene gleichzustellen. In 54 der 75 Distrikte ist das Nepali heute die Mehrheitssprache im Sprachgebrauch. Acht indigene Sprachen haben in den restlichen Distrikten die Mehrheit. Im Westen Nepals sprechen über 90% der Bevölkerung Nepali, während das zentrale Mittelgebirge den geringsten Anteil an Nepali-Muttersprachlern ausweist.

Wie erklärt sich die anhaltende Dominanz der höheren Hindu-Kasten gegenüber

anderen ethnischen Gruppen und den sogenannten Berufskasten? Die Brahmanen haben seit jeher Bildung und Kultur zu ihren Lebensgrundlagen gemacht, während die Chhetri auf Grundbesitz und die Newar auf kaufmännische und kunsthandwerkliche Traditionen zurückgreifen konnten. Als Nepal sich 1951 dem Ausland und der modernen Welt öffnete, standen die Bahun als gebildetste und mobilste Schicht bereit, diese Modernisierung zu tragen. Dank ihres höheren Bildungsgrads besetzten sie in Wirtschaft und Staat regelmäßig die Schlüsselpositionen. Wohlhabende Bahun konnten es sich leisten, ihre Kinder zur Ausbildung ins Ausland zu schicken. Sie stellen traditionell auch die Mehrheit der Absolventen der nepalischen Hochschulen. 89% der Hochschulabsolventen und 81% der Hochschullehrer stammen aus den drei oberen Kasten. Entsprechend deutlich ist ihre Dominanz in der staatlichen Verwaltung (vgl. Tabelle unten). Mindestens 80% aller öffentlichen Stellen sind heute von Bahun, Chhetri und Newar besetzt. Nur einige Ethnien aus dem Terai schafften es bisher in geringem Maß, in dieses Monopol einzudringen.



Nepal ethnografisch

Quelle: Harka Gurung, *Social Demography of Nepal*, Kathmandu 1998

Naturgemäß geben die Bahun und Chhetri auch in der Politik den Ton an. Schon in der Panchayat-Zeit war die Nationalversammlung zum Großteil der

traditionellen Elite vorbehalten, was sich nach 1990 nicht wesentlich änderte. Die historisch wichtigste politische Partei Nepals, der zunächst in Indien, dann im Untergrund in Nepal agierende *Nepali Congress*, war und ist im Wesentlichen von Bahun und Chhetri getragen. Auch der Großteil der Aktivisten der Linksparteien sind Brahmanen, und selbst die Führungsschicht der Maoisten stammt aus Bahun-Familien. Überall rekrutiert sich die politische Elite aus jenen sozialen und ethnischen Gruppen, die einen durchschnittlich höheren Bildungsgrad aufweisen. Berücksichtigt man jedoch, dass einige kleinere Völker durchaus einen auf dem nationalen Durchschnitt liegenden Alphabetisierungsgrad erreicht haben und der Anteil der nicht indoarischen bzw. kastengebundenen Völker 44% erreicht, so ist die Zahl ihrer Parlamentarier von 17 von insgesamt 205 doch recht bescheiden.

Anteil der Ethnien bzw. Kasten am staatlichen Verwaltungspersonal in % - 1989

<i>Ethnie oder Kastengruppe</i>	<i>Sektionsleiter</i>	<i>A-Beamter</i>	<i>B-Beamter</i>	<i>C-Beamter</i>	<i>D-Beamter</i>	<i>Hochschulabsolventen allg.</i>	<i>Anteil an der Bevölkerung</i>
Bahun	62,1	54,5	45,6	54,9	46,2	44,3	12,9
Chhetri	9,5	11,2	13,4	17,1	15,4	13,7	17,7
Newar	21	26,6	29,9	22,5	34,6	30,7	5,6
Bergvölker	2	0,9	2,1	-	3,1	2	20,2
Terai-Völker	4,2	5,2	7,9	5,4	-	10,9	27,4
Muslimen	0,3	0,3	-	-	-	0,4	3,5
Nicht feststellbar	0,8	1,3	0,9	-	-	0,2	14,3
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100

Quelle: Harka Gurung, Social Demography of Nepal, 1998

Grob gesagt bilden die Brahmanen noch heute eine Art Bildungsbürgertum, die Chhetri das Besitzbürgertum Nepals. Durch das jahrhundertalte Verbot der Ehe mit Partnern der niedrigeren Kasten blieb die Schichtenzugehörigkeit weit konstanter und kontrollierter als etwa in den offenen Gesellschaften der Industrieländer, die dank Bildung und wirtschaftlich-beruflichem Erfolg sozialen Aufstieg ermöglichen. Die Faktoren Sprache und Religion waren traditionell die wesentlichen Startvorteile für die Bahun gegenüber den *Janajati*, den Angehörigen der kleineren Völker, die meist in den Bergregionen beheimatet

waren. Zudem verschaffte ihnen die über die Religion definierte Kastenzugehörigkeit, der „richtige Stallgeruch“, Zugang zu allen wichtigen Bereichen und Positionen des Staates. Viele Nicht-Bahun entwickelten später ebenso das Interesse, Zugang zu höherer Bildung und qualifizierteren Stellen zu erhalten. Doch mussten sie sehr bald feststellen, dass Bildung allein keine Garantie für sozialen Aufstieg bot. Kastengrenzen lassen sich auch durch Bildung nicht überwinden. Über den Nepotismus hätten sich die Bahun ihre Elite-Rolle aus der Panchayat-Zeit in die Demokratie herübergerettet. Darum scheint vielen *janajati* die demokratische Revolution von 1990 unvollständig, weil die Macht von der Shah-Rana-Oligarchie nur auf eine breitere Bahun-Elite umverteilt wurde. Wer im ländlichen Bergland mit *janajati* über diese Frage spricht, spürt bald die wenig verhohlene Antipathie zwischen den *matawali* (Alkohol trinkende nicht-indoarische Bergvölker) und den *tagadhari* (Bahun, Chhetri, Newar). Im Terai hingegen brechen manchmal Konflikte auf zwischen den *pahari* (Zuwanderern aus den Bergen) und den *madhesi*, den einheimischen indoarischen Gruppen.



Maithili-Braut und ein Sherpa-Paar aus Solukhumbu

Optimistische Nepali setzen heute auf die ausgleichende Rolle des öffentlichen Bildungswesen. Doch hat es diese nicht. Die öffentlichen Schulen in ländlichen Gebieten, die von den Kindern der kleineren Völkern besucht werden, sind von geringer Qualität. In den Städten können die Oberschichten auf die qualitätsvolleren privaten Schulen ausweichen. Die Ungleichheit der Chancen im heutigen Nepal ist keine Folge der „natürlichen Verteilung der Begabungen“, sondern der einseitigen Politik der Eliten. Wenn Nepal in dieser Hinsicht eine gerechtere Gesellschaft werden will, müssen entschiedenere Schritte im Bildungssystem, auf dem Arbeitsmarkt und in der politischen Vertretung gesetzt werden. Aber wann immer die traditionellen Eliten ihre Interessen in Gefahr

sehen, werden solche Vorstöße quer durch die Parteien abgeblockt.

Wer wird diskriminiert?

Noch unter der parteilosen Panchayat-Zeit von 1960 bis 1990, als der König nahezu absolut herrschte, galt der Slogan: "Eine Nation, eine Tracht, eine Sprache". Die kleineren Völker hatten keine Möglichkeit, ihre Rechte einzuklagen. Die demokratische Wende 1990 löste auch unter den Minderheiten Aufbruchstimmung aus. Die neue Verfassung anerkannte neben der religiösen die ethnische und sprachliche Vielfalt und verbot jede Diskriminierung aufgrund ethnischer Zugehörigkeit. Art. 18, Absatz 1, stellt fest: "Jede im Königreich Nepal ansässige Gemeinschaft hat das Recht, ihre Sprache, Schrift und Kultur zu schützen und zu entwickeln." In der Praxis lässt der von den höheren Hindukasten dominierte Staat die kleineren Völker aber weitgehend im Stich. Die Durchsetzung der Staatssprache im ganzen Land blieb auch unter demokratischen Verhältnissen Leitlinie der Politik und an der subtilen ethnischen Diskriminierung änderte sich wenig.

Zumindest konnten sich ab 1990 die *janajati*-Völker wie andere diskriminierte Gruppen der nepalischen Gesellschaft organisieren und ihre Grundrechte einklagen. Würde und Recht auf eigene kulturelle Identität, Gleichberechtigung und Nicht-Diskriminierung waren die Grundwerte, die in den Debatten der neuen ethnischen Verbände wiederhallten. Zum ersten Mal in Nepals Geschichte als eigenes Staatswesen wurde Nepal gar als unteilbare, zentralisierte Nation mit dem Nepali als einziger Amtssprache in Frage gestellt. Die ethnische Dimension des Staates und die damit zusammenhängenden unbewältigten Konflikte wurden aufgerissen, ethnische Fragen auf die politische Tagesordnung gesetzt. Dies war für das Bahun-Chhetri-Establishment unerhört und es war eine neue Herausforderung für die Integrationsfähigkeit des neuen demokratischen Staatswesens.

Worin besteht nun die Diskriminierung der kleineren Völker? Die wichtigsten Formen sind folgende:

- die Minderheitenvölker sind im Parlament und in den Distriktparlamenten nicht angemessen vertreten;
- die Angehörigen von Minderheitenvölkern haben viel geringere Chancen, im öffentlichen Dienst beschäftigt zu werden als die dominierenden Hindukasten;
- auf den höheren Verwaltungsebenen sind Angehörige von Minderheiten minimal vertreten;
- auch auf Distrikt- und auf lokaler Ebene ist nur das Nepali als Amtssprache

anerkannt;

- in den höheren Schulen wird nirgendwo eine Minderheitensprache verwendet. Nur ganz sporadisch lässt man derzeit Minderheitensprachen in der Grundschule zu und fördert sie in sehr bescheidenem Umfang;
- vielen Angehörigen von Minderheiten im Terai wurden lange Zeit die Staatsbürgerschaft verweigert;
- in den öffentlichen Medien führen Minderheitensprachen ein Aschenputteldasein, obwohl sie von nahezu der Hälfte der Nepali täglich verwendet werden;
- kleinere ethnische Gruppen und Sprachen stehen vor dem Aussterben;
- die Hinduisierung wird über das Pflichtfach Sanskrit (die Sprache der alten hinduistischen Texte) weiterbetrieben;
- die wirtschaftlichen Entwicklungsprogramme haben jene Distrikte, die vorwiegend von Minderheitenvölkern bewohnt werden, stark vernachlässigt, obwohl die Verfassung ihre spezielle Förderung verlangt.

Dazu gesellt sich die immer noch starke Zentralisierung des nepalischen Staatsapparates (vgl. Kapitel 8). Die Distrikte und *Village Development Committees*, eine Art Kommunalverwaltung, erhielten zwar 1999 etwas mehr Befugnisse, sind aber derzeit als Folge des maoistischen Volkskriegs lahmgelegt und unzählige ihrer Gebäude (Gemeindehäuser) zerstört worden. Die eigentliche Entscheidungsmacht ist in Kathmandu konzentriert.

Im multiethnischen Nepal wird nicht bestritten, dass es einer nationalen Verkehrssprache bedarf, um den Staat zusammenzuhalten. Doch gibt es unter den Minderheitenvölkern ein wachsendes Unbehagen, trotz Demokratie auf Dauer von 2-3 Hindukasten beherrscht zu werden. Obwohl die Kasten offiziell abgeschafft sind, ist *Bahunbad*, die Zugehörigkeit zur Kaste der Brahmanen, Thakuri und Chhetri letztendlich der Schlüssel für den Zugang zu allen wichtigen Positionen im Staat.

Das ist nicht etwa auf offene Diskriminierung zurückzuführen, sondern auf die tiefe strukturelle Benachteiligung der Angehörigen der kleineren, nicht indoarischen Völker: sie leben mehrheitlich in rückständigen Regionen, haben geringere Bildungschancen und kommen im Dickicht der Vetterwirtschaft in Kathmandu nicht durch. Das Fehlen echter regionaler Selbstverwaltung nimmt zudem den Menschen die Möglichkeit, sich zumindest lokal in den eigenen Sprachen bewegen zu können.

Am deutlichsten wird die mangelnde Gleichberechtigung bei der Sprache.



Tamang-Frau in Langtang

Obwohl die Verfassung die Minderheitensprachen zu „nationalen Sprachen“ erklärt hat, ist nur das Nepali die einzige offizielle Staatssprache, die in Politik, Verwaltung und Justiz zugelassen ist. Versuche, die Newar-Sprache im Kathmandutal und das Maithili, die größte Sprache des Terai, auf kommunaler Ebene zur zweiten offiziellen Amtssprache zu erklären, wurden vom Höchstgericht abgeblockt. Die nepalische Verfassung gestattet in Art.18 die Verwendung der Muttersprachen der Schüler auf Grundschulebene. Dieses Recht steht aber bisher fast alle kleinen Völkern immer noch bloß auf dem Papier. Auch in der Grundschule gibt es in Nepal nur das Nepali als Unterrichtssprache. Schüler, die nicht Nepali als Muttersprache haben, sehen ihre Chancen auf höhere Bildung und einen besseren Beruf gemindert. Die Regierung redet sich darauf hinaus, dass die meisten indigenen Sprachen Nepals keine Schriftsprache, keine kodifizierte Grammatik und kaum Literatur hätten. Eine Gleichstellung dieser Sprache mit dem Nepali sei aus praktischen Gründen enorm schwierig. Zudem werde Englisch als Verkehrssprache mit dem Ausland und den Ausländern zunehmend unverzichtbar. So hat man für den muttersprachlichen Unterricht kaum Mittel bereitgestellt, Lehrer ausgebildet, Textbücher herausgebracht. Im Gegenteil: Sanskrit, die Sprache der heiligen Texte der Hindu, war bis Anfang 2003 noch Pflichtfach in den Oberschulen.

Auch einige kleinere Völker sind in dieser unkonsequenten Politik hin- und hergerissen. Als für einzelne Gruppen wie die Tamang und Tharu der muttersprachliche Unterricht mit Textheften und Schulbüchern experimentell in einigen Gebieten auf Grundschulebene eingeführt wurde, wehrten sich viele *Janajati*-Eltern. Sie befürchteten, dass der Muttersprachenunterricht ihre Kinder in der Erlernung der Staatssprache Nepali und des Englischen benachteiligen und ihre Wettbewerbschancen auf nationaler Ebene gegenüber den Kindern der Bahun und Chhetri mindern würde.

Die „Nepalisierung“ Nepals wird seit über zwei Jahrhunderten von der Regierung in Kathmandu zum Schaden der kleineren Sprachen vorangetrieben. Die nahezu ausschließliche Verwendung des Nepali in der öffentlichen Verwaltung, im Bildungssystem und in den Medien hatte deutliche, massive Auswirkungen auf den nepalischen „Sprachenatlas“. Nicht zu unterschätzen ist auch die zunehmende Bedeutung des Hindi im Terai und des Englischen als Zweitsprache der Intellektuellen. Eine ganze Reihe von kleineren indigenen Sprachen steht vor dem Aussterben. Unter der jüngeren Generation der *janajati* ist eine starke Vermischung zu beobachten. Zudem betrachten viele Eltern aus diesen Völkern die volle Beherrschung der Staatssprache und wenn möglich des Englischen als wichtiger für die berufliche Zukunft ihrer Kinder als die Festigung der Muttersprache.

Wenn Angehörige aus ihren angestammten Gebieten abwandern, was infolge der Armut und des Bürgerkriegs nun verstärkt geschieht, und sich mit der Stadtbevölkerung vermischen, geraten sie sprachlich unter starken Assimilierungsdruck. Der Ausbau des öffentlichen Schulsystems in Nepali und der wachsende Medienkonsum der Jugend in Nepali, Hindi und Englisch benachteiligt die indigenen Sprachen. Die Zukunftsaussichten der *Janajati*-Sprachen sind wenig hoffnungsvoll. Im Terai ist die Lage komplexer. Hier ist eher das Hindi als das Nepali die *lingua franca*. Die lokalen Dialekte stehen dem Hindi näher, dessen Einfluss aus dem indischen Raum, vor allem auch über das Fernsehen, beständig wächst. Der Anteil der indoarischen Gruppen an der Gesamtbevölkerung wächst zu Lasten der tibeto-burmesischen Bergvölker.

Auch die politische Betätigung der *janajati*-Völker ist nicht etwa völlig frei: die Verfassung verbietet nämlich jede Aktivität, die „die harmonischen Beziehungen zwischen den Kasten und Völkern stören könnten“ (Art.12). Wenn Namen, Ziele und Symbole einer politischen oder gewerkschaftlichen Organisation religiösen oder „kommunalistischen“ Charakter ausdrücken oder die Einheit des Landes bedrohen, können sie von der Wahlkommission verboten werden, was schon

mehrfach geschehen ist. Art. 26, Abs. 2, der Verfassung sieht vor, dass der Staat

Änderung der Bevölkerung nach Sprachgruppen - 1952/54-1991

Sprache	1952/54		1991		Zunahme in %
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	
<i>A. Hochland-Gruppe</i>	5.816.934	70,6	12.434.219	67,2	113,8
1. Indo-arische	4.019.296	48,8	9.314.202	50,4	131,7
2. Tibeto-Burmesische	1.797.908	21,8	3.120.017	16,9	73,5
<i>B. Tiefland-Gruppe</i>	2.396.938	29,1	5.540.766	30,0	131,2
1. Indoarier	2.367.683	28,7	5.474.286	29,6	131,2
2. Tibeto-Burmesische	7.185	0,1	17.973	0,1	150,1
3. Munda	17.258	0,2	33.332	0,2	93,1
4. Drawidische	4.812	0,1	15.175	0,1	215,5
<i>C. Andere (nicht erklärte)</i>	24.197	0,3	516.112	2,8	2033
<i>Insgesamt</i>	8.238.069	100	18.491.097	100	
Indoarier	6.386.979	77,5	14.788.488	80,0	131,5
Tibeto-Burmesische	1.805.093	21,9	3.137.990	17,0	73,8

Quelle: Harka Gurung, *Social Demography of Nepal, Kathmandu 1998*

die kulturelle Vielfalt und die harmonischen Beziehungen zwischen religiösen und ethnischen Gruppen des Landes fördert. Doch haben sozialwissenschaftliche Studien bewiesen, dass der Staat aktiv die Hinduisierung und Sanskritisierung betreibt. *Bahunbad*, die Werte, Sprache und Kultur der dominierenden Hindu-Kasten werden im Staat deutlich bevorteilt zu Lasten der über 35% der Staatsbürger, die anderen Ethnien und weiteren 35% der Bevölkerung die anderen Kasten angehören. Ohne klarere und verbindlichere Regelungen auf Verfassungs- und Gesetzesebene wird das Unbehagen der kleineren Völker weiter zunehmen.

Was fordern Nepals kleinere Völker?

Die kleineren Völker fordern grundsätzlich, dass die jahrhundertealte Diskriminierung durch die dominanten Gruppen der Bahun und Chhetri beendet wird. Bei allen Unterschieden zwischen diesen Völkern - 48 sind in der NEFEN organisiert - stimmt man in folgenden Punkten überein:

- Nepal soll in einen säkularen Staat umgewandelt werden mit klarer Trennung von Staat und Religionen;
- der übermäßige Einfluss der Brahmanen und Chhetri in Politik, Verwaltung, Militär und Polizei soll zurückgedrängt werden. Zu den entscheidenden

öffentlichen Stellen sollen gleiche Zugangschancen geschaffen werden (oder eine Art Positivdiskriminierung eingeführt werden);

- die staatliche Förderung der wirtschaftlich rückständigen Gebiete, die oft von Minderheiten besiedelt werden, muss stark angehoben werden;
- die andauernde verfassungswidrige Diskriminierung der Dalits in vielen Bereichen des Alltagslebens muss beseitigt werden;
- diskriminierende Staatsbürgerschaftsbestimmungen abschaffen;
- regional verbreitete Sprachen sollen offiziell anerkannt und vom Staat gefördert werden.



Unter Chhetri und Brahmanen beim wichtigsten Fest der Hindus, dem Dasainfest.

Diese Forderungen gehen nicht wesentlich über die von Nepals Verfassung zugesicherten Rechte hinaus. Nepal hat auch eine Reihe einschlägiger internationaler Konventionen ratifiziert und sich zur Einhaltung der Rechte ethnischer Minderheiten selbst verpflichtet. Nur einzelne Verbände kleinerer Völker Nepals sind über diese Forderungen hinausgegangen und fordern das Recht auf nationale Selbstbestimmung oder zumindest einen hohen Grad an Autonomie. Sie weisen darauf hin, dass die Fortsetzung der Diskriminierung der Minderheitenvölker viele ihrer Angehörigen in die Arme der Maoisten treiben wird.

In diesem Kontext wird in Nepal auch vermehrt über die Umgestaltung des Staats in Richtung föderalistischer Bundesstaat nach indischem Muster diskutiert. Nepal ist mit seiner Geographie und kulturell-ethnischen Vielfalt wie prädestiniert für eine bundesstaatliche Ordnung. Während das NEFEN einen nach ethnischen Kriterien konzipierten Föderalstaat vorschlägt, verlangen andere regionalistische Kräfte wie die *Sadbhavana*-Partei, die Partei der *Madhesi* des Terai, eine föderale Aufteilung auf der Basis der großen Regionen (Terai, Mittelgebirge und Hochland kombiniert mit der Ost-West-Aufteilung). Der bekannte Ethnologe und frühere Minister Harka Gurung schlägt eine Umbildung des zentralistischen Staatsaufbaus in eine Föderation von 25 Großdistrikten vor. Eine echte Dezentralisierung der staatlichen Verwaltung wird nur als erster Schritt in diese Richtung begriffen (vgl. Kapitel 8). Einzelne Völker fordern auch die proportionale Vertretung aller Nationalitäten in den politischen Entscheidungsorganen, also eine Art Kammer der Nationalitäten.

Nun haben einige größere Ethnien kein eigenes geschlossenes Territorium, und die *Bahun* ebenfalls nicht. Ein Bundesstaat könnte demnach nicht nach ethnischen Kriterien gegliedert werden. Doch auch ein Föderalsystem könnte, laut NEFEN, die Überlebensprobleme der kleinsten Völker nicht lösen, die im Inneren einzelner Bundesländer oder Regionen eine gewisse ethnische Autonomie benötigen, um ihre kulturellen Rechte zu wahren. Nepal ist kein Schmelztiegel der Völker, sondern will seine ethnische Vielfalt bewahren. Minderheitenschutz - dies haben andere Länder Südasiens bereits vielfach und manchmal schmerzlich erfahren - ist auch Friedenspolitik. Gleichberechtigung sollte herrschen zwischen den „*tagadhari*“ (hohen Hindukasten) und den „*atagadhari*“, allen übrigen Gruppen, die nicht die heilige Schnur tragen. Der ethnische Aktivismus seit 1990 hat unter den indigenen Völkern hohe Erwartungen geweckt. Der steigende durchschnittliche Bildungsgrad lässt die Ansprüche auf qualifizierte Arbeitsplätze und eine angemessene Rolle im öffentlichen Leben wachsen. Werden diese Erwartungen frustriert, bildet sich ein Potenzial an radikalen Gruppen, die unter Umständen auch gewaltbereit sind.

„Das größte Hindernis für eine echte Reform ist der Hindu-Charakter des Staats“, sagt Balkrishna Mabuhang, der Direktor des NEFEN, „Die Regierung, die Gesetzgebung, das Gericht, die Medien und die Nichtregierungsorganisationen sind von den *Bahun* und *Chhetri* beherrscht. Nur ein Drittel von ihnen sind arm, während von uns *janajati* 70% der Menschen arm sind. Viele von uns wären ebenso begabt, in diesen Bereichen nach oben zu kommen, doch geht das nicht, weil der Staat von den *Bahun* monopolisiert ist. Die ganze Staatsmaschinerie läuft auf Nepali, die Beamten schreiben sogar Sanskrit und

Die Sprachen Nepals

In Nepal werden mindestens 120 einheimische Sprachen gesprochen. Gut die Hälfte der Einwohner spricht Nepali als Muttersprache, das zur indoeuropäischen Sprachenfamilie gehört. Diese Sprache entstand im 11. Jahrhundert im Nordwesten des heutigen Nepal. Schon im Mittelalter verzweigte sich Nepali in verschiedene Dialekte. Als Prithvi Narayan Shah das heutige Nepal vereinigte, kam ihm diese Sprache zu Hilfe, damals noch Bhasa, Khas oder Ghorkali genannt.

Sie entwickelte sich schnell zur *lingua franca* der jungen Nation. Schriftsteller und Dichter trugen zu ihrer Verbreitung bei. Bhanubhaktas „Ramayana“ und Prithvi Narayans „Divyopadesh“ (Göttliche Lehren) waren literarische Meilensteine in der Entwicklung des Schrift-Nepali. Heute ist Nepali die offizielle Staatssprache Nepals, während andere Sprachen in der Verfassung als „nationale Sprachen“ bezeichnet werden. In jüngster Zeit trugen Medien aller Art, allen voran Radio Nepal, zur Ausbildung und Verankerung des Standard-Nepali bei, obwohl viele regionale Dialekte und Einfärbungen weiterbestehen.

Der nepalische Staat betreibt eine aktive „Nepalisierung“ des Landes. Andere Sprachen sind als Amtssprachen nicht zugelassen und werden nur sehr begrenzt im Grundschulunterricht eingesetzt. Die „Nepalisierung“ stößt allerdings auf Grenzen, da ein guter Teil der Bevölkerung in den entlegenen Gebieten ohnehin analphabetisch bleibt.

Maithili ist die Sprache der Region Mithila im östlichen Terai, eine indoarische Sprache, die heute auch in Devanagari geschrieben wird. Um 1400 blühte diese Sprache bereits mit einer reichhaltigen Literatur. In der Malla-Zeit wurden berühmte Lieder und Epen in Maithili auch im Kathmandutal vorgetragen. Romantische Volksliteratur in Maithili hat zu einem neuen Aufschwung des Maithili seit den 50er Jahren geführt. 11% der Nepali sprechen Maithili als ihre Muttersprache. Die Sprache wird in diesem Gebiet im Schulunterricht verwendet. Rundfunkprogramme und Zeitungen gibt es seit Jahrzehnten auch in Maithili.

Eine weitere Sprache mit uralter Tradition ist das Newari, das von 825.000 Newar im Kathmandutal und anderen Gebieten gesprochen wird. Beiden Sprachen ist bisher die Anerkennung als offizielle Sprachen versagt geblieben. Das Newari ist älter als das Nepali. Handgeschriebene Bücher in Newari und Inschriften finden sich erst seit der Malaa-Zeit im 14. Jahrhundert. Versdichtung, Dramas, Prosa und religiöse Texte blühten im Mittelalter. In jüngerer Zeit übernahmen die Newar die Devanagari-Schrift. Newari ist heute in Literatur und Alltag noch sehr lebendig. 2002 wurde in Kathmandu eine eigene Schule für die Pflege des Newari gegründet.

In Nepal werden weitere 117 Sprachen gesprochen, einige davon nur mehr von wenigen tausend oder gar hundert Sprechern. Diese Sprachen stehen vor dem Aussterben. Dagegen sprechen 2,8 Millionen Maithili, 1,7 Millionen Bhojpuri, 1,3 Millionen Tharu und fast 1,2 Millionen Tamang, 770.000 Magar, ohne jede staatliche Anerkennung und Förderung.

schließen damit die Minderheiten aus. Der Staat soll säkular sein.“

Wie hat der Staat auf diese Forderungen reagiert? Die Antwort der Regierungen und Parteien auf die Anliegen der Minderheitenvölker bewegte sich zwischen Indifferenz und offener Ablehnung. Nationale Minderheiten als politisches Subjekt überhaupt anzuerkennen, allein dies geht schon vielen Bahun-Politikern zu weit. Ihre Organisationen werden als im Grunde antidemokratisch und „kommunalistisch“ gebrandmarkt. Die Einheit der nepalischen Nation und der hinduistische Charakter des Staats werden als gefährdet betrachtet. Immer wieder wird betont, dass nicht jeder politische Missstand auf ethnische Diskriminierung oder die Dominanz der Bahun und Chhetri zurückgeführt werden kann. Diese Kasten wehren sich, kollektiv als Sündenböcke für jedes Versagen der Regierungsparteien hingestellt zu werden.

So setzten sich in der Verfassungsdebatte letztlich doch die Zentralisten gegen die Befürworter eines Föderalstaates durch. Die Existenz der ethnischen Vielfalt wurde zwar anerkannt und einige Rechte festgeschrieben, aber die konkrete Umsetzung blieb aus. Die *janajati*-Organisationen waren mit der neuen demokratischen Verfassung vom November 1990 alles andere als zufrieden. Die Politik der vergangenen 12 Jahre hat ihre Kritik und Sorgen bestätigt. Der Staat hat bisher nur halbherzige Schritte getan: indigene Völker und untere Kasten können auf Distriktebene Vertreter in einen Beirat entsenden, Minderheitensprachen werden in den staatlichen Medien berücksichtigt, ansatzweise werden in den Grundschulen Minderheitensprachen zugelassen. Ansonsten folgten keine ernsthaften Bemühungen, die kleinen Völker an der Macht zu beteiligen. Noch fehlte der politische Druck, zumal die ethnischen und regionalistischen Parteien bei den Parlamentswahlen entweder ausgeschlossen wurden oder erfolglos blieben.

Im Zuge des Maoistenaufstands sind die großen Parteien *Nepali Congress* und CPN-UML gegenüber den ethnischen Forderungen hellhöriger geworden: Kulturautonomie, Sprachenrechte, Dezentralisierung, Minderheitenförderung werden ernsthafter diskutiert. Es folgten erste zaghafte Versuche, diesen Völkern mehr Anerkennung zu verschaffen. Die vom König am 4. Oktober 2002 eingesetzte Regierung Chand hat einen Minister aus dem Volk der Gurung berufen und will die Minderheitensprachen in der Grundschule fördern. Die zentrale Frage ist, ob das demokratische System in der Lage ist, nicht nur die Forderungen der Minderheiten nach Förderung aufzunehmen, sondern langfristig auch den Abbau der Dominanz der höheren Hindukasten zu bewerkstelligen.

Maoisten als Vorkämpfer der kleinen Völker Nepals?

Nepals Maoisten haben sich diesen Grundkonflikt in der nepalischen Gesellschaft für ihren "Volkskrieg" gegen den Staat zunutze gemacht. Schon 1998 schrieb Prachanda, der oberste Maoistenchef: "Parallel zur Entwicklung des Volkskriegs verbreitet sich ein neues Bewusstsein für den Kampf für die eigenen Rechte und die Befreiung der unterdrückten Völker Nepals wie den Magar, Gurung, Tamang, Newar, Tharu, Rai, Limbu und Madhesi. Unser Volkskrieg hat die Bildung verschiedener nationaler Befreiungsorganisationen beschleunigt und ihre nationalen Organisationen erweitert (...) Ausgehend von Nepals geschichtlichen Besonderheiten und der ethnischen Vielfalt wird die neue Regierung bei voller Anerkennung des Rechtes der Völker auf Selbstbestimmung, ein Programm für ethnische Autonomie umsetzen (...)" (*Janadesh Weekly*, 27.10.1998).

Autonomie scheint auch für den Chefideologen der Maoisten, Baburam Bhattarai, das brauchbarste Konzept: „Die rückständigen Regionen des Landes sind überwiegend jene, die von indigenen Völkern seit Menschengedenken bewohnt werden. Diese Regionen waren unabhängige Stammesfürstentümer vor der Bildung des zentralisierten Staates in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts. Sie sind infolge der inneren feudalen Ausbeutung und der äußeren semifeudalen Unterdrückung in den heutigen rückständigen Zustand geraten. Sie sind in ihrem historischen Entwicklungsprozess zurückgeblieben, weil ihre eigenständige Entwicklung behindert worden ist. Dies tritt bei den von mongolischen Völkern bewohnten Bergregionen des Westens, Zentralnepals und des Ostens und bei den drawidischen Völkern des Inneren und Äußeren Terai ziemlich klar hervor. Die regionale und nationale Unterdrückung überschneidet sich in diesen Fällen.....Je nach konkreter Situation muss das Problem der unterdrückten Regionen und Nationalitäten durch die Gewährung regionaler und nationaler Autonomie gelöst werden.“ (vgl. B. Bhattarai, *Politico-economic Rationale of People's War in Nepal*, a.a.O., S. 3-4).

Die Maoisten verstehen ihren Volkskrieg in erster Linie als einen Klassenkampf. Doch angesichts der ethnischen Zusammensetzung der nepalischen Bevölkerung und der traditionellen ethnischen Diskriminierung versuchen sie, möglichst viele kleinere Völker in ihren Kampf hineinzuziehen, um eine breite "revolutionäre Front" aufzubauen. In ihren Basisgebieten in Rukum, Rolpa, Jajarkot und Salyan konnten die Maoisten Vertrauen und Unterstützung der Mehrheitsbevölkerung der Magar gewinnen. In der Führungsriege der Maoisten sind aber die Bahun und Chhetri am stärksten vertreten, während an der Basis mehr

matawali (indigene Bergvölker) und Dalits kämpfen.

Die Zeitbombe ethnischer Gewalt tickt bereits und niemand weiß, wann sie explodieren wird. In den gemischt besiedelten Gebieten Nepals wäre ethnisch motivierte Gewalt eine Katastrophe. Die Vielzahl der einzelnen ethnischen Gruppen sorgt andererseits für Konsens in dem Punkt, dass nur Koalitionen zum Erfolg kommen können und Kompromisse nötig sind, wenn man den gemeinsamen Staat aufrechterhalten will. Immer noch genießen die beiden großen Parteien, der *Nepali Congress* und die CPN-UML, das größte Vertrauen bei den Wählern, und bei Wahlen selbst wird derzeit noch über Brot und Butter mehr diskutiert als über Sprachenfragen, ethnische Anliegen oder den säkularen Staat. Ethnische Autonomiebewegungen bestehen in Nepal seit Jahrzehnten. Manchmal arbeiteten diese auch mit den großen Parteien zusammen, ohne nennenswerten Erfolg. Der politische Wille zu tiefgreifenden Reformen scheint völlig zu fehlen. Auf eine politische Gegenoffensive der Regierung gegen die Maoisten zugunsten der kleineren Völker hat man vergeblich gewartet. Auf die Herausforderung der ethnischen Konflikte ist die Oberschicht der Brahmanen und Chhetri bisher noch nicht eingegangen. Der Rückhalt der Maoisten unter einigen kleineren Völkern zeigt, dass es höchst an der Zeit ist.

8. Bürokratie und Korruption Der Frust mit den Parteien

„Ich bin nur ein einfacher Taxifahrer und muss mein Geld ehrlich verdienen. Ich weiß nicht, was ich tun würde, wenn ich irgendeinen Staatsposten hätte oder Verkehrspolizist wäre. Schmiergeld fordern oder nicht? Wie könnte ich Nein sagen, wenn es all meine Kollegen tun?“



Suresh Thapa, Kathmandu

8. Bürokratie und Korruption - Der Frust mit den Parteien



„Pajero-Demokratie“ war in den 90er Jahren ein in Medienkreisen gängiges Etikett für den Zustand der nepalischen Demokratie. Der Besitz eines Autos ist in Nepal immer noch ein Privileg, das sich nur die Oberschicht leisten kann. Nur hohe Regierungsbeamte und Regierungsmitglieder bekamen in der Panchayatzeit ein eigenes Dienstfahrzeug zugestanden. Privat-PKW

betrachtete die Regierung dagegen als Luxus. König Birendra versuchte dem Unwesen Einhalt zu gebieten. Doch umsonst: der Wagenpark der Minister und Beamten wuchs ins Unübersehbare. Kaum ein Entwicklungsprojekt wurde mehr genehmigt, ohne dass zumindest ein Jeep für Regierungsmenschen abzufallen hatte. Dann kam die Demokratie und auch dieses Privileg wurde „demokratisiert“. Der Importzoll auf PKW blieb beträchtlich hoch, für einige Zeit sogar bei 300% des Werts der Fahrzeuge. Aber Politiker, hohe Staatsbeamte und Manager der Staatsbetriebe durften ihre Fahrzeuge zollfrei einführen. Da es sich in den meisten Fällen um einen Jeep des Typs „Pajero“ eines japanischen Autohauses handelte, taufte der Volksmund das System bald „Pajero-Demokratie“. 20 Millionen US-Dollar an Zolleinnahmen entgingen dem Staat auf diese Weise. Es konnte kaum überraschen, dass einige weniger begeisterte Bürger ihrem Ärger Luft machten und geparkte Pajeros demolierten. Sie wurden zum Sinnbild für Politikerprivilegien, aber auch für den Volkszorn, den diese auslösen können.

Schmiergeld als System

Spricht man in Nepal mit den „Menschen auf der Straße“ gleich welchen Berufs oder Herkunft über Regierung und Politiker bleibt diesen selten ein klares Urteil erspart: sie sind korrupt. Korruption zieht sich in Nepal quer durch alle Institutionen und vertikal durch alle Verwaltungsebenen bis hinauf zu den Ministern. Der ständige Wechsel der Regierungen hat diesen für Nepal nicht neuen Brauch weiter gefördert. Eine öffentliche Verwaltung im europäischen Sinne oder zumindest im Sinne von Britisch-Indien hat in Nepal wenig Tradition. Wer eine Regierungsstelle mit Entscheidungsbefugnis erhält, verwechselt dies oft mit einem Freibrief für den Empfang von jeder Art von Vergünstigungen, so

Die Wachhunde



Verhaftung des Telekommunikationsministers

Am 6. Oktober 2002 in aller Herrgottsfrüh wachen in Kathmandu zwei ehemalige Minister unsanft aus dem Schlaf. Die CIAA steht vor der Tür und läutet Sturm. CIAA steht in Nepal nicht etwa für den Geheimdienst, sondern für die Commission of Investigation on Abuse of Authority, ein Verfassungsorgan zur Bekämpfung staatlicher Willkür. Ihr Hauptfahndungsgebiet: die Korruption von Staatsangestellten und Politikern. Die beiden

Minister, Chiranjivi Wagle und Khun Bahadur Khadka, müssen eine umfassende Hausdurchsuchung erdulden und sich einige Stunden lang im Polizeihauptquartier penetrante Fragen zu Einkommen und Vermögensquellen stellen lassen. Am nächsten Tag prangen Fotos der CIAA-Operation auf allen Titelseiten, denn die CIAA liebt das, was korrupte Regierungsleute nicht schätzen: Transparenz und Öffentlichkeit. Nach drei Tagen werden die beiden ex-Minister in Haft genommen, wiederum mit voller Präsenz der Medien. Die neue vom König berufene Regierung von „Unabhängigen“ will beweisen, dass sie es ernst meint mit dem Kampf gegen die Korruption. Die ex-Minister bleiben wegen Gefahr der Verdunkelung und Beweisvernichtung eine Woche in Haft. Sie wären auch nicht die ersten, die sich dank dicker Konten im Ausland aus dem Land absetzen. Die CIAA hat in Nepal noch viel zu tun.

dass Entscheidungen im Sinne des wohlwollenden Spenders ausfallen. Die geringen Gehälter im öffentlichen Dienst sind nicht dazu angetan, Korruption zu verhindern. Laut einer Untersuchung von *Transparency International* führt die Verwaltung der Grundbücher die Rangordnung der korruptesten Ämter Nepals an, gefolgt von der Zollverwaltung, der Polizei und den Gerichtsverwaltungen. 48,4% jener Personen, die von der Polizei als Angeklagte oder Angehörige eines Angeklagten einvernommen wurden, hatten Schmiergeld zu zahlen. Auch in Schulen, im Gesundheitswesen und in der Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen ist Korruption gang und gäbe. 47,5% der Eltern mit Kindern im Schulalter hatten in Schulen Extragebühren für die Zulassung zu zahlen, 40,3% Schmiergelder an Professoren für Prüfungen. 25% der Steuerzahler hatten gar bei der Entrichtung der Einkommenssteuer etwas für den Beamten draufzulegen. Die Antikorruptionsbehörde CIAA prüft jährlich, neben der Prominenz, tausende kleine und mittelgroße Korruptionsfälle, doch die abschreckende Wirkung ist gering. In der Gerichtsbarkeit und im Militär darf die CIAA gar nicht prüfen.

Bereits in den Zeiten des Panchayatsystems war Korruption Teil des Systems, erfolgte aber in diskreteren Formen. Seit 1990 die Demokratie wiederhergestellt wurde, hat sich eine neue Form der Veruntreuung öffentlicher Mittel eingebürgert: die Abzweigung von Staatsgeldern zugunsten der Parteien. Der Kampf der Parteien um die Macht hat die öffentliche Verwaltung über die Maßen politisiert. Bei der Ämtervergabe entscheidet die Parteiloyalität und das Prinzip des „*aphno mantsche*“, der eigene Mann am richtigen Platz. Gute Beziehungen sichern die Postenvergabe und lassen die Ministerien und Verwaltungen für Außenstehende zu einem undurchdringlichen Dickicht werden. Die mit Ämtern Beglückten haben denn auch die Pflicht, mit politischer Rückendeckung von oben bei ihrer Arbeit möglichst viel für ihre Partei herauszuholen. Kommt eine neue Regierung ins Amt, werden - nach amerikanischem Muster - die höchsten Ränge der Bürokratie neu besetzt. So versickern öffentliche Mittel, die an anderer Stelle dringend gebraucht werden.

Wie begründen die Parteien diese Selbstbedienung an der Staatskasse? Vor allem mit der Notwendigkeit der Finanzierung der Wahlkämpfe. Eine staatliche Parteienfinanzierung gibt es in Nepal nicht. Aktivisten, Wahlwerber, Veranstaltungen und Geschenke verschlingen erhebliche Gelder, die die Mitgliederbasis und Spender aus eigener Kraft nicht aufbringen könnten. Staatliche Kontrollen der Finanzen der Parteien fehlen und so konnten Schmiergelder zur wichtigsten Einnahmequelle werden. Doch wie sollten die Steuerzahler motiviert werden, mehr Steuermoral walten zu lassen, wenn Politiker sich an den Einnahmen beliebig selbst bedienen? Diese Sorge scheint die bisherigen Regierungen noch kaum bedrückt zu haben.

Der Klientelismus ist Ausdruck der neuen Parteienkonkurrenz vor Ort. Zunächst musste man ja die Interessenten im eigenen Distrikt oder in der Gemeinde bedienen, um die eigene Wiederwahl zu sichern. Von der Opposition regierte Distrikte, Städte und Kommunen hatten das Nachsehen, da der Großteil der öffentlichen Mittel direkt von den zentralen Ministerien gesteuert wird. Politiker und hohe Beamte können so immer wieder Grauzonen gesetzlicher Regelung für eigene Zwecke nutzen und sich direkt an der Kasse bedienen. Diese Praxis ist im Süden und Mittelwesten am häufigsten, wo vor allem die von den Kommunisten des CPN (UML) regierten Distrikte und Kommunen benachteiligt sind.

In Nepal ist es bisher nicht gelungen, eine von der Politik unabhängige Verwaltung aufzubauen. Stellen mit Entscheidungsbefugnis hatten nahezu offiziell die Erlaubnis, Gegenleistungen für eine gewünschte Entscheidung zu fordern. Die ausländische Entwicklungshilfe, die seit über 50 Jahren eine der

wichtigsten Devisenquellen Nepals bildet, hat die Korruption nachhaltig gefördert. Der Großteil der bilateralen Hilfe muss nämlich durch eine spezielle Agentur der Regierung fließen, deren Bürokraten routinemäßig einen Teil des Kuchens beanspruchen. Es wird geschätzt, dass auf diese Weise oft mehr als 50% der veranschlagten Projektsomme im „Apparat“ versickerten. Die ausländischen Geberorganisationen mussten das Spiel mitspielen, um ihre Projekte durchzubringen. Eine Kultur der Straflosigkeit hat dieses System über die Maßen gefördert.

Ineffiziente Verwaltung

Mit jeder neuen Regierung werden in Nepal obere Verwaltungsränge mit den Mitarbeitern der Siegerpartei aufgefüllt, was die Produktivität der Verwaltung nicht gerade steigert. Der Schaden für die nepalische Wirtschaft ist nicht auszumachen. Der in Kathmandu zentralisierte Verwaltungsapparat ist für den normalen Nepali wie für ausländische Investoren und Entwicklungstechniker ein Alptraum. In Nepal hat ein obrigkeitsstaatliches Konzept von Verwaltung überlebt, das den Bürger als Bittsteller und den Beamten als Teil des Machtapparats sieht. Nepalische Verwaltungsvorgänge sind in der Regel so aufgebaut, dass sie möglichst viele Umwege und viele Mitentscheider beanspruchen. Dies schafft zahlreiche Arbeitsplätze und erhöht die Chance der Bereicherung.

Ein Schreibtischjob in der Hauptstadt ist immer noch ein Lebenstraum vieler notdürftig Gebildeter, während ein Einsatz als Regierungsbeamter in einem weiter entfernten Distrikt als Strafversetzung betrachtet wird. Wer in der Peripherie eingesetzt wird, macht dann aus der Geringschätzung für die Einheimischen keinen Hehl, während er für diese wiederum ein „*Rongpa*“ ist, ein auf Zeit zugereister fremder Hauptstädter. In Kathmandu müssen Angehörige unterer Kasten und der kleineren Völker immer wieder die bittere Erfahrung machen, von den eingesessenen *Bahun* in einflussreichen Posten als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt zu werden. Obwohl der Zugang zu den staatlichen Beamtenstellen nach außen hin nicht diskriminierend geregelt ist, finden die etablierten Kreise immer wieder Mittel und Wege, ihrem eigenen Nachwuchs zu den gewünschten Posten zu verhelfen.

In den oberen Regierungsetagen erfreuen sich vor allem zwei Tätigkeiten besonderer Beliebtheit: das Planen und Entwerfen ehrgeiziger, sehr modern anmutender Dokumente und Pläne, und das endlose Diskutieren in verschiedensten Seminarrunden und Planungsgruppen. Die konkrete Umsetzung

der Pläne und Programme ist weit weniger wichtig. Ausländische Regierungsberater fühlen sich eher in einer Hochschule denn in einer Verwaltung. Wer sich in nepalischen Verwaltungsstrukturen bewegt, wird auch schnell merken, dass Geselligkeit ein zentraler Wert im nepalischen Alltag ist. Ausgiebige Teerunden verkürzen die Beschwerlichkeit des Bürokratenlebens. Die Entscheidungsprozesse im zentralisierten Nepal selbst sind jedoch sehr hierarchisch organisiert. Die fehlende Mitsprache der Betroffenen vor Ort sorgte immer wieder für harsche Konflikte mit der Peripherie und Frust in den unteren Regierungsebenen.

Die ausgeuferte Korruption, der Klientelismus und die Politikerprivilegien haben im ganzen Land nicht nur für Verbitterung und Misstrauen gegenüber den Politikern gesorgt, sondern die Skepsis an der Demokratie überhaupt wachsen lassen. Das Karusell der wechselnden Regierungen, der schwer verständliche Parteienzank mit Spaltungen und Wiedervereinigungen, die Streitigkeiten um die Interpretation der Verfassung und der Mangel an messbaren Erfolgen in der praktischen Politik hat die breite Bevölkerung verunsichert. Dabei sind Korruption und Klientelismus durchaus kein Phänomen der 90er Jahre. Es hat jedoch in den ersten 12 Jahren Demokratie ein Ausmaß erreicht, das manche Kritiker die Panchayatzeit zurückwünschen ließ. Die Jahresberichte der CIAA belegen dies. Allgemeine Unzufriedenheit mit den Parteien und der staatlichen Verwaltung machte sich breit, so dass König Gyanendra mit seiner Intervention am 4. Oktober 2002 - Entlassung des gewählten Premierministers Deuba wegen Inkompetenz und Einsetzung eines neuen Premierministers seiner Wahl - eine Mehrheit der Bevölkerung hinter sich wissen konnte. Je nach politischen Sympathien ließ diese Situation für viele Nepali zwei entgegengesetzte „Saubermänner“ interessanter werden: die Maoisten einerseits und die Armee andererseits, die immer noch der König kommandiert. Dies kann langfristig für Nepals Demokratie nicht förderlich sein.

Dezentralisierung: die verpasste Chance

Nepal war bis vor wenigen Jahren ein völlig zentralistischer Staat. Alle politischen Fäden liefen am Hof in Kathmandu zusammen und nur dort fielen die wichtigen Entscheidungen. In einem ethnisch, sozial und geografisch so vielgestaltigen und gleichzeitig so wenig erschlossenem Land wie Nepal ist eine zentralistische Verwaltung nicht nur das Gegenteil von Bürgernähe und demokratischer Beteiligung, sondern führt auch zu verbreiteter Ineffizienz. Schon seit 50 Jahren ist Dezentralisierung ein Thema, allerdings mit mageren Ergebnissen.



Der Regierungspalast Singh Durbar

Dabei hatte Nepal nach der Überwindung des Untertanenstaats der Rana eine gewisse Tradition in der Bürgerselbstverwaltung aufgebaut. In den 60er Jahren wurden die „Dorf-Panchayats“, eine Art Gemeinderat, und die „Distriktpanchayats“ (Provinz- oder Kreisrat) eingerichtet. Doch diese gewählten Räte und ihre Exekutive hatten dieselben Aufgaben wie die lokalen Abteilungen der

Staatsverwaltung und hingen von denselben Finanzquellen ab. Kompetenzkonflikte waren an der Tagesordnung. Diese Dezentralisierung diente vor allem dazu, die eigene Machtbasis vor Ort bei der Stange zu halten. Notgedrungen musste dieses System 1984 reformiert werden, von einer echten Dezentralisierung der Macht blieb man jedoch noch weit entfernt.

Die demokratische Verfassung von 1990 erwähnt die Dezentralisierung als „das Mittel zur optimalen Beteiligung der Bevölkerung an der Regierung, um sie auf diese Weise an den Vorteilen der Demokratie teilhaben zu lassen“ (Art.45). Die neue Verfassung schweigt sich jedoch zur territorialen Ordnung des Staates aus. Die für jede funktionierende Demokratie eines Flächenstaates wesentlichen unteren Regierungsebenen der Gemeinden und Regionen bzw. Distrikte können in Nepal mit einfacher Parlamentsmehrheit gesetzlich geregelt werden: hier verrät sich der elitäre Geist der Verfassungsväter, die der Bevölkerung die Fähigkeit zur Selbstverwaltung nicht zutrauten. 1992 wurden die *Village Development Committees* (VDC, Dorfentwicklungskomitees: eine Art Gemeinderat) und die *District Development Committees* (DDC, Distriktentwicklungskomitees) eingeführt. In den 3.913 VDCs, in 75 DDCs und 58 Stadtkommunen fanden 1993 erstmals Wahlen statt. Die Gemeinderäte (VDC) wurden direkt gewählt und bestellten ihrerseits die Distrikträte (DDC). Doch diese demokratischen Organe blieben der Zentralregierung untergeordnet und hatten weder klare Kompetenzen noch ein eigenes Personal. Jede Aufnahme, jede Entlassung und jedes Disziplinarverfahren wurde von Kathmandu aus verfügt, das für manche Distrikte mehrere Tagesreisen entfernt liegt. Zudem hatten die Distrikte keine eigenen Finanzquellen. Man hatte mit dieser Art von Dezentralisierung von Staatsämtern vor allem die laufenden Verwaltungskosten aufgebläht, aber keine Effizienz dazugewonnen.

„Mit dem Herzen sind die nicht bei uns“

„Ich habe bei den Parlamentswahlen immer meine Stimme abgegeben. Immer wenn Wahlen anstehen, kommen die Kandidaten in unser Dorf. Wir müssen aufkochen und sie essen mit uns und versprechen uns das Blaue vom Himmel. Wenn sie dann gewählt worden sind, kennen sie uns nicht mehr und lassen sich nicht mehr blicken, um mal zu fragen, wie es uns geht. Ich lese keine Zeitungen und habe auch kein Fernsehen. So hören wir manchmal im Rundfunk, dass sie Minister geworden sind. Doch was ist das für ein politischer Führer, der nicht auch mal auf die kleinen Leute hört und uns nur als Stimmvieh benutzt? Wir haben *hakims* (Regierungsbeamte) hier, aber dies sind Fremde, die den *ja gir* (Beamtengehalt) beziehen. Ihre Familie und ihr Eigentum haben die anderswo. Wenn man sie lässt, sind die morgen schon wieder weg. Mit dem Herzen sind die nicht bei uns, was können wir also groß von ihnen erwarten? Sie tun bestenfalls ihre Pflicht, doch ist es höchst schwierig, sie herzuholen, wenn wir sie wirklich brauchen. Und wir können uns auch nicht beschweren. In den letzten Jahren haben wir unsere eigenen Organisationen gebildet. Wir haben dieses Gebäude selbst aufgebaut. Nun haben wir unsere eigenen Programme. Wenn wir den Leiter des VDC zum Treffen einladen, kommt er auch, weil er unsere Einladung nicht ausschlagen kann. Er unterstützt unsere Tätigkeiten. Und wenn er es nicht tut, können wir ihn dazu zwingen, obwohl wir wissen, dass er viel zu tun hat.“

Obfrau der Frauenorganisation von Kushadevi VDC, Kabhre, Dezember 2000, (aus UNDP-Report 2001)

Unter dem Druck der „Peripherie“ reformierte das Parlament 1999 die lokale Selbstverwaltung. Den VDCs wurden mehr Autonomie, mehr finanzielle Eigenverantwortung und klare Kompetenzen zugestanden. Mit dieser Aufteilung der Kompetenzen war Nepal nicht gerade zum Bundesstaat geworden, hatte aber rechtlich einen entschiedenen Schritt in Richtung Dezentralisierung der Macht gesetzt.¹⁸ Was sich im Gesetzestext fortschrittlich ausnahm, sieht in der Realität allerdings anders aus: obwohl grundsätzlich die Teilung des Steueraufkommens zwischen Zentralregierung und Lokalkörperschaften und gar ein eigenes

¹⁸ Laut Nepals *Local Self Government Act* von 1999 ist die Zentralregierung zuständig für die Grundfinanzierung, die Beamtenausbildung, die Steuerung und Überwachung der Programme, die Bestellung der lokalen Sekretäre, die Wahlen der VDC (*Village Development Committee*) und die Abgrenzung der VDC-Territorien. Die Lokalverwaltungen sind zuständig für das Gesundheitswesen, die Schulen, die Trinkwasser- und Abwasserentsorgung, Programme für Frauen, alte Menschen, behinderte Menschen und Kinder, Kulturförderung und ethnisches Brauchtum, Denkmalschutz, Bildung in der Muttersprache, Dienstleistungen für die Landwirtschaft, Tourismusförderung, Beschäftigungsförderung, Kleingewerbe und Handwerk, Handel, Wege- und Straßennetz, Brücken, Bewässerung, Gemeinschaftshäuser, Abfallentsorgung, Raumplanung, Umweltschutz.

Steuereinhebungsrecht letzterer beschlossen worden war, blieben diese finanziell völlig von Kathmandu abhängig. Ihr finanzieller Spielraum blieb äußerst begrenzt. 1999 konnten die VDCs im Durchschnitt ganze 690.000 Rupien (rund 9.000 US-Dollar), also nicht mal anderthalb US-Dollar pro Kopf der Bevölkerung ausgeben. Die Distrikte verwalteten 1999 im Schnitt 2,7 Millionen Rupien (38.000 US-Dollar), die zu zwei Dritteln aus bereits in Kathmandu beschlossenen Ausgaben der Zentralregierung bestanden. Die Eigeneinnahmen reichen nicht mal für die Bezahlung des eigenen Apparats. Die Distrikte selbst sind zu klein, um wirtschaftlich arbeiten zu können. Die Alternative wären größere und finanzstärkere Regionen, die ihre Abhängigkeit von Kathmandu durch ein gewisses Maß an Steuerhoheit verringern könnten.



Von Maoisten zerstörtes VDC-Gemeindehaus im Distrik Nuwakot.

Viele Kompetenzkonflikte waren noch nicht ausgeräumt. In der Personalverwaltung verlagerte sich die klientelistische Vetternwirtschaft von der Hauptstadt auf die Distriktebene. 2001 hatten ein Drittel der VDC noch keinen Gemeindevizepräsidenten und dort, wo diese Vizepräsidenten im Einsatz waren, arbeitete nur die Hälfte der Vizepräsidenten die offiziell festgelegte Zeit. Das übergeordnete „Ministerium für die Lokalverwaltung“ hatte 3.913 „Dorftechniker“ - einen für jedes VDC - ausbilden lassen, die von den VDCs wegen ihrer

wirklichkeitsfremden Ausbildung nicht akzeptiert werden. Dennoch werden sie heute von den DDC für ihre Statistenrolle bezahlt.

Die DDC (Distrikträte) haben immer noch kein eigenes Personal, sondern arbeiten mit dem von den Ministerien delegierten Beamten. Die vom Gesetz gewollte Übertragung von Aufgaben an die unteren Regierungsebenen erfordert sowohl Managementkompetenz wie politische Verantwortlichkeit. Beides liegt heute noch im Argen. Einerseits fehlt den VDC und DDC das Geld und die Mittel, ihr eigenes Personal auszubilden und angemessen zu entlohnen; andererseits sind die DDC keine direkt gewählten Organe und somit politisch den Wählern nicht direkt verantwortlich. Die Dezentralisierung Nepals scheint auf halbem Wege stecken geblieben zu sein. Laut Analyse des UNDP (Weltentwicklungsprogramm der UN, *Nepal Human Development Report 2001*, Kathmandu 2002) fehlt es an:

- Effizienz: es können keine langfristigen Ausbildungsprogramme aufgebaut werden.
- Koordination: vor allem zwischen den Lokalkörperschaften und den Regierungsämtern fehlt die Koordination, was zu einem ineffizienten Mitteleinsatz führt.
- Professionellen Verhandlungen zwischen Regierung und unteren Regierungsebenen aufgrund unklarer Kompetenzaufteilung und politischer Abhängigkeit.
- Monitoring, Überwachungsinstrumente und demokratische Transparenz.
- Dezentralisierung der Finanzpolitik: dieser fehlen noch die rechtlichen Grundlagen. Derzeit erhalten die Lokalkörperschaften 4% der Staatsmittel, mit abnehmender Tendenz. Es existiert kein horizontaler Finanzausgleich, aber ein hoher Missbrauch durch willkürlichen Mitteleinsatz.
- Politischer Verantwortlichkeit: Politiker haben Zugriff auf die Finanzen und nutzen diese ausgiebig für direkte Zuwendungen außerhalb der offiziellen Ausgabenprogramme. Die VDC- und DDC-Verantwortlichen haften nicht politisch für die korrekte Verausgabung.

Zudem werden die Gemeinden weitgehend von den traditionellen Eliten beherrscht. Die gewählten Vertreter haben oft noch nicht die Bereitschaft oder die Fähigkeit, ihre Verantwortung wahrzunehmen. Korrupte Regierungsbeamte spielen mit unverantwortlichen Gemeindepolitikern auf Parteiebene zusammen. Es fehlt an demokratischer Kontrolle, umso mehr als am 16. Juli 2002 die Legislatur der Lokalkörperschaften ausgelaufen ist. Die Regierung Deuba verschob aufgrund der fehlenden Sicherheit in vielen Distrikten die Neuwahlen auf unbestimmte Zeit. Stattdessen setzte Kathmandu staatliche Kommissare zur

Verwaltung der Gemeinden und Distrikte ein. Dieser Schachzug zielte aber auch darauf ab, die Opposition zu schwächen: die Kommunisten von der CPN-UML hielten bis dahin 2.300 der 3.013 VDCs, 51 der 75 DDCs und 44 der 58 Stadtkommunen. Die *Nepali Congress*-Regierung hatte ein Interesse, diese von der Opposition beherrschten Lokalregierungen zu behindern. Auf Gemeinde- und Stadtverwaltungsebene gibt es jetzt noch weniger Transparenz und Verantwortlichkeit als vorher. Viele normale Verwaltungsverfahren und kommunale Dienstleistungen stehen jetzt still. Dies ist ein harter Schlag gegen die Dezentralisierung der Verwaltung. Entwicklungsprogramme und NRO-finanzierte Projekte sind vielfach ausgesetzt worden, weil die VDCs als lokale Partner fehlen.

Es gibt verschiedene Konzepte der Dezentralisierung, die in Nepal miteinander konkurrieren: die Devolution, also echte Übertragung von Regierungsverantwortung auf die unteren Ebenen, die eigene Mittel und Personal haben, um ihre Aufgaben autonom durchzuführen; und die Delegation im Sinne der Aufgabendurchführung im Auftrag der Regierung. Wenn den Distrikten nicht mehr Autonomie zuerkannt wird und tragfähige Einheiten gebildet werden, wird auch diese Dezentralisierung scheitern. Nur die Devolution oder ein Bundesstaat würden die Beziehung zwischen Zentrum und Distrikten einschneidend ändern und die Verwaltungseffizienz fördern. Nepal hat diesen weitergehenden Schritt bitter nötig, um die Demokratie den Bürgern näher zu bringen.

Die Ränkespiele der Parteien

Seit den 50er Jahren beherrschen zwei Parteien die politische Landschaft Nepals. Dem 1949 in Kalkutta gegründeten *Nepali Congress* (NC) kommt das historische Verdienst zu, die absolute Rana-Herrschaft 1950 gestürzt zu haben und für das erste Experiment Nepals mit der Demokratie in den 50er Jahren gesorgt zu haben. Zwar musste die Kongresspartei die Macht zunächst mit den Rana und dem König teilen, doch bei den ersten freien Parlamentswahlen 1959 gewann der von B.P. Koirala geführte NC gleich zwei Drittel der Parlamentssitze. B.P. Koirala wurde Premierminister und machte sich daran, die Vorherrschaft des Königshauses abzubauen. Die Folgen sind bekannt (vgl. Kap.4 „Nachwehen der Geschichte“): der König riss die absolute Macht wieder an sich und führte das parteienlose Panchayat-Rätesystem ein. Viele Kongress-Politiker wanderten hinter Gitter und wurden gefoltert, die Partei war in den Untergrund verbannt. Die Kongresspartei und die Kommunisten waren die treibenden Kräfte für das Referendum 1980 und die Wiederherstellung der Demokratie im Frühjahr 1990. Bei den ersten Wahlen unter der neuen

Verfassung errang wiederum die Kongresspartei den Sieg. Doch die Freude über diesen Erfolg währte nicht lange. Premierminister Girija Prasad Koirala, der Bruder des verstorbenen ersten demokratischen Ministerpräsidenten, hatte nicht nur mit der Opposition schwer zu kämpfen, sondern auch mit vielen Widersachern in der eigenen Partei.



Der ehemalige Ministerpräsident Deuba mit der Korruption überführten ex-Ministern.

Zwischen der aus Indien geförderten Kongresspartei und den zunächst nach China blickenden Kommunisten entwickelte sich eine harte Polarität. So trat die Kongresspartei sehr entschieden für die Rechte der tibetischen Flüchtlinge ein, während die Kommunisten dies als Verletzung der außenpolitischen Neutralität des Landes betrachteten. Andererseits punkteten die Kommunisten unter der Wählerschaft, als sie immer wieder dem NC eine zu nachgiebige Haltung gegenüber Indien vorwarfen. Eine Reihe für Nepal ungünstig geregelte Großprojekte zur Nutzung der Wasserkraft (vgl. Kapitel 14 „Angst vor dem großen Bruder“) trugen der Kongresspartei den Vorwurf ein, einen Ausverkauf der Interessen Nepals zu betreiben.

Schon 1994 bildete sich gegen den übermächtigen Parteichef und Premierminister G.P. Koirala eine innerparteiliche Opposition, die ihn zwang,

das Parlament aufzulösen und Neuwahlen auszurufen. Diese Wahlen führten zu erheblichen Verlusten des NC und zu einer relativen Mehrheit der *Communist Party of Nepal (United Marxist Leninist)*, in Nepal oft nur UML genannt, die im September 1994 eine Minderheitsregierung bilden konnte. Doch schon 1995 erklärte der Oberste Gerichtshof die Wahl von 1994 für ungültig und hob das alte Parlament wieder ins Amt. Nepal hatte nun ein Hängeparlament mit der alten Mehrheit ohne Legitimation der Wählerschaft. Die Folge war ein fünfjähriges Karussell von Regierungen aller nur denkbaren Koalitionen: Links, Mitte-Rechts, Links-Rechts, Mitte-Links. Der *Nepali Congress* führte in der Zeit von 1991 bis 2002 das Land am längsten, nämlich 9 Jahre, die UML bloß neun Monate. Innere Flügelkämpfe bis hin zur Spaltung und ein Mangel an innerparteilicher Demokratie setzten dem NC immer mehr zu.

Zwar sorgten die Wähler 1999 für eine überraschende absolute Mehrheit des NC von 110 Sitzen im 205 Mitglieder zählenden Parlament, doch die ersehnte Stabilität konnte auch der neue Premierminister Krishna Prasad Bhattarai nicht herstellen. Im Gegenteil: nicht nur die Korruption geriet langsam außer Kontrolle, auch die Wirtschaftskrise und der seit 1996 andauernde Maoistenaufstand setzten der Regierung immer mehr zu. Nach dem Massaker im Königshaus im Juni 2001 bildete Sher Bahadur Deuba, der traditionelle Widersacher B.P. Koiralas, eine neue Regierung. Doch der innerparteiliche Spalt pilz reifte schon wieder im Frühjahr 2002: Premierminister Deuba verlangte die Verlängerung des Ausnahmezustandes zwecks Bekämpfung der Maoisten. Die von Koirala geführte Parteimehrheit folgte der Entscheidung Deubas nicht, worauf dieser das Parlament kurzerhand auflöste und Neuwahlen für den November 2002 ausschrieb. Daraufhin schloss ihn seine Partei aus der NC aus. Mit seinen Anhängern gründete Deuba eine eigene Partei mit dem Namen *Nepali Congress (democratic)*, während sein traditioneller Widersacher G.P. Koirala die Restpartei weiterführt. Die nepalische Kongresspartei stellt sich gerne und zum Ärgernis seiner Konkurrenten als die einzig wahrhaft demokratische Partei Nepals dar. Doch in der konkreten Politik der ersten 12 Jahre Demokratie muss sie sich das höchste Ausmaß an Machtmissbrauch vorwerfen lassen.

Auch die Kommunisten blieben vom Spalt pilz nicht verschont. Sie waren 1994, zur Überraschung des Auslands, zur stimmenstärksten Partei Nepals geworden und bildeten unter Man Mohan Adhikari die erste demokratisch gewählte kommunistische Regierung Asiens. Doch mangels parlamentarischer Mehrheit konnte diese Regierung nur ein bescheidenes Reformprogramm umsetzen. Schon nach neun Monaten fiel die Macht zurück an eine Koalitionsregierung gebildet

aus NC und RPP.

Die 1949 in Kalkutta gegründete Kommunistische Partei Nepals hatte, wie der NC, im Untergrund jahrzehntelang gegen das Panchayatsystem gearbeitet und dann maßgeblichen Anteil am Erfolg des *jana andolan*, des demokratischen Frühlings 1990. An der Erstellung der Verfassung von 1990 wirkte die von den Kommunisten geführte Linksfront gleichberechtigt mit dem NC mit. In den 90er Jahren unterzogen die Kommunisten ihr Programm und ihre Strategien einer radikalen Revision. Die parlamentarische Arbeit, die tägliche Suche nach Konsens und Kompromiss und die Mitwirkung an Koalitionsregierungen machten aus der UML eine „reformkommunistische“, eigentlich schon sozialdemokratische Partei, die der Marktwirtschaft, der konstitutionellen Monarchie und dem Mehrparteiensystem verpflichtet ist. Heute fehlt nur noch der letzte Schritt: die definitive Änderung des Parteinamens.

1998 spaltete sich auch die UML über der Frage der Nutzung der Wasserkraft in Zusammenarbeit mit Indien. Der abgesprungene Flügel, die *CPN-ML* (*ML* für *Marxist-Leninist*) koalierte mit dem NC, doch der tiefe Riss zwischen den beiden kommunistischen Fraktionen sorgte für eine politische Lähmung. Überraschend gelang es 2002, beide Parteiteile wieder zu vereinen. Die UML hat in vielen Fragen eine unklare, ambivalente Haltung und leidet unter dem Druck der Maoisten zunehmend an der Schwierigkeit, ihr progressives Image aufrechtzuerhalten. So fürchtet die UML im Grunde eine Rückkehr der Maoisten auf die parlamentarische Bühne, weil dies diese Partei mit verwaschenem Profil einen großen Teil ihrer Stimmen kosten könnte.

Ende 2002 lag die UML Umfragen zufolge dennoch in der Wählergunst an der Spitze. „Derzeit befindet sich die CPN-UML in einer Übergangsphase“, sagt Prof. Kapil Shrestha, Professor für Politikwissenschaft an der Tribhuvan-Universität in Kathmandu, „In ländlichen Gebieten gibt es zwischen den Maoisten und den CPN-Kommunisten kaum einen programmatischen Unterschied. In den Städten hingegen nähert sich die CPN-UML dem NC stark an. Maoistische Sympathisanten würden nicht für den CPN-UML stimmen, aber der NC wäre für eine Wahlbeteiligung der Maoisten, um die kommunistische Wählerschaft zu trennen und dadurch zu schwächen. Wenn die CPN-UML an die Regierung kommt, müsste sie zuerst einen Kompromiss mit der Armee schließen, um eine Putschgefahr zu vermeiden. Doch auch die kommunistische Regierung in Westbengalen bekämpft die Naxaliten¹⁹“.

¹⁹ Die Naxaliten sind eine Kommunistische Untergrundbewegung, die seit Jahrzehnten einen bewaffneten Kampf gegen die Regierungen der indischen

Am meisten erfahrene „alte Hasen der Politik“ kann die drittstärkste Partei aufbieten, die *Rastriya Prajatantra Party* (RPP, Partei für nationale Demokratie), in der sich frühere Panchayatgrößen gesammelt haben. Da man Zweifel an ihrer Verfassungsmäßigkeit hatte, fiel es der RPP zunächst schwer, im Parlament salon- und später koalitionsfähig zu werden. 1997/98 stellte die RPP zwei Minderheitsregierungen, bis sie sich 1998 selbst zerfleischte und eine Regierungskrise auslöste. Heute steht die RPP wieder im Zentrum, da einer ihrer führenden Exponenten, der frühere Panchayat-Politiker Lokendra Bahadur Chand, vom König am 4. Oktober 2002 mit der Regierungsbildung betraut wurde.

Die *Nepal Sadbhavana Party* (NSP) ist die Stimme des Regionalismus des Terai, des südlichen Flachlands Nepals, hielt sich aber im Parlament eher opportunistisch zur Verfügung jener Koalition, die dem Terai die größten Vorteile versprach.

Insgesamt spiegeln Nepals Parteien die Gesellschaft, die sie zu vertreten vorgeben, kaum wider. Dies geht allein schon aus der Zahl der weiblichen Abgeordneten im Parlament hervor, nämlich derzeit 11 von 205, gleich 5% der Mitglieder insgesamt, was gerade ihrer gesetzlichen Verpflichtung entspricht. Angehörige niedriger Kasten, der Dalits, Vertreter der kleineren Völker, entlegene Distrikte sind im Parlament völlig untervertreten. Eine 3%-Hürde verhindert für viele kleinere politische Kräfte den Einzug ins Parlament. In Nepal wird diese Verzerrung auch durch die Auswahl der Kandidaten bedingt. Diese ist in der Regel ein Vorrecht der Parteiführer, die ein klares Kriterium anwenden: wie gut passt die interessierte Person in die traditionelle Partielite? Wenn sich politische Aktivisten mit solchen Mechanismen nicht abfinden können, geraten sie oft in Versuchung, zu außerparlamentarischen Gruppen abzuwandern, nicht zuletzt auch zu den Maoisten.

Die Rolle des Königs

Nach dem Umbruch zur konstitutionellen Monarchie 1990 hielt sich König Birendra strikt an seine verfassungsmäßige Rolle und auch in der politischen Diskussion im Hintergrund, verglichen mit der Panchayat-Zeit, die im König noch die beherrschende Figur hatte. König Gyanendra, der seinem im Juni 2001

Bundesstaaten von Westbengalen und Bihar führt. Diese Bundesstaaten gehören zu den wenigen indischen Bundesstaaten, die von der (reform)kommunistischen Partei Indiens regiert werden.

ermordeten Bruder auf den Thron folgte, nahm erst 2002 eine aktivere Rolle ein und versuchte, mehr direkte Verbindung zum Volk aufzubauen. Dies hatte er bitter nötig, zumal ihm immer noch vielfach unterstellt wird, an einem Komplott zur Ermordung seines Bruders Birendra beteiligt gewesen zu sein.



Verschiedene politische Kräfte hatten die Monarchie seit längerem schon in Frage gestellt. Während manche die Rolle des Königs in der Erhaltung eines geeinten Nepals als Nation hervorstreichen, war nach 1951 und insbesondere nach der Ausrufung des Panchayat-Systems das Königshaus als ständige Bedrohung für die Demokratie betrachtet worden. König Birendra hatte es allerdings verstanden, die Rolle des Reformers im Sinne der Modernisierung des Staates und größeren Beteiligung des Volkes zu übernehmen.

Nach 1990 ging diese Kontroverse weiter. Während der letzten Jahre seiner Regentschaft priesen die demokratischen Politiker Birendras Anpassung, seinen Wandel zum konstitutionellen Monarchen. Doch

blieb das Verhältnis zwischen dem Königshaus und der Regierung ambivalent. Für den gewählten Premierminister blieb es immer wieder diplomatische Schwerarbeit, den königlichen Rat zu kritischen Fragen des Staates einholen zu müssen. König Birendras Popularität lag vor allem in der Fähigkeit begründet, eine noble Distanz zum Parteienzank eingehalten zu haben, obwohl die Ränkespiele der Parteien immer mehr die Stabilität und Glaubwürdigkeit der Demokratie selbst aufs Spiel setzten. So scheiden sich die politischen Geister heute an der Frage, ob der König bloß Aufgaben eines Repräsentanten und Wächters der Verfassung wahrzunehmen hat, oder auch den aktiv zum Wohl des Landes eingreifenden Schiedsrichter spielen dürfe.

Einen entschiedenen Schritt in letzterem Sinne tat Birendras Nachfolger, König Gyanendra, mit der am 4. Oktober 2002 verfügten Entlassung des Premierministers Deuba - „Inkompetenz“ lautete die offizielle Begründung - und

der Einsetzung einer neuen Regierung. Für viele Verfassungsrechtler hatte der König damit seine Befugnisse überschritten und seine Aufgabe, die demokratische Verfassung zu hüten, verletzt. Kritische Stimmen warnten schon vor der völligen Machtergreifung des Königs und einer Rückkehr in die dunklen Zeiten der 60er und 70er Jahre.

Von der Demokratie enttäuscht

Viele Nepali blicken heute, nach 12 Jahren Demokratie, mit gemischten Gefühlen auf das verwirrende Spiel der Parteien, des Parlaments und des Königshauses. Zu Beginn des demokratischen Experiments 1990 standen konkurrierende, doch optimistische Visionen zur zukünftigen Entwicklung des Landes. Doch blieb die nepalische Gesellschaft weiter vom tief verwurzelten sozialen und kulturellen Erbe bestimmt. Die Armut und Rückständigkeit des Landes verlangte dringend nach Reformen, doch das geringe wirtschaftliche und finanzielle Potenzial, die zentralistische Struktur des Staates, der Mangel an Verwaltungskultur und die geringe Erschließung des Landes gaben dafür zunächst noch wenig Spielraum. Alle Parteien führten die entscheidende Bedeutung des sozialen Ausgleichs im Munde. Dieses Ziel hätte für Nepal einen stärkeren und effizienteren Staat vorausgesetzt. Der globale politische Trend der 90er Jahre ging in die Gegenrichtung: freiere Märkte, weniger Staat, globale Öffnung. Inmitten dieses Konflikts setzten die Maoisten mit einem noch radikaleren Konzept an: eine kommunistische Volksrepublik nach Maos Vorstellungen bedeutet eine durchgreifende Umgestaltung nicht nur des Staats, sondern der ganzen Gesellschaft. Solche Vorstellungen stießen anfangs bei jenen auf Sympathie, die ohnehin nicht viel zu verlieren haben; dann aber auch bei jenen, die von den Machenschaften der Parlamentsparteien enttäuscht waren. Doch ist der regionale und globale Kontext für eine maoistische Revolution in Nepal nicht gerade günstig. Und nach der terroristischen Degenerierung des Aufstands tut sich die berechtigte Frage auf: werden solche Revolutionäre nicht noch schlimmere Diktaturen errichten als es Asien schon erlebt hat?

Nepals Parteien scheinen in den vergangenen 12 Jahren krass versagt zu haben. Für die Stabilisierung der parlamentarischen Demokratie in Nepal war dieses verwirrende Spiel der Parteien ein großes Hindernis. Die kurzfristigen Regierungen, unnötigen Krisen, vorgezogenen Neuwahlen verhinderten die Umsetzung längerfristiger Regierungsprogramme. Nepals Wählerschaft schaute



Die demokratischen Parteien treffen sich regelmäßig zu Allparteienkonferenzen.

zu, wie sich die politische Elite, meist in Kathmandu beheimatet, in endlosen Querelen und undurchsichtigen Streitereien zerrieb, während die Hauptprobleme des Landes nicht angegangen wurden. Korruption und Vetternwirtschaft ufernten aus, als die Parteien ausgeklügelte Protektionssysteme entwickelten, um die eigene Macht zu erhalten. Trotz massivem Glaubwürdigkeitsverlust errang der NC bei den Wahlen 1999 wiederum die Mehrheit, doch gleichzeitig erreichte auch die Parteienverdrossenheit ihren Höhepunkt. Der Ruf nach dem „starken Mann an der Spitze“ wurde lauter.

Müssen die Nepali dennoch mit ihrer heutigen politischen Elite weiter machen? Kann die Zivilgesellschaft als eigentliche Drehscheibe für politische Änderungen den Drang nach autoritärer Staatsführung noch einbremsen? Ist die freie Marktwirtschaft für ein so armes Land wie Nepal die angemessene Wirtschaftsordnung? Nepals Demokratie hat ihre Zähigkeit schon nachgewiesen. Die öffentliche Debatte hat den Kampf gegen die Korruption angeheizt. Mehr Dezentralisierung könnte dem Machtmissbrauch vorbeugen. Die Verwaltung muss aus ihrer exzessiven Politisierung und dem Parteieneinfluss heraus. Die Demokratie braucht eine Reihe institutioneller Reformen. Bei allem Schrecken und Leid des Volkskriegs: der maoistische Aufstand kann einen heilsamen Druck für eine grundlegende Reform der nepalischen Demokratie erzeugen.

9. Hungertod im Himalaya

„Diese Lebensmittelblockade schadet den Einheimischen viel mehr als den Maoisten. Sie kommen in Gruppen und setzen uns die Pistole auf die Brust. Ob uns selbst genug Nahrungsmittel bleiben, kümmert sie rein gar nichts.“

Ein Hirte in Pandusen (Bajura)



9. Hungertod im Himalaya



Getreidetransport nach Bajura

Der Distrikt Bajura liegt weit im Westen Nepals. 2002 hat die Dürre das Gebiet besonders hart getroffen. Die Getreideproduktion ist um 60% gesunken. Immer mehr arbeitsfähige Menschen wandern ab, vor allem nach Indien. Früher bewohnten 800.000 Menschen den Distrikt, heute rund ein Viertel weniger. In Bajura fehlten auch schon bisher jährlich 7.800 Tonnen Getreide, um den

Bedarf zu decken. Doch 2002 hat die Nepal Food Corporation NFC, die Nahrungshilfsorganisation der Regierung, nicht mal ein Zehntel davon herangeschafft. Der subventionierte Reis im Depot war schon vor Winterbeginn aufgebraucht. Dann gibt es noch das „Nahrung für Arbeit“-Programm der UN-Ernährungsorganisation WFP, das die bedürftigsten Bauern über die Runden brachte. Doch als die Verteilungsdepots von den Maoisten geplündert wurden, musste das Programm ausgesetzt werden. Dann zerstörten die Maoisten die beiden Flughäfen des Distrikts, Sanfegagar und Kolti, und so war die Versorgung aus der Luft ebenfalls unterbunden. Das Militär hat seinerseits die wenigen Pisten im Distrikt Bajura blockiert. Kaufleute dürfen mit nur ganz geringen Rationen durch. Alles, was den Maoisten irgendwie nützlich sein könnte, auch Fertignudel, Speiseöl, Batterien, Schuhe, kommt bei den Kontrollposten nicht mehr durch. Die Maultierkarawanen werden immer wieder überfallen, so dass sich immer weniger Kaufleute den Weg hinauf wagen.

„Diese Lebensmittelblockade schadet den Einheimischen viel mehr als den Maoisten,“ sagte mir ein Dorfbewohner in Pandusen (Bajura): „Die Maoisten kommen in Gruppen und setzen uns die Pistole auf die Brust. Ob uns selbst genug Nahrungsmittel bleiben, kümmert sie rein gar nichts.“ Bajura scheint alles Unglück auf einmal getroffen zu haben: die Blockade der Armee, die maoistischen Plünderungen, die schwerste Dürre seit 50 Jahren, die unterbrochenen Zufahrtsstraßen, zerstörten Brücken und Flughäfen. Schon weisen die Kinder Symptome von Unterernährung auf. Dieser Winter ist für viele Menschen in Bajura ein Kampf ums Überleben. Nördlich grenzen die höher gelegenen Distrikte Mugu und Humla an, die genauso regelmäßig an Nahrungsmitteldefizit leiden. Wenn die Straße von Doti nach Bajura nicht

repariert wird, kommen Hilfslieferungen hier gar nicht durch. Tausenden droht der Hungertod.

Vom Lebensmittelexporteur zum Defizitland

Wie konnte es soweit kommen? Noch in den 60er Jahren hatte Nepals Landwirtschaft die höchste Produktivität in ganz Südasien aufgewiesen. 1990 war es zum Schlusslicht geworden, und damit nicht genug. Laut FAO herrscht in Nepal der höchste Grad an Unterernährung in ganz Südasien. 51% der Bevölkerung halten ihren eigenen Nahrungsmittelverbrauch für unzureichend. In den Hochlandregionen an der Grenze zu Tibet erreicht dieser Anteil 63% und im Bergland 54,6% der Bevölkerung, während sich die Menschen im Terai und in den Städten relativ am besten versorgt sehen. In den westlichen Berggebieten reicht die Produktion von Grundnahrungsmitteln für 3-8 Monate im Jahr. Die Bauern hängen von Einkommensquellen außerhalb der Landwirtschaft ab. Die Versorgungslücke trifft vor allem die Subsistenz-Kleinbauern, die weniger als einen halben Hektar Anbaufläche besitzen. Zusammen mit den landlosen Landarbeitern und den Pächtern bilden sie 30% der Bevölkerung Nepals, der ärmste Teil, der zum Großteil sich nicht ausreichend ernähren kann. Besonders gefährdet ist diese Gruppe im westlichen Landesteil, da sich hier verschiedene Benachteiligungen überschneiden: geringere Bewässerungsmöglichkeiten und Dürreperioden, eine rückständige Infrastruktur, aber die höchste Bevölkerungsdichte bezogen auf die bewirtschaftete Anbaufläche, und zu wenig alternative Einkommensquellen außerhalb der Landwirtschaft. Zudem hat der Westen anteilmäßig weit weniger Entwicklungsprojekte und touristische Einnahmen. Tiefe Armut, fast regelmäßige jährliche Engpässe in der Lebensmittelversorgung und Hunger sind die Folgen.

In den Hochlandgebieten von Dolpo, Mugu, Humla, Jumla und Kalikot starben von 1998 bis 2000 laut Regierung 1.561 Menschen an Hunger. Im Distrikt Humla wird 85% mehr an Nahrungsmitteln benötigt, als die Bauern selbst erzeugen können, im Distrikt Mugu 81% mehr. Das Defizit muss durch Lebensmittellieferungen von außen gedeckt werden. Schon vor dem Volkskrieg wanderten immer mehr Menschen ab, jetzt ist die Lage dramatisch. Der Nahrungsmittelbedarf der Maoisten und die fehlenden Arbeitskräfte auf den Feldern haben ein schon bestehendes Problem verschärft. Die Hilfslieferungen der Regierungen reichen bei weitem nicht mehr. Die traditionelle Arbeitsmigration ist durch den Krieg stark gebremst worden. Getreidereserven werden geplündert, weshalb die Bauern weniger anbauen. Aber das gesunkene Einkommen aus Nebenerwerb erlaubt ihnen nicht, Lebensmittel zuzukaufen.



Anwesen wohlhabender Bauern im Kali Gandaki Tal

Allgemein hält die interne Lebensmittelerzeugung Nepals mit dem Bevölkerungswachstum nicht mehr Schritt. Nepals Getreideproduktion ist 1999-2001 zwar gestiegen, doch geringer als die Bevölkerung. Es wuchs die Reiserzeugung, aber die Erntemenge an Gerste sinkt schon seit 1995. Für viele Menschen in den Berggebieten bilden die traditionell angebauten Getreidesorten Gerste, Hirse und Buchweizen den Grundstock der Nahrungsreserve, nicht der Reis. Die Pro-Kopf-Produktion an Nahrungsmitteln schrumpft. Jahr für Jahr werden mehr Grundnahrungsmitteln importiert, um das Nahrungsmitteldefizit auszugleichen. Dennoch wächst die Zahl der an Unterernährung leidenden Menschen um 150.000 pro Jahr. Laut jüngstem Bericht der FAO zur globalen Nahrungsmittelversorgung hat die Zahl der Unter- und Fehlernährten in Nepal fünf Millionen erreicht, was nicht weniger als 23% der Gesamtbevölkerung entspricht. Der Mangel an Anbauflächen, die Dürre, das Fehlen von Saatgut, Düngemitteln, Bewässerungsstrukturen, Transportwegen und technischen Geräten haben schon seit Jahren die Produktivität der Landwirtschaft schrumpfen lassen. Dies wird in Kombination mit dem eskalierenden Volkskrieg laut FAO bald zu einer der schlimmsten Versorgungskrisen an Nahrungsmitteln in ganz Südasien führen.

Die Regierung hat es sich offiziell zum Ziel gesetzt, den Hunger in Nepal auszumerzen. Die *Nepal Food Corporation* NFC wurde gegründet, um für Lebensmittelsicherheit zu sorgen. Sie beschafft, lagert, transportiert und verteilt Grundnahrungsmittel zu sozialen Preisen in Gebieten mit Nahrungsmitteldefiziten. Erklärte Ziele sind die Sicherung der bäuerlichen Einkommen, indem stabile Mindestabnahmepreise garantiert werden, die Stabilisierung des Getreideangebots für Nahrungszwecke allgemein und der Aufbau von Getreidereserven zum Ausgleich von naturbedingten Schwankungen. Das NFC-Programm deckt die 55 Berg- und Hochlanddistrikte ab, während die 20 Terai-Distrikte als Überschussproduzenten gelten. 25 Distrikte werden als entlegen und unzugänglich betrachtet. Die Defizite werden jährlich erfasst und staatlich subventioniertes Getreide geliefert. Das NFC springt auch bei Naturkatastrophen ein. Das Jahr 2002 war ein an Überschwemmungen und Erdbeben besonders reiches Jahr. 2000/2001 lieferte das NFC 11.170 Tonnen Getreide in 34 betroffene Distrikte. Dazu kam bisher das „Lebensmittel für Arbeit“-Programm des Welternährungsfonds WFP. Doch all dies reicht bei weitem nicht mehr.

Jetzt ist die Regierung nicht mehr gewillt, ausreichend Grundnahrungsmittel in die Defizitgebiete zu transportieren. Nachdem die Maoisten in Jajarkot und Mugu auch die Lebensmitteldepots des Welternährungsfonds WFP geplündert haben, sind viele Transportflüge in den fernen Westen gestrichen worden, wie auch Teile des Programms „Nahrung für Arbeit“. Die Nahrungsmitteltransporte gelangen zwar in die Distrikthauptstädte. Mangels Sicherheit auf den Verbindungswegen bleiben jedoch viele Dörfer unversorgt.

Das Recht auf Ernährung ist ein absolutes Grundrecht. Es erfordert den sicheren Zugang zu Lebensmitteln und Trinkwasser in ausreichender Menge und Qualität. Chronische Unterernährung ist die heute in Nepal am meisten Menschen treffende Menschenrechtsverletzung. Ohne Zweifel verstärkt diese Situation die allgemeine Unzufriedenheit mit der Regierung und treibt große Teile der Landbevölkerung in die Arme der Maoisten. Aber gerade der Volkskrieg und die Aufrüstungsprogramme von Armee und Polizei lenken erhebliche Finanzmittel in den militärischen Bereich um, die von der Landwirtschaft und den Sozialausgaben abgezweigt werden. Eine bittere Erkenntnis für die meisten Nepali: 12 Jahre Demokratie haben nicht dafür gesorgt, dass die ganze Bevölkerung ausreichend mit Lebensmitteln versorgt werden kann. Für viele gibt es deshalb keinen Zweifel an der Notwendigkeit radikaler Reformen: die Zuteilung von Grund und Boden an landlose Kleinbauern, mehr öffentliche Mittel zur Förderung der Landwirtschaft,

Erweiterung des internen Produktionspotenzials, eine andere Politik für die Kleinbauern.

Der Zugang zu Grund und Boden und die außerlandwirtschaftlichen Einnahmen sind für die Lebensmittelversorgung der Berggebiete entscheidend. Aufgrund der Krise wandern aus den am meisten betroffenen Gebieten immer mehr arbeitsfähige Menschen ab, und das verstärkt wiederum die Armut - ein Teufelskreislauf. Die Menschen in diesen Gebieten leben nicht nur schlechter, sondern auch kürzer: die Bergbevölkerung Nepals stirbt - bei einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 59,5 Jahren in ganz Nepal - sieben Jahre früher als die Menschen im Terai und 10 Jahre früher als die Stadtbevölkerung. Dies hat auch mit der medizinischen Versorgung zu tun.

Ein Arzt für 57.000 Einwohner

Neben dem Recht auf Ernährung, dem Recht auf Bildung und dem Recht auf Arbeit ist ein weiteres Grundrecht in Nepal in denkbar schlechter Verfassung: das Recht auf Gesundheit. In einem Land mit 23,4 Millionen Einwohnern (2002) sind nicht mehr als 12.000 Ärzte registriert, also knapp ein Arzt auf 20.000 Personen. 60% der Ärzte praktizieren allerdings in der Hauptstadt. So steht in den Landgebieten, wo 90% der Nepali leben, nur ein Arzt für 57.000 Personen bereit. Laut *Nepal Medical Council*, der Ärztekammer Nepals, waren 2002 überhaupt nur 3.688 Ärzte zugelassen, von welchen sich wiederum ein Teil zur Fortbildung im Ausland befindet oder nicht immer praktiziert. Lukrative Angebote aus dem Ausland gibt es auch für nepalische Ärzte zuhauf und viele nutzen ihre Chance.

Das Nachsehen haben die entlegenen Distrikte. So gibt es etwa in den Distrikten Dolpo, Kalikot, Mugu und Rolpa kein Distrikthospital; im Distrikthospital von Rukum gibt es bei einer Bevölkerung von 200.000 Personen keinen Arzt. Die Gründe für die Konzentration der Ärzte in den Städten sind dieselben wie in den Industrieländern: bessere Lebensbedingungen, höhere Gehälter, der weitverbreitete elitäre Dünkel und das Fehlen staatlicher Anreize für den Einsatz in ländlichen Gebieten. Wenn Familien zudem viel Geld ins Medizinstudium eines Familienmitglieds stecken, erwarten sie auch eine schnelle monetäre Rendite. Der Staat fördert die ärztliche Tätigkeit in entlegenen Gebieten kaum und freiwillig finden sich wenige Ärzte bereit, das Kathmandutal zu verlassen. So kommt Dr. Punja Bahadur Thapa, Direktor der Kanti-Kinderklinik in Kathmandu, nicht umhin festzustellen: „Jeder Arzt sollte als Voraussetzung für eine Beförderung ein Jahr lang in einem entlegenen Gebiet Nepals arbeiten, wie



Im Bir-Krankenhaus von Kathmandu

es auch gesetzlich vorgesehen ist.“ Kein Wunder, wenn in den Berggebieten Nepals oft fragwürdige schamanistische Heilpraktiken noch gang und gäbe sind. Aberglauben, Armut, Unwissenheit, Ärztemangel, zu große Entfernung der Gesundheitsposten und Apotheken, fehlende Hygiene - in Nepal sterben jährlich Zehntausende an heilbaren Krankheiten.

Die Regierung Nepals investiert zu wenig in die Gesundheit. Die staatlichen Gesundheitsausgaben sind zwar bis 2000 auf 5,7% des Bruttoinlandsprodukts gestiegen. Doch bei den Pro-Kopf-Ausgaben liegt Nepal unter den Schlusslichtern: 2 US-Dollar pro Jahr pro Kopf, während die Entwicklungsländer insgesamt durchschnittlich allein für die Grundversorgung 12 US-Dollar pro Kopf ausgeben. Dabei hatte es in den Gesundheitsdiensten in den letzten Jahren wesentliche Verbesserungen gegeben. Bis 1996 waren 736 Gesundheitsposten als „Nahversorgungsstellen“ mit 3.175 Subposten, also fast einer pro Dorf (VDC), aufgebaut worden. 69% der Haushalte können den nächsten Gesundheitsposten in einer halben Stunde erreichen. 13.000 Hebammen und 47.000 Freiwillige arbeiten in diesen Posten. Mag auch die Zahl dieser Einrichtungen respektabel sein, ihre Qualität ist es nicht. Im Rahmen einer Umfrage 1998 erklärten sich nur 8% der Bevölkerung mit den Gesundheitsleistungen zufrieden. Dabei gibt es große Unterschiede zwischen den

einzelnen Landesteilen: in den Berggebieten des mittleren und fernen Westens gibt es nur wenige dieser Einrichtungen. In den Städten herrscht naturgemäß ein besserer Standard. Nicht nur Ressourcen fehlen, sondern auch Strategien und ein gutes Management. Das UNDP machte folgende Schwachpunkte aus:

- Die Qualität der Gesundheitsposten im ländlichen Raum ist sehr gering, weil sehr oft der Medikamentennachschub und das medizinische Personal fehlen.
- Der Zugang zur kostenlosen Basisversorgung für Arme und benachteiligte Gruppen ist nicht garantiert.
- Das Management der Gesundheitsdienste ist schlecht, was wiederum eine geringe Qualität der Dienste zur Folge hat.
- Die öffentlichen Investitionen in die Gesundheit sind immer noch zu gering. Die Budgetmittel werden nicht ausgeschöpft.
- 76% der Gesundheitskosten werden von den privaten Haushalten getragen. Bei besserem Management könnten die weniger Bedürftigen einen höheren Anteil der laufenden Kosten tragen und dadurch andere zuschussbedürftige Dienste tragen.
- Das Selbstverwaltungsgesetz von 1999 gibt den Lokalkörperschaften eine wichtige Rolle in der Führung der lokalen Gesundheitsdienste. Dadurch können die lokalen Gemeinschaften selbst Verantwortung übernehmen und zum Funktionieren der Dienste beitragen. Doch fehlen diesen Gemeinschaften Finanzmittel und Personal.

Der mittlere und ferne Westen, wo die Brandherde des Maoistenaufstands liegen, sind in der Gesundheitsversorgung besonders schlecht bedient. In der gebirgigen Karnali-Region weit im Nordwesten gibt es nur zwei der insgesamt 225 in ganz Nepal mithilfe der Weltbank errichteten Gesundheitszentren. Zahlreiche weitere wie auch die Zentren für die Familienplanung sind aufgrund der Sicherheitslage nicht mehr mit qualifiziertem Personal besetzt. Bei Epidemien sind diese Zentren völlig überfordert. Und die Menschen sterben an einer einfachen Grippe.

Warum sorgt die Regierung nicht für bessere Arbeitsbedingungen in den Kliniken und Gesundheitsposten auf dem Land? Warum werden Jungärzte nicht systematisch motiviert oder gar verpflichtet, längerer Zeit in Landgebieten zu praktizieren? Das Gesundheitsministerium schiebt die Verantwortung auf die Ärzteschaft, diese reicht die heiße Kartoffel an die Politiker zurück. Beide zusammen arbeiten jedoch an der weiteren Privatisierung des Gesundheitswesens. 1999/2000 gab es in Nepal 6.654 Krankenhausbetten für 23 Millionen Einwohner. Allerdings steigt das Angebot an Privatkliniken: diese sind

sauberer, schneller, qualitätsvoller und vor allem teurer. Wie in vielen anderen Entwicklungsländern entwickelt sich auch in Nepal eine Zwei-Klassen-Medizin: gute Ärzte und qualitätsvolle Unterbringung und Betreuung in den Privatkliniken für jene, die sich deren Tarife leisten können; überfüllte und schlecht ausgestattete öffentliche Krankenhäuser für die übrige Bevölkerung. Und wer es sich leisten kann, begibt sich zur Kur und Therapie direkt ins Ausland.

Besonders hart trifft die Misere in der Gesundheitsversorgung, neben der Lebensmittelknappheit, Frauen und Kinder. In Nepal sterben jährlich 45.000 Kinder, bevor sie das 5. Lebensjahr erreicht haben, zumeist an heilbaren Krankheiten wie Masern, Magen-Darminfektionen und an Fehlernährung. Nur 36% haben vollen Impfschutz und gemessen an der Zahl der Tetanus-Opfer unter Neugeborenen ist Nepal Weltspitze. In einem Land so groß wie die Schweiz und Österreich zusammengenommen steht eine einzige Kinderklinik mit 300 Betten (in Kathmandu). Im Schnitt hat ein einziger Kinderarzt 14.000 Kinder zu betreuen und im ganzen Land gibt es nur fünf Kinderchirurgen.

In Nepals Gesundheitswesen sind in den letzten Jahrzehnten, auch dank massiver ausländischer Hilfe, unverkennbar Fortschritte erzielt worden. Die Zahl der Krankenhausbetten und Gesundheitsstationen ist erheblich gewachsen, Familienplanungs- und Impfprogramme decken einen immer größeren Teil des Staatsgebiets ab, das Gesundheitsministerium und zahlreiche in- und ausländische Nichtregierungsorganisationen bemühen sich um mehr Information und Aufklärung der Bevölkerung. Aber der ungedeckte Bedarf der Bevölkerung ist noch immens, und gemessen an ihren Möglichkeiten haben die demokratischen Regierungen der 90er Jahre nur einen Bruchteil erfüllt.

Das Bevölkerungswachstum: Gift für die Entwicklung?

Politiker, die mit ihren Entwicklungsrezepten scheitern und der Bevölkerung Erklärungen zu schulden glauben, reden sich gerne auf das übermäßige Bevölkerungswachstum als Hauptursache der Misserfolge hinaus. Es ist in der entwicklungspolitischen Literatur nachgewiesen worden, dass ein hohes Bevölkerungswachstum eher Folge als Ursache des Scheiterns entwicklungspolitischer Bemühungen ist. Jene Entwicklungsländer, die sich nachhaltig um Familienplanung, kleinere Familien und ein geringeres Bevölkerungswachstum bemühten, erreichten eine höhere Produktivität, mehr Ersparnisse und produktivere Investitionen. In Nepal gelang dies bisher nicht: seine begrenzten Ressourcen waren mit seiner demografischen Entwicklung in den Jahren 1980-2000 nicht kompatibel: Fortschritte in der Armutsbekämpfung

Zahlen zur Gesundheitsversorgung von Frauen und Kindern

- Kindersterblichkeit: 92 auf 1.000 Lebendgeburten.
- 539 auf 100.000 Frauen sterben bei oder nach der Entbindung.
- Nur 11% der Geburten erfolgen im Krankenhaus (im Kathmandutal 69%).
- 52,6% der Geburten erfolgen mit bloßen Beistand von Verwandten und Freunden, 12% ohne jegliche Hilfe.
- 65% der schwangeren Frauen in Nepal sind anämisch.
- 93% der Frauen erhielten keine Nachgeburtsuntersuchung.
- 48% der Kinder sind fehlernährt.
- 33,2% der Familien haben kein sauberes Trinkwasser, nur 43% haben Trinkwasser im Haus.
- 17,7% der Haushalte auf dem Land haben eine Toilette im Haus.

Die Nationale Frauenkommission verweist auf Erfolge: die Lebenserwartung und der Alphabetisierungsgrad der Frauen nimmt zu, die Kinder- und Müttersterblichkeit hat abgenommen, 1996 wurden nur mehr 4,2 Kinder pro Frau geboren (1976: 6,3), das durchschnittliche Heiratsalter der Mädchen steigt langsam an (vgl. Anhang IV). Dennoch: mit Bhutan und Bangla Desh hat Nepal im Jahr 2000 laut UNDP den geringsten „Gender related Human Development Index“ in ganz Südasien.

Quellen: WHO, CWIN, INSEC

blieben illusorisch und in der Sozial-, Bildungs- und Gesundheitspolitik schien das Fass keinen Boden zu haben.

Anfang 2003 lebten in Nepal fast 24 Millionen Menschen. Dies bedeutet nicht nur eine Verdoppelung der Bevölkerung seit 1971 (Kinder unter 15 Jahren hatten 2001 einen Anteil von 42% an der Bevölkerung), sondern auch eine Verdoppelung der Bevölkerungsdichte in nur 25 Jahren: da nur 16% des Landes bewirtschaftet wird, sind heute nur mehr 0,24 Hektar landwirtschaftlichen Bodens pro Einwohner verfügbar. 1971 waren es noch 0,48 Hektar. Die jährliche Wachstumsrate der Bevölkerung sinkt zwar, doch nicht so schnell wie angenommen. Bis zum Jahr 2000 wollte man sie auf eine Jahresrate von 2,4% drücken, ein Wert, der bei weitem verfehlt worden ist. Während Indien diese Rate auf 1,7% drücken konnte, wuchs die Bevölkerung 2000 in Nepal immer noch um 2,7%.

Steigender Lebensstandard lässt normalerweise die Durchschnittsgröße der Familien sinken. In Nepal trifft diese Entwicklung nur auf das Kathmandutal zu. Auf dem Land hingegen sind gerade alte

Gepflogenheiten noch sehr wirksam: die Diskriminierung der Frauen und die

hohe Analphabetenrate unter Frauen, die Familienplanung, die noch nicht richtig greift; die kulturell verwurzelte Präferenz für männliche Nachkommen; Kinder als Altersversorgung, Kinderreichtum als zentraler Lebenssinn.

Doch täglich erfahren Millionen von Nepali, was höheres Bevölkerungswachstum in Kombination mit verfehlter Politik noch bewirkt: die Verteilungskämpfe um den stagnierenden bewirtschaftbaren Boden, zu wenig Beschäftigungsmöglichkeiten bei zu geringem Wirtschaftswachstum, geringeres Einkommen pro Kopf und wachsende Armut, überfüllte Wohnungen und überstrapazierte Sozialeinrichtungen, Überfüllung im öffentlichen Verkehr, Infrastrukturen, die mangels Investitionen nicht mit der Belastung mitwachsen.



Überfüllte Busse sind in Nepal die Regel.

Ein traditionelles Ventil für den hohen Bevölkerungsdruck war bisher die Emigration und die internen Wanderungen. In Nepal wandern 80% der Migranten nicht in die Städte, obwohl auch diese stark wachsen, sondern vom Berggebiet ins südliche Flachland, den Terai. Seit die Malaria aus diesen fruchtbaren Gebieten verbannt worden ist, wurde immer mehr Wald urbar gemacht. Doch

mittlerweile wird auch dort der bebaubare Grund immer knapper, die ökologischen Schäden nehmen zu. Recht viel mehr an Zuwanderern kann auch der Terai nicht mehr aufnehmen, da heute schon mehr als die Hälfte der Bevölkerung auf diesen 25% der Landesfläche lebt. Zudem erhöht die unkontrollierte Migration auch im Terai die sozialen Konflikte. Politiker versprochen den landlosen Zuwanderern immer wieder Land im Terai. Heute wachsen nicht so sehr die Felder und Gehöfte, als die Elendssiedlungen längs der Straßen des Terai.

Auch die Migration ins Ausland kann die Frage des „Bevölkerungsüberschusses“ nicht lösen. Die klassischen Zielgebiete der nepalischen Arbeitsmigranten (Golfländer, Südostasien, Indien) haben eine begrenzte Aufnahmefähigkeit. Die über 700.000 Nepali, die heute im Ausland arbeiten (davon mindestens 400.000 in Indien und 300.000 in der Golfregion), sind inzwischen zur wichtigsten Devisenquelle für das Land geworden. Doch muss bedenklich stimmen, dass vor allem nicht qualifizierte Nepali das Land verlassen und in Indien für Hungerlöhne schufteten, während zunehmend indische Techniker in Nepal Arbeit finden, da qualifizierte Einheimische fehlen. Nach der Erklärung

des Ausnahmezustands im November 2001 gab es einen neuen Schub an Emigranten ins Ausland. Tausende arbeitsfähiger Menschen flüchten jetzt monatlich über die offene Grenze nach Indien.

Auch bei einem optimistischen Szenario der demografischen Entwicklung Nepals wird die Zahl seiner Einwohner im Jahr 2010 30 Millionen überschreiten. Dann wird auch der Terai, wie heute Teile des Mittelgebirges, gemessen an den verfügbaren Ressourcen überfüllt sein. Das erdbebengefährdete Kathmandutal wird in der unkontrollierten Verbauung, im Smog und Müll langsam ersticken. Und darunter wird vor allem der arme Teil der Bevölkerung zu leiden haben. Das Bevölkerungswachstum geht - auch weil die Familienplanungsprogramme langsam greifen - zwar allmählich zurück, doch nicht rasch genug, um die öffentlichen Dienstleistungen und die Ressourcen der Landbevölkerung wirklich zu entlasten.

Es ist nicht bloß die prekäre politische Lage, die die Nepali bedrückt: stagnierende Einkommen, Nahrungsmittelknappheit und Unterversorgung breiter Teile der Bevölkerung der Berggebiete, fehlende medizinische Versorgung, viel zu geringe Bildungsmöglichkeiten, kaum existierende soziale Absicherung - dies ist der Humus, auf dem die tiefe Unzufriedenheit vieler Menschen gedeiht, wenn sie gleichzeitig erfahren, wie schamlos sich eine kleine städtische Elite bereichert und wie verantwortungslos öffentliche Mittel vom Regierungsapparat verschwendet werden. Unter der jungen Generation, die von der modernen Welt mehr weiß als die Generation ihrer Eltern und die den Glanz der Städte kennt, wächst die Ungeduld.

10. Armut - Humus des Aufstands

„In diesem Jahr haben wir nicht ausreichend Regen gehabt, unsere Gerste und der Buchweizen sind zu klein geblieben. Jetzt sind wir zu acht mit unseren Kindern und den Eltern, da reichen 10 ropani Ackerland nicht mehr aus. Früher konnte ich im Kali Gandaki weiter oben oft



als Träger für Touristen-gruppen arbeiten, aber seit zwei Jahren kommen nur mehr wenige hierher. In Indien oder im Terai Arbeit suchen? Nein, man verdient dort viel zu wenig und meine Familie würde mir fehlen. Unser Haus muss ausgebaut werden, aber woher soll ich die Mittel nehmen?“

Tilak Ram Magar, Distrikt Baglung

10. Armut - Humus des Aufstands



Pashupatinath ist Nepals bedeutendster Hindu-Tempel und eines der wichtigsten Shiva-Heiligtümer überhaupt. Der König pflegt vor jeder größeren Unternehmung, sich den göttlichen Segen an diesem Ort am Ufer des heiligen Bagmati zu holen. Täglich werden hier auf rudimentären Scheiterhaufen Einäscherungen vollzogen und die Asche dem Bagmati übergeben.

Im dahinterliegenden Rajrajeshwari-Tempel hat der Staat eine Heimstätte für rund 200 alte, alleinstehende Menschen eingerichtet. Da eine staatliche Altersvorsorge in Nepal kaum existiert, schätzen sich Alleinstehende glücklich, wenn sie hier ihre letzten Jahre verringern dürfen. Hier, am heiligen Fluss wissen sie sich der Erlösung aus dem Samsara, dem Kreislauf der Wiedergeburten näher. Doch ihre Unterbringung ist trostlos, der Tempel ist für diesen Zweck alles andere als geeignet. Die Alten schlafen in Schlafgängen ohne Fenster; es gibt nur Gemeinschaftstoiletten und die Küche besteht aus einigen Töpfen auf Feuerstellen in einem Kellerlokal. Der Staat bringt für den Unterhalt des Heims jährlich gerade 40.000 Euro auf, von dem 22 Betreuer leben müssen und sämtliche Kosten zu decken sind. Die alten Menschen vegetieren apathisch dahin. Sie sind völlig mittellos und können den Tempel nicht verlassen. „Mein einziger Wunsch ist es, dass mein Körper auf dem Pashupati Aryaghat eingeäschert werden kann“, sagt eine 70jährige Frau.

Nepal ist ein Land der Armen. Wer genau als arm zu bezeichnen ist, und wo die Grenze zur absoluten Armut verläuft, wird international immer noch kontrovers diskutiert, weil Armut ein vielschichtiges Phänomen ist, das sich in verschiedensten Symptomen ausdrückt: vom täglichen Kalorienverbrauch bis zur sozialen Randständigkeit innerhalb der Gesellschaft. Die Regierung in Kathmandu selbst betrachtet Nepal als armes Land, das jeden Tag weiter verarmt. Laut UNDP, der UN-Entwicklungsorganisation, mussten 2001 37,7% der Nepali mit weniger als einem US-Dollar pro Tag auskommen. Andere aktuelle Messungen beziffern den Anteil der absolut Armen an der Bevölkerung

auf gegenwärtig 42%. Fest steht, dass in Nepal mindestens 9 Millionen Menschen in Armut leben. Mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen von 220 US-Dollar gehört Nepal zu den ärmsten Ländern der Erde. Bereits vor dem Volkskrieg waren im mittleren und fernen Westen 50% der Menschen offiziell als „arm“ eingestuft, in den Städten dagegen sind es nur 23% der Familien. Doch werden es auch in den Städten immer mehr, da die Beschäftigungsmöglichkeiten nicht im gleichen Ausmaß wie die Zuwanderung zunehmen.

Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze nach geografischen Regionen

<i>Region</i>	<i>Anteil der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze</i>		
	Insgesamt Arme	Arme	Absolut Arme
<i>Geografische Regionen</i>			
1. Hochlandgebiete	56	29,3	26,7
2. Mittelgebirge	41	21,3	19,7
3. Terai	42	28,7	13,3
<i>Ländliche und urbane Gebiete</i>			
Urbane Gebiete	23	13,2	9,8
Ländliche Gebiete	44	26,4	17,6
<i>Landesweiter Durchschnitt</i>	42	24,9	17,1

Quelle: National Planning Commission, Ninth Plan (1997-2002), S. 203. Für die Regierung bedeutet Armut, mit weniger als 2.000 Kalorien am Tag auskommen zu müssen.

Die Armut steigt in Nepal mit den Höhenmetern: im Terai liegt sie am geringsten, im Hochland am höchsten, und dies zwingt immer mehr Menschen zur Abwanderung. Unter den ethnischen und sozialen Minderheiten, den unteren Kasten, ist die Armut am stärksten verbreitet. Das geringste durchschnittliche Einkommen weisen die 2,5 Millionen Dalits, die „Unberührbaren“, auf. Der größte Teil der Armen auf dem Land schafft es, das eben Überlebensnötige aus dem bisschen Ackerland in einem immer verletzbareren Ökosystem herauszuholen. Die einfachsten Infrastrukturen und öffentlichen Dienstleistungen erreichen diese Menschen nicht. Was diesen Befund bedrückender macht, ist die Tatsache, dass es kaum Aussichten gibt, der Armut zu entrinnen. Betrug der Anteil der Armen 1977 33%, waren es 1996 schon 42%. Die absolute Zahl der Armen hat sich von 1980 bis 2000 verdoppelt, und zwar fast ausschließlich in den ländlichen Gebieten. Laut UNDP hat sich in diesem Zeitraum - im Unterschied zur medizinischen Versorgung und zur Bildungspolitik - an der

Einkommensarmut nichts gebessert. Somit hat die Demokratie für die Armen allgemein keine wirtschaftliche Verbesserungen gebracht. Ein ernüchterndes Resultat für Millionen junger Nepali, die sich vom Aufbruch in die Demokratie auch einen Aufstieg zu mehr materiellem Wohlstand erhofft hatten.

Armut hat viele Gesichter. Der vom UNDP entwickelte „*Human Poverty Index*“ (HPI) misst fünf zentrale Aspekte von Armut: den Grad der Alphabetisierung, den Anteil fehlernährter Kinder, die Lebenserwartung, die medizinische Versorgung und den Zugang zu sauberem Trinkwasser. Beim HPI weist Nepal den schlechtesten Wert in ganz Südasien auf. Unter allen 90 Entwicklungsländern belegt Nepal Rang 77. Wiederum sind es die Menschen im Hochland, die gemäß HPI am schlechtesten abschneiden. Der mittlere und ferne Westen sind, wie bei der Einkommensarmut, auch bei diesem Armutsindex vorne. Ganze soziale und ethnische Gruppen und unter ihnen besonders die Frauen, sind überdurchschnittlich von Armut betroffen. Geringe private und öffentliche Investitionen sind Ausdruck der Vernachlässigung durch die Politik. Aber Merkmale von Armut sind auch der Mangel an persönlicher Sicherheit, fehlende politische Freiheit, die Unmöglichkeit, am Gemeinschaftsleben und an politischen Entscheidungen mitzuwirken. Grundlegende soziale Dienste sind für diese Menschen oft nicht erreichbar. Die Armutsbekämpfung der Regierung und internationaler Organisationen ist gescheitert. Die öffentlichen Ausgaben und Maßnahmen gehen an den Bedürfnissen der Armen vorbei: in ihren Augen haben die Politiker sie einfach vergessen. Die Armut hindert diese Menschen an der Teilhabe am politischen, kulturellen und sozialen Leben. Gleichzeitig wird Nepal um den Beitrag dieser Menschen gebracht. Der Einzelne und die Gesellschaft erleiden einen oft irreparablen Schaden.

Ursachen und Wirkungen der Armut

Unmittelbare Ursachen für die hartnäckige und weitverbreitete Armut in Nepal ist die unzureichende Gesamtproduktion mit geringem jährlichen Wachstum, die unzulängliche soziale und wirtschaftliche Infrastruktur, die ungerechte Verteilung von Land und anderen Produktionsmitteln, der eingeschränkte Zugang zu Einkommenschancen außerhalb der Subsistenz-Landwirtschaft und das relativ hohe Bevölkerungswachstum. Dazu kommen die neuen Ungleichheiten, die die auf Liberalisierung eingeschworene Wirtschaftspolitik ausgelöst hat. Während nepalische und ausländische Nichtregierungsorganisationen mühsam Programme zur Armutsbekämpfung durchführen, erzeugt die Politik der Regierung diese Armut ständig neu. Die Schwäche der Institutionen, die politische Misswirtschaft und Instabilität haben dies verstärkt.

Kinder in Nepal im Jahr 2000

- 52% der Bevölkerung sind Kinder unter 18 Jahren.
- Jährlich werden 779.000 Kinder geboren.
- Jährlich sterben 78.000 Kinder, täglich 206.
- 45.000 Kinder sterben jährlich an Diarrhöe.
- Es gibt eine Kinderklinik und 1 Kinderarzt auf 102.671 Kinder.
- Nur 37% der Bevölkerung haben direkten Zugang zu Trinkwasser.
- Es gibt 23.284 Grundschulen in Nepal.
- Es gibt 2,6 Millionen Kinderarbeiter.
- Mädchen zwischen 10 und 14 haben doppelt so viel Arbeit als Jungen desselben Alters.
- 40.000 Kinder arbeiten in Schuldknechtschaft-Verhältnissen
- Es gibt 5.000 Straßenkinder.
- 34% der Ehen betreffen Kinder unter 14 Jahren.
- 1.500 Mütter auf 100.000 sterben bei der Geburt.
- Jährlich werden 5.000 bis 7.000 Mädchen für den Sexmarkt verschleppt.

Quelle: CWIN, UNICEF, Bildungsministerium, ILO, Family Planning Project, UNFPA/Nepal Medical Council

Allerdings ist diese Entwicklung auch mitbedingt durch kulturelle und religiös verankerte Einstellungen und geschichtlich überkommene Verhaltensweisen der betroffenen Menschen selbst.

Das Wirtschaftswachstum erreichte in den vergangenen drei Jahrzehnten im Durchschnitt rund 4%, nur wenig mehr als die Wachstumsrate der Bevölkerung von 2,37% im selben Zeitraum. Die landwirtschaftliche Produktion wuchs in dieser Zeit durchschnittlich um nur 2,5% jährlich, allerdings mit starken Schwankungen. Nepal entwickelte sich langsam, aber unaufhaltsam von einem Getreide-Nettoexporteur zum Getreideimporteur. Die entsprechende Lebensmittelunsicherheit führte auch zu steigender Armut in den ländlichen Gebieten, was durch den Volkskrieg seit 1996 noch verschlimmert wurde. Aus der Landwirtschaft freigesetzte

Arbeitende konnten von der äußerst schwach entwickelten Industrie des Landes nur sehr begrenzt aufgenommen werden.

Das Wachstum des in den Städten angesiedelten Dienstleistungssektors reichte nicht aus, um bis in die peripheren Gebiete durchzusickern. Den in der Landwirtschaft überschüssigen Arbeitskräften fehlte aber die nötige Ausbildung, um in breiterem Ausmaß in den Dienstleistungen einzusteigen. Die Regierung hat auf den Arbeitsmarkt kaum Einfluss und war bisher auch unfähig, über ein ausgleichendes Steuersystem für eine minimale Umverteilung zu sorgen und ausreichend Ressourcen in die wichtigsten sozialen Infrastrukturen und Dienstleistungen zu investieren.

Nepals Landwirtschaft weist eine geringe Produktivität auf. 86% der Familien



In Nepal müssen Millionen von Kindern zum Lebensunterhalt ihrer Familie beitragen.

auf dem Land haben etwas Land, 80% haben Nutztiere und 83% der arbeitenden Menschen hängen direkt von der Landwirtschaft ab. Nepal ist ein Agrarland, in dem die Verfügbarkeit von bewirtschaftetem Land die Lebensgrundlage bildet. Je nachdem, ob andere Einkommensquellen erschlossen werden können, gelingt der Sprung aus der Armut. In der Regel haben die Bauern aber nicht nur sehr wenig Grund und Boden, sondern auch kaum Zugang zu etwas moderneren Arbeitsinstrumenten, zu Kleinkredit und Transportwegen, um ihre Produkte zu vermarkten.

Auch an südasiatischen Maßstäben gemessen hat Nepal einen sehr geringen Standard an sozialen und wirtschaftlichen Infrastrukturen. Das reicht von der unzureichenden medizinischen Versorgung über fehlende Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung bis zum mangelhaften Schulsystem. Die Armen haben grundsätzlich geringeren Zugang zu diesen Strukturen und dies betrifft - mit Ausnahme der Grundschule - ganz überwiegend die Mehrheit der Menschen auf dem Land. Je näher ländliche Gebiete den Städten liegen und je mehr sie ans Straßennetz angebunden sind, desto geringer ist die Armut. Nicht von ungefähr sind die abgelegensten Regionen Nepals auch die ärmsten.

Das relativ schwache Wirtschaftswachstum ist zum Großteil vom relativ hohen Bevölkerungswachstum aufgeessen worden. So konnte sich die absolute Zahl

der Armen von 4,7 Millionen 1976 auf 9 Millionen im Jahr 2001 erhöhen. Da überdies die Wirtschaft nicht in der Lage war, für die nachwachsenden Arbeitskräfte genügend Arbeitsplätze zu schaffen, waren immer mehr Menschen auf landwirtschaftlichen Grund angewiesen. Dieser konnte nicht im selben Rhythmus wachsen. Natürlich wurden Wälder gerodet und immer mehr marginales Land erschlossen, was zu gefährlichen ökologischen Folgen in einem Gebirgsland wie Nepal führt. Ein verarmtes Ökosystem hat aber gerade für die Ärmsten fatale Auswirkungen.

42% der landlosen Landarbeiter und Kleinbauern mit sehr wenig Ackerland konnten sich deshalb aus schlimmster Armut befreien, weil sie außerhalb der Landwirtschaft Erwerbsmöglichkeiten fanden. Je weniger eigenes Land ein Kleinbauer hat, desto mehr hängt er von Lohnarbeit ab. Doch können die nicht landwirtschaftlichen Arbeitsplätze nicht einmal einen Teil der pro Jahr neu auf den Arbeitsmarkt tretenden Nepali auffangen. Wer Arbeit im Ausland findet, kann sich aus der Existenznot retten.

Armut ist in Nepal auch durch soziale und kulturelle Faktoren mitbedingt. Die Dalits, die Kasten der Unberührbaren (vgl. Kapitel 6), müssen mit den geringst qualifizierten Handlangerarbeiten und Handwerksarbeiten vorliebnehmen und haben oft noch weniger Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und politischer Mitentscheidung. Auch ethnische Minderheiten haben an ähnlicher Diskriminierung zu leiden.

Keine Aussicht auf Besserung?

Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung in ganz Südasien lebt in Armut und Nepal bildet keine Ausnahme. Aber Nepal kann auf 50 Jahre Entwicklungsplanung, Armutsbekämpfungsprogramme und allgemeine Entwicklungshilfe des Auslands zurückblicken. In kaum einem anderen Land Südasiens ist die Armut so gut analysiert und so klar angeprangert worden. Dies führte zu wortreichen und ehrgeizigen Strategien gegen die Armut. Pläne, Kommissionen und Fachberater gibt es in Nepal genug. Woran es fehlt, ist die Bereitschaft und die Fähigkeit der politischen Institutionen, diese Strategien auch in die Tat umzusetzen. Ohne gute Verwaltung und ausreichend öffentliche Mittel sind kaum allgemeine Fortschritte in der sozialen Entwicklung erzielbar. Eine geringere Kindersterblichkeit, eine höhere Alphabetisierung, mehr Arbeitsplätze und ein höheres Familieneinkommen setzen eine gute Verwaltung voraus. Die gibt es in Nepal noch nicht. Doch die geringe demokratische Erfahrung darf kein Alibi für das Versagen der Politik sein. Nepal hat ein hohes Defizit an

politischer Kultur, an demokratischer Teilhabe der Menschen an der Machtausübung auf allen Regierungsebenen.

In einem demokratischen Staat können grundsätzlich Regierungen für ihr Handeln verantwortlich gemacht werden. Hätten Regierungen in Europa so gründlich versagt wie jene Nepals in den 90er Jahren, sie hätten vom Wähler die Quittung erhalten. In Nepal hingegen wurde der *Nepali Congress* 1999 mit einer absoluten Parlamentsmehrheit auch noch belohnt. Die Armen hängen noch mehr als andere von der Fähigkeit der Regierung ab, grundlegende soziale Dienste zu erhalten. Staatliche Ineffizienz, Korruption, Verschwendung, Misswirtschaft, das alles hat die nötigen öffentlichen Ressourcen für staatliches Handeln reduziert. Doch ist es nicht ein Scheitern der Demokratie selbst, wenn bei 9 Millionen Armen im Land die dafür mitverantwortlichen politischen Kräfte noch belohnt werden?

Die beschämend geringe Hilfe, die der nepalische Staat den Armen zuteil werden lässt, zeigt klar auf: es fehlt den lokalen Eliten an sozialer Verantwortung. Klientelistische Machtausübung steht im Vordergrund, die Armen selbst sind in der Politik nur als Stimmvolk gefragt. Verkrustete ideologische Vorstellungen verhindern den massiven Protest der zu kurz gekommenen an den Wahlurnen und auf der Straße. Doch auch eine saubere und effiziente Regierung könnte nicht in kurzer Frist dieses Ausmaß an Armut ändern.

Ist der Volkskrieg eine „Revolte der Armen“? Immer wieder wird als Schlüssel zum Verständnis des Maoistenaufstands die scheinbar unaufhaltsam wachsende Armut genannt. Doch Armut ist über ganz Südasien verbreitet, ohne dass es überall zu bewaffnetem Widerstand gekommen wäre. Es bedurfte schon weiterer Zumutungen, um Nepals friedliebende Landbevölkerung in die Arme einer maoistischen Guerrillabewegung zu treiben. Aber die tiefe Armut weiter Gebiete hat es den Maoisten erleichtert, eine Kampagne dieser Art zu starten. Sie wird von Menschen getragen, die oft nichts zu verlieren haben als einige Habseligkeiten, die sie am Körper tragen. Menschen, die jahrzehntelang gedemütigt wurden, die nirgendwo mitreden durften, die politische Bevormundung und staatliche Gewalt erlitten haben. All das hat eines Tages gereicht.

11. Liberalisierung: Weg aus der Krise?

„Wenn ich sehe, was die Bürokraten mit den verschiedenen Staatsfirmen von der Sajha Yatayat bis zur Nepal Transport Corporation angerichtet haben, tut es mir nicht leid, wenn sie endlich privatisiert werden. Das gleiche gilt für unsere nationale Fluggesellschaft, die von den Politi-kern und Staatsmanagern so gut wie ruiniert worden ist. Ich verdiene nicht einmal 500 Rupien am Tag und zahle Steuern, aber jede Rupie an Steuern ist zuviel, die in diesen bankrotten Betrieben landet.“

Prakash Bahadur Damai,
Schneider in Kathmandu



11. Liberalisierung: Weg aus der Krise?



„Pashupati-Palace“ heißt eines der größten Kaufhäuser Kathmandus, mitten in der Altstadt, einige Schritte vom Durbar Square entfernt, dem Tempelbezirk der Hauptstadt. Hier findet man Importware aus der halben Welt, auch Qualität zum entsprechenden Preis. Den kann sich allenfalls die kleine Oberschicht der Nepali leisten, aber das Kaufhaus ist ein Magnet. Die billigere Importware

aus den Nachbarländern Indien und China findet sich in den ausgedehnten Geschäftsstraßen der Altstadt zwischen Tripureshwor und Thamel: eine ganze Stadt scheint vom Kleinhandel zu leben. Geschäfte, Märkte, Straßenhändler und fahrbare Läden, ein quirliges Geschäftstreiben, das nicht mal an Feiertagen ruht. Die dritte Ebene des Handels, die Billigmärkte, haben sich an der Ringstraße um die Altstadt und an den zentralen Busbahnhöfen etabliert, direkt am Straßenrand. Kathmandu wird seiner geschichtlichen Tradition eines der wichtigsten Handelsknotenpunkte des Himalaya gerecht. Die Stadt ist nicht nur Verwaltungszentrum, Verkehrsknotenpunkt und Bildungsmetropole, sondern vor allem auch das Herz des Handels. Aber wer produziert diesen Reichtum und wer kann sich diese Waren leisten?

Nepal - Ein Agrarland

Beim Fall des Rana-Regimes 1950 war die Wirtschaft Nepals noch fast ausschließlich eine Agrarökonomie. Weniger als 10% der Produktion des Landes stammte aus anderen Quellen. „Industrie“, das waren eine Handvoll kleiner und mittlerer Fabriken, die nicht mal 1% der Erwerbstätigen beschäftigten. Eine ökonomische Infrastruktur war damals nicht auszumachen. Das Verkehrsnetz bestand aus 100 Kilometer Eisenbahn, 50 Kilometer Materialeilbahn und nicht mal 400 Kilometer Straßen, von welchen eben vier bis fünf gepflastert waren. Postdienste konnte höchstens 1% der Bevölkerung in den Städten in Anspruch nehmen, ein Telefonnetz war so gut wie unbekannt und Privileg einiger Mitglieder der Herrscherfamilien. Dasselbe galt für die Elektrizität. Gerade mal 15.000 Hektar landwirtschaftlicher Grund waren künstlich bewässert, nicht mehr als 1% der gesamten bebauten Fläche.

Was es an öffentlichen Diensten gab, konzentrierte sich auf Kathmandu, das den Großteil der Stadtbewohner Nepals, damals 3% der Bevölkerung, beherbergte. Damals gab es in ganz Nepal eben mal zehn „Städte“ mit mehr als 5.000 Einwohnern. Das Fehlen von Transport- und Kommunikationsmitteln verurteilte die 97% der Bevölkerung auf dem Land zu einem Leben ohne jeglichen Kontakt zum modernen Leben, ohne Macht und Einfluss in der Hauptstadt, ohne Bildungschancen, ohne irgendeine Sozialleistung des Staates. Die einzigen Privilegierten, die manchmal das Land verlassen konnten, waren die lokalen Agenten der Feudalherren und die Mitglieder der Aristokratie. Die einzige Ausnahme bei der bäuerlichen Bevölkerung wurde für die Burschen gemacht, die sich als Rekruten für die Gurkha-Einheiten anheuern ließen.



Allerhand hat sich in diesen 50 Jahren seit dem Sturz des Rana-Regimes geändert. Heute trägt die Landwirtschaft nur mehr 38% zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) Nepals bei, was als „Modernisierung“ gilt. In verschiedenen Teilen des Landes sind Industriebetriebe entstanden, die schon 8,4% des BIP erwirtschaften, allerdings weniger als die Bauwirtschaft mit 10,7%. Die privaten und öffentlichen Dienstleistungen wuchsen noch schneller und erbringen fast 40% des nationalen Outputs. 13% der Haushalte des Landes sind inzwischen ans Elektrizitätsnetz angeschlossen. Künstlich bewässert werden heute 1,2 Millionen Hektar Kulturgrund, ein Drittel der bewirtschafteten Fläche. Das Straßennetz wuchs auf 12.000 Kilometer an, wovon die Hälfte ganz-

jährig befahrbar ist. 1995-96 benutzte eine Million Menschen die Binnenflughäfen und weitere 700.000 starteten von Kathmandu aus zu einem internationalen Flug. 170.000 Haushalte auf insgesamt 4,2 Millionen Haushalte haben inzwischen ein Telefon.

Dennoch ist Nepal heute im Wesentlichen noch ein Agrarland. Der Boden, die Wälder und die Wasserkraft sind die Hauptressourcen dieses Himalayalandes.

Aber nur 16% der Fläche sind landwirtschaftlich genutzt. 55,7% davon liegen im Terai, 37,4% im Mittelgebirge und 6,9% im Hochland. Der Terai, die Reis- und Kornkammer des Landes, wird immer intensiver genutzt und besiedelt. Schon heute liegt die Bevölkerungsdichte im erschlossenen Teil des Terai bei 600 Personen pro km². Die Bevölkerung nimmt auch im Hochland und im Mittelgebirge stetig zu, doch kann das Land dort längst nicht mehr alle ernähren. Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und steigende Abwanderung sind die Folgen.

1971 lebten in Nepal 11,5 Millionen Menschen, 2002 waren es 23,4 Millionen. Bei der heutigen Wachstumsrate wird sich die Bevölkerung in 35 Jahren abermals verdoppelt haben. Um eine Bevölkerung diesen Umfangs zu ernähren, müssten mehr Lebensmittel im Land produziert werden. Doch können die bebauten Flächen nur mehr begrenzt ausgeweitet werden. 1991 musste ein Hektar Boden fast acht Personen ernähren, im Jahr 2016 werden es 11 Personen sein. Fürs Überleben braucht eine Familie im Hochland mehr als einen Hektar, tatsächlich hat sie im Durchschnitt nur 0,72 Hektar zur Verfügung. Im Mittelgebirge und im Flachland benötigt eine Familie mindestens einen halben Hektar: tatsächlich sind es im Mittelgebirge aber nur 0,28 Hektar und im Terai 0,78 Hektar. Ein beträchtlicher Teil der Kleinbauern im Mittelgebirge und Hochland produziert bereits heute zuwenig fürs eigene Überleben. In der Erhöhung der Produktivität liegt die Chance, doch stößt dies auf ökologisch enge Grenzen. Alternative Arbeitsplätze und Einkommensquellen reichen nicht aus, um das ständig wachsende Arbeitskräfteangebot aufzunehmen. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche Nepals wächst zwar noch, doch stagniert langsam die Produktion. So rutscht die Lebensmittelbilanz des Landes immer mehr ins Defizit, Nepal kann sich nicht mehr selbst ernähren. Wo Importe und Hilfslieferungen nicht hindringen, wird schon heute regelmäßig Hungersnot gemeldet.

Nicht viel besser sieht es in der Nutzung der Holzressourcen aus. Es wird nach wie vor mehr an Nutzholz eingeschlagen als nachwächst. Da alternative, erneuerbare Energien noch kaum genutzt werden, steigt der Druck auf die Wälder. Seit den späten 70er Jahren bemüht man sich mit gemeinschaftlichen Waldnutzungsprogrammen die Wälder zu schützen, aber der Waldbestand nimmt dennoch weiter ab. Er sank pro Kopf der Bevölkerung von 0,67 Hektar im Jahr 1961 auf 0,29 Hektar 1991. 2016 wird der Waldbestand beim jetzigen Entwaldungsrhythmus nur mehr 0,18 Hektar pro Person betragen. Wälder sind in Nepal ungleich verteilt: während in den Berggebieten statistisch jeder Bewohner 0,26 Hektar Wald hat, sind es im Terai nur mehr 0,11. Holz hält

immer noch einen zu hohen Anteil an der Energiegewinnung (65% der Nepali kochen und heizen nur mit Holz), während das Potenzial an Wasserkraft, aber auch das Biogas der 12 Millionen Rinder zu wenig genutzt wird.

Stagnation in der Landwirtschaft

Das langsame Wachstum in der Landwirtschaft hat für die bäuerliche Bevölkerung zu einer stagnierenden Einkommensentwicklung geführt. Zwar gehen einzelne Bereiche wie z.B. Obst- und Gemüseproduktion besser, aber insgesamt ist vor allem die Berglandwirtschaft zu wenig produktiv. In Europa, speziell im Alpenraum werden Bergbauern über vielfältige öffentliche Subventionen am Hof gehalten, in Nepal zahlt der Staat an seine Kleinbauern keine finanziellen Hilfen. 2001 wurden auch die subventionierten Düngemittel und Pestizide gestrichen. Das bebaute Land wird noch zum Großteil nur durch Regen bewässert, was den Bauern zu Trockenzeiten hohe Unsicherheit bringt. Die Landwirtschaft hat für den Großteil der Kleinbauern im Bergland Subsistenzcharakter: es wird nur für den Eigenverbrauch produziert, nicht für den Markt.

Dabei hatte Nepal in den 60er Jahren noch die höchste landwirtschaftliche Produktivität (in kg erzeugter Produkte pro Hektar) in ganz Südasien



aufzuweisen. Heute ist es das Schlusslicht. Es ist das einzige Land, das einen Produktivitätsrückgang seiner Landwirtschaft erfuhr. Welche Fehler hat man in der Agrarpolitik gemacht? Nepal ließ es nicht so sehr an Investitions- und Maßnahmenprogrammen für diesen Bereich mangeln, sondern vor allem an der Integrität und Verantwortlichkeit des Staates, beschlossene Programme auch zu verwirklichen. Eine Strategie für die landwirtschaftliche Entwicklung gibt es seit Jahrzehnten. Sie wird mit Beratung der FAO und vieler aus- und inländischer Fachorganisationen ständig weiterentwickelt wird. Doch ließen die verantwortlichen Ministerien den schönen Fünfjahresplänen bei weitem zu wenig konkrete Maßnahmen folgen. Wurden sie getroffen, war die Durchführung oft höchst mangelhaft. In Nepal - so hört man es immer wieder unter Bauern - fehlt es nicht an Experten, guten Ideen und Projekten, sondern am politischen Willen, diese auch wirklich umzusetzen.

Dazu gesellt sich die „Inputorientierung“ der Politik: nicht so sehr die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bauern selbst waren das Erfolgskriterium, sondern das Ausmaß der von außen zugeführten Technologie, Chemie und Hilfsmittel, die von den Geberländern bereitwillig und zu Vorzugspreisen geliefert wurden. Ein gehöriger Anteil der Projektgelder hatte für die Experten und Bürokraten abzufallen. Immer wieder wurden schöne Projekte aufgelegt, die auch entlegeneren Gebieten zu Gute kommen sollten: allein, der Großteil der Projektmittel blieb meist in Kathmandu und floss in die Fixkosten der beauftragten Organisation. Die Aushandlung von profitablen Projekten mit den Geberorganisationen, war wichtiger als die persönliche Verantwortung gegenüber den Bauern. Von den vielen Entwicklungsprojekten blieben die große Mehrheit der Kleinbauern unberührt. Es wird kaum erfasst, ob ein bestimmtes Investitionspaket die Produktionskapazität der Bauern an einem bestimmten Ort tatsächlich erhöht hat und was dem Bauern unter dem Strich geblieben ist.

Mächtige Bereiche der Bürokratie, die Politiker und der Handel haben den Großteil der für die Landwirtschaft zgedachten Ressourcen für ihre Zwecke umgeleitet, genauso wie in anderen Sektoren. In der offiziellen Politik hatte die Landwirtschaft zwar Priorität, doch in der Durchführung sah es anders aus. 12% der Kreditvergabe hätte in die Landwirtschaft fließen müssen. Heute sind aber 60% der ländlichen Haushalte verschuldet, nur 30% dieser Kredite werden institutionellen Kreditgebern wie Landwirtschaftsbanken geschuldet. Der übrige Kredit wird auf dem sog. „informellen Kreditmarkt“ mit Zinsraten von 5-10% monatlich besorgt und speist den Überlebenskonsum der Armen. Die Geldverleiher und größeren Grundbesitzer legen diesen Zinssatz fest, eine in Nepal eigentlich verbotene Praxis.

Diese Haltung der Regierung findet sich auch in der Unfähigkeit wieder, an der herrschenden Grundbesitzverteilung zu rütteln. Jedes Regime, auch während der Panchayatzeit, versprach immer wieder, das Land den auf dem Land arbeitenden Menschen zu geben und die Landwirtschaft profitabler zu machen. Landwirtschaftlicher Grund und Boden ist Nepals wichtigstes Produktionsmittel. Die Hauptursache für die weitverbreitete Armut ist der Mangel an bebaubarem Boden. Nur 17% der Fläche Nepals sind landwirtschaftlich nutzbar und das Grundeigentum pro Kopf der Bevölkerung ist ohnehin entsprechend gering. Doch haben die unteren 40% der Bauernfamilien nur 9% des bebaubaren Landes. Auch wenn Land dazugepachtet wird, bleibt der bebaute Grund pro Familie klein und fragmentiert. Somit haben die ärmsten Bauern auch keine durchgehende Beschäftigung in ihrer Haupteinkommensquelle, dem Ackerland. Die ungleiche Verteilung des Landbesitzes und der geringe durchschnittliche Landbesitz der meisten Kleinbauern bringt für die Mehrheit dieser Haushalte Einkommens- und Lebensmittelunsicherheit mit sich. Viele müssen sich als Tagelöhner verdingen. Doch die Löhne der Landarbeiter halten mit der Inflation nicht Schritt. Nepals Bauern sind in der Zange: In der Landwirtschaft sinkt die Arbeitsproduktivität, weil die Bodenfruchtbarkeit sinkt, weil zu wenig Düngemittel und Bewässerung vorhanden und die Flächen begrenzt und schlecht verteilt sind. Auf der anderen Seite steigt der Bevölkerungsdruck. Für die nachwachsende Generation gibt es nicht mehr ausreichend Kulturgrund.

Erzielen die Bauern keine alternativen, zusätzlichen Einkommen, droht tiefste Armut oder gar Existenznot. Ein hoher Anteil der Kleinbauern und Landarbeiter aus dem Mittelgebirge ist jedes Jahr gezwungen, sich saisonal im Terai oder in Nordindien als Lohnarbeiter zu verdingen. Dort hat die „grüne Revolution“ für ungeahnten Produktivitätsfortschritte gesorgt. Doch die Rezepte, die im Gangesbecken gelten mögen, nämlich mehr Mechanisierung, chemische Düngung, Bewässerung, Pestizideinsatz und Saatgutverbesserung, sind im Berggebiet nicht gleichermaßen anwendbar. Eine massive öffentliche Förderung der Landwirtschaft und Umverteilung des bebaubaren Bodens ist unverzichtbar, wenn die Landflucht eingedämmt werden soll. Wesentliche mehr staatliche Haushaltsmittel müssen auf die ländlichen Gebiete verlagert werden. Dies geht notwendigerweise zu Lasten unproduktiver Bereiche in den Städten. Ansonsten wird die Zahl landloser Landarbeiter und verarmter Kleinbauern in Existenznot weiter wachsen und damit auch das Potenzial für gewaltsamen Widerstand.

Schuldknechtschaft: die Kamayas

Die Kamayas sind Landarbeiter aus dem Volk der Tharu, die im westlichen Terai, dem Flachland Nepals, beheimatet sind. 70% der Kamayas leben in den fünf westlichsten Distrikten. Sie sprechen verschiedene Sprachen und lebten bis 1960 relativ isoliert von der Mehrheitsbevölkerung. Da die Malaria ausgerottet werden konnte, strömten immer mehr Siedler aus den Bergen in den Terai und verdrängten viele Tharu aus ihrem angestammten Gebiet, zumal das Grundeigentum nicht immer im Grundbuch verankert war. Manchmal gab es Gewalt, oft wurden die Tharu, zum Großteil Analphabeten, einfach übervorteilt. Ergebnis: die meisten Tharu verloren ihr Land und waren gezwungen, als Landarbeiter oder Schuldknechte für Landbesitzer aus höheren Kasten zu arbeiten. Lange Arbeitszeiten und extrem niedrige Löhne waren das Los der Kamayas, die sich oft hoch verschuldeten, um zu überleben. Die Schulden wurden an die Nachkommen vererbt, die sie beim Landbesitzer abzarbeiten hatten.

Jährlich wurden die Tharu-Schuldknechte durch die Überschreibung der Schulden auf andere Gutsbesitzer wie eine Ware weiterverkauft. Über 100.000 Kamayas - Männer, Frauen und Kinder - gab es noch in den 80er Jahren. Der Grad der Ausbeutung und die Hilfslosigkeit der Schuldknechte trieb viele in den Selbstmord. Erste Versuche, die Kamayas besser auszubilden und zu organisieren, wurden von den Grundbesitzern heftig bekämpft. Sie wurden erpresst mit der Drohung, die Schulden sofort einzutreiben. Den Kamaya-Organisationen wurde in der Panchayat-Zeit die rechtliche Anerkennung versagt. Mit dem demokratischen Frühling 1990 begannen die Basisorganisationen mit gewerkschaftlicher Tätigkeit, z.B. der Forderung nach Mindestlöhnen. Streiks folgten, doch die Grundbesitzer versuchten, die Kamayas auszuhungern. Endlich kam die Frage der Kamayas auf die politische Tagesordnung und alle Parteien stimmten grundsätzlich zu, dieser mittelalterlichen Praxis ein Ende zu setzen.

Doch von 1991 bis 1998 konnten nur 600 Kamayas befreit werden, 36.000 Familien warteten noch darauf. So lancierte die Basisbewegung am 1. Mai 2000 eine Massenprotestbewegung. 20.000 Menschen demonstrierten vor dem Parlament in Kathmandu. Am 17. Juli 2000 erklärte die Regierung das Kamaya-System für illegal, die Schuldknechtschaft war damit abgeschafft, aber neue Lebensgrundlagen für die 100.000 ehemaligen Kamayas nicht.

Die Grundbesitzer warfen Tausende von Kamayas aus ihren Häusern und vertrieben sie von ihrem Land. Sie hatten keine Arbeit, keine finanziellen Mittel, keine staatliche Unterstützung. Die Kindersterblichkeit nahm dramatisch zu. Die Regierung blieb untätig. Die Kamayas waren auf ihre Basisorganisationen angewiesen. Endlich konnte an einige Land verteilt werden. Die meisten aber warten noch heute auf Landzuteilung, um endlich in Würde überleben zu können.

Die Einkommensverteilung immer mehr in Schräglage

Da die Armut in Nepal so verbreitet ist, ist die Einkommensverteilung nicht so ungleich wie in anderen Ländern mit hohem Wachstum, was oft zu hoher Einkommenskonzentration führt. Seit den frühen 80er Jahren ist die Verteilung in Nepal auch im Zuge der Liberalisierungspolitik seit Wiedereinrichtung der Demokratie zunehmend ungleicher geworden. Zudem sind auch die modernen Dienstleistungen geografisch stark konzentriert.

Die Unfähigkeit der Wirtschaft, den wachsenden Überschuss an Arbeitskräften zu absorbieren, verschärft die Arbeitslosigkeit und damit die Einkommensungleichheit. Höheres Wachstum allein nützt da nicht viel. Die unteren 40% der Haushalte verdienten 1985 noch 23% des Einkommens, 1996 nur mehr 11%. Die obersten 10% hatten 1985 erst 23%, 1996 aber schon 52% des Einkommens auf sich vereint. Auch das Bild des allgemein reichen Kathmandu trübt, denn dort steigen die Einkommensunterschiede scharf an. Die Migration in den vergangenen Jahren war sehr hoch, aber die Löhne sind gesunken und reichen nicht, um die höheren Lebenshaltungskosten zu decken. Wie in vielen Großstädten in Entwicklungsländern bläht dies den informellen Sektor auf. Wenn nicht in der Industrie mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, wird es bald auch in der Hauptstadt gravierende Arbeitslosigkeit und Armut geben.

Inflationsbekämpfung wäre in Nepal eine Priorität der Armutsbekämpfung zum Schutz der nicht tariflich gebundenen Löhne. Die Reallöhne sollen laut Weltbank im ländlichen Nepal zwischen 1970 und 1990 um 30% gesunken sein. Für Kleinbauern sind sie sehr wichtig, da sie als Land- oder Bauarbeiter ein Zusatzeinkommen erzielen müssen. In den ländlichen Gebieten gibt es zudem ein Überangebot an Arbeitskräften, was die Löhne ständig drückt. Dasselbe spielt sich auch im Terai ab: die stetig steigende Abwanderung aus den Berggebieten lässt die Löhne in der Landwirtschaft im südlichen Flachland sinken.

Fehlgeleitete Wirtschaftspolitik

Die Politik der Öffnung und Liberalisierung der nepalischen Wirtschaft hat primär jenen Gruppen genutzt, die bereits genug Einkommen zur Verausgabung hatten, aber kaum neue Käuferschichten auf dem Land erreicht. So findet sich der fragwürdige Erfolg dieser Politik vor allem in den Städten, speziell im Kathmandutal, wo der Anteil der Armen geringer liegt. In der Hauptstadt lässt sich tatsächlich im Handel alles erstehen, was der moderne, westlich orientierte

Konsument braucht, zum entsprechenden Preis. Die Neureichen schwelgen in diesem Konsumentenparadies und quälen sich in den neuesten japanischen und europäischen Autotypen durch Kathmandus vorsintflutliche Straßen. In den ruhigeren Vororten schießen kitschige Villen im Grünen aus dem Boden. Ersparnisse aus ländlichen Gebieten fließen ins boomende Kathmandutal, aber von produktiven gewerblichen Investitionen merkt man wenig. Nähme man Kathmandu als Fallbeispiel für die gesamte nepalische Wirtschaft, es könnte sich mit manchen prosperierenden Städten Indiens messen. Die Schere zwischen der Entwicklung in diesem kleinen Tal und des restlichen Staatsgebiets klafft laufend weiter auseinander. Nur jene Wirtschaftspolitiker, deren Horizont am Kathmandutal und der eigenen Klientel endet, konnten mit dieser Entwicklung wirklich zufrieden sein.

Aber auch im Kathmandutal ist mittlerweile ein Sättigungspunkt erreicht aufgrund der politischen Instabilität, des Fehlens der produktiven Basis, aber vor allem, weil der „Rumpf“ des Landes, wo neun von zehn Nepalis leben, nicht auf Dauer vernachlässigt werden kann. Ein Wasserkopf kann nicht auf Dauer von einer stagnierenden Landwirtschaft leben, die immer noch acht von zehn Nepalis Arbeit gibt. Die Liberalisierungspolitik der Regierung hat es verabsäumt, fiskalisch und monetär Anreize auch für mehr und nachhaltige Investitionen im ländlichen Gebiet zu schaffen. Im Gegenteil: die Subventionierung der Chemiedünger wurde eingestellt und Saatgut- und Getreideverteilungsdepots in entlegeneren Gebieten wurden sogar geschlossen. Das regierungsgestützte ländliche Kreditwesen wurde ebenfalls abgebaut, Hunderte von Filialen von landwirtschaftlichen Entwicklungsbanken sind geschlossen worden. Während jede Ecke des Kathmandutals bald ihren Bankschalter hat, bleibt ein Großteil der Landbevölkerung inzwischen ohne Bankdienstleistungen.

Mit anderen öffentlichen Dienstleistungen verlief es ähnlich: Kathmandu schließt auf zum Entwicklungsgrad der südasiatischen Metropolen, mit all den damit verbundenen Schattenseiten, das Land draußen aber stagniert. So sind 12 von 75 Distrikten Nepals nicht mit Fahrstraßen erschlossen. Die Konzentration von Einkommen, Vermögen, Infrastrukturen, privater Initiative in Handel und Dienstleistungen ließ im Kathmandutal den Großteil der Investitionen zusammenfließen. Ein Ungleichgewicht, das die Zentralisierung des Staatsapparats widerspiegelt.

Was dagegen kontinuierlich wächst ist die Zahl der absolut Armen in den ländlichen Gebieten. Da die landwirtschaftliche Produktion in den 90er Jahren nur mehr durchschnittlich um 2,5% pro Jahr wuchs, wurde es durch das

Bevölkerungswachstum nahezu völlig aufgefressen, im wahrsten Sinne des Wortes. Das Pro-Kopf-Einkommen sank, die Produktivität in der Landwirtschaft stagnierte. Der ehrgeizige 20-Jahres-Perspektivenplan wurde nie wirklich umgesetzt, und die einzigen zaghafte Versuche zu einer echten Landreform einer kurzlebigen CPN-UML-Regierung blieben 1995 im Sand stecken. Die folgenden Regierungen taten wiederum kaum etwas, um finanzielle Ressourcen in die ländlichen Gebiete zu investieren und die Infrastrukturen dezidiert auszubauen. So sank auch die Gesamtnachfrage nach Industrieprodukten und allein das Wachstum der Konsumgüternachfrage des Kathmandutals mit einer Million Einwohner konnte das Wirtschaftswachstum nicht mehr tragen. Gleichzeitig geriet in den letzten beiden Jahren der Export in Krise. Nepal schlittert immer mehr in eine tiefe Wirtschaftskrise.

Ein weiteres Manko ist das Fehlen eines integrierten internen Marktes. Dieser ist verzettelt auf eine Vielzahl kleiner Märkte ohne Verbindung untereinander. Die mit Straßen erschlossenen Märkte des Terai sind eher mit Indien integriert als mit dem übrigen Nepal und bereichern eher Indien als die eigene Volkswirtschaft. Dies verstärkt jedoch die Abhängigkeit von Indien und hält Nepal zusehends in industrieller Unterentwicklung.

Wenn Nepals Wirtschaft angekurbelt werden soll, müssen erhebliche Investitionen in die Landwirtschaft und in die ländlichen Gebiete fließen. Ein flächendeckendes Programm für Infrastrukturen auf dem Land ist dringend erforderlich genauso wie die Erschließung mit umweltgerechten Verkehrswegen, um einen nationalen Binnenmarkt zu schaffen. Die Kaufkraft der Landbevölkerung muss durch faire Preise und Direkthilfen gestärkt werden. So kann die traditionelle Abhängigkeit von den indischen Märkten reduziert werden.

Umkehr tut not

Der Kampf ums Überleben auf dem Land ist heute noch so mühsam wie vor 20 Jahren. Vor 20 Jahren war Nepal ein Reisexportland gewesen und konnte seine Bevölkerung ernähren. Heute hat es ein chronisches Getreidedefizit und muss Grundnahrungsmittel importieren. Dafür exportiert es heute hunderttausende überschüssige Arbeitskräfte ins Ausland, während in den Bergen die Gewalt wütet. Doch neben dem Scheitern der Modernisierung der Landwirtschaft und neben der unkontrollierten Bevölkerungsentwicklung hat die wirtschaftliche Misere Nepals eine Reihe weiterer Ursachen. Es ist in den über 50 Jahren seit der Öffnung des Landes gegenüber dem Ausland nicht gelungen, eine bedeutende industrielle Fertigwarenherzeugung aufzubauen. Die Industrie im engeren Sinn

steuerte 2001 nur 8,43% zum Bruttoinlandsprodukt bei, das Baugewerbe 10,71%. So blieb Nepal sehr stark vom Ausland abhängig. Nepalische Produkte finden im Ausland nur geringen Absatz, die Produktpalette im Export ist gering. Dagegen überschwemmt immer noch indische und neuerdings auch chinesische Massenware den nepalischen Markt. Indien ist der wichtigste Handelspartner, doch mit rückläufigem Gewicht in den letzten beiden Jahrzehnten. Aufgrund politischer Instabilität und fehlender Anreize liegt auch das Niveau der ausländischen Direktinvestitionen in Nepal auf geringem Niveau. Da es keine wesentliche Entwicklung der industriellen Fertigwarenerzeugung gab, konnte in Nepal auch keine nennenswerte Arbeiter- und Unternehmerschicht entstehen.



Bauer in der Gegend von Thulo Syabru

Heute sucht Nepal seine wirtschaftliche Rettung in der völligen Öffnung zum Weltmarkt, in der Privatisierung der letzten staatlichen Unternehmen, im verzweifelten Versuch, ausländisches Kapital nach Nepal zu bringen. Liberalisierung ist zu einem Dogma seiner Wirtschaftspolitik seit 1985 geworden: Zölle und Handelshemmnisse werden laufend gesenkt; die Währung ist in Anbindung an die indische Rupie frei konvertibel; es gibt keine Lizenz- und Preiskontrollen mehr; die ausländischen Direktinvestitionen wurden steuerlich und bürokratisch erleichtert; der Finanz- und Energiesektor wurden

für das Privatkapital geöffnet, einige öffentliche Unternehmen privatisiert, der öffentliche Dienst reformiert.

Im Hinblick auf den Aufbau des SAFTA (*South Asian Free Trade Area*) werden Handelshemmnisse abgebaut und die Mitgliedschaft Nepals bei der Welthandelsorganisation WTO steht an. Gefördert wird diese Politik vom IWF und von der Weltbank mit Krediten, die nicht an alternative Entwicklungsstrategien zur Stärkung des Binnenmarktes geknüpft sind. Nepal begibt sich damit in eine wachsende Abhängigkeit von außen. Allerdings konnte es bisher eine Schuldenkrise vermeiden. Drei Faktoren verhalfen dem Land zu einer bisher noch ausgeglichenen Zahlungsbilanz: die Überweisung der nepalischen Arbeitnehmer aus dem Ausland, die Einnahmen aus dem Tourismus und die Mittel der Entwicklungszusammenarbeit. Doch die ausländische Hilfe führte zu interner fiskalischer Laxheit, zur Verzögerung wichtiger Reformen und zu einem massiven Anstieg unproduktiver Bürokratie. Zudem versickerte ein guter Teil in diesem Apparat ohne den wirklich Bedürftigen zu Gute zu kommen.

Ein wesentlicher Grund für den geringen Entwicklungsstand der nepalischen Wirtschaft liegt in der Schwäche des Staates. Korruption und politische Misswirtschaft, die Ineffizienz der Verwaltung sind bloße Symptome für das Fehlen grundlegender Strukturen für die Weiterentwicklung einer kapitalistischen Ökonomie. Eine effizientere Verwaltung, Investitionen in die Infrastruktur, Rechtssicherheit und als unverzichtbare Voraussetzung dafür ein solider, aus Steuermitteln erwirtschafteter Staatshaushalt, ein Bildungssystem, das moderne, berufsweltbezogene Qualifikationen bietet, eine Förderung des einheimischen Unternehmertums, das die Abhängigkeit von außen verringern kann. Der nepalische Staat handelt heute - trotz der ungeheuren Planung und Beratung und ausländischer Hilfe - noch nicht wie eine Entwicklungsagentur, sondern bremst vielmehr mit seinem bürokratischen Apparat die Entfaltung der unternehmerischen Initiative. Vielmehr scheint der Staat der Absicherung der Ansprüche der obersten Schichten an die nationalen Ressourcen zu dienen. Während sich die Intellektuellen auf den aufgeblähten öffentlichen Dienst konzentrieren, fehlt es in Nepal an einer produktiven Mittelschicht in Handwerk, Kleinunternehmen, Dienstleistungen, die wiederum dem Staat zu einer solideren finanziellen Einnahmestruktur verhelfen kann.

Zur rückständigen Wirtschaftsstruktur gesellt sich die Rückständigkeit in den sozialen Beziehungen: Arme und sozial Benachteiligte leben von der Hand in den Mund, ohne soziale Sicherheit. Auch in den Städten wächst die Armut. Das Kastenwesen mit seiner religiös verbrämten Diskriminierung ist ein archaisches

Erbe, das nicht nur Menschen- und Bürgerrechte verletzt, sondern auch die Entwicklung hemmt. Die ebenfalls religiös begründete Eingrenzung von Frauen auf Familien- und Haushaltsarbeit und die Vorenthaltung höherer Bildung bremst die Modernisierung.

Soziale Veränderungen benötigen viel Zeit. Prüfstein für Entwicklung und Fortschritt sind in einem Land wie Nepal die Lebensbedingungen der großen Mehrheit der Arbeiter und Kleinbauern. Das heutige Nepal erlebt jedoch einen Bruch zwischen einer überraschend statischen Wirtschaftsstruktur und den Erwartungen einer neuen Generation mit offenerem Horizont, die mit der Demokratie und globalen Öffnung aufgewachsen sind und nun diese Möglichkeiten nutzen wollen und einen besseren Lebensstandard sofort anstreben. Nepal öffnet sich immer mehr der Welt und integriert sich in die internationale Gemeinschaft: dies verstärkt den subjektiv erlebten Widerspruch zwischen den Möglichkeiten und den kargen Ergebnissen zuhause. Der Staat



hatte weder Strategien gegen die ausufernde Armut auf dem Land noch befriedigende Antworten auf die neuen Erwartungen der Jugend. Das verhalf der maoistischen Bewegung zu breiterer Untersützung. Die entscheidenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes konnten in diesen ersten 12 Jahren Demokratie nicht einmal ansatzweise gelöst werden. Ungeduld und Frustration waren die Folge.

In Nepals heutiger Krise, die sich in einem landesweiten Guerrillakrieg manifestiert, spielen viele Faktoren zusammen. Die Unfähigkeit der demokratischen Regierungen, etwas mehr Wohlstand für alle zu schaffen, gehört zu den zentralen Faktoren. Unter Millionen von Jugendlichen hat sich vor allem deshalb Frustration breit gemacht, weil der Staat und seine Wirtschaftspolitik keine Perspektiven für eine gute Ausbildung, sichere Jobs und ein besseres Einkommen bot. Leere Mägen und enttäuschte Hoffnungen haben den Maoisten

Die wirtschaftlichen Folgen des Volkskriegs

Der Volkskrieg hatte auf Nepals Wirtschaft eine insgesamt verheerende Auswirkung, die die verschiedenen Bereiche unterschiedlich trafen. Der Tourismus geriet 2002 in seine schlimmste Krise seit 20 Jahren. Hatten 2000 noch 460.000 Touristen Nepal besucht, waren es 2001 nur mehr 298.000 und 2002 nur mehr 216.000: ein Rückgang von über 50%. Obwohl die Maoisten immer wieder versicherten, dass Ausländer nichts zu befürchten hätten und tatsächlich nur wenige, eher Trittbrettfahrern zuzuschreibende Überfälle auf Touristen registriert wurden, trauten sich immer weniger westliche Besucher ins Land. Nur die Zahl der indischen Touristen nahm zu.

Im Zuge der Anti-Alkoholismus-Kampagne der Maoisten wurden gezielt von „Propagandaaktionen“ mehrfach große und kleine Spirituosenhersteller, die Brauereien und Coca Cola Nepal getroffen. Die Getränkehersteller tragen immerhin 3% zum BIP Nepals bei und beschäftigen 30.000 Arbeitnehmer. Zu leiden hatte auch das Baugewerbe, da die vielen abseits gelegenen Baustellen nicht mehr normal erreicht werden können. Stark in Mitleidenschaft gezogen sind öffentliche Infrastrukturen: E-Werke, Trinkwasserleitungen, kleinere Flughäfen, Hängebrücken und andere. Die durch die maoistische Sabotage entstandenen Schäden sind noch nicht geschätzt worden, die langfristige Beeinträchtigung der lokalen Entwicklung dürfte noch schwerwiegender sein.

Noch weniger abzuschätzen sind die Auswirkungen der Verzögerung und Unterbrechung zahlloser Entwicklungsprojekte in den vom Volkskrieg direkt betroffenen Gebieten. Das Wege- und Straßenbauprogramm der Regierung ist in vielen Distrikten derzeit auf Eis gelegt, der Bau von Brücken, Bewässerungskanälen usw. unterbrochen. Die Plünderung der Lebensmittelepots der Regierung haben zur Aussetzung der „Lebensmittel für Arbeit“-Programme geführt. Die ausländischen Hilfsorganisationen sahen sich gezwungen, ihre Programme den veränderten Rahmenbedingungen anzupassen. Ihre Projektstätigkeit ist allgemein stark zurückgefahren worden, obwohl nur wenige vom Ausland mitfinanzierten Projekte von den Maoisten direkt angegriffen worden sind. Die Maoisten wollten offensichtlich die ausländischen NRO und Geberländer nicht vergrämen. Schwer betroffen ist auch die Landwirtschaft. Aufgrund des Volkskriegs konnten viele Arbeitskräfte nicht mehr auf den Feldern arbeiten, Land in beträchtlichem Ausmaß liegt brach. Die fehlende Versorgung zwingt viele Menschen zur Abwanderung und dies schwächt wiederum die lokale Produktionskapazität.

Der freie Verkehr und Handel ist sowohl durch die Sabotage der Guerrilleros, aber auch durch die unzähligen Kontrollen der Sicherheitskräfte stark behindert. Der Handel mit den Aufstandsgebieten ist weitgehend unterbunden, was die Lebensmittelversorgung gefährdet hat. Dadurch sind in anderen Branchen viele Arbeitsplätze verloren gegangen. Das allgemeine Wachstum der nepalischen Wirtschaft ist nur mehr knapp positiv.

viele Menschen zugetrieben. Eine militärische Lösung unter Beibehaltung der alten Strukturen ist in diesem Kontext undenkbar, wenn nicht die sozialen und wirtschaftlichen Grundprobleme angegangen werden.

Tausende junger Männer und Frauen, die heute den Maoistenaufstand tragen, müssen wieder ins zivile Leben eingegliedert werden. Dies kann nicht allein mit der Aussicht gelingen, ins selbe Dorf in dieselbe Armut und Arbeitslosigkeit zurückzukehren. Die Rezepte der Vergangenheit greifen nicht mehr. Ohne Mindestversorgung und soziale Sicherheit für alle wird Armut immer wieder für sozialen Sprengstoff sorgen. Ein Agrarland muss den Bauern faire Preise und ausreichend zusätzliche Einkommensmöglichkeiten in den arbeitsschwachen Zeiten bieten. Infrastrukturen bleiben in einem von der Topografie und der Wirtschaftsgeografie benachteiligten Land eine Daueraufgabe des Staates, die ohne finanzielle Hilfe von außen nicht bewältigt werden kann und die ein von Maoisten geführtes Land genausowenig erhielt wie heute Nordkorea. Aber nur ein effizienter, sauberer Staat kann dies gewährleisten, der Kommunen und Regionen echte Entscheidungsgewalt und finanzielle Autonomie verleiht. Diese wiederum stärken die regionalen Wirtschaftskreisläufe und die lokale Selbstversorgung. Sie sorgen für produktive Investitionen statt für den importierten Konsum der Oberschicht. Die fragile Ökologie und geringe Produktivität des Systems setzen dem natürliche Grenzen.

Gerechtigkeit für die Armen kann nur geschaffen werden, wenn die Entwicklung sozial gleichgewichtiger verläuft. Nicht nur einzelne Projekte der Armutsbekämpfung mit ausländischer Hilfe sind gefragt, die nur sehr punktuell wirken. Vielmehr müssen die Ansprüche der Reichen an ein beschränktes Wachstum begrenzt werden. Nur eine gerechtere soziale Ordnung und eine verantwortliche Politik wird auch eine gesündere wirtschaftliche Entwicklung für dieses Land bringen. Somit haben die Maoisten, wenn auch mit den falschen Mitteln, den wunden Punkt getroffen: Ungerechtigkeit in diesem Ausmaß birgt ein dauerhaftes Gewaltpotenzial oder wie Mahatma Gandhi es ausdrückte: „Es gibt genug für jedermanns Bedürfnisse, aber es reicht nicht für die Gier der Einzelnen“.

12. Nepalische Geschlechterverhältnisse

„Frauen haben im Volkskrieg mehr zu gewinnen als Männer. Das ist der Grund, warum vor allem tibeto-burmesische Frauen, also nicht-indoarische Frauen einen so bedeutenden Anteil an der Bewegung haben“.

Hisila Yami,
früheres Mitglied des Zentralkomitees der
maoistischen Partei *CPN (Maoist)*



12. Nepalische Geschlechterverhältnisse



In ganzen Dörfern der maoistisch kontrollierten Gebiete des mittleren Westens sieht man keine Männer. Die Distrikte Rukum, Rolpa und Jajarkot sind das Epizentrum des Aufstands: schwer zugängliche Regionen, ideal als Basis- und Rückzugsgebiet im Guerrillakampf, besiedelt von armen Kleinbauern, die überwiegend indigenen kleinen Völkern angehören. Wandert man heute durch diese Gegenden, fällt eines gleich auf: es fehlen die Männer. Sie sind zu „favari“ geworden, Flüchtigen, die in die umliegenden Wälder geflohen sind, in die Städte oder nach Indien. Sie wollten der Repression der Polizei und Armee entgehen oder der Zwangsrekrutierung durch die Maoisten. Zuhause bleiben die Frauen, die den Haushalt weiterführen,

die Felder bearbeiten und die Familie durchbringen. Sie sind das Rückgrat der traditionellen Bauerngesellschaft des Mittelgebirges Nepals, die im Wesentlichen nur für den Eigenverbrauch produziert. Schon vor Beginn des maoistischen Volkskriegs zogen arbeitslose oder unterbeschäftigte Männer regelmäßig hinaus, sooft das bisschen eigener Ackerboden sie zeitweise entbehren konnte, um irgendwo einen Zuverdienst zu suchen. Doch seit Beginn des Aufstands ist es anders: viele Männer sind aus den Wäldern nicht mehr zurückgekehrt. Den Frauen verbleibt die ganze Last.

Warum schließen sich Frauen den Maoisten an?

Frauen sind nicht nur das Rückgrat der Versorgung, sondern spielen auch in der Guerrilla selbst eine wichtige Rolle; sie sind sichtbar auf allen Ebenen des Volkskriegs in Massenaktionen, in der „Kulturarbeit“ und Propaganda, in den kämpfenden Guerrillaeinheiten. Bei Distriktversammlungen der von Maoisten gesteuerten „Revolutionären Frauenfront“ kommen bis zu 5.000 Frauen zusammen. Diese politische Beteiligung ist dort am stärksten, wo aus der

Tradition der Volksgruppe heraus Frauen schon vor dem Krieg Mitverantwortung für kollektive Initiativen innehatten. Im Volkskrieg ist diese Rolle von Frauen noch deutlicher geworden. Sie arbeiten als Propagandaaktivistinnen, Dorfschützerinnen, Kuriere, Krankenschwestern. Sie besuchen Gefangene und betreuen Familien von getöteten Kämpfern. Frauen verhandeln mit den Sicherheitskräften, betreuen die Kinder und haben die Guerrilleros zu versorgen, die in der Nacht kommen. Doch Frauen sind auch direkt als Späherinnen und in Kampfeinheiten im Einsatz. Eine Zeit lang soll jeder dritte Guerrillero in Rukum und Rolpa eine Frau gewesen sein. Oft sind sie gar mit dem „Gebietskommando“ betraut. In den „Dörfern ohne Männer“ haben Frauen ebenfalls Männerrollen übernommen, so zum Beispiel das Pflügen der Äcker, eine Arbeit, die bisher aus religiösen Gründen Männern vorbehalten war.

In den vergangenen Jahren hat die Zahl der im Kampf von der Armee oder der Polizei getöteten Maoistinnen stark zugenommen, was ebenfalls ihre stärkere Präsenz zeigt. Das maoistische Parteiorgan „Der Arbeiter“ verherrlicht die Beteiligung der Frauen auf allen Ebenen. Vergleiche bieten sich an mit den Frauen des „Leuchtenden Pfads“, der maoistischen Guerrillabewegung Perus, und der PKK, der kurdischen Arbeiterpartei: beide versuchten, Frauen in allen Bereichen des Guerrillakriegs zu etablieren. Doch in der Führungsspitze geht es nicht so ausgewogen zu. Im Zentralkomitee der Maoistischen Partei Nepals sitzt heute nach dem Ausscheiden von Hisila Yami keine Frau mehr.

Was bedeutet es für eine Frau, in einer so stark religiös und patriarchalisch geprägten Gesellschaft wie der nepalischen eine maoistische Kämpferin zu sein, in einer Gesellschaft, die Frauen ansonsten von allen entscheidenden Rollen in Politik und Wirtschaft fernhält? Zweierlei: erstens erwarten sich Frauen neuen Spielraum an persönlicher Freiheit und Mitentscheidungsmöglichkeit. Die Maoisten haben es verstanden, die Interessen von Frauen in ihr revolutionäres Programm und in ihre Praxis einzubauen. Damit knüpften sie bei den nicht so stark hinduisierten Frauen der indigenen Völker an schon vorhandenen Wertemustern an. In den Landgebieten des mittleren Westens waren Frauen schon vor dem Volkskrieg in öffentlichen Belangen stärker präsent. Aber auch höherkastige Hindu-Frauen sind angezogen vom Versprechen, aus beschränkenden sozialen und kulturellen Verhältnissen ausbrechen zu können.

Zweitens bedeutet es eine Chance zum aktiven Widerstand gegen die in der nepalischen Gesellschaft vorhandene alltägliche Gewalt aller Art gegen Frauen. Gewalt in der eigenen Familie, ausgeübt vom Ehemann, alkoholisierten Männern, staatlichen Organen, und die „strukturelle Gewalt“: Nepal weist die

höchste Müttersterblichkeit ganz Südasiens auf, von acht Kindern stirbt eines vor Erreichen des 5. Lebensjahres, zwei Drittel der Schwangeren sind anämisch.

Der im Hinduismus ausgeprägte Fatalismus bekommt im Volkskrieg eine ganz neue Ausprägung, nämlich wenn Frauen ihren Kampf und Tod in der Guerrilla als „sinnvollen Tod“ bezeichnen und sich Frauen dadurch Männern ebenbürtig fühlen. Für viele Frauen im Volkskrieg haben tatsächlich Gewehr und Khukhuri, das traditionelle Gurkhamesser, die symbolische Bedeutung von Gleichberechtigung gewonnen. Fehlende Möglichkeiten, auf friedlichem Weg Machtstrukturen, soziale Verhältnisse und diskriminierende soziale Rollen zu ändern, haben Frauen auf diesen Weg gebracht.

1300 Witwen

Muna war im siebten Monat schwanger, als ihr Mann, Madan, umgebracht wurde. Sie hatten sich kennengelernt als Madan in Dang stationiert war und hatten letztes Jahr in Madans Heimatdorf Bardiya geheiratet. Bald wurde Madan nach Jumla versetzt, wo er im November 2002 während eines Maoistenüberfalls getötet wurde. Er hatte nur zweimal aus Jumla geschrieben: es ginge ihm gut. Er versprach Muna, sie so bald er frei bekam zu besuchen. Als er endlich nach Hause kam, war es seine Leiche, im PolizeijEEP einen Tag nach dem Überfall in Jumla. Muna wurde ohnmächtig, als sie den Jeep sah.

Als sie wieder zu Bewusstsein kam, weinte und schrie sie und das ganze Dorf Silapur weinte mit ihr. Jetzt muss sie sich alleine um ihr Kind kümmern. Madans Familie sagte ihr: „Du bist unsere Tochter, wir werden für dich sorgen“.

Der jetzt sieben Jahre dauernde Volkskrieg hat schon 1300 Frauen wie Muna zu Witwen gemacht: 160 Frauen von Soldaten, 700 Frauen von Polizisten, 90 von den Mitgliedern der 'Armed Police Force' und mehr als 400 sind Witwen der Maoisten. Die Regierung hat den Witwen der Armee und Polizei eine Entschädigung von 700.000 Rupien versprochen, doch bis jetzt haben die Hinterbliebenen nichts erhalten. „Es gibt unzählige Witwen wie mich, und wir führen einen täglichen Überlebenskampf. Unsere Männer gaben ihr Leben für den Staat, aber der Staat kümmert sich nicht um uns“, sagt Muna.

(aus: Nepali Times, November 2002, Übersetzung: Hanna Battisti)

Doch die Folgen sind bitter. Frauen haben in diesem Krieg mehr zu ertragen als Männer. In dieser Art „längerwährenden Volksaufstand“ sind Frauen in den Aufstandsgebieten täglich neuer Konfrontation ausgesetzt und müssen täglich den Zugang zu sonst selbstverständlichen Einrichtungen neu verhandeln: zum Markt, zur Schule, zur Gesundheitsstation, zu öffentlichen Ämtern. In einem

Klima des Terrors und staatlichen Gegenterrors werden immer mehr Frauen zu Opfern, weil sie eine wachsende Bedeutung für die maoistische Bewegung haben. In der Rolle der Kämpferinnen riskieren sie eine doppelte Bestrafung: zum einen, weil sie die herrschende Staatsmacht herausgefordert haben; zum andern, weil sie die soziale Hierarchie in Nepal in Frage gestellt haben. Vergewaltigung und Tötung von maoistischen Guerrilleras gehört zum gängigen Repertoire der staatlichen Aufstandsbekämpfung.

Die Maoisten selbst nehmen es für sich in Anspruch, Frauenrechte ausbauen zu wollen. Für die Kleinbäuerinnen im mittleren Westen ist das maoistische Grundversprechen einer echten Landreform wichtig, genauso auch die generelle Gleichstellung der Frauen bei den Eigentumsrechten. Linke Guerrillabewegungen haben geschichtlich oft die Geschlechterfrage auf die Zeit nach der Revolution verschoben. Man schob die extremen Bedingungen des Guerrillakampfes vor, um Geschlechterverhältnisse nicht als unmittelbares Problem wahrzunehmen. Doch allein die starke Präsenz von Frauen innerhalb der Bewegung zwingt die Maoisten, schon in der heutigen Praxis anders vorzugehen.

Frauen in der Hindu-Gesellschaft

Für den traditionellen Hindu soll die Frau von der Wiege bis zur Bahre von Männern abhängen und Männer sollen die einzigen Brotverdiener in der Familie sein. Frauen sind in der Hindu-Gesellschaft den Männern nachgeordnet, männliche Nachkommen werden aus religiösen Gründen bevorzugt. Die Geburt eines Sohnes wird in der Regel groß gefeiert, während man ein Töchterchen eben hinnimmt. Wenn auch nicht so massenhaft wie in Indien: in Nepal gibt es pränatale Geschlechtsdiagnosen am Embryo und nach Geschlecht selektive Abtreibungen. Sind sie aber mal da, haben Töchter früh ihre Rolle in der Hausarbeit und in der Betreuung der jüngeren Geschwister zu übernehmen. Sie müssen damit rechnen, dass an ihrer Ausbildung am ehesten gespart wird, wenn das Familieneinkommen nicht reicht. Hindu-Eltern wollen im Allgemeinen nicht viel Geld in die Ausbildung der Töchter investieren, da sie ohnehin - so die Annahme - „ins Eigentum eines anderen übergehen“. Wenn auch Kinderheiraten neuerdings in Nepal zurückgedrängt werden (gesetzliches Mindestalter: 18 Jahre), werden Mädchen immer noch als Minderjährige verheiratet, um die Mitgift möglichst gering zu halten. Der Familie des Bräutigams müssen Geld- und Sachleistungen geboten werden. Bei der Verheiratung einer Tochter besteht für deren Eltern die Pflicht zur Mitgift, *daijo* oder *tilak* genannt. Bringt die Braut zuwenig Mitgift in die Familie des Ehemannes ein, muss sie mit Miss-



Zu arrangierten Kinderhochzeiten kommt es in Nepal noch häufig.

handlungen und Verachtung durch dessen Angehörige rechnen. Auf das Eigentum ihres Mannes oder dessen Eltern kann die Frau laut *Muluki Ain*, dem Bürgerlichen Gesetzbuch Nepals, keinen Anspruch erheben.

Frauen haben in der Hindu-Kultur spezielle Reinheits- und Keuschheitsgebote zu beachten. So werden Hindu-Frauen während der Menstruation für 4-5 Tage als unberührbar betrachtet. Sie selbst berühren in dieser Zeit keine Speisen anderer Familienmitglieder und leben in einem getrennten Raum. Im fernen und mittleren Westen Nepals müssen Hindu-Frauen in dieser Zeit in einer kleinen Hütte neben dem Hof, *Chhaupadi* genannt, oder im Kuhstall hausen. Der Status der Ehefrau in der Familie des Mannes steigt mit jedem Sohn, den sie gebiert. Hat eine Frau nur Töchter, gibt dies Anlass zu Formen der Demütigung, in krassen Fällen zu einer weiteren Ehe des Ehemanns.

Eigentumsrechte sind in Nepal entsprechend den hinduistischen Grundwerten patrilinear geregelt. Der Weg zu Besitz verläuft für Frauen über die Heirat. Nur 5,5% der nepalischen Frauen besitzen ein Haus oder eine Wohnung. Geschiedene Frauen und Witwen geraten ohne freiwillige Unterstützung ihrer Familien schnell in den wirtschaftlichen Abstieg. Armut trifft Frauen deshalb

schwerer, weil sie rechtlich gar keinen Zugang zum Eigentum haben. Dies steht in Widerspruch zur Arbeitsleistung der Frauen, die im Durchschnitt höher liegt als jene der Männer, da Hausarbeit und landwirtschaftliche Tätigkeiten sich kumulieren. Lange Arbeitszeiten von Mädchen und Frauen verhindern wiederum, dass diese Zeit für Bildung und Gesundheitspflege finden. Nepal ist das einzige Land Südasiens mit einer für Frauen geringeren Lebenserwartung als für Männer. Mädchen brechen in höherem Maße den Schulbesuch ab, vor allem in ländlichen Gebieten und in den unteren Kasten (Dalits). Mädchen aus höheren Hindu-Kasten und Stadtfamilien hingegen finden zunehmend Anschluss an die Schulleistungen der Jungen.

Deutlich drückt sich die wirtschaftliche Benachteiligung der Frauen im Erbrecht aus. Früher konnten Töchter den Besitz ihres Vaters nicht erben, sondern nur Söhne. Heute müssen nepalische Frauen bis zum 35. Lebensjahr unverheiratet bleiben, um erbberechtigt zu werden. Da unter nepalischen Gepflogenheiten eine Ehe in diesem Alter kaum mehr möglich ist, wird die Frau erbberechtigt, muss aber das Geerbe zurückerstatten, wenn sie dennoch heiratet. Um gegenüber ihrem Ehemann erbberechtigt zu sein, muss eine Frau 15 Jahre lang verheiratet gewesen sein. Wenn Witwen wieder heiraten, sind sie als Erben des ehemaligen Mannes nicht mehr zugelassen. Eine geschiedene Frau hat für höchstens fünf Jahre Anrecht auf Ernährung und Kleidung, sofern sie in dieser Zeit nicht wieder



heiratet. Ist bloß die Mutter nepalische Staatsbürgerin, bekommen ihre Kinder nicht automatisch die nepalische Staatsbürgerschaft.

Insgesamt ist der Rechtsstatus der Frauen in Nepal widersprüchlich. Einerseits garantiert die Verfassung von 1990 die völlige Gleichstellung von Mann und Frau und verfügt ein allgemeines Diskriminierungsverbot in allen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Belangen (Art.11). Art. 27 (7) sieht vor: „Der Staat setzt in seiner Politik besondere Maßnahmen, um die größtmögliche Beteiligung von Frauen an der nationalen Entwicklung zu gewährleisten. Keine Diskriminierung bei der Entlohnung zwischen Mann und Frau für dieselbe Arbeit ist gestattet“. Die Umsetzung und Kontrolle dieser Verfassungsbestimmung lässt noch auf sich warten. Obwohl Nepal schon am 3. September 1981 die UN-Konvention zum Verbot der Diskriminierung von Frauen (CEDAW) von 1979 ratifiziert hat, listet eine der führenden Frauenorganisationen Nepals, das *Forum for Women, Law and Development* in Kathmandu, 54 Rechtsakte auf, die Frauen diskriminieren.

Zudem hapert es auch an der Umsetzung neuer Gesetze, die der Benachteiligung von Frauen entgegenwirken sollen. Vor allem im Familienrecht tun sich im patriarchalen Denken verhaftete Hindu-Politiker schwer, den Grundsätzen der UN-Konvention zum Schutz der Frauen (CEDAW) konsequent zu folgen. Mehrfach wurde Nepal von der UNO aufgefordert, seine Gesetze den internationalen Verträgen anzupassen. Erst 1995 richtete die Regierung ein „Ministerium für Frauen und soziale Wohlfahrt“ ein. Es wird versucht, die Beschäftigung von Frauen in bestimmten Wirtschaftssektoren zu fördern. Doch in der Praxis haben wenige Frauen eine abhängige Beschäftigung und werden geringer entlohnt. Familienplanungsprogramme werden mit Frauen durchgeführt. In den 5-Jahres-Plänen finden sich viele gute Vorsätze zur Mitwirkung der Frauen an der staatlichen Entwicklungspolitik, doch konkret treffen engagierte Frauenorganisationen in Politik und Bürokratie auf Apathie und Desinteresse.

Nicht nur zum Eigentum, auch zur Bildung haben Frauen einen viel geringeren Zugang als Männer. Die Alphabetisierung erreichte 2001 insgesamt 66%, für Frauen aber bloß 42,5 %. Mit anderen Worten: von zehn nepalischen Frauen sind sechs Analphabeten. Bei den Dalit-Frauen können gar nur 9-10% lesen und schreiben. Die Alphabetisierung der Frauen ist regional unterschiedlich ausgeprägt: während in Gorkha 24,5% der Mädchen die Schule abschließen, sind es in Rolpa nur 8,7%. Während allgemein in Nepal 40% der Mädchen die Schule besuchen, sind es im westlichen Mittelgebirge nur 17,6% der Mädchen. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass die Alphabetisierung fast

ausschließlich auf Nepali erfolgt und indigene Sprachen vernachlässigt werden. Der geringe durchschnittliche Bildungsgrad verhindert, dass Frauen ihre Anliegen in der Öffentlichkeit nachhaltig und qualifiziert vertreten, dass sie sich in Entscheidungsprozesse einschalten und auf politischer Ebene mitmischen.

Geschlechtsspezifische Diskriminierung zeigt sich in der Gesellschaft Nepals quer durch alle Ethnien, besonders aber in der Hindu-Bevölkerung. In Nepal gibt es 61 indigene Völker mit 125 verschiedenen Sprachen, die sich hinsichtlich des Status der Frauen deutlich unterscheiden. Religiös begründete Beschränkungen für Frauen sind im tibeto-burmesischen Kulturkreis trotz der Beeinflussung durch den Hinduismus geringer. Die Wiederverheiratung von Witwen und die Scheidung waren hier seit jeher zulässig. Sie haben mehr Freiheit in der Privatsphäre. Frauen konnten sich beruflich freier betätigen und werden in die Entscheidungen auf Dorf- und Distriktebene eher einbezogen. Bei den Magar konkurrieren die Frauen vielfach mit den Männern um einflussreiche Posten. In den Bauernfamilien tragen die Frauen auch die Hauptverantwortung für die Haustiere. Sie haben mehr Freiheit in der Wahl des Partners (keine Kastenbindung). In Kontakt und Austausch mit den dominierenden Hindu-Kasten haben viele dieser Völker doch manche Hindu-Werte und Verhaltensmuster übernommen. Insgesamt ist der Status der Frauen bei den kleineren Völkern zwar besser als bei den Hindu-Frauen, doch in der Öffentlichkeit unterliegen sie genauso dem *Bahunbad*, der Dominanz einer Kaste, Sprache, Religion und Kultur.

In manchen Berggebieten und in den meisten Gebieten des Terai ist die Kinderehe noch gängige Praxis. Zwar ist das Durchschnittsalter bei Eintritt in die Ehe jetzt in Nepal auf 18,1 Jahre gestiegen, doch immer noch werden viele Mädchen schon im Alter zwischen 10 und 14 Jahren verheiratet. Auch die Heirat zwischen alten Männern und jungen Mädchen ist in den ländlichen Gebieten noch häufig. Diese Frauen werden schnell zu Witwen und genießen einen geringeren Status innerhalb der hinduisierten Kulturen. Als Minderjährige verheiratete Mädchen genießen keine Schulbildung mehr und haben ein höheres Arbeitspensum und zu frühe Mutterschaften.

Abtreibung war bis vor kurzem in Nepal noch tabu. Erst 2002 wurde der Schwangerschaftsabbruch gesetzlich unter bestimmten Bedingungen in den ersten Schwangerschaftsmonaten erlaubt. Bisher durften Abtreibungen auch nicht nach Vergewaltigung vorgenommen werden. Die Umsetzung dieses Rechts stößt in Nepal allerdings auf erhebliche Probleme, da das Land bei weitem noch nicht über die benötigten Gesundheitsdienste verfügt. In entlegenen Gebieten



Familie in Kjangjng Gompa

sind Ärzte und geschultes Krankenhauspersonal nicht in ausreichendem Maße verfügbar. Die Geburt von unehelichen Kindern ist im heutigen Nepal noch immer eine große Schande.

Polygamie und Polyandrie sind in Nepal gesetzlich abgeschafft worden, doch werden sie in entlegenen Gebieten noch praktiziert. Trotz der Proteste von Frauen wird Polyandrie (mehrere Ehemänner) im tibetisch beeinflussten Hochland noch praktiziert. Wenn ein älterer Bruder heiratet, wird seine Frau auch von seinen jüngeren Brüdern im Turnusbetrieb „mitbenutzt“. Diese *Bahupati*-Polyandrie wird von Frauen abgelehnt. Manche Frauen zogen es nach der Heirat vor, bei ihren Eltern zu bleiben, da sie sich physisch nicht in der Lage sahen, das *Bahupati* zu bewältigen. Modernere Frauen dieser Ethnien lehnen diese Tradition ab und fordern „Eine Frau für einen Mann“. Auch Polygamie von Männern kommt in Nepal noch häufig vor, zum Nachteil der Frauen. In manchen Berggebieten war es Brauch, dass die zweite Tochter unverheiratet blieb und als *jhuma* (Nonne) im nächsten Kloster diente.

Physische und psychische Gewalt der Männer gegen Ehefrauen und Kinder ist weit verbreitet. Gesetzlich gibt es dagegen noch keine klare Handhabe und die

Frauenhandel und Prostitution in Nepal

Jedes Jahr werden zwischen 5.000 und 7.000 nepalische Mädchen und Frauen auf ausländische Sexmärkte, insbesondere nach Indien, verschleppt. Sie werden in Nepal entführt, zur Prostitution gezwungen und über „Vermittlungsbüros“ für 25.000 bis 50.000 Rupien (300-600 Euro) an indische Bordelle verkauft. Armut, Analphabetentum, Arbeitslosigkeit, unerträgliche Lebensbedingungen treiben diese Mädchen in die Hände skrupelloser Menschenhändler. Mit Drohungen und Gewalt werden die Nepalinnen gefügig gemacht und an die „Endabnehmer“ im Ausland weitervermittelt. Menschenhandel ist nichts anderes als Sklaverei und Entführung. Im Ausland arbeiten die Frauen als Hausangestellte oder als Prostituierte. In den Freudenhäusern leben sie in elenden Bedingungen. Sie arbeiten ohne Gesundheitsschutz und sind allen Arten von Geschlechtskrankheiten ausgeliefert. Ihre Bewegungsfreiheit ist stark eingeengt.

Frauenhandel hat in Nepal schon Tradition. Seit Jahrhunderten wurden Mädchen als Dienerinnen oder Gespielinnen in die Adelspaläste Kathmandus verschleppt. Heute landen Mädchen aus den Berggebieten in indischen Bordells. Auch innerhalb Nepals werden Frauen zur Prostitution gezwungen.

Die Polizei geht gegen den Frauenhandel und die Schlepperei nur sehr nachlässig vor. Nicht mehr als 150 Fälle werden jährlich von der Polizei aufgegriffen. Obwohl Frauenhandel eine vom Staat verfolgte Straftat ist, fehlt in den Verfahren oft sogar der Staatsanwalt. Die Gerichte haben oft kein Gespür gegenüber den Opfern bewiesen, so das *Forum for Women, Law and Development* in Kathmandu.

Die heutige Gesetzgebung Nepals reicht zur effizienten Bekämpfung des Frauenhandels nicht aus. So ist z.B. der Ausschluss der Öffentlichkeit bei der Vernehmung der betroffenen Frauen nicht vorgesehen. Außerdem fehlen Instrumente, Frauenhandel als internationales Verbrechen zu bekämpfen. Ein bestehendes Abkommen des SAARC, der Wirtschaftsgemeinschaft Südasiens, wird noch nicht angewandt.

Nach Jahren der Ausbeutung im Ausland kommen höchstens 20% der Frauen zurück, oft mit HIV oder anderen Geschlechtskrankheiten infiziert. Sind sie nicht infiziert, werden sie dafür gehalten und von ihren Familien verstoßen. Oft bleibt ihnen kein anderer Weg als in die Prostitution zurückzukehren. Es fehlen in Nepal echte Programme zur Bekämpfung der Grundursachen. Der Volkskrieg und seine neuen Prioritäten für den staatlichen Sicherheitsapparat machen ein ernsthaftes Vorgehen gegen den Frauenhandel noch unwahrscheinlicher.

Hindu-Kultur erlaubt es Frauen nicht, diese Form der Diskriminierung und Menschenrechtsverletzung nach außen zu tragen. Sexualverbrechen werden in Nepal noch als Verbrechen gegen die öffentliche Moral eingestuft. Der Staat schützt strafrechtlich die Unberührtheit der Frauen als Vorrecht der Ehemänner, nicht die persönlichen Rechte der betroffenen Frau. Die Ehemänner sind Dreh-

und Angelpunkt der rechtlichen und wirtschaftlichen Existenz der Frauen. Männer können wieder heiraten, wenn ihre Frauen innerhalb 10 Jahren kein Kind zur Welt bringen. Traditionell hat eine Familie gegenüber den Töchtern nur zwei Verpflichtungen: die Sicherung des Lebensunterhalts und die Heiratsanbahnung ab dem 16. Lebensjahr.

Karg sieht es auch mit der Vertretung von Frauen in politischen Organen aus. Obwohl die Verfassung selbst eine Frauenquote von 5% bei den Kandidaten der wahlwerbenden Parteien vorsieht, schafften die Parteien bisher erst 3%. Das Versprechen einiger Parteien, ihren Frauenanteil an den gewählten Vertretern auf 10% zu schrauben, konnte nicht eingelöst werden. Von 205 Mitgliedern des nepalischen Unterhauses sind heute nur 12 Frauen. Neun Mitglieder des Oberhauses sind Frauen. In der vergangenen Regierung Deuba saß keine einzige Frau, in der vom König am 4. Oktober 2002 eingesetzten Regierung Chand eine: die Ministerin für Frauen und Wohlfahrt, Anuradha Koirala. In den höheren Rängen der Verwaltung gibt es keine Frauen. Ermutigend ist die Präsenz von 40.000 gewählten Frauen in den Ortsteilvertretungen (*wards*). In den VDC (Gemeinderäten) und DDCs (Distrikträten) hingegen sind Frauen nur schwach vertreten.

Wie erklärt sich diese Diskriminierung?

Die Schlechterstellung der Frauen in der nepalischen Gesellschaft geht geschichtlich auf die patriarchalen Vorstellungen und Werte des Hinduismus zurück. In der traditionellen Vorstellungswelt der Hindus, insbesondere der Brahmanen, ist nicht nur die Gesellschaft streng nach Kasten unterteilt, sondern auch die Rollen innerhalb der Familie sind klar unterschieden. Der Frau kommt die Rolle der Beschützerin zu, die sich um die Pflege und Versorgung der männlichen Familienmitglieder zu kümmern hat. „Ein Weib und ein Sklave können kein Eigentum haben,“ befand schon der große Hindu-Philosoph Manu, „und der Reichtum, den sie erwerben, gehört jenen, den sie selbst gehören“. Nur durch Heirat konnten Frauen einer anderen Familie zugesprochen werden. Gemäß *Muluki Ain* von 1963 ist die Frau in der Kindheit dem Vater, im Erwachsenenalter dem Ehemann und im Alter dem Sohn als Schutzbefohlene anvertraut. *Mitakshara*, eine Linie hinduistischen Rechtsdenkens, gibt Ehemännern ausschließliches Eigentumsrecht in der Familie, Ehefrauen inbegriffen. *Daya bhaga*, eine andere Schule verneint das, gesteht den Frauen jedoch nicht etwa gleiche Rechte zu. Frauen waren in den hinduistischen Gesellschaften jahrhundertlang Leibeigene des eigenen Ehemanns. Das nepalische Familienrecht und die von Männern beherrschte Politik hat sich von

diesen Kategorien bei weitem noch nicht ganz entfernt.

Die Ehe ist bei Brahmanen und Chhetri nicht nur eine soziale, rechtliche und wirtschaftliche Angelegenheit, sondern auch eine spirituelle Pflicht. Brahmanen glauben, dass nicht der Zufall oder ein Arrangement sie zusammengeführt hat, sondern dass das Zusammenleben vom früheren Leben der Ehepartner vorherbestimmt war. Somit sind auch Scheidungen noch selten. Die höchste Pflicht des Mannes ist es, eine Frau zu ehelichen und einen Sohn zu zeugen. Ein Sohn garantiert den sicheren Übergang über viele Hürden zum Himmel (*swarga*) oder zum Land der Seelen nach dem Tod. Eine Frau erreicht ihren eigentlichen Kastenstatus erst durch die Heirat. Die Eltern eines Mädchens machen durch ihre Verheiratung auch für sich den Weg frei für problemlose Wiedergeburt. Nach der Heirat steht eine Frau eher unter der Fuchtel der Schwiegermutter als jener des Ehemannes. Erst mit Geburt der Kinder, vor allem von Söhnen, steigt ihr Status und Prestige.

Die nepalischen Frauen begehren auf

Ganz Südasien ist kein Hort von Frauenrechten: das Recht auf Bildung, der Zugang zum Arbeitsmarkt, Eigentumsrechte, die Vertretung im öffentlichen Leben und in der Politik, Gesundheitsschutz, Familienplanung und die Verfügungsmacht über den eigenen Körper - all diese Aspekte der Geschlechterverhältnisse sind zwischen Pakistan und Bangla Desh im Vergleich mit anderen Regionen Asiens schlechter geregelt. Es mag überraschen, dass beim *Human Development Index* des UNDP (vgl. Anhang IV) in dieser Hinsicht nicht ein islamisches Land, sondern das hinduistische Nepal das Schlusslicht bildet. In Bildung, Arbeit, Eigentum, Einkommen, Gesundheitsschutz und Hygiene, Familienplanung und Sexualität, politischer Vertretung und Rolle im öffentlichen Leben, in all diesen Bereichen scheint Nepal laut offiziellen Statistiken hinter seinen unmittelbaren Nachbarn zurückzuliegen. Mit diesem Stand der Frauenrechte finden sich immer weniger nepalische Frauen ab.

Das in entwicklungspolitischen Kreisen betonte Konzept des „*empowerment*“ von Frauen im Sinne der Gleichberechtigung der Geschlechter hat in den letzten 10 Jahren, besonders seit der UN-Frauenkonferenz 1995 in Peking, zu einer steigenden Zahl von Frauenprojekten in verschiedenen Lebensbereichen geführt. All diese Programme setzen an den Geschlechterverhältnissen an und werden eher erst langfristig ihre Wirkung zeigen.

Frauen, die mit der patriarchalen Welt der Hindu-Gesellschaft radikaler brechen

Nepalische Sprichwörter zum Geschlechterverhältnis

Dhilo paye, chhora paye: Lass es spät sein, aber lass es einen Sohn sein.

Chhora paye swarga jaane: Die Geburt eines Sohns ebnet den Weg in den Himmel.

Chhori ko jamma hare karma: Eine Tochter ist geboren, welch tragisches Schicksal.

Chhora paye khasi, chhori paye parsi: Wird ein Sohn geboren, wird eine Ziege geschlachtet. Ist es eine Tochter, ist ein Kürbis gegug

Chhora bhaye sansar ujyalo, chhori bhaye bhanchha ujyalo: Ein Sohn erhellt die ganze Welt, eine Tochter bloß die Küche.

Kanya Daan: Eine Tochter sollte als Geschenk vergeben werden.

Mare paap, pale punya: Wenn der Bräutigam die Braut tötet, ist dies Sünde, wenn er sie ernährt, Barmherzigkeit.

Srimati bhaneko paitalako dhulo ho: Eine Ehefrau ist der Staub an den Füßen.

Chhori mari, thulo ghar pari: Wenn eine Tochter stirbt, ist's als ob sie in ein reiches Haus geheiratet hätte.

Pothi base ghar mahscha: Ein Haus, in dem eine Frau bestimmt, wird zugrunde gehen.

Aus der Webseite des Forum for Women, Law and Development FWLD: www.fwld.org.np

und sich in feministischen Bewegungen organisieren, bleiben in ihrem Wirkungsgrad oft auf das Kathmandual begrenzt. Sie engagieren sich für die eigene Emanzipation, die Welt der Frauen auf dem Lande fällt aus ihrem Blickfeld. Es fehlt an der Kommunikation zwischen den organisierten Frauen der ländlichen Gebiete und den feministisch Engagierten in der Stadt. Eine Langzeitwirkung des Volkskriegs wird es sein, auch auf dem Land das allgemeine Selbstbewusstsein der Frauen gestärkt zu haben. Der politische Stellenwert der Frauen kann nach all diesen Jahren im gleichberechtigten Kampf nicht mehr auf Kinder, Hof und Herd zurückgeschraubt werden. Die hohe Zahl von Frauen und ihre entscheidende Rolle im Volkskrieg ist ein deutliches Signal an die patriarchale Gesellschaft Nepals.

13. Das Scheitern der nepalischen Bildungspolitik

„Früher habe ich in der staatlichen Schule gearbeitet, jetzt unterrichte ich in einer privaten Schule. Ich war es einfach leid, mit meinem Studium und meiner Vorbereitung nur einen Hungerlohn zu bekommen, von dem meine Familie nicht leben kann. Ich war es auch leid, jeden Tag vor Schülern zu stehen, die nicht einmal die Schulbücher für meine Fächer kaufen konnten. Ich bin auch für eine kostenlose Schule, aber nur wenn die Verantwortlichen dafür sorgen, dass die Qualität stimmt.“



Nabin Karki, Lehrer in Kathmandu

13. Das Scheitern der nepalischen Bildungspolitik



In Sanosiruwari im Distrikt Sindhupalchowk nördlich von Kathmandu kommt der Lehrer nur einmal in der Woche vorbei. Er hat Angst vor den Maoisten. In normalen Zeiten besuchen täglich 200 Kinder die kleine Grundschule. Aber seit der Volkskrieg diese Gegend erfasst hat und zahlreiche junge Einheimische sich auf die Seite der Maoisten geschlagen haben, blieb ein Lehrer nach dem anderen weg. Sie waren mehrfach bedroht worden und sollten 10% ihres mageren Monatslohns von 7.700 Rupien (rund 95,- Euro) für den Volkskrieg abgeben. Schließlich war einer der Lehrer entführt und misshandelt worden. Nun wagt sich nur mehr ein Lehrer in die Schule, zum Leidwesen der Kinder, die enttäuscht nach Hause gehen. Wie diese in Sanosiruwari können unzählige Schulen Nepals ihren Betrieb nicht mehr aufrechterhalten. Schon vor dem Maoistenaufstand stand es mit dem Pflichtschulbesuch der nepalischen Kinder nicht zum Besten. Jetzt werden noch mehr Kinder ihres Rechts auf Bildung beraubt.

Mit 40,4% weist Nepal den geringsten Alphabetisierungsgrad Südasiens auf (vgl. Anhang IV). Auf 1.000 Kinder eines Jahrgangs werden im Schnitt 700 in der Grundschule eingeschult, 70 erreichen die 10. Klasse und 14 schaffen das

SLC (*School Leaving Certificate*), das einem Abitur im deutschsprachigen Raum vergleichbar ist. Zwei auf tausend Kinder eines Jahrgangs schließen ein Hochschulstudium ab.

Dabei war gerade das nepalische Bildungssystem in den vergangenen 50 Jahren nicht zuletzt dank ausländischer Hilfe stark ausgebaut worden. 1951 gab es in Nepal erst 321 öffentliche Schulen mit 8.505 Schülern, 1992 waren es 19.498 Schulen im ganzen Land mit 2,6 Millionen Schülern. 2001 studierten 4.953.500 Schüler in 37.566 Schulen im ganzen Land - eine gewaltige Aufbauleistung. Schon in den frühen 50er Jahren bildete die amerikanische Hilfsorganisation USAID die ersten Lehrer aus und entwickelte Curriculas für eine neue, moderne Schule. Andere Entwicklungsorganisationen widmeten dem Bildungssystem eine Fülle von Programmen und Projekten, vor allem dem Schulwesen in ländlichen Gebieten. Und die Ergebnisse - gemessen in neuen Schulbauten - können sich sehen lassen. Dieses Baufieber war unbedingt nötig, um die rasch wachsende Zahl von Schülern unterzubringen, doch wuchs weder die Qualität der Ausbildung mit, noch konnten die gesteckten Ziele in der allgemeinen Schulteilnahme und Alphabetisierung erreicht werden. Die Einschulungsquote steigt zwar beständig, doch die Zahl der Schulabbrecher bleibt hoch. Die Mehrheit aller Kinder, die nicht Nepali als Muttersprache sprechen, beendet die Grundschule nicht.

Das öffentliche Bildungssystem

Das öffentliche Bildungssystem gibt es in Nepal erst seit 1950. Vorher war Bildung nur den Rana selbst und einigen aristokratischen Familien um den Hof der Rana zugänglich. Nach dem Sturz der Rana engagierten sich vor allem die dörflichen Gemeinschaftsinitiativen in der Errichtung von Schulen. Die Zahl der Grundschulen stieg bis 1970 von 321 auf 7.000, jene der Schüler von 8.000 auf 410.000. Viele Dorfgemeinschaften bildeten damals mithilfe der Lehrer, der Eltern und Sponsoren „Schulmanagementkomitees“ (SMC), die nur der Gemeinschaft verantwortlich waren. Der Staat beschränkte sich auf die Registrierung der Schulen, auf die Vorgabe eines nationalen Curriculums und die Abhaltung von Prüfungen am Ende des 10. Schuljahrs. Auch die Lehrerausbildung und Schulkontrolle oblag der Regierung. Obwohl damals die Bildungsausgaben nur 5% des staatlichen Budgets umfassten, funktionierte das Schulsystem gut, weil die lokalen Gemeinschaften dahinterstanden und für Transparenz und Verantwortlichkeit gesorgt war. An der Führung der heutigen Schulen sind die Eltern kaum mehr beteiligt, vor allem Frauen und benachteiligte Gruppen sind nicht mehr präsent. Der Nationale Erziehungsplan von 1971

leitete die Rezentralisierung des Systems ein. Schulen, die sich bewährt hatten und Impulse für den sozialen Wandel gegeben hatten, wurden vom Panchayat-System mit dem Vorwand, „kommunistische Tendenzen“ zu fördern, wieder geschlossen. Jetzt drehte sich wieder alles um die Distriktschulämter. Als Staatsangestellte waren die Lehrer zwar besser abgesichert, aber die lokalen Gemeinschaften konnten nicht mehr mitreden. Die Verantwortlichkeit der Lehrer und Schulmanager gegenüber den Eltern und Dorfgemeinschaften verlor sich, die allgemeine Motivation sank. Unter König Mahendra wurden alle privaten Schulen von der staatlichen Bürokratie übernommen, die ein völliges Desinteresse an der Qualitätsentwicklung an den Tag legte.

Mit der demokratischen Wende 1990 erwartete man sich einen neuen Entwicklungsschub. Aber heute sind diese Hoffnungen einer allgemeinen Ernüchterung gewichen. Zwar stehen mittlerweile über 40.000 Schulen im Land und die Nachfrage ist immens, aber der von den Politikern versprochene Qualitätssprung blieb aus, während der Analphabetenanteil immer noch weit über den gesetzten Zielen liegt. Dafür geriet die Schule jetzt zunehmend in den Sog der Politik. Die Lehrer, oft die einzigen Intellektuellen im Ort, waren als Kader für die neuen politischen Parteien sehr gefragt. Politiker manipulierten die Schulbürokratie im Sinne ihrer klientelistischen Interessen. Die Nichtregierungsorganisationen dagegen vergaßen es, die öffentliche Schule immer wieder kritisch zu durchleuchten, die ja immer noch die einzige Bildungsinstanz für die große Mehrheit der nepalischen Kinder war. Auch den privaten Schulen, die von 20% der Schüler besucht werden, liegt die Qualität nicht immer so am Herzen wie die eigenen Bilanzen. Die Vernachlässigung der Qualität der Ausbildung wirkt jedoch auf viele Bereiche der Entwicklung des Landes zurück.

Die nepalischen Hochschulen bieten ein ähnliches Bild: hohe Politisierung, kein strenger akademischer Kalender, fehlende finanzielle Mittel und unzureichende Ausstattung. 90% der Studenten Nepals studieren an einer einzigen Hochschule, der Tribhuvan-Universität in Kathmandu unter oft höchst fragwürdigen Bedingungen. So schicken begüterte Eltern ihre Kinder vermehrt zum Studium ins Ausland, vor allem nach Indien, was zur Abwanderung der besten Kräfte beiträgt.

Nicht nur die Infrastruktur braucht massive Verbesserung, auch die in den Schulen vermittelte Bildung muss in den Blickpunkt rücken. Dabei muss endlich die lokale Bevölkerung stärker miteinbezogen werden: die Eltern, die eine brauchbare Bildung für ihre Kinder wünschen; die Dorfgemeinschaften, die beim Schulbau eifrig mitgewirkt hatten und enttäuscht waren, als die demokratischen



Die Tribhuvan-Universität in Kathmandu

Regierungen ihren Versprechungen nicht nachkamen und den Schulbetrieb nicht wie erforderlich unterhielten.

Von der Panchayat-Zeit bis heute lautete die bildungspolitische Losung „Kostenloses Bildungssystem für alle“, und heute sind es die Maoisten, die darauf drängen. Sie lautete nicht „Qualität in der Bildung für alle“. In Nepals aktueller Lage muss man sich vor Augen halten, dass das ganze System eine Generalüberholung braucht: eine bessere Schulverwaltung, mehr und effizienter eingesetzte Mittel, motivierte Lehrer, neue Schultexte, moderne Unterrichtsmethoden, bessere Lehrerbildung. Was Millionen nepalischer Schüler verlangen, ist höchst gerechtfertigt:

Lehrer, Politiker und Schulverwalter müssen mehr bieten als nur Unterricht mit Kreide, Tafel und Auswendiglernen von überholten Inhalten in überfüllten Klassen und heruntergekommenen Schulbauten.

Nepals Bildungssystem heute

1991 konnten in Nepal 39,6% der Menschen lesen und schreiben: 55% der Männer und 25% der Frauen. Zehn Jahre später lag der Alphabetisierungsgrad bei 53,7%: 65,8% der Männer und 42,5% der Frauen. Während 2001 immerhin schon 80% der Jungen die Grundschule abschlossen, lag dieser Anteil bei den Mädchen bei bloß 40%. Bis 2005 möchte die Regierung alle Kinder eines Jahrgangs eingeschult wissen, doch heute werden immer noch 20% der Kinder eines Jahrgangs - immerhin 200.000 Kinder pro Jahr - überhaupt nicht eingeschult. Bis Ende 2002 wollte Nepal offiziell einen Alphabetisierungsgrad von 70% erreicht haben, tatsächlich sind es knapp 54%. Nepal hat die Ziele der Dakar-Deklaration der UNESCO aus dem Jahr 2000, nämlich volle Alphabetisierung und gleiche Bildungsteilnahme der Geschlechter bis zum Jahr 2015, zur Maxime seiner Bildungspolitik gemacht. Es sieht jedoch nicht danach aus, als ob das Land dieses Ziel erreichen könnte, genausowenig wie weitere 78

Eine Oberschule in Kathmandu



Bijeswori, unterhalb der Tempelanlage von Swayambunath. Das Schulgebäude der Shree Geeta Mata Higher Secondary School ist ein vierstöckiger Betonbau. Kürbisgroße Löcher prangen in den Mauern des Treppenaufgangs.

Die Klassenräume sind düster, feucht, schmutzig und vernachlässigt, ohne Heizung im Winter, ohne Ventilatoren im Sommer. Die Fenster sind nur teilweise verglast, der Straßenlärm und

Smog Kathmandus dringt herein. Eine zerkratzte alte Tafel - das ist alles.

In den viel zu kleinen Schulbänken der 10. Klasse zwängen sich mehr als 40 Jugendliche, diszipliniert tragen sie alle dieselbe Schultracht: hellblaue Hemden, dunkelblaue Röcke oder Hosen und gestreifte Krawatten, die Tracht der Government Schools. Es ist die Schule der Armen von Bijeswori. Die Schule ist kostenlos, doch die Schulbücher müssen ab dem 6. Schuljahr bezahlt werden. Nicht alle Familien können das Geld aufbringen.

Wir sprechen mit den Schülern Nepali und Englisch, doch trotz 7 Jahre Englischunterricht können nur wenige auf Englisch antworten. Die Schüler beklagen sich über die mangelnden Praxismöglichkeiten. Die Regel ist der Frontalunterricht: zuhören, mitschreiben, auswendiglernen. Die Schüler wünschen sich kompetente Lehrpersonen, die regelmäßig erscheinen, moderne Bücher, besser abgedichtete Klassenräume, einen Pausenhof - keine revolutionären Forderungen.

In der Shree Geeta-Schule werden täglich 2000 Schüler im Turnusbetrieb unterrichtet. Er beginnt um 6.15 Uhr und endet am Abend mit der dritten Schicht. Die Schüler bereiten sich auf das SLC vor, eine Art Abitur, doch im Schnitt schaffen weniger als die Hälfte diese anspruchsvolle Prüfung.

Der Englischlehrer Dhiraj Sapkota berichtet uns von seinen Arbeitsbedingungen. Er verdient 7.500 Rupien im Monat (95.- Euro), zu wenig für eine Familie, da das Leben in Kathmandu immer teurer wird und die Miete allein 2.000 Euro verschlingt. Kaum ein Lehrer kommt ohne einen zweiten Job über die Runden. Zudem müsse er noch sein Lehramtsstudium abschließen. Mit dem Hochschulbetrieb ist er genausowenig zufrieden wie seine Schüler mit der Oberschule. Für die Landlehrer sei es einfacher, da sie nebenbei ihre Landwirtschaft betreiben könnten.

Hanna Battisti

Unterzeichnerstaaten, darunter Bhutan, Indien und Pakistan. Im Gegenteil: ein längerwährender Volkskrieg könnte Nepal noch weiter zurückwerfen. Die hehren Ziele und schönen Pläne des Bildungsministeriums in Kathmandu blieben Wunschdenken.

Alphabetisierungsrate in Südasien in % der Bevölkerung - 1997

	<i>Indien</i>	<i>Pakistan</i>	<i>Bangladesh</i>	<i>Nepal</i>	<i>Sri Lanka</i>	<i>Bhutan</i>	<i>Malediven</i>	<i>Südasien</i>
Frauen	39	25	27	21	88	30	96	37
Männer	67	55	50	56	94	58	96	64
Insgesamt	54	41	39	38	91	44	96	51

Quelle: UNDP, *Human Development in South Asia 2000*



Mädchen haben geringe Bildungschancen

Wie in Südasien allgemein sind die Bildungschancen in Nepal geografisch und nach Geschlechtern ungleich verteilt. Wie in vielen anderen sozialen Indikatoren gibt es im Bildungsgrad ein beträchtliches Ost-West-Gefälle. Der Mittlere Westen, der Brandherd des Volkskriegs, erreicht einen allgemeinen Alphabetisierungsgrad von eben 32%, bei den Frauen 16,3% im Mittleren Westen und 13,3% im

Fernen Westen. Wenn in armen Familien Nepals gespart werden muss, dann zuallererst an der Ausbildung der Töchter. Chancengleichheit für Frauen wird meist schon im zarten Alter untergraben. In der Geringschätzung der Bildung für Mädchen übertrifft Nepals Hindu-Gesellschaft sogar die ganz und gar nicht frauenfreundlichen Gesellschaften in Pakistan und Bangla Desh. Nur in Kathmandu liegt die Schulteilnahme der Mädchen im allgemeinen Durchschnitt des ganzen Landes.

Schlecht bestellt ist es auch um die Ausbildung der Lehrer. Bei insgesamt 142.752 Lehrern waren im Jahr 2000 60.775 (42,6%) nicht als Lehrer ausgebildet. Ende 2002 wurde bei großflächigen Kontrollen aufgedeckt, dass 14.000 Lehrer nur aufgrund gefälschter Hochschuldiplome ihre Anstellung erhalten hatten. In der Grundschule sind fast die Hälfte der Lehrer nicht als solche qualifiziert, obwohl die Tribhuvan-Universität jedes Jahr 10.000 neue

Lehrer liefert. Die Hochschulausbildung der Lehrer ist jedoch mangelhaft und ganz auf Kathmandu konzentriert. Qualifizierte Hochschullehrer fehlen. Der Anteil an Frauen an den Lehrkräften ist auf allen Ebenen verschwindend gering. Nepals Bildungswesen krankt am Mangel an Finanzmitteln, geringen Lehrergehältern, unzureichenden Infrastrukturen, hoher Politisierung und geringer Motivation, mangelhafter Ausstattung und veralteten Unterrichtsmaterialien. Die Regierung hingegen führt das Scheitern ihrer Bildungspolitik auf den Mangel an Bewusstsein unter breiten Teilen der Bevölkerung zurück, vor allem hinsichtlich des Rechts auf Bildung der Mädchen.

Schulhausbau allein reicht nicht

Nepal gibt im Vergleich mit seinen direkten Nachbarn in Südasien einen relativ hohen Anteil des Bruttoinlandsproduktes für das Bildungssystem aus. Doch weil Nepal ein so geringes Pro-Kopf-Einkommen hat, sind die Ausgaben pro Schulkind dennoch die niedrigsten in Südasien. So gibt Indien pro Schulkind jährlich 40.- Euro aus, Nepal nur 21.- Euro (1997). Die Eltern tragen selbst einen Teil der Schulkosten. In den 90er Jahren stiegen die Investitionen in die Grundschulausbildung deutlich an, ein Zeichen dafür, dass Nepal ernsthaft die Schulteilnahme aller Kinder anstrebte. 13 bis 14% des Staatsbudgets floß in die Bildung, mehr als die Hälfte davon ins Grundschulsystem.

Die Investitionen in den Schulhausbau haben den Zugang zu Grundschulen wesentlich erleichtert: 1995 lebten 90% der Familien höchstens eine halbe Stunde Fußmarsch von der Schule entfernt. Dennoch wurden noch im Jahr 2000 20% der Kinder im Grundschulalter gar nicht eingeschult. Bei den Mädchen sieht es noch schlechter aus. Es sind die uralten patriarchalen Einstellungen, die in den ländlichen Gebieten dieses Verhalten mitbedingen (vgl. Kap. 12). 68% der Mütter verzichten auf jede Art von Mitsprache an der Führung der Schulen, und unter den Lehrpersonen Nepals befinden sich immer noch sehr wenige Frauen. Noch schlechter schneiden die Dalits beim Schulbesuch ab: nur 30% ihrer Kinder besuchen eine Schule.

Im Argen liegt vor allem die Qualität der gebotenen Bildung. Die Grundschulen werden von den Distriktämtern des Ministeriums für Bildung und Sport verwaltet. Die zentralisierte Verwaltung bringt eine geringe Verantwortlichkeit gegenüber Eltern und Schülern mit sich: unqualifizierte Lehrer, fehlende Supervision, keine Berichterstattung, keine Verantwortung der Lehrer gegenüber der Elternschaft. Es ist erstaunlich, dass gerade in letzten Jahren, als die

Gehälter erhöht wurden (das Anfangsgehalt lag 2002 bei 85.- Euro monatlich), die Leistung sank. Der größte Teil des Bildungsbudgets deckt die Gehälter der rund 140.000 Lehrer, während für die Schulausstattung, Einrichtung, Textbücher, Schulmaterialien und Fortbildung wenig übrig bleibt. Der Staat garantiert zwar die kostenlose Pflichtschule, hebt aber auf der anderen Seite Gebühren für verschiedene Leistungen wie Unterrichtsmaterialien und Prüfungen ein. Bestechlichkeit hat sich auch unter Lehrern eingebürgert, während staatliche Studienstipendien für bedürftige Familien unbekannt sind.

Bedenkt man, dass es öffentliche Bildung in Nepal erst seit 1951 gibt, sind bezüglich Schulteilnahme und Schulhausbau wesentliche Fortschritte erzielt worden. Doch die allgemeinen Bildungsziele für 2000 sind bei weitem nicht erreicht worden und die von der Regierung selbst gesetzten Ziele laut Dakar-Erklärung der UNESCO für 2015 sind kaum erreichbar. Warum?

- 20% der Kinder, vor allem aus armen Familien, werden überhaupt nicht eingeschult. Noch geringer liegt der Anteil der eingeschulten Mädchen.
- Es gibt eine hohe Schulabbrecherquote und eine hohe Anzahl an Wiederholern. Dies reduziert die Effizienz der Grundschulen. Jedes Jahr scheitern an die 100.000 Schüler an der SLC-Prüfung (Abitur): vor allem auf dem Land wird eine geringe Abschlussquote verzeichnet.
- Trotz steigender Mittel für die Grundschulausbildung ist die öffentliche Finanzierung noch unzureichend. 40% fließt in die Oberschulen und Hochschulen und kommt somit tendenziell den wohlhabenderen Familien zugute.
- Die zentralisierte Schulverwaltung hat eine geringe Beteiligung der Betroffenen, eine zu geringe Qualität und mehr Verschwendung zur Folge. Wenn die Menschen auf lokaler Ebene mitentscheiden könnten, wären die Lehrer motivierter und die Verwaltung effizienter.
- Die geringe Qualität der Ausbildung ist auf die schlechte Lehrerausbildung, die geringe Motivation, den Mangel an Supervision und Kontrolle, auf veraltete oder fehlende Schulmaterialien und auf die schlechte Ausstattung der Schulen zurückzuführen.
- Viele Eltern aus benachteiligten Gruppen denken, dass die Schule ihren Kindern nichts bringt und schicken sie von vornherein gar nicht hin..
- Das Bildungssystem fällt nach Einkommensklassen auseinander. Die Kinder der Reichen gehen nach Indien oder ins sonstige Ausland, die Wohlhabenden in die Privatschulen und der Rest der Bevölkerung in die Misere der öffentlichen Schulen.

Alternative Privatschule?



Die fehlende Qualität der öffentlichen Schulen lässt viele Eltern auf die Privatschulen umsteigen, die je nach Ausstattungsgrad unterschiedliche Gebühren verlangen. Diese haben bessere Lehrer und eine bessere Ausstattung bei weniger Einmischung der Regierungsstellen. Sie erreichen eine weit höhere Schulerfolgsquote. 1998 schafften nur 44% der Kandidaten der öffentlichen Schulen

das SLC, dagegen 86% der Kandidaten der Privatschulen. Während das öffentliche Schulsystem Nepals Millionen von Kindern immer weniger bietet, haben die Privatschulen in den letzten Jahren einen enormen Zulauf erfahren. Die Privatschulen haben der Mittelklasse in den Städten ermöglicht, ihren Kindern eine bessere Bildung zu ermöglichen. In diesen Schulen herrscht Disziplin. In Kathmandu und anderen Städten sind Privatschulen wie Pilze aus dem Boden geschossen. Auch reine Geschäftemacher stiegen in den Privatschulmarkt ein. Den Politikern war's recht, weil diese Entwicklung den öffentlichen Bildungshaushalt entlastete, aber auch bequemer Vorwand, keine echte Reform des staatlichen Bildungssystems anzugehen. Heute gibt es in Nepal 8.500 Privatschulen (davon 700 Oberschulen) mit 1,5 Millionen Schülern. Privatschulen sind in Nepal ein profitables Geschäft geworden. Nun versucht die Regierung, aus diesen Schulen ein Maximum an Steuern herauszuholen, indem sie diese Einrichtungen als normale Wirtschaftsunternehmen besteuert.

Auch in den Privatschulen werden Klassen überfüllt und an der Ausstattung gespart. Doch führte die wachsende Konkurrenz zwischen den Privatschulen dazu, die Schulleistungen der Absolventen als Haupttrumpfkarte in der Werbung einzusetzen, was der Qualität Auftrieb verlieh. Besser als die Staatsschulen sind die privaten Schulen allemal. Bei aller Kritik an den Privatschulen, die heute noch größtenteils der städtischen Elite zu Gute kommen: wenn jemand im nepalischen Bildungssystem einen neuen Begriff von Qualität geschaffen hat, dann waren es diese Schulen.

Insgesamt bewegt sich Nepal auf ein Zwei-Klassen-Bildungssystem zu: in Kathmandu konkurrieren wunderschöne Kindergärten und mit allen Schikanen gerüstete *primary schools um die Kinder*, während in ländlichen Gebieten aus

Mangel an Geld und Sicherheit unzählige öffentliche Schulen geschlossen werden. Der Staat hat sich aus seiner Verantwortung, eine freie, kostenlose Pflichtschulausbildung mit akzeptabler Qualität für alle zu bieten, verabschiedet.

Das Sanskrit



Das Sanskrit ist die Sprache der alten indoarischen Einwanderer. Das Wort „Sanskrit“ bedeutete ursprünglich „verfeinert“ und trägt heute auch die Bedeutung „Kultur“. Sie wird als Sprache der Götter bezeichnet. Es gibt zwei Formen von Sanskrit: zum einen das „Vedische“ (die Sprache der religiösen Schriften der Hindu), zum andern das *Lankik* (die Sprache des Volkes). Die Veden und Upanishaden

wurden im Vedischen verfasst; epische Gedichte wie das Ramayana und das Mahabharata im Sanskrit. So hatte es mindestens jene Bedeutung, die dem Aramäischen und Griechischen in der Antike des Mittelmeerraums zukamen. In Nepals Geschichte spielte das Sanskrit sowohl als Sprache des Königshauses als auch als Kommunikationssprache eine wichtige Rolle, auch in der Literatur. Das Sanskrit blühte im Mittelalter unter den Mallakönigen als eine Art Hochsprache der Brahmanen und der Aristokratie. Auch buddhistische Texte wurden in Sanskrit verfasst.

In den letzten beiden Jahrhunderten wurde das Sanskrit mehr und mehr zur bloßen Sprache der Hindu-Religion, vergleichbar etwa dem Kirchenlatein in Europa. Doch auch in jüngster Zeit verfassten Dichter verschiedene nicht-religiöse Texte auf Sanskrit. Auch Nepali-Dichter und Schriftsteller pflegten immer noch, diese Sprache mit eigenen Werken in Sanskrit zu würdigen. Öffentlich wird Sanskrit vor allem bei religiösen Zeremonien und bei der Rezitierung von Shanti-Versen und Veden verwendet.

Vom Staat und privaten Mäzenen geförderte Sanskrit-Schulen bestehen an zahlreichen Orten Nepals. In Kathmandu gibt es zudem die „Mahendra Sanskrit Universität“. Radio Nepal sendet auch in Sanskrit. Literarisches Sanskrit wird in der Balmiki Vidyapith vermittelt. Wenn auch das Sanskrit bei Jugendlichen nicht sehr beliebt ist, ist es durchaus noch eine lebendige Sprache. Ende 2002 schickte sich die Regierung, auf Druck der maoistischen Studentenorganisation an, Sanskrit an öffentlichen Schulen nicht mehr als Pflicht-, sondern nur als Wahlfach zu führen.

Die Bildungspolitik im Visier der Maoisten

Es war nur eine Frage der Zeit, bis die Maoisten dieses Thema zu einem zentralen Streitpunkt erkoren. Die Maoisten hatten sich von Anfang an gegen die Entwicklung eines Zwei-Klassen-Bildungssystems gestellt. Schon die 40-Punkte-Forderungsliste vom Februar 1996, die der Erklärung des Volkskriegs vorausging, hatte die Forderung enthalten: „Kostenloser und wissenschaftlicher Gesundheitsdienst und kostenloses Bildungswesen sollen allen frei zugänglich sein. Die Kommerzialisierung der Bildung muss gestoppt werden“ (vgl. Anhang II). Der kostenlose Besuch der Pflichtschule bis einschließlich der 10. Schulstufe



Maoistischer Anschlag auf eine Schule in Kathmandu

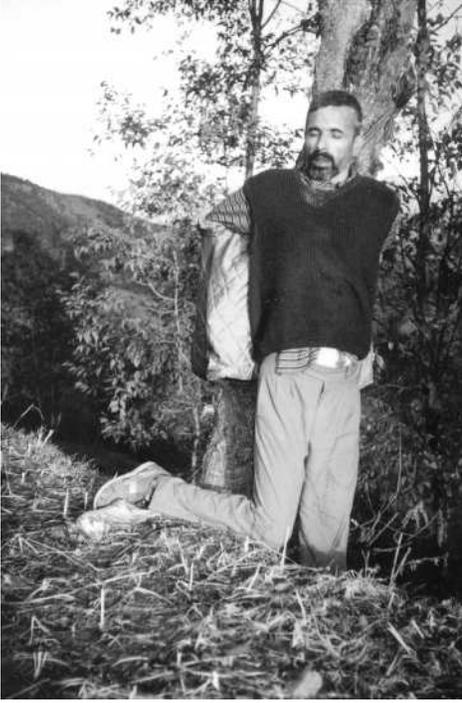
und die Halbierung der Schulgebühren an den Privatschulen stand folgerichtig im Brennpunkt der Forderungen der maoistischen Schüler- und Studentenvereinigung ANNISU-R (*All Nepal National Independent Students Union - Revolutionary*). Immer wieder riefen sie zu *bandhs* auf, tage- und wochenlangen Schulstreiks, unter Androhung von Gewalt. Damit wollten sie die Regierung unter Druck setzen, um das Ziel der kostenlosen Schule zu erzwingen. Ende 2002 rief die ANNISU-R gar einen unbegrenzten Schulstreik aus bis zur Erfüllung ihrer Forderungen. Bombenanschläge auf Schulen im ganzen Land, Morddrohungen gegen Lehrer und Direktoren, Verwüstung von Klassenein-

richtungen brachten den Schulbetrieb wochenlang zum Stillstand. Nach einem teilweisen Nachgeben des Bildungsministers, der bestimmten Gruppen - den armen Familien, den Mädchen und den Angehörigen diskriminierter kleiner Völker - den Erlass der Schulgebühren in Aussicht stellte, wurde der *bandh* der Maoisten aufgehoben. Doch halten sich die revolutionären Studenten für weitere Kampfmaßnahmen für 2003 bereit. Es ist mehr als fraglich, ob die Regierung überhaupt in der Lage ist, die Zugeständnisse konkret umzusetzen.

Schon im September 2001 war es zum Bruch zwischen Regierung und ANNISU-R gekommen, als die maoistischen Studenten ihre Nationalversammlung in Kathmandu mit einer spektakulären Massenkundgebung beenden wollten. Der Staat verbot das ganze Treiben, nahm führende Studentengewerkschafter fest, besetzte die Büros der ANNISU-R und beschlagnahmte alle Unterlagen. Unter der darauffolgenden Streikdrohung musste die Regierung einige Maßnahmen zurücknehmen, doch ein Teil der nepalischen Studentenbewegung war damit endgültig kriminalisiert worden. Viele Studenten reihten sich daraufhin in die Reihen der Maoisten ein. Im Volkskrieg selbst war das Schulsystem immer wieder Zielscheibe von Angriffen:

- Dutzende von Lehrkräften sind von beiden Seiten ermordet worden. Lehrer spielen als Intellektuelle in den Reihen der Maoisten eine tragende Rolle.
- Viele Lehrer in entlegenen Gebieten haben ihren Dienst quittiert. Je nach politischer Ausrichtung haben sie sich in die Städte zurückgezogen oder unterstützen aktiv die Guerrilla..
- Lehrer werden von den Maoisten gezwungen, einen Teil ihres Gehalts an sie abzutreten.
- Die Regierung hat den VDC 50% der Ausgaben gekürzt, um die gestiegenen Verteidigungsausgaben zu decken. Davon sind rund 5.000 Schulen mit 500.000 Schülern direkt betroffen. 35.000 von 100.000 Pflichtschullehrern können nicht mehr regelmäßig entlohnt werden.
- Hunderte von Schulen in den Aufstandsgebieten sind geschlossen worden, viele wurden in Brand gesteckt. Maoisten können jederzeit auftauchen und Propagandastunden halten.
- Unzählige Schüler und Studenten schlossen sich den Maoisten an oder wurden dazu genötigt. Vor allem viele Schulabbrecher und Schüler, die am Abitur (SLC) scheitern, tun diesen Schritt aus Mangel an Perspektiven.

Landesweit verboten die Maoisten den öffentlichen Schulen die Einhebung von Schulgebühren. Dies führte dazu, dass die Schulen jetzt weniger Mittel zur Verfügung haben und ihr karges Programm weiter einschränken. Viele neue Bauvorhaben konnten seit Ausbruch des Volkskriegs nicht realisiert werden.



Von Maoisten gefolterter Lehrer

Hunderttausende nepalische Kinder genießen seit Jahren keine geregelte Pflichtschulausbildung mehr. In den Distrikten unter weitgehender Kontrolle der Maoisten wie Rukum, Rolpa und Jajarkot haben die Maoisten alternative Schulen mit eigenen revolutionären Schulprogrammen eingerichtet. Doch immer wieder durchkämmen die Maoisten die Oberschulen auf der Suche nach Rekruten. Sie schrecken vor der Einziehung Minderjähriger für die Volksbefreiungsarmee nicht zurück. Scharenweise halten sich die Schüler fern, um nicht in die Volksbefreiungsarmee zwangsrekrutiert zu werden. Das Recht auf Bildung bleibt im Aufstand auf der Strecke.

Wohin steuert Nepals Bildungssystem?

In Nepal stehen hunderttausende armer Familien Jahr für Jahr vor der Entscheidung, ob sie ihre Kinder überhaupt zur Schule schicken oder zur Mithilfe bei der Arbeit zuhause behalten sollen. Ist der Schulweg weit oder unsicher und werden von den Schulen gar zusätzliche Gebühren verlangt, entschließen sich viele Familien gegen die Schule. Viele Kinder, die die Schule besuchen dürfen, sind dann vom gebotenen Schulbetrieb frustriert: oft ist kein Lehrer da, oft hören die Kinder bei hundert Mitschülern den Lehrer nicht mehr, bekommen keine geeigneten Schulbücher in die Hand oder können dem Lehrer nicht folgen, da dieser ausschließlich Nepali spricht. Viele Familien Nepals betrachten Bildung eher als Luxus denn als Recht. Aber immer mehr Menschen machen die Regierung für die Mängel verantwortlich. Bis zur Selbsthilfe ist es aber bei den wirtschaftlichen Verhältnissen vieler Familien und Dorfgemeinschaften ein weiter Schritt. Nepals Oberschichten scheinen sich noch nicht im



Von den maoistischen Studenten organisierte Demonstration in Kirtipur

Klaren darüber zu sein, wie wichtig ein gerechtes und effizientes Bildungssystem für das ganze Land ist. Die geringe Qualität der öffentlichen Schule kann nicht durch bloße Liberalisierung des Bildungssystems behoben werden. Obwohl die privaten Schulen eine bessere Qualität bieten und eine heilsame Konkurrenz zur öffentlichen Schule bilden, führt die reine Marktkonkurrenz geradewegs zum Zwei-Klassen-System. Auf die Dauer wäre dies für die Entwicklung des Bildungspotenzials und für das Recht auf Bildung der Nepali aller sozialen Gruppen auf Dauer untragbar. Die maoistischen Unruhen an den Schulen sind beredter Beweis dafür.

Doch nicht die Abschaffung der Privatschulen ist für Nepal angesagt, sondern die stetige Verbesserung der öffentlichen Schulen, um mit den Privatschulen eines Tages wieder konkurrieren zu können. Deshalb bedarf das öffentliche Schulsystem Nepals gewaltiger Anstrengungen: mehr finanzielle Mittel, aber vor allem strukturelle Reformen.

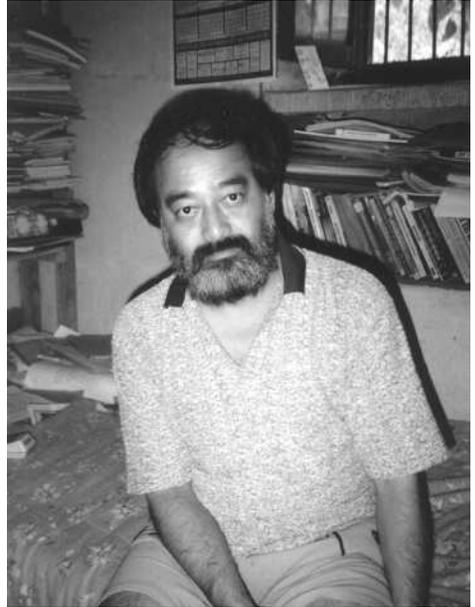
Der beste Weg führt über die Dezentralisierung und Delegation der Schulgestaltung an die Betroffenen: Eltern, Schüler, Lehrer, lokale Gemeinschaften. Nicht etwa als Alibi für den Staat, um endgültig die Finanzlast

des Bildungssystems auf Eltern und Dorfgemeinschaften abzuladen, sondern als Weg zu mehr Verantwortung aller Beteiligten. Für Lehrergehälter und Infrastrukturen muss die öffentliche Hand aufkommen, doch die Dorfgemeinschaften können einen Teil der laufenden Kosten übernehmen und die Lehrer finanziell besser motivieren. Ein dezentralisiertes Schulwesen mit viel Sensibilität für soziale Bedürfnisse und kulturelle Erfordernisse entspricht auch der ethnischen Vielfalt Nepals weit besser.

Zentralregierungen in anderen Ländern des Südens haben längst darauf verzichtet, die alleinige Verantwortung für das Bildungssystem zu tragen. Der nepalische Staat scheint damit schon seit langem überfordert zu sein. Nepal wird in Zukunft auf die Privatinitiative und auf die Mitverantwortung der Dorfgemeinschaften in diesem Bereich angewiesen sein. Man wird an einer gemeinsamen Verantwortung der Privaten und öffentlichen Schulen für die Qualität der Bildung arbeiten müssen.

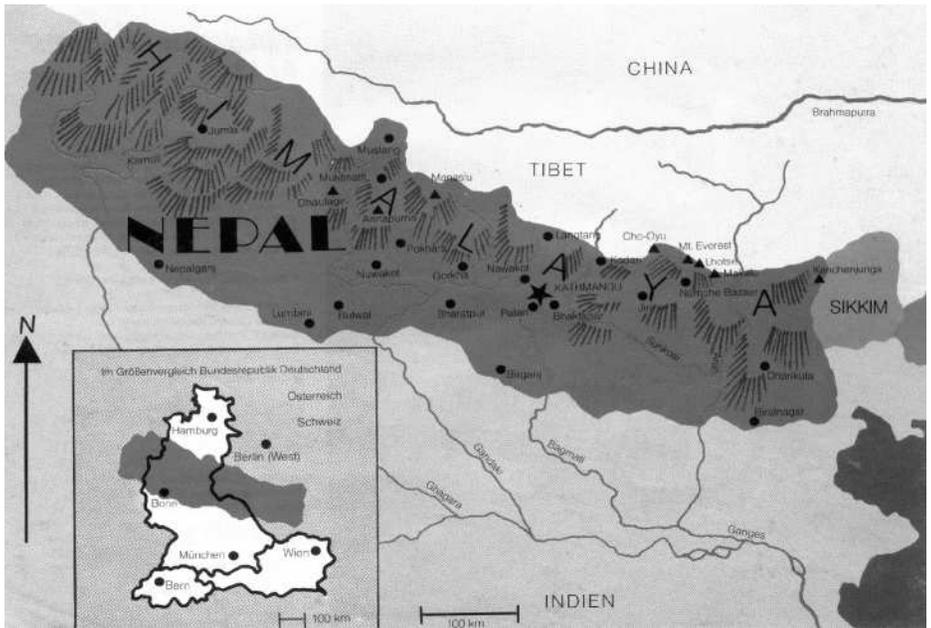
14. Angst vor dem „großen Bruder“ Indien

„Indien versuchte immer, in Nepal eine Rolle zu spielen. Indien hat die Unabhängigkeit Nepals nie gerne gesehen. Das Rana-Regime wurde mit starker Hilfe aus Indien gestürzt und auch der Widerstand gegen das Panchayatsystem ging von Nepalis in Indien aus. Auch heute scheint es manchmal so, als würde der Maoistenaufstand von Indien aus gesponert. Die meisten Maoistenführer sitzen in Indien. Finanzen, Nachschub und Logistik wird von dort aus manövriert. Indien hat bisher nicht allzuviel dagegen unternommen. Will Indien Nepal etwa dadurch gefügiger machen?“



Kapil Shrestha, Professor für Politikwissenschaft an der Tribhuvan Universität und Mitglied der Nationalen Menschenrechtskommission

Angst vor dem großen Bruder Indien



Quelle: Sympathie-Magazin Nepal (Autorin: Ludmilla Tüting)

„Nepal ist eingeklemmt zwischen den beiden Giganten China und Indien und grenzt innerhalb des Himalaya auf drei Seiten an Indien. Geschichtlich war es zunächst vom britischen Kolonialismus unterdrückt worden und nach 1950 von verschiedenen imperialistischen Mächten, aber speziell vom indischen Expansionismus. Nach dem Vertrag von Sugauli von 1816 bis heute ist die innere Entwicklung Nepals durch den destruktiven Effekt der äußeren imperialistischen und expansionistischen Kräfte verzerrt worden. Alle ökonomischen und nicht-ökonomischen Indikatoren der sozialen Entwicklung beweisen das. Insbesondere seit den 50er Jahren, als Nepal durch Handel, Finanzen und andere Mechanismen enger an den Imperialismus gebunden wurde, ist die Unterentwicklung und Abhängigkeit verstärkt worden. Die Tatsache, dass die Auslandsschuld heute 150 Mrd. Rupien beträgt, das jährliche Handelsbilanzdefizit 50 Mrd. Rupien erreicht²⁰, was dem gesamten Staatshaushalt entspricht und dass die Abhängigkeit sich auf jedem Wirtschaftssektor laufend verschlimmert, belegt deutlich die Unterdrückung

²⁰ 150 Milliarden Rupien entsprechen etwa 1,9 Milliarden. EURO, 50 Milliarden Rupien 625 Millionen EURO.

durch den Imperialismus (...). Es besteht kein Zweifel, dass Nepals Lage aufgrund seiner Verstrickung ins imperialistische Netz kritisch ist. Deshalb ist der Volkskrieg in Nepal nötig geworden, um uns vom Imperialismus zu befreien und den Weg selbsttragender Entwicklung einzuschlagen. In dieser Perspektive ist der Volkskrieg in Nepal ein Teil der weltweiten antiimperialistischen Befreiungsbewegung“, schreibt der Chefideologe der Maoisten Bhattarai in seiner Rechtfertigung für den Volkskrieg „Politico-economic Rationale for the People's War“ und fügt zum Verhältnis Nepals zu Indien hinzu: „Die größte imperialistische Ausbeutung Nepals besteht in der Ausbeutung durch Indien. Expansionismus ist der Prozess der Ausbeutung und Unterdrückung der kleineren und schwächeren Ökonomie durch eine stärkere Volkswirtschaft, die nicht zum Niveau des Imperialismus aufgestiegen ist, sondern nur durch Unterstützung der externen imperialistischen Kräfte und des eigenen Staates lebt. Weil seine Hegemonie nicht bloß durch kapitalistischen Wettbewerb erhalten werden kann, greift die expansionistische Macht auch zu militärischen, politischen und kulturellen Mitteln, um seine Einflussgebiete auf dem Markt zu bewahren. Das ist der Grund dafür, warum Indien, das selbst ein Gefängnis unterdrückter Nationen ist, verschiedene südasiatische und andere asiatische Nachbarn unterdrückt und ausbeutet.“

Die Indien-Feindschaft der nepalischen Maoisten hat Tradition. Schon Mohan Bikram Singh, einer der legendären kommunistischen Führer der 50er Jahre, sah in den bürgerlich-demokratischen Entwicklungen damals eine bloße Ausbreitung des indischen Hegemonismus. Doch nicht allein die Maoisten fühlen sich in Nepal immer immer wieder vom „großen Bruder“ zu eng umarmt.

Zwischen den beiden bevölkerungsmäßig größten Ländern der Erde eingeklemmt scheint Nepal kleiner zu sein als es tatsächlich ist. In Europa würde Nepal mit seinen 24 Millionen Einwohnern zu den Ländern mittlerer Größe zählen, hat aber vor allem mit den Folgen des hohen Bevölkerungszuwachses zu kämpfen. Die Nepali sehen ihr Land oft als „eingeschlossenes Land“ ohne Zugang zum Meer, eingeschlossen vom riesigen Indien, das dieselbe Kultur, Religion und Zivilisation teilt, dem aber imperiale Interessen unterstellt werden und dem Nepal deshalb traditionell misstraut. Nepal ist seit dem zweijährigen Krieg gegen die Briten 1814-16, der es die Hälfte seines früheren Territoriums kostete, gebietsmäßig unverändert geblieben. Seine natürlichen Ressourcen, vor allem das landwirtschaftlich nutzbare Land, sind aufgrund der gebirgigen Lage begrenzt und schwer erschließbar, mit Ausnahme des Wassers, das allerdings bisher schlecht genutzt worden ist. 86.000 Megawatt würde es potenziell hergeben, doch nicht mal 5% davon sind bisher genutzt.

In der heute 233 Jahre alten Geschichte Nepals als Einheitsstaat hat bisher kein Regime die „nationale Sicherheit“ des Landes etwa im Sinne der öffentlichen Wohlfahrt der Bevölkerung definiert. Die Herrschenden, seien es die Könige der Shah-Dynastie seien es die Rana-Diktatoren, scheuten vielmehr nicht davor zurück, ausländische Hilfe in Anspruch zu nehmen, um interne Rivalen zu beseitigen. So etwa 1901, als Rana Bahadur Shah mit Hilfe eines „Freundschaftsvertrags“ mit den Briten den benachbarten Vasallenstaat Garhwal, zu erobern trachtete, bloß um interne Rivalen auszustechen. Die nepalische Bevölkerung musste für die Ambitionen und internen Rivalitäten ihrer Könige und Diktatoren teuer bezahlen.

Unbequeme Interessen des „großen Bruders“

Indiens Interessen gegenüber Nepal werden von zwei Hauptfaktoren bestimmt: zum einen wird ein zu enges Verhältnis Nepals zu China von Delhi als Bedrohung der eigenen Sicherheit wahrgenommen. Seit 1950 sind Indien und Nepal durch einen Freundschaftsvertrag aneinander gebunden. Äquidistanz Kathmandus gegenüber den beiden großen Nachbarn widerspräche dem Geist dieses Abkommens. Zum andern beansprucht Indien aus geschichtlichen und kulturellen Gründen eine Sonderrolle gegenüber Nepal. Daher wird die langsame Lösung Nepals aus der traditionellen Abhängigkeit von Indien, etwa durch die breitgefächerte internationale Zusammenarbeit Nepals, von Neu Delhi mit Misstrauen beobachtet.

Diese Interessenlage manifestiert sich immer wieder in der Entwicklung der auswärtigen Beziehungen Nepals. Sehr lebendig ist hier immer noch die Erinnerung an eine Art Wirtschaftsblockade durch Indien 1989, bloß weil Nepal beabsichtigte, sich in China neue Luftabwehrraketen zu beschaffen. Dieses 15-monatige Handels- und Verkehrsembargo durch Indien ließ den Nepali schmerzlich bewusst werden, wie begrenzt die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit ihres Landes ist. Die indische Regierung unter Rajiv Gandhi schwächte dadurch das Regime in Kathmandu und begünstigte die demokratische Wende 1990, denn das Embargo trug zur Unzufriedenheit der Nepali bei, die sich ein Jahr später im „demokratischen Frühling“ entladen sollte. Gleichzeitig war Nepals Abhängigkeit von Indien einmal mehr deutlich geworden.

Immer wenn Kathmandu sich wirtschaftlich Peking öffnete, war Delhi alarmiert, wie etwa beim Bau der sogenannten „Kodaristraße“ von Kathmandu nach Lhasa Ende der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts. Viele Nepali vermuten, dass sich hinter der Fassade der Sicherheitsinteressen Indiens

eigentlich Interessen der wirtschaftlichen Kolonisierung des Landes verbergen, denn oft genug wusste Indien seinen Einfluss durchzusetzen. So sollte etwa das letzte Teilstück des „Mahendra-Highway“, der den Terai in Ost-West-Richtung erschließt, in den 80er Jahren mit chinesischer Hilfe fertiggestellt werden. Indien bestand darauf, das Projekt selbst fertigzustellen. Nepal war dadurch gezwungen, China für den verlorenen Auftrag zu entschädigen, doch Indien baute das Teilstück zum Leidwesen der Nepali bis heute nicht zur Gänze fertig.

Auch Nepals aktive Neutralitätspolitik war Indien ein Dorn im Auge. Nepal, wie Indien Mitglied der Organisation der blockfreien Länder, wollte mit dieser Linie seinen Anspruch unterstreichen, eine eigenständige Nation zu sein. So bewahrte Nepal eine neutrale Position sowohl in allen indisch-pakistanischen Kriegen - und erkannte die Zugehörigkeit Kaschmirs zu Indien nicht an - wie auch im indisch-chinesischen Grenzkrieg von 1962. Im Afghanistan- und Kambodscha-konflikt stellte sich Nepal gegen die Sowjetunion und Vietnam, was in den USA und China sehr geschätzt wurde, weit weniger jedoch in Indien, das mit der UdSSR durch einen Freundschaftspakt verbunden war. 1975 lancierte König Birendra den Vorschlag, Nepal zur „Zone des Friedens“ mit völliger Neutralität zu erklären, was Indien sehr irritierte. Obwohl 100 Staaten den Vorschlag akzeptierten, betrachtete Indien ihn als Verletzung seiner Sonderbeziehungen zu Nepal.

Auch die Geschichte der Nepali sprechenden Vertriebenen aus Bhutan war kein Glanzstück indisch-nepalischer Beziehungen. Indien hatte nämlich diese 100.000 um 1992/93 aus Bhutan vertriebenen Menschen durch sein Territorium nach Nepal ziehen lassen, verweigert ihnen heute die Rückreise durch Indien. Trotz seiner Sonderrolle gegenüber Bhutan, bemühte sich Indien nie um eine humanitäre Lösung dieser Flüchtlingsfrage und übte auch keinen Druck auf Bhutan aus.

Die Gründung der südasiatischen Wirtschaftsgemeinschaft SAARC (*South Asian Area of Regional Cooperation*) 1985 hat die tiefe Abhängigkeit Nepals vom „großen Bruder“ Indien nicht wesentlich vermindert. Die grundlegende Asymmetrie zwischen Indien und seinen südasiatischen Nachbarn hemmt eher den Ausbau dieser Wirtschaftsregion, ganz zu schweigen vom Bremsklotz des indisch-pakistanischen Konflikts. Zwar versuchte Nepal seine Beziehungen zu anderen SAARC-Mitgliedern auszubauen, insbesondere die Nutzung der Verkehrswege nach Bangla Desh, doch bleibt Indien für den nepalischen Markt dominant. Seine Rolle kann Nepal nur ganz begrenzt durch andere ausländische Handels- und Wirtschaftspartner ersetzen, zumal der Himalaya auf absehbare

Zeit die natürliche Grenze zwischen dem tibetischen Hochland und indischen Subkontinent bleiben wird. Die gute Nachbarschaft mit Indien ist und bleibt Nepals außenpolitisches Grunderfordernis. Diese Rahmenbedingung beschränkt allerdings auch Nepals Bewegungsfreiheit.

Nepal: bloß ein Teil des indischen Marktes?

Aufgrund der unterschiedlichen Größe - Indien ist 23 mal größer als Nepal - und des z.T. höheren Entwicklungsstandes und des Mangels an alternativen Partnern, hat sich eine klare wirtschaftliche Abhängigkeit Nepals von Indien herausgebildet. Nun meint Indien, Nepal profitiere mehr von dieser Abhängigkeit als es verlöre. Nepal dagegen wehrt sich gegen die Abhängigkeit, aber gerade in wirtschaftlicher Hinsicht wird sie immer wieder deutlich:

- Nepal musste z.B. mit Indien immer wieder um Transitrechte kämpfen, um einen Zugang zu Häfen in Drittländern zu erhalten. Indien gestaltete diesen Transit kostspielig und kompliziert, so dass der Großteil des nepalischen Handelsaustauschs über See doch über indische Häfen abgewickelt werden muss.
- Nepal hat eine Subsistenzökonomie und keine integrierte eigene Volkswirtschaft. Die einzelnen regionalen Märkte des Südens Nepals hängen mit den benachbarten indischen Bundesstaaten enger zusammen als mit den Berggebieten. Die Handelsverbindungen über die offene Grenze nach Indien sind wichtiger als die kaum ausgebauten Straßen in den Himalaya.
- Aufgrund der engen Verknüpfung der beiden Volkswirtschaften ist die nepalische Währung an die indische Rupie fix gebunden. Eine bestimmte Zeit lang verwendete man in Nepal gar die indische Rupie als nationale Währung. Das 1950 zwischen Indien und Nepal fast zeitgleich mit dem Freundschaftsabkommen abgeschlossene Handelsabkommen bindet die beiden Länder enger aneinander.
- Ab 1951 wurde Indien für Nepal, gemessen am Umfang der gewährten Mittel, zum wichtigsten Geberland. Erst in den späten 70er Jahren verlor es diese Rolle zugunsten der multilateralen Hilfe und der Hilfe verschiedener Industrieländer. Indien baute damals die erste Straße nach Kathmandu und seinen internationalen Flughafen. Es half beim Aufbau einer modernen Verwaltung und der Universität in Kathmandu. Daneben ist auch China in Nepal als Geberland engagiert, insbesondere bei größeren Straßenbauprojekten.
- Nepal war in den indisch-nepalischen Abkommen nicht von vornherein die

Rolle des bloßen Rohstofflieferanten zugeordnet. Doch die Schwäche seiner Industrie und die zu starke indische Konkurrenz bei den Fertigprodukten führte dazu, dass Nepal in diese Rolle gedrängt wurde und zu einem wohlfeilen Absatzmarkt für indische Produkte wurde. Nichttarifäre Handelshemmnisse taten das ihre zum schlechten Abschneiden der nepalischen Exporte Richtung Indien. Ein chronisches Handelsbilanzdefizit gegenüber Indien war die Folge.

- Enorme Bedeutung hatte Indien für Nepals ländliche Bevölkerung als Arbeitsmarkt. Die geringe Produktivität in der Landwirtschaft, wenig dynamische, alternative Wirtschaftszweige und die rasch wachsende Bevölkerung zwangen immer mehr Arbeit suchende Nepali ins Ausland. Die offene Grenze zu Indien zwang sie in schlecht entlohnte Jobs in der Landwirtschaft, in Fabriken und als *Gurkha*-Söldner in der indischen Armee. Junge Frauen fanden Beschäftigung als Dienstmädchen und zwangsweise auch in indischen Bordellen. Die Überweisungen der nepalischen Arbeiter aus dem Ausland sind heute die wichtigste Devisenquelle des Landes.



Indiens Rolle für die nepalische Wirtschaft ist von überragender Bedeutung. So ist Nepals Regierung seit den 60er Jahren bemüht, das Übergewicht Indiens in seinen Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland auszugleichen. Dies gelang zum Teil dank der wachsenden Auslandshilfe, mit welcher es Importe aus anderen Ländern vergüten konnte.

Gleichzeitig konnte Nepal seine Exporte diversifizieren. Anfang der 80er Jahre war der indische Anteil am nepalischen Außenhandel auf 50% gesunken, im Jahr 2000 auf 30%. Massenkongsumgüter und Kapitalgüter etwa fürs Bauwesen werden nach wie vor primär aus Indien bezogen. Insgesamt führte die liberale Handelspolitik mit Indien, die im Zuge des Ausbaus der SAARC noch verstärkt wird, zu einer ungesunden Entwicklung: dem Aufbau einer eigenen Industrie wurde zuwenig Aufmerksamkeit geschenkt, während viel an Unternehmertätigkeit und Kapital in den Handel floss. Seine Exportchancen gegenüber Indien konnte Nepal aus Mangel an eigenem Kapital und technischem *Know How* zu wenig nutzen, während zunehmend indisches Kapital nach Nepal fließt und die Abhängigkeit verstärkt.

Eine Trendwende in den indisch-nepalischen Beziehungen bedeutet das Handelsabkommen von 1996. In Nepal hergestellte Waren können nun präferenziell nach Indien ohne jegliche Barrieren exportiert werden. Dies verlieh Nepals Exporten nach Indien neuen Auftrieb und nahm die Wirkung des geplanten SAFTA (*South Asia Free Trade Area*) vorweg. Aufgrund der indisch-pakistanischen Rivalität tritt die SAARC als auch die SAFTA derzeit auf der Stelle. Doch auch wenn sie zum gemeinsamen Markt nach dem Muster der EU oder ASEAN ausgebaut würde, wird Indien der logische Hauptpartner Nepals bleiben. Ein besonderes Gewicht hat dabei die Hauptressource Nepals, das Wasser.

Indien, Nepal und die Wasserkraft



Die indisch-nepalischen Wasserdispute haben eine lange Geschichte. Beide Länder haben ein Interesse daran, Nepals ungeheure Wasserressourcen für die Bewässerung und Elektrizitätsgewinnung zu nutzen. Die während des Monsuns regelmäßig überfluteten Regionen des Gangesbeckens möchten die Gangeszuflüsse aus Nepal dringend regulieren. Für diese drei Zwecke werden regelmäßig große

Staudammprojekte angepeilt. Dabei betrachtet sich Nepal als Eigentümer des zu nutzenden Wassers, kann aber größere Staudämme und Kraftwerke nur mit ausländischer Hilfe bauen. Westliche Geber und internationale Organisationen finden sich aber nur zur Finanzierung von Großprojekten bereit, wenn die Zustimmung Indiens vorliegt. Allein Indien kann nämlich den in Nepal produzierten Strom abnehmen und die langfristige Rentabilität eines solchen Projektes sichern. Zudem fehlt Nepal auch die technische Kompetenz, die zahlungskräftigen Abnehmer in Industrie und Gewerbe, um Großprojekte in eigener Regie durchzuführen. Nepal kann wiederum die finanziellen Lasten der Wasserregulierung nicht alleine tragen.

In dieser Situation versucht Indien, Nepal mit großen Kraftwerksprojekten zu locken, will aber die Wasserregulierung nicht mitfinanzieren. Indien hat immer wieder den Bau großer Dämme vorgeschlagen. Doch aus ökologischen und sozialen Gründen steigt in Nepal die Opposition gegen den Bau großer Dämme. Die Umsiedlung zehntausender Menschen aufgrund der Überflutung ihrer Dörfer

Das Mahakali-Abkommen - Wurde Nepal gelinkt?

Ein Musterbeispiel für die verkorkte Beziehung zwischen Indien und Nepal ist das Mahakali-Wassernutzungsabkommen von 1996. Der Mahakali, ein Zufluss des Ganges, bildet die westliche Grenze Nepals gegen Indien und wird von beiden Ländern beansprucht. Kathmandu und Delhi trafen 1996 eine Übereinkunft für ein Großprojekt zur Stromgewinnung, Bewässerung und Wasserregulierung (zur Verhinderung von Überschwemmungen flussabwärts). Auch die leidigen, für Nepal nachteiligen Effekte des Sarada-Bewässerungssystems und des Tanakpurdamms werden mit diesem Vertrag nachträglich legitimiert. So bezieht Indien dank des Sarada-Damms seit 75 Jahren 15 mal mehr Wasser zu Bewässerungszwecken als Nepal. Das Tanakpur-Kraftwerk liefert Nepal 7 Megawatt Strom im Jahr auf eine Gesamtproduktion von 120 Megawatt. Der dazu nötige Damm war von Indien während der Wirren des demokratischen Frühlings 1990 illegal auf nepalischem Boden errichtet worden.

Mit dem neuen Vertrag wird ein Megaprojekt in Pancheshor besiegelt. Ein Damm mit 315 Metern Höhe soll 6.480 Megawatt Strom erzeugen und 1,7 Millionen Hektar Land bewässern. Schon 1996 wurden seine Kosten mit 3 Milliarden Dollar veranschlagt, doch bis heute ist der Bau nicht in Angriff genommen worden. Die nepalische Regierung gaukelt der Bevölkerung den Traum vom schnellen Reichtum dank Wasserkraft vor. 313 Millionen Dollar soll allein der jährliche Stromexport nach Indien in die nepalischen Kassen bringen. Doch während Näheres zu den Lieferbedingungen noch nicht geregelt ist, steht fest: Indien ist der einzige mögliche Abnehmer des Stroms und wird in den Preisverhandlungen die Oberhand behalten.

Bei der Bewässerung dasselbe Bild: die Regierung Nepals gibt selbst zu, dass 99% des Wassers laut Mahakali-Abkommen auf indische Felder fließen wird. Bei der Wasserregulierung wird Indien im Jahr 3 Millionen Dollar verdienen, Nepal nur 0,7 Millionen. Diese Verteilung der Nutzen steht in keinem Verhältnis zur Aufteilung der berechneten Kosten. 960 Millionen Dollar soll Indien und 246 Millionen Nepal übernehmen: also trägt Indien nur das Vierfache der Baukosten, obwohl sein Nutzen 93 mal höher liegt als jener Nepals. Darüberhinaus ist das Abkommen voller Tücken: Wasserrechte, Rücktrittsrechte, Ressourcenbeiträge, Produktimplementierung - eine Menge von wichtigen Aspekten sind immer noch umstritten. Obwohl die Regierungen und Parlamente beider Länder das Abkommen bereits abgesegnet haben, streitet man sich zur Zeit noch um die geplante Kapazität des Stausees und die Dammhöhe.

Indien kann den Strompreis diktieren, da es Nepal vertragsgemäß verboten ist, den Strom an Dritte zu verkaufen. Nepal selbst kann mangels Kaufkraft diesen Strom gar nicht abnehmen, obwohl der Westen des Landes den Strom dringend nötig hätte. Aus nepalischer Sicht ein Abkommen mit vielen Pferdefüßen.

hat schon mehrfach enormen Protest provoziert. Zudem lässt die schnelle Versandung der Staubecken durch die materialreichen Himalaya-Flüsse die Dämme schneller unrentabel werden. Dabei wäre die Stromproduktion aus der Wasserkraft - auch nach dem Beispiel der prosperierenden Stromzusammenarbeit zwischen Indien und Bhutan - die potenziell ergiebigste Ressource des Landes überhaupt. Dieser komplexe Zusammenhang wird überschattet vom tiefen Misstrauen, das Nepal nach manch schlechten Erfahrungen mit Indien in der Nutzung der Wasserkraft herausgebildet hat. Einige Beispiele:

1. Das Erste Mahakali-Abkommen von 1950 ist ein Symbol für das gegenseitige Misstrauen. Es war für Nepal insgesamt ungünstig, da auf nepalischer Seite sehr wenig Land bewässert wird, und führte zu territorialen Differenzen längs dieses Grenzflusses im Westen Nepals. Grenzsteine waren weggeschwemmt worden und man hatte einfach vergessen, rechtzeitig die Grenze nachzumarkieren.
2. In den 90er Jahren konnte Nepal für das tiefer im Himalaya gelegene Karnali-Chisopani-Projekt das Interesse ausländischer Investoren gewinnen. Da jedoch Indien als Großkunde nicht mitspielte, zogen sich die Investoren zurück.
3. Größte Bedeutung maß Nepal der Nutzung des Arun-Flusses bei. Als die Finanzierung des Arun-III-Staudammprojektes durch die Weltbank scheiterte, vermutete man in Nepal wiederum die unsichtbare Hand Indiens dahinter. Dieses Laufkraftwerk hätte nämlich vor allem den nepalischen Binnenmarkt bedient.
4. Beim Karnali-Projekt wäre die Nutzung des gestauten Wassers für Bewässerungszwecke für Nepal sehr ungünstig ausgefallen.
5. Der Kosi und der Narayani waren Gegenstand weiterer Abkommen für Bewässerungsprojekte. Da der Großteil des Wassers nach Indien umgeleitet wird, fühlte sich Nepal nachträglich benachteiligt.

Immer noch setzt man in Nepal auf große Kraftwerksprojekte, aber wenige Orte sind dafür wirklich geeignet. Indien wartet ab, da es weiß, dass Nepal ohne indisches Kapital und Stromkonsum die Projekte nicht realisieren kann. Doch große Dämme liegen nicht unbedingt im Interesse der Bevölkerung, da nur zu Spitzenzeiten viel Strom erzeugt wird. In Trockenzeiten liegt der Strombedarf dagegen in Indien höher. Fließkraftwerke wären also sinnvoller, wofür schon 30 potenzielle Standorte ausfindig gemacht worden sind. Vieles, was Indien braucht, kann mit kleinen Dämmen erfüllt werden. Somit liegt es an Nepal, seine Prioritäten anders zu setzen und Verhandlungen gleichgewichtig zu führen. Zwar waren die indischen Unterhändler im Verhandeln meist cleverer. Nachträglich versuchte Nepal öfters, geschlossene Abkommen zu revidieren. In der Folge

waren beide Seiten Verlierer, da nichts mehr weiter ging, die Projekte verschoben wurden und die Kosten noch höher stiegen.

Die Zukunft der indisch-nepalischen Beziehungen



Die von Indien finanzierte Janakpur-Bahn

Die 2. Hälfte des vorigen Jahrhunderts hindurch waren Nepals Beziehungen zum „großen Bruder“ Indien durch ein Grundlagenabkommen geprägt. Das indisch-nepalische Freundschafts-abkommen von 1950 hat nicht nur den Zorn der Maoisten erregt, sondern in den Augen vieler Nepali Indiens koloniale Interessen gegenüber Nepal verdeutlicht. In diesem Abkommen ist vorgesehen, dass die Staatsbürger des jeweiligen Partnerlandes bezüglich

Wohnsitz, Eigentumsrechten, Handelslizenzen und Arbeitsmarkt wie die eigenen Staatsbürger behandelt werden. Für Nepal hat sich diese Regelung als ungünstig herausgestellt.

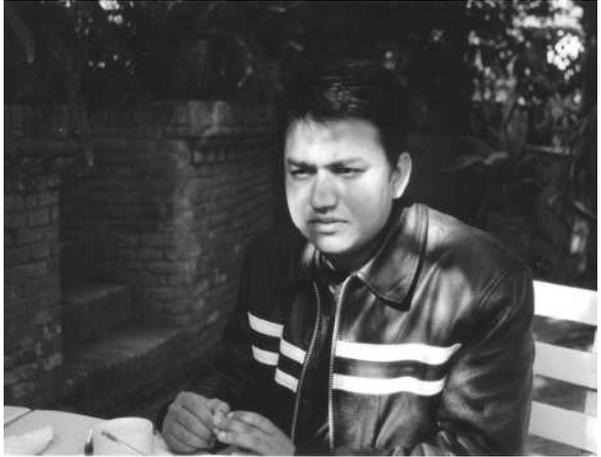
Nepals Freiheit, sich die besten Partner und Strategien für seine Entwicklung zu wählen, ist durch dieses Abkommen immer begrenzt worden. Die demokratischen Regierungen der 90er Jahre empfanden das Abkommen zunehmend als Belastung. Immer wieder forderte die Opposition, Nepal müsse sein Verhältnis zu Indien den neuen Gegebenheiten anpassen. Doch wenn in absehbarer Zeit beide Länder der WTO (Welthandelsorganisation) und einer südasiatischen Freihandelszone beitreten, müsste die Abschaffung des Freundschaftsvertrags nicht mehr nachteilig sein. In der WTO werden einem geringst entwickelten Land wie Nepal ohnehin die besten Bedingungen eingeräumt. Überhaupt hat sich das internationale Umfeld in den letzten beiden Jahrzehnten zugunsten des „kleineren Bruders“ verbessert. Die neue, 1990 etablierte Demokratie hat den Staat in seinen Beziehungen zu den Nachbarn eine neue Legitimität verliehen. Im Rahmen der sog. „Gujarat-Doktrin“ hat sich Indien bereit erklärt, in seiner Außenpolitik den Interessen der kleinen Nachbarländer entgegenkommen zu wollen. Dies wird für Nepal insbesondere in der gemeinsamen Nutzung der Wasserressourcen des Himalaya von größter Bedeutung sein, durch gegenseitige Blockade lag dieses Potenzial bereits zu lange brach. Andererseits hat sich China immer mehr zur kapitalistischen Großmacht entwickelt und dem Weltmarkt geöffnet.

Tun sich also neue Chancen auf, sich aus der zu engen Umarmung durch den „großen Bruder“ Indien zu befreien? Inwiefern hängen die indisch-nepalischen Beziehungen vom Verhältnis Indiens zu China ab? Als China und Indien noch in harter Konkurrenz standen, war Nepals Rolle als Pufferstaat bedeutsamer. Immerhin ersparte sich Indien die Absicherung von weiteren 1000 Kilometern Grenze im Himalaya. Da Indien und China sich nun annähern, ist ein „Puffer“ nicht mehr nötig. Doch Nepal beharrt auf seiner Neutralität. Es hat die Annexion von Kaschmir und Sikkim genausowenig akzeptiert wie die Besetzung Tibets. Doch auch wenn China den gesamten indischen Subkontinent als indische Einflusszone anerkennen würde, würde Nepal sich nicht damit abfinden, unter indischer Hegemonie zu existieren. Die Beziehung zu China hat es aber bisher kaum nutzen können, um seine wirtschaftliche Abhängigkeit von Indien zu reduzieren. Wenn die drei Länder es nun schaffen, trilateral zusammenzuarbeiten, könnte dies Nepal ungeahnte Möglichkeiten erschließen.

Indien ist und bleibt in Nepals Außenpolitik die entscheidende Größe und Nepal muss diese Beziehung als Ressource zum Wohl seiner Bevölkerung begreifen. Vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet erwartet sich Nepal von Indien mehr Entgegenkommen. Die Kritik am übermächtigen Nachbarn entstammt in Nepal aber auch der innenpolitischen Konkurrenz: es lohnt sich, sich in der Opposition nationalistischer zu geben. Mehr nationaler Konsens bezüglich der legitimen Erwartungen gegenüber Indien not. Nun hat Nepal heute vor allem in seinem Inneren zu kämpfen, um sich als Staat zu behaupten. Interne Faktoren schwächen in dieser Phase der nepalischen Geschichte das Land weit mehr als äußere, etwa der von den Maoisten angeprangerte „Imperialismus“. Nepal muss heute - wie andere der Gruppe der geringst entwickelten Länder - für sein wirtschaftliches Überleben um seinen Anteil an den Weltressourcen kämpfen und um die Nutzung der eigenen Ressourcen mit den Nachbarstaaten und internationalen Organisationen verhandeln. Auch eine „maoistische Volksrepublik“ hätte keine andere Wahl. Das demokratische Nepal konnte seinen geringen Entwicklungsstand, gemessen an den wesentlichen Faktoren menschlicher Entwicklung (z.B. dem *Human Development Index*, vgl. Anhang IV) bisher nicht überwinden. Die wachsende Ungleichheit zwischen den sozialen und ethnischen Gruppen schwächt die Stabilität der Gesellschaft, die hartnäckige, weitverbreitete Armut unterminiert die wirtschaftliche Entwicklung, der innere militärische Konflikt verursacht riesige Schäden und bindet die für die Entwicklung dringend benötigten Ressourcen. Dies schwächt Nepals außenpolitische Handlungsfähigkeit. Wenn der Volkskrieg weiter eskaliert, könnte der „große Bruder“ seine Hilfe aufdrängen, und würde das nicht bloß als brüderliche Hilfe verstehen.

15. Wohin treibt Nepal?

„Ich sehe keine Gemeinsamkeiten zwischen den Maoisten und dem König. Eine 'aktive Monarchie' werden die Maoisten nie akzeptieren. Die Armee ist bisher vom König kontrolliert worden und die Ranas, Thapas und Shahs stellten stets die höheren Ränge. König Gyanendra will nicht alles aus der Hand geben. Wenn die Volksbefreiungsarmee



Teil der Armee werden soll, müsste sie sich diesen Kreisen unterwerfen. Das ist nicht machbar. Die Maoisten wollen nur unter der Bedingung militärischer Stärke in die Parlamentspolitik zurück. Warum hätten sie denn sonst 1995 nicht als Partei weitermachen sollen?“

Shudin Sharma, Journalist beim *Himal Magazine*, Kathmandu

15. Wohin treibt Nepal?

Seit 13 Jahren besteht in Nepal eine parlamentarische Demokratie: eine konstitutionelle Monarchie, eine demokratische Verfassung, ein Parteiensystem, eine vielfältige Medienlandschaft, eine unabhängige Justiz, eine Kultur der Weltoffenheit mit enger Einbindung in regionale und globale Gemeinschaften. Die nepalische Bevölkerung genoss in den 90er Jahren, nach fast 220 Jahren absoluter Monarchie seit der Staatsgründung 1769, das erste Jahrzehnt demokratischer Freiheiten. Und doch: seit sieben Jahren lodert der „Volkskrieg“, der inzwischen das ganze Land erfasst hat.

Seit dem Kollaps des realen Sozialismus in Osteuropa 1989/90 hat sich die Linke weltweit von dieser Art von Sozialismus distanziert. Auch Chinas Kommunistische Partei verabschiedete sich nach und nach von Maos Theorie und Politik: ein marktwirtschaftliches System unter der Regie der Einheitspartei hielt Einzug und Maos „permanente Revolution“ ist schon ferne Geschichte. Vom revolutionären Sozialismus, aber auch zum Export seiner revolutionären Erfahrung will das offizielle China nichts mehr wissen. Heute spielt sich auf der Weltbühne der Siegeszug des Kapitalismus ab, der alternativen Formen wirtschaftlicher Regulierung und staatlicher Herrschaft nur mehr wenige Nischen zugesteht. Aber das Potenzial politischer Wirksamkeit des Marxismus scheint sich solange nicht erschöpft zu haben, als in verschiedenen Weltgegenden soziale Gegensätze so akut werden, dass größere Bevölkerungsgruppen in Gewalt den einzigen Ausweg sehen. 1981 gab es in Nepal zwei Millionen Bauern ohne Land, 2001 bereits 5 Millionen. Der Anteil der absolut Armen an der Bevölkerung strebt der 50%-Marke zu und zur Verelendung der Landbevölkerung in weiten Gebieten gesellt sich der ethnische Konflikt. Diese strukturelle Gewalt ist der wesentliche Ansatzpunkt der nepalischen Maoisten: den jetzt siebenjährigen Volkskrieg verstehen sie als Widerstand der „unterdrückten Klassen“ und Befreiungskampf.

Enttäuschte Erwartungen

Die Chancen und Möglichkeiten, die die demokratische Wende 1990 für Nepal eröffnet hat, sind nur sehr ansatzweise verwirklicht worden. Das frühere parteilose Panchayat-System hatte die Mehrheit der Bevölkerung nicht vertreten. Entwicklung als selbsttragender Prozess, der der gesamten Bevölkerung zu einem Minimum an Existenzsicherheit und Wohlstand verhilft, hat sich in dieser Zeit noch nicht eingestellt. Das Panchayat-System war ein im Kern autoritäres Regime, das einen Teil der Elite kooptiert hatte. Politische Massenbewegungen

konnten in dieser Zeit ebensowenig entstehen wie eine Kultur demokratischer Beteiligung an der Macht. Die rückständige Wirtschaftsstruktur war durch die oberflächliche Modernisierung nicht aufgebrochen worden und die für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung nötige Transformation in der Sozialstruktur fand nicht statt. So besteht in Nepal heute neben der Mehrheit der bäuerlichen Bevölkerung eine zahlenmäßig nur geringe Industriearbeiterschaft und eine schmale städtische Mittelschicht. Das Regime kontrollierte bis Ende der 80er Jahren die wichtigsten Staatsapparate: Armee, Polizei, Justiz und Verwaltung. Die konstitutionelle Monarchie musste dem Königshaus der Shah in langen Auseinandersetzungen abgerungen werden. Die Kritik am Panchayat-System kam vor allem aus der gebildeten Mittelschicht und seitens der „modernen Bürokraten“, die städtischen Mittelschichten trugen die Volksbewegung zur Wiedereinführung der Demokratie. Doch gibt es eine soziale Basis für eine noch radikalere „sozialistische“ Alternative?



Das Militär begräbt gefallene Maoistenkämpfer

Nach dem Demokratischen Frühling 1990 gab es eine grundlegende Kontinuität darin, dass die Politik in den Händen der städtischen Elite blieb. „Alter Wein in neuen Schläuchen“ nannten es sinngemäß die Maoisten und sahen die Notwendigkeit für eine „neue demokratische Revolution“. 1990 setzte die

Bevölkerung ihre Hoffnungen auf wirtschaftliche Entwicklung und ein bisschen Wohlstand in die bekannten demokratischen Parteien, die mit Versprechungen nicht geizten: Landreformen, Gesundheit und Bildung für alle, Freiheit von Schuldknechtschaft, soziale Sicherheit und mehr Arbeitsplätze, alles höchst berechnete Erwartungen. Doch diesen Zielen sind die demokratischen Regierungen in 12 Jahren nur wenig nahe gekommen. Kein Wunder, dass Ernüchterung und Enttäuschung über die konkreten Ergebnisse der neuen Demokratie um sich griffen. Effizienter Einsatz knapper Mittel, gute Verwaltung, korrekte Amtsführung war verlangt. Stattdessen zeichnete sich die Verwaltung in Kathmandu durch Korruption bis hinauf zur Ministerebene, Verschwendung und Klientelismus aus. Die Parteien drängten in die Verwaltung, Posten, Aufträge und Steuereintreibungskonzessionen wurden nach politischen Kriterien vergeben, und die Politiker zweigten ihre Finanzmittel aus öffentlichen Kassen ab.

Die Demokratie Nepals blieb an der Oberfläche, da sie einer ganzheitlichen Entwicklung des Landes nicht verpflichtet war. Die volle Liberalisierung der Wirtschaft hat die Fähigkeit des Staates geschwächt, „Entwicklung“ in Gang zu setzen und zu steuern. Schöne Pläne, Strategien und Dokumente gibt es in Nepals Regierungskultur zuhauf. Was fehlt, ist der politische Wille zu ihrer Umsetzung und die dazu nötige technische Infrastruktur. Grundlegende öffentliche Dienste und öffentliche Infrastrukturen für alle blieben zu oft Flickwerk. Überdies sind die dezentralen Regierungsebenen mit gewählten Kommunal- und Distrikträten vernachlässigt worden. Dafür gibt es über 8.000 anerkannte Nichtregierungsorganisationen, die sich um nahezu alle öffentlichen Belange kümmern. Sie haben viel guten Willen und Ideen, aber zu wenig Macht und zu wenig Mittel, um die Lebensbedingungen der Menschen flächendeckend zu verbessern, genausowenig wie die zahlreichen ausländischen Nichtregierungsorganisationen mit ihren Geberländer eine schlecht funktionierende öffentliche Verwaltung ersetzen können: Entwicklungshilfe als Alibi für den schwachen Staat. Schließlich mangelt es in Nepal an einem weiteren Grunderfordernis, nämlich an Institutionen, die die Bürgerbeteiligung fördern und Rechtsstaatlichkeit gewährleisten.

Alte Klassen- und Kastenstrukturen haben die neue demokratische Regierungsform überlebt. Ein politischer Prozess, der zu sozialem Ausgleich führt, ist nicht erkennbar. Nepals herrschende Elite begreift den Staat nicht als aktive Entwicklungsinstanz für alle sozialen Gruppen, sondern als Selbstbedienungsladen. Von daher rührt die tiefe Verstimmung unter der chronisch armen Landbevölkerung und den zu kurz gekommenen Städtern. Und

auch etwas weniger Korruption und etwas mehr Effizienz in öffentlichen Infrastrukturprojekten würde wenig daran ändern. Im demokratischen Prozess fand diese weitverbreitete Frustration bisher kaum Ventile, vielmehr wurde sie von radikalisierten Minderheiten aufgegriffen, die sich ihrerseits von den demokratischen Institutionen nichts versprachen. Das politische System scheint mehr schlecht als recht die Interessen der städtischen Mittelklasse auszudrücken, nicht aber die Bedürfnisse die überwiegenden Mehrheit der Landbevölkerung. Die Maoistenbewegung spiegelt diesen Bruch zwischen Erwartungen und Realität, zwischen formaler und konkret gelebter Demokratie. Die maoistische Gewalt gleicht einer fehlgeleiteten Katharsis eines politischen Systems, das zur Selbstreinigung nicht fähig war.

Die Spirale der Gewalt

Nepals Entwicklung hat in den letzten sieben Jahren einen selbstzerstörerischen Verlauf genommen: machthungrige Politkommissare einer geschichtlich diskreditierten Ideologie, geschützt von Genossen im indischen Exil, haben einer frustrierten Jugend zu Waffen verholfen. Da „Klassenfeinde“ in Nepal so klar nicht ausgemacht werden können, werden - neben Soldaten und Polizisten - Regierungsbeamten, Parteiaktivisten, gewählte Vertreter von Kommunen nachts aus ihren Häusern geholt und umgebracht. Meist stammen die Opfer aus denselben sozialen Gruppen wie die Aufständischen selbst. Vom Beginn des Aufstands im Februar 1996 bis zum Waffenstillstand Ende Jänner 2003 haben laut INSEC, dem bestinformierten Menschenrechtsinstitut in Kathmandu, 7.436 Menschen ihr Leben verloren.

Bedrängt von revolutionären Kräften erlebt Nepals Demokratie in diesen Jahren ihre bisher ernsteste Krise. In der Bekämpfung des Maoistenaufstands tritt die Regierung die Menschenrechte mit Füßen. Zwar scheinen viele Nepali den König und seine Regierung in der militärischen Linie zu unterstützen. Aber wenn ganze Gebiete heute unter der militärischen Repression leiden, wird dies für spätere demokratische Regierungen schwere Folgen haben. Wenn nur mehr das Gesetz von Gewalt und Vergeltung das Land beherrscht, werden morgen andere zu den Waffen greifen. Natürlich muss man dafür zuallererst die Maoisten verantwortlich machen, diesen Krieg begonnen zu haben. Sie haben das Land so geschwächt, wie es kein äußerer Feind hätte tun können. Sie haben die Armee förmlich gezwungen, einzugreifen und gegen das eigene Volk vorzugehen. Dies kann auch dazu führen, dass die Armee im zukünftigen Nepal eine Rolle spielt, die sie bisher nie hatte.



Bei Überfall in Arghakanchi getötete Polizisten

Erste Friedenshoffnungen keimten im Juli 2001 auf, als die Regierung Deuba und die Maoistenführung den ersten Waffenstillstand vereinbarten. Schon vorher schrieb der Maoistenchef Prachanda: „Unsere Leitprinzipien zur Frage der Verhandlungen sind die Erfahrungen und Schlussfolgerungen aus dem Brest-Litowsk-Abkommen unter Lenins Führung und die Chunking-Verhandlungen unter Maos Führung“ (in: *A World to Win*, Magazin des *Revolutionary International Movement*, Mai 2001). Beide waren Momente, in welchen die Bolschewiken und Mao Friedensgespräche führten, aber für die eigentliche Offensive rüsteten. Diese Strategie scheint hinter den viermonatigen Friedensgesprächen vom Juli bis zum November 2001 gesteckt zu haben, und die

Provokation der Armee gehörte wohl zum Programm der maoistischen Volkskriegsstrategie. Ob sich dies wiederholt und die Maoisten auch am Jahresbeginn 2003 bloß wieder Zeit für Reorganisation und Aufrüstung brauchen?

Seit der Erklärung des Ausnahmezustands im November 2001 sind die Angriffe der Maoisten noch brutaler geworden: Attentate auf zivile Einrichtungen, Landminen gegen Busse, Einschüchterung ganzer Dörfer, Fememorde und mehrere Großangriffe auf Militärlager in verschiedenen Distrikten. Landesweite *bandh* - bewaffnete Streiks - lähmen immer wieder das öffentliche Leben. Der Verkehr kommt zum Erliegen, weil die Menschen Racheanschläge der Maoisten fürchten. Sie sind die harsche Antwort auf die Ausgangssperren des Militärs bei Nacht. Dieses ist seit November 2001 im Einsatz gegen die Aufständischen mit katastrophalen Folgen. 2001-2002 waren die blutigsten Jahre in der Geschichte Nepals seit dem Krieg gegen die Kolonialmacht England 1814-16. Laut Regierung in Kathmandu wurden allein im Jahr 2002 über 4.000 „Maoisten“ getötet, doch Amnesty International geht in seinem letzten Bericht vom 19.12.2002 davon aus, dass gut die Hälfte dieser Opfer unbeteiligte oder

zumindest unbewaffnete Zivilisten waren. Wenn die Regierung die Eskalation des Konfliktes wollte, hat sie ihr Ziel erreicht. Und so kann Nepal in kurzer Zeit zu einem zweiten Kaschmir werden: Tausende von Angehörigen unschuldiger Opfer haben ein neues Motiv, zu den Waffen zu greifen, nämlich Vergeltung.

Langfristige Folgen des Konflikts

5.431 der 7.413 bisherigen Opfer des Volkskriegs (Stand 13. Februar 2003) gehen auf das Konto der staatlichen Sicherheitskräfte, vor allem der Armee, die seit dem 26. November 2001 im Einsatz steht. Die vorangegangenen Repressionskampagnen der Polizei - Operation Romeo und Kilo Sierra II – wa-

Auszug aus dem Bericht von Amnesty International



Seit November 2001 hat die Bevölkerung Nepals ein unerhörtes Maß politischer Gewalt erfahren. Ende Oktober 2002 hat, laut Angaben des Innenministeriums und der Königlichen Armee, die Zahl der im Krieg seit November 2001 Getöteten 4.366 erreicht. In den fünf Jahren zuvor waren rund 2.700 Personen umgekommen. Gemäß dieser Quellen waren 4.050 der 4.366 „Maoisten“. AI ist der Auffassung, dass es sich bei

mindestens der Hälfte dieser Fälle um extralegale Morde handelt hat. Die große Mehrheit der Opfer waren Zivilisten, die für Unterstützer der CPN (Maoist) gehalten wurden; andere waren Maoisten, die gezielt nach der Gefangennahme exekutiert oder getötet wurden, obwohl sie sich bereits ergeben hatten. Darüberhinaus ist Folterung weit verbreitet.

Mindestens 66 Personen sind seit November 2001 „verschwunden“, nachdem die Sicherheitskräfte sie abgeführt hatten. Die Gesamtzahl der „Verschwundenen“, die AI seit Ausbruch des Volkskriegs hinterbracht wurden, beläuft sich auf über 200.

Die Menschenrechtsverletzungen der Maoisten betreffen den Mord an geschätzten 800 Zivilisten, die als „Feinde der Revolution“ betrachtet wurden; Entführung zur Gelderpressung, Folter von Gefangenen und Exekution von Sicherheitskräften nach der Gefangennahme. Die Maoisten sind auch verantwortlich für die Rekrutierung von Kindersoldaten und dem Einsatz in Gefechten.

Der vollständige Report unter: www.amnesty.org

ren dagegen vergleichsweise harmlos. Seit Erklärung des Ausnahmezustands und Verabschiedung des Antiterror-Gesetzes hatten Armee und Polizei in der Aufstandsbekämpfung nahezu freie Hand und haben jede Art von „zivilem Kollateralschaden“ wissentlich und mit politischer Deckung in Kauf genommen. Dafür gerade stehen muss auch der König, der schließlich Oberkommandierender der Streitkräfte ist. Der staatliche Gegenterror treibt den Maoisten neue Kräfte zu. Viele Guerrilleros kämpfen nur deshalb, weil Angehörige oder Freunde von der Armee ermordet wurden, weil sie selbst ohne Grund bedroht und vertrieben wurden, weil sie in Polizeihaft misshandelt und gefoltert wurden. Wenn die Sicherheitskräfte weiterhin über ihr Vorgehen keine Rechenschaft abzulegen haben, wird die Gewalt gegen die Zivilbevölkerung völlig unkontrollierbar, und es droht ein neues Guatemala oder El Salvador. Die ganze nepalische Gesellschaft wird davon langfristig betroffen sein. Es gibt gute Gründe über die langfristigen Folgen der Tötung unzähliger Dorfbewohner in den Bergen des mittleren Westens Nepals besorgt zu sein. Wieviele extralegale Morde geschahen, wer sie verübte, wo sich die Verschwundenen befinden und wer dafür verantwortlich ist, wird nicht mehr festzustellen sein. Umso schwieriger wird es hernach sein, zur Normalität zurückzukehren. Wenn die Verantwortlichen straflos bleiben und die Verbrechen unter den Tisch gekehrt werden, wird dies neuen Hass und neue Gewalt erzeugen.

Nepal war nie ein Eldorado der Menschenrechte gewesen. Während der 30 Jahre Panchayat-Zeit war die Bevölkerung vom autokratischen Regime eingeschüchtert worden. Sogar nach dem demokratischen Frühling 1990, der laut offiziellem Regierungsbericht 45 Tote forderte, wurden keine rechtlichen Schritte gegen die Verantwortlichen getroffen. Im Gegenteil: sie erhielten gut dotierte Staatsposten. Die Botschaft war: Menschenrechtsverletzungen können auch unter demokratischen Verhältnissen ungestraft bleiben. Hunderttausende Nepali leben heute in Angst und Schrecken, Felder liegen brach, Transportwege sind abgeschnitten, die Menschen wandern ab und die Unterernährung nimmt zu. Die Fortschritte im Bildungsstrukturen und im Gesundheitssystem sind in den Aufstandsgebieten zunichte gemacht worden, wirtschaftlich ist das Land um viele Jahre zurückgeworfen worden. Zahllose größere und kleinere Entwicklungsprojekte sind zum Stillstand gekommen, ungeheurer Schaden an ziviler Infrastruktur ist angerichtet worden. Aber entscheidend ist das Leben, die Freiheit und die Würde der Menschen in den Kriegsgebieten: „Was wird die Welt sagen, wenn sie herausfindet, was hier geschehen ist?“, sagt Subodh Pyakhurel, Vorsitzender des INSEC, „Wir werden uns schämen müssen.“



In verschiedenen Gebieten des mittleren Westen wird man schnell als Maoist verdächtigt.

Worauf wollen die Maoisten hinaus?

Die militärische Strategie der Maoisten scheint zwei Hauptziele zu verfolgen: zum einen versuchen sie eine große „befreite Zone“ als Rückzugsgebiet aufzubauen, von dem aus eventuell eine Gegenregierung ausgerufen werden kann. Dies wird umso schwieriger, je eher die Armee ihre volle Luftüberlegenheit ausspielt. Zum andern haben die Maoisten fast im ganzen Land eine Terrorkampagne in Gang gesetzt, die die Regierung unter Druck setzen soll. Staatseinrichtungen werden attackiert, Morde an Polizisten und hohen Polizeibeamten verübt, nicht genehme Zivilisten als „Informanten“ oder „Klassenfeinde“ beseitigt, Bomben in öffentliche Gebäude in den Städten gelegt. Im Herbst 2002 zeigte der Aufstand immer mehr ein Gesicht des Terrors und der Einschüchterung.

„Wir haben erfolgreiche Angriffe auf Distrikt- und Zonenhauptquartiere der Armee mit ganzen Brigaden im Westen und im Osten des Landes durchgeführt. Kleinere Angriffe führen wir in allen 75 Distrikten durch. Daraus kann man leicht auf unsere militärische und logistische Stärke schließen“, sagt Baburam Bhattarai, der Chefideologe der Maoisten (vgl. den Exkurs, S.44). Der Aufstand



Von Maoisten zerstörtes VDC-Gemeindehaus in Patli Keth, im Hintergrund der Dhaulagiri

scheint militärisch nicht zu brechen zu sein. Zudem sollen die Maoisten zu Südasiens reichsten Guerrillabewegungen gehören. Die Aufrüstung beider Seiten wird den Volkskrieg noch verlustreicher machen. Mao Tse Tung trieb seinerzeit einen Volkskrieg voran, um das Volk auf seine Seite zu bringen. Nepals Maoisten terrorisieren das Land, um mit der Regierung aus einer Position der Stärke heraus zu verhandeln.

Was streben die Maoisten als Kriegsziel eigentlich an? Das 40-Punkte-Programm vom Februar 1996, das der Regierung in Kathmandu mit einem Ultimatum vorgeknallt wurde, ist längst kein Thema mehr. Aber mit dem „Königsputsch“ vom 4. Oktober 2002 steht die maoistische Forderung nach einer Umwandlung des Staates in eine Republik wieder im Raum. Bis Jänner 2003 rückten die Maoisten von drei Kernforderungen als Bedingung für Verhandlungen nicht ab: die Einberufung eines Runden Tisches aller politischen Kräfte, die Einsetzung einer Interimsregierung und Wahlen zu einer verfassunggebenden Versammlung. Eigentlich also nur mehr Forderungen nach bestimmten demokratischen Verfahren, die nicht so abwegig sind, wenn man bedenkt, dass Nepal niemals eine verfassunggebende Versammlung noch eine Volksabstimmung über die Verfassung erlebte. Angeblich bestehen die Maoisten



Die Armee patrouillierte 2002/03 auch in Kathmandu.

nicht mehr auf der Beseitigung der parlamentarischen Demokratie und sind zu inhaltlichen Kompromissen bereit. Eine aus allen Parteien gebildete Interimsregierung sollte die Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung vorbereiten, in der dann auch die Maoisten vertreten wären. Eine qualifizierte Mehrheit hätte in dieser Versammlung über die neue Verfassung zu bestimmen und das Volk in einer Abstimmung zu entscheiden. Würden die Maoisten dieses Ergebnis nicht akzeptieren, sie hätten jede demokratische Legitimation verloren.

Dennoch wehren sich Anfang 2003 die meisten Parteien gegen die Wahl einer verfassunggebenden Versammlung. Sie haben allerdings derzeit einen beträchtlichen Mangel an Legitimation, zumal das Parlament im Mai 2002 aufgelöst worden ist und Neuwahlen auf unbestimmte Zeit verschoben worden sind. Der König hingegen hat mit einem verfassungswidrigen Akt am 4. Oktober 2002 eine Regierung seiner Wahl eingesetzt. Er scheint begriffen zu haben, dass Wahlen, ob zu einem Parlament oder zu einer verfassunggebenden Versammlung, nur mit Zustimmung und Teilnahme der Maoisten durchzuführen sind; auf der anderen Seite aber auch die Maoisten das Ergebnis dieser Wahlen und des nachfolgenden Prozesses der Verfassungserarbeitung akzeptieren müssen. Man traut ihm jetzt eine aktive Rolle im Friedensprozess zu. Aber gerade die künftige

Haben Sie Maoisten getroffen?

„Haben Sie denn keine Maoisten getroffen?“ Diese Frage wurde mir häufig von anderen Freiwilligen des Peace Corps in Nepal gestellt. Natürlich hatte ich. Ich lebte drei Tage entfernt von der nächsten Straße in einer Gegend, die jetzt zur östlichen Hochburg der Maoisten wird, und konnte die Entwicklung des Maoistenaufstands mit eignen Augen beobachten. Die Wucht der Revolte, die Träume von Reformen war in den Osten gedrungen, nachdem in verschiedene Gebiete im fernen Westen Landbesitzer, Polizisten und Regierungsbeamte, die ihre Macht missbraucht hatten, vertrieben worden waren.

Wenig später wurden diese Hoffnungen enttäuscht. Während der zwei Jahre, die ich in Kandbari verbracht hatte, stieg die Sympathie für die Maoisten immer mehr an. Überall in Nepal haben arme Kleinbauern Grund und Boden unrechtmäßig verloren. Beamte hatten Gelder für die Dorfgemeinschaften unterschlagen. Die Polizisten waren oft betrunken und gewalttätig. Die großen Worte über Fairness und Intoleranz gegen Korruption gab den Menschen Hoffnung, die sich nach Veränderung sehnten, nicht nur die Armen. Auch die Intoleranz gegen Korruption gab den Menschen Hoffnung, die sich nach Veränderung sehnten, nicht nur die Armen. Auch die Intellektuellen in meinem Dorf, die die wachsende Ungleichheit und Klassenunterschiede sehen, waren kurzzeitig beeindruckt von diesem Versprechen von mehr Gleichheit.

Wir alle kannten Menschen, deren Leben unerträglich schwer war. Ein Ehemann verließ seine Frau und ihr Kind zugunsten einer anderen Frau. Von Gesetz wegen kann die Frau kein Landeigentum haben. Sie schämte sich vor ihrer Gemeinschaft und weiß nicht mehr, wie sie ihr Kind ernähren soll, obwohl ihr Mann einer der reichsten Männer des Dorfs ist. Die Maoisten kamen in der Nacht und „überzeugten“ ihn, Alimente für sein Kind zu zahlen. Ihr Leben änderte sich schlagartig über Nacht. Ein ganzes Dorf war bei einem Geldverleiher verschuldet, der Schritt für Schritt das ganze Land aufkaufte. Bei einer Zinsrate von 60% ist es schwierig, sich jemals von den Schulden zu befreien. Die Maoisten „überzeugten“ den Geldverleiher, einige Schulden zu erlassen und seine Zinsen zu senken, wodurch das Dorf gerettet war. Wenn man dort lebt, ist es schwer, diese Aktionen als Akte von subversiven Terroristen zu begreifen, obwohl sie auch schon Polizeistationen gesprengt und Dorfvorsteher umgebracht hatten. Ich war mit dieser Vorgangsweise nicht einverstanden, aber ich konnte die Frustration der Menschen verstehen, die einige von ihnen zu diesen Aktionen getrieben hatte.

Ich war betroffen von der Ungleichheit in der nepalischen Gesellschaft und hatte nur zwei Jahre dort verbracht. Menschen, die ihr Leben in sozialer Ungerechtigkeit und Korruption verbringen, können mit der Aussicht auf eine neue soziale Ordnung leicht verführt werden, auch wenn diese dann trügerisch ist.

Die Maoisten waren durchschnittliche Leute aus der Dorfgemeinschaft. Es konnten auch keine Fremden aus anderen Distrikten sein, die stundenlang in der Dunkelheit

wandern können, um der Polizei einen Hinterhalt zu legen, oder mitten in der Nacht Häuser aufsuchen. Es ist der Mann vom Buchladen an der Ecke, der Textilienhändler dort, das junge Mädchen, deren Mutter immer gelitten hatte, weil es unehelich zur Welt gekommen war, der Bauernsohn, der sich nicht auf fremdem Land zugrunde-schufte wollte.

Ich kenne jeden einzelnen und ich bin sicher, dass sie Maoisten sind. Von einem weiteren Dutzend nehme ich es stark an. Sie sind alle - oder waren es - ganz normale Leute aus unserem Dorf, die mit uns Tee tranken, die Sorgen der Armen weitergaben und auf eine Chance der Veränderung warteten. „Haben Sie denn keine Maoisten getroffen?“ Natürlich habe ich.

Deana Zabaldo, Entwicklungshelferin aus den USA

Rolle des Königs steht zur Diskussion, wenn die Maoisten nicht ihr Gesicht verlieren sollen.

Endlich Waffenstillstand, doch wie geht es weiter?

Seit Amtsantritt am 4. Oktober 2002 beteuerte die neue Regierung Chand, dass der Konflikt nur durch Dialog gelöst werden könne. In der Praxis geschah das Gegenteil. Die Regierung arbeitet intensiv an der Aufrüstung von Polizei und Armee. Aus Belgien trafen Anfang 2003 5.500 Sturmgewehre ein, die USA sagten für 2003 neue Militärhilfe in Höhe von 17 Millionen US-Dollar zu, nachdem 2002 20 Millionen US-Dollar ausgezahlt worden waren. Neue Kampfhubschrauber aus Indien sind unterwegs, aber ein direktes Eingreifen der indischen Armee zugunsten der Regierung in Kathmandu ist nicht anzunehmen: angesichts des belasteten Verhältnisses zwischen beiden Ländern würde fast jeder Nepali dies als höchst unpatriotische Haltung und Bankrotterklärung Nepals empfinden. Doch scheint es der nepalischen Militärführung klar geworden zu sein, dass auch eine Aufstockung der nepalischen Armee auf das Vierfache, nämlich auf 200.000 Mann - wie von amerikanischen Beratern vorgeschlagen - weder mittelfristig undurchführbar noch zielführend wäre. Die maoistische Volksbefreiungsarmee ist so gut verankert und gerüstet, dass der Konflikt in kurzer Zeit in die Dimension des Kriegs in Kaschmir oder Sri Lanka eskalieren könnte.

Auf Seiten der Aufständischen scheint man eines der wichtigsten Zwischenziele erreicht zu haben: mit dem Königshaus und der Regierung aus einer Position der Ebenbürtigkeit verhandeln zu können. Am 29. Jänner 2003 kam es, dank der Vermittlung einiger Menschenrechtsorganisationen, zu einem überraschenden

Durchbruch. In einem Treffen mit dem König stimmten die Maoistenführer Prachanda und Baburam Bhattarai einem Waffenstillstand zu. Die internationale Fahndung nach den führenden Maoisten mit Kopfgeldern wird ausgesetzt. Friedensgespräche werden vorbereitet, doch der Weg zum Frieden ist mehr als steinig. Bald werden die entscheidenden Differenzen zwischen dem König, den Parteien und den Maoisten aufbrechen.

Um dauerhaften Frieden zu erreichen, muss das Königshaus sich von den traditionellen Eliten in Armee, Polizei und Bürokratie lösen und die Exekutive den gewählten Vertretern des Volks überlassen. Die traditionellen Eliten Nepals haben sich nicht erst seit 1990 zu Lasten der Mehrheit an Armen bereichert. Deshalb wird die neue Verfassung klare Regeln finden müssen, wie den Reichen, Mächtigen, Privilegierten Grenzen gesetzt werden. Neben der sozialen Gerechtigkeit fehlen auch wichtige Regeln für einen besseren Ausgleich zwischen Mehrheits- und Minderheitenethnien und zwischen den Regionen. Jahrhundertalte Diskriminierung lässt sich nicht durch schöne, papierene Absichtserklärungen in der Verfassung überwinden. Schließlich haben die Parteien, vor allem jene, die die Regierungen stellten, mit sich ins Gericht zu gehen. Die Ergebnisse der ersten 12 Jahre Tätigkeit waren mehr als kläglich.



Armeehubschrauber in Liwang, Distrikt Rolpa

Zum militärischen Patt hat sich eine politische Pattsituation gesellt. Die vom König eingesetzte Übergangsregierung und die großen Parteien sind sich zutiefst uneinig über die weitere Vorgangsweise. Premierminister Chand hat klar gestellt, dass die Monarchie und die Mehrparteien-Demokratie nicht zur Disposition stehen. Der Westen und Indien haben klar gemacht, dass sie eine konstitutionelle Rolle des Königs im Rahmen einer parlamentarischen Demokratie unterstützen. Ein „Runder Tisch“ mit allen politischen Kräften des Landes einschließlich der Maoisten soll in den nächsten Monaten die Bedingungen für langfristigen Frieden und den Inhalt der Reformen abklären. Dann soll eine verfassungsgebende Versammlung gewählt werden. Der König hat jetzt eine entscheidende Rolle. Der Preis für den Frieden wird Änderungen in der Verfassungsordnung einschließen, die seine Stellung im Staat betreffen. Mit einem Butterbrot werden sich die Aufständischen nicht abspesen lassen können.

„Oh, 500 Gewehre aus Belgien sind für unsere Sicherheit eingetroffen!“



Aus: *The Kathmandu Post*

Eine maoistische Diktatur in Nepal in einer Zeit, in der selbst die Volksrepublik China zu ihrem ideologischen Übervater auf Distanz geht, scheint selbst für die Maoisten nicht das eigentliche Kriegsziel zu sein. Der „Prachandapfad“ ist eher ein Glaubensbekenntnis als eine Ideologie. Aber werden die halb indoktrinierten jungen Guerrilleros, die Jahre in den Wäldern verbracht haben, den Revolutionsführern die Stange halten, wenn sie unvermeidlichen Kompromissen für eine politische Lösung

zustimmen? Wird die geschundene Zivilbevölkerung in den Aufstandsgebieten zum demokratischen Alltag zurückkehren und einfach alle Verbrechen der Armee vergessen können? Welchen Einfluss können Maoisten auf politischem Feld ausüben, wenn sie einmal die Gewehre aus der Hand gelegt haben? Die Rückkehr zu Vernunft und Besonnenheit, Mäßigung und Versöhnung ist umso schwerer, je länger die Gewalt wütet. Und wenn die vielen Ursachen für den Volkskrieg nicht ernsthaft an der Wurzel angegangen werden, werden sich frustrierte Nepali bald wieder fragen: „Wozu haben wir diese Opfer gebracht?“

Zeittafel

Vorgeschichte

Die frühe Geschichte Nepals liegt noch weitgehend im dunkeln. Die Urbevölkerung hatte eigene Religionen oder wurde später buddhistisch. Einwanderungseliten aus Indien brachten den Hinduismus mit und ergriffen im Lauf der späteren Jahrhunderte die Macht in zahlreichen Fürstentümern. Bis 1768 hieß nur das Kathmandu-Tal Nepal.

563 v.C.: Siddharta Gautama, der spätere Buddha, wird in Lumbini im Süden Nepals geboren.

400-879 n.C.: Lichchavi-Königreich.

879-1200 n.C.: Übergangszeit, Dutzende von Kleinkönigreichen, kaum Aufzeichnungen.

1200-1482: frühes Königreich der Malla-Dynastie im Kathmandu-Tal. Einführung der hinduistischen Kastenordnung.

Ende des 12. Jh., 1349 und 1359: Moslem-Invasionen aus Indien.

1482-1768: Späte Malla-Zeit

1494: Vorfahren der heutigen Shah-Dynastie wandern ein.

1559: Drabya Shah erobert Gorkha.

1768: Prithvi Narayan Shah erobert von Gorkha aus Kathmandu-Tal. Das heutige Nepal entsteht.

1787-1792: Krieg gegen Tibet.

1794-1816: Kurzfristige Eroberung von Gebieten bis Kaschmir (Westen) und Sikkim (Osten).

1814-1816: Krieg mit Britisch-Indien um Gebiete im Terai

1846: Die Rana-Familie putscht sich an die Macht und errichtet ein erbliches Premierministeramt.

1854-1856: Zweiter Krieg gegen Tibet.

1951: Sturz des Rana-Regimes. Shah-König Tribhuvan gewinnt mit Hilfe Indiens die Macht zurück. Er stirbt 1955. Nachfolger wird Sohn Mahendra. Die Kongress-Partei, die Rana-Machthaber und der König bilden ein Übergangstriumvirat.

1959: Erste freie Parlamentswahlen Nepals. Die Kongress-Partei gewinnt eine Zweidrittelmehrheit und stellt den Premierminister B.P. Koirala. 100.000 Tibeter und der Dalai Lama fliehen nach der chinesischen Besetzung Tibets nach Indien und Nepal. Entlang der tibetischen Grenze, von Dolpo bis nördlich von Kathmandu, beginnt ein 15-jähriger Kleinkrieg tibetischer Khampas gegen die tibetische Besatzungsmacht.

1960: König Mahendra putscht, verbietet die Parteien und lässt alle wichtigen Politiker verhaften.

1962: Einführung des Panchayat-Systems, einer Art Räte-System, bei dem alle Macht beim König liegt.

1972: Mahendra stirbt. Sein Sohn Birendra wird König (Krönung 1975).

1979-1980: Besonders heftige Unruhen führen zu einer Volksabstimmung, in der ein reformierendes Panchayat-System gegen die Option einer pluralistischen Demokratie siegt.

1990: ein fünfzig-tägiger Volksaufstand, wird zunächst blutig unterdrückt, führt aber am 8. April zum Erfolg. Der König wird gezwungen, wieder Parteien zuzulassen, das Panchayat-System abzuschaffen und eine neue demokratische Verfassung einzuführen. Im November 1990 wird die neue Verfassung vom König in Kraft gesetzt.

1991: im Mai werden die zweiten freien Parlamentswahlen Nepals abgehalten. Es siegt die Kongresspartei, zweitstärkste Kraft werden die Kommunisten.

1994-95: Die vorgezogenen Neuwahlen werden von der Kommunistischen Partei Nepals gewonnen, die vom November 1994 bis zum September 1995 regiert.

1995: Die Wahlen von 1994 werden vom Höchstgericht annulliert, das alte Parlament wird wieder ins Amt gehoben. Die Regierungen wechseln alle paar Monate mit unterschiedlichsten Koalitionen.

1996: Am 13. Februar erklärt die Maoistische Partei Nepals nach einem Ultimatum den „Volkskrieg“.

1999: Die dritten freien Parlamentswahlen bescheren der Kongresspartei wiederum eine Mehrheit. Sie stellt bis Oktober 2002 die Regierungen.

2001: Am 1. Juni sterben bei einem Amoklauf des Kronprinzen Dipendra 10 Mitglieder der Königsfamilie, darunter der König und die Königin. Auf den Thron folgt der Bruder des Königs Birendra, Gyanendra, der bis heute regiert. Im Juli einigt sich die Regierung Deuba mit der Maoistenführung auf einen Waffenstillstand. Verhandlungen dauern bis November, die von den Maoisten am 23. November einseitig abgebrochen werden. Am 26. November 2001 erklärt die Regierung den Ausnahmezustand, die Armee tritt offiziell in den Krieg zur Bekämpfung des Aufstands ein.

2002: Das blutigste Jahr in der jüngeren Geschichte Nepals. Über 5.000 Menschen kommen im Volkskrieg um. Im Mai 2002 löst Premierminister das Parlament auf und kündigt vorgezogene Neuwahlen im November an. Seine Partei, die Kongresspartei spaltet sich. Am 4. Oktober wird er von König Gyanendra wegen Inkompetenz entlassen und mit dem Panchayat-Politiker Lokendra Chand ersetzt. Der Terror der Maoisten ergreift das Kathmandu-Tal, die Wahlen werden verschoben.

2003: Am 29. Januar einigen sich der König, die Regierung Chand und die Maoistenführung auf einen Waffenstillstand und den Beginn von Friedensverhandlungen.

Anhang I

Leitprinzipien des Staates (Teil N der Verfassung des Königreichs Nepal)24. Anwendung der Leitlinien und Politik

- (1) Die in diesem Teil vorgegebenen Prinzipien und politischen Maßnahmen können vor keinem Gericht eingeklagt werden.
- (2) Die in diesem Teil vorgegebenen Prinzipien und politischen Maßnahmen sind grundlegend für die Regierungstätigkeit des Staates und werden schrittweise durch Gesetze im Rahmen der im Lande verfügbaren Mittel und Ressourcen verwirklicht.

25. Leitprinzipien des Staates:

- (1) Der Staat hat das oberste Ziel der Förderung der sozialen Wohlfahrt auf der Basis einer offenen Gesellschaft, indem in allen Aspekten des Lebens der Nation ein gerechtes System eingeführt wird, auch in der sozialen, ökonomischen und politischen Sphäre durch den Schutz des Lebens, des Eigentums und die Freiheit aller.
- (2) Der Staat hat im Wirtschaftsleben das Ziel, die Volkswirtschaft in ein unabhängiges, selbsttragendes System zu verwandeln, indem verhindert wird, dass die verfügbaren Ressourcen in einem begrenzten Teil der Gesellschaft konzentriert werden; indem dafür gesorgt wird, dass die wirtschaftlichen Gewinne gleichmäßig verteilt werden; indem verhindert wird, dass irgendeine Klasse oder Individuum durch eine andere ausgebeutet wird und indem den nationalen privaten und öffentlichen Unternehmen eine bevorzugte Förderung zugeachtet wird.
- (3) Der Staat hat in der Sozialpolitik das Ziel, ein gesundes soziales Leben zu entfalten auf der Grundlage der Gerechtigkeit und Moral, indem alle Arten ökonomischer und sozialer Ungleichheit eliminiert werden. Dies ist möglich durch die Entfaltung von Harmonie zwischen den verschiedenen Kasten, Stämmen, Religionen, Sprachen, Rassen und Gemeinschaften.
- (4) Der Staat hat die Verantwortung, Bedingungen zu gewährleisten, damit alle in den Genuss der Früchte der Demokratie kommen, indem Möglichkeiten für die größtmögliche Beteiligung des Volkes an der Regierung geschaffen werden. Dies soll durch Dezentralisierung der Verwaltung geschehen. Die allgemeine Wohlfahrt soll gefördert werden durch den Schutz der Menschenrechte und die Erhaltung des Friedens und der Ordnung in der Gesellschaft.
- (5) In seinen internationalen Beziehungen soll der Staat vom Ziel geleitet werden, die nationale Würde in der Staatengemeinschaft zu fördern, im

Verein mit der Erhaltung der Souveränität, Integrität und Unabhängigkeit des Landes.

26. Staatliche Politik:

- (1) Der Staat soll eine Politik der Hebung des Lebensstandards der Allgemeinheit verfolgen im Wege der Entwicklung der Grundstrukturen der öffentlichen Bildung, Gesundheit, Wohnung und Beschäftigung der Menschen aller Regionen durch die gleichmäßige Verteilung der öffentlichen Investitionen zwecks einer ausgewogenen Entwicklung aller geografischen Regionen des Landes.
- (2) Der Staat soll zwar die kulturelle Vielfalt des Landes erhalten, aber eine Politik zur Stärkung der nationalen Einheit umsetzen, indem gesunde und herzliche Beziehungen zwischen den verschiedenen Religionsgemeinschaften, Kasten, ethnischen und sprachlichen Gemeinschaften der Gesellschaft gefördert werden ebenso wie die Sprache, Literatur, Schrift, Kunst und Kultur aller.
- (3) Der Staat soll eine Politik der Mobilisierung der natürlichen Reichtümer des Landes betreiben in einer Weise, die den Interessen des Landes nützt und zugutekommt.
- (4) Der Staat soll dem Umweltschutz Priorität verleihen und Schaden aufgrund von Entwicklungsbemühungen vermeiden. Zu diesem Zweck soll die Bewusstseinsbildung der Allgemeinheit bezüglich der sauberen Umwelt gestärkt werden. Der Staat soll besondere Maßnahmen zum Schutz der seltenen Tiere, der Vegetation und der Wälder ergreifen.
- (5) Der Staat soll durch Erhöhung der Produktivität in der Landwirtschaft die Bedingungen für wirtschaftlichen Fortschritt für die Mehrheit der von der Landwirtschaft abhängigen Bevölkerung schaffen, indem Landreformprogramme durchgeführt werden.
- (6) Der Staat soll die Beteiligung der Arbeitnehmer, die das sozioökonomische Rückgrat der Gesellschaft bilden, an der Führung der Unternehmen fördern, indem Garantien für die Beschäftigung und geschaffen und ihre Rechte und Interessen geschützt werden.
- (7) Der Staat soll in seiner Politik Möglichkeiten zur größtmöglichen Beteiligung der Frauen an den Zielen der nationalen Entwicklung bieten, indem besondere Maßnahmen für ihre Bildung, Gesundheit und Beschäftigung getroffen werden.
- (8) Der Staat soll alle nötigen Maßnahmen zum Schutz der Rechte und Interessen der Kinder treffen, indem sie vor Ausbeutung jeder Art geschützt werden und stufenweise ein Programm kostenloser Bildung verwirklicht wird.
- (9) Der Staat soll in seiner Politik mit besonderen Maßnahmen für Bildung,

Gesundheit und soziale Sicherheit, Schutz und Wohlfahrt der Waisen, der hilflosen Frauen, der alten Menschen und der behinderten und arbeitsunfähigen Personen sorgen.

- (10) Der Staat soll eine Politik zur Hebung des Lebensstandards der sozial und ökonomisch rückständigen Stämme und Gemeinschaften betreiben, indem spezielle Maßnahmen für ihre Bildung, Gesundheit und Beschäftigung getroffen werden.
- (11) Der Staat soll, um die allgemeine Prosperität des Landes zu sichern, der Entwicklung der Wissenschaft und Technologie Priorität geben, in Verbindung mit der nötigen Berücksichtigung der Entwicklung lokaler Technologien.
- (12) Der Staat soll mit seiner Politik ausländisches Kapital und Technologie anziehen, indem einheimische Investitionen im Sinne der nationalen Entwicklung gefördert werden.
- (13) Der Staat soll eine Politik der Beschleunigung der Entwicklung der ländlichen Gebiete betreiben, wobei die Wohlfahrt der Mehrheit der ländlichen Bevölkerung im Auge behalten werden muss.
- (14) Der Staat soll - im Prozess der Gewährleistung von Gerechtigkeit für alle - eine Politik des freien Rechtsbeistands für alle benachteiligten Personen für ihre rechtliche Vertretung innerhalb des Rechtsstaates sorgen.
- (15) Die Außenpolitik Nepals soll von den Prinzipien der UN-Charta geleitet werden, vom Prinzip der Blockfreiheit, *Panchsheel* (5 Prinzipien), internationalen Gesetzen und Glauben an den Weltfrieden.
- (16) Der Staat soll sich in seiner Politik ständig um die Sicherung des Friedens in Nepal bemühen durch internationale Anerkennung, durch die Förderung der Zusammenarbeit und freundschaftliche Beziehungen in wirtschaftlichen, sozialen und anderen Aspekten auf der Grundlage der Gleichberechtigung mit freundlich gesinnten Nachbarn und allen anderen Ländern der Erde.

Anhang II

Die 40-Punkte-Forderungsliste der CPN (Maoist) vom 4. Februar 1996*Forderungen bezüglich Nationalismus*

1. Alle ungerechten Abkommen Abkommen und Vereinbarungen einschließlich des indisch-nepalischen Freundschaftsabkommens von 1950, müssen gekündigt werden.
2. Das Mahakali-Wassernutzungsabkommen, am 15. *Magh* 2052 (1996) von den Regierungen Indiens und Nepals unterzeichnet, ist in besonderer Weise anti-national und auf lange Frist gefährlich. Es muss sofort annulliert werden.
3. Die offene Grenze zwischen Nepal und Indien muss kontrolliert und überwacht werden. Fahrzeuge mit indischer Kenntafel, die in Nepal verkehren, müssen sofort verboten werden.
4. Das Gurkha-Rekrutierungszentrum muss geschlossen werden. Es muss innerhalb des Landes für Beschäftigung für die nepalischen Bürger gesorgt werden.
5. Den nepalischen Arbeitern muss in verschiedenen Sektoren des Arbeitsmarktes Vorrang eingeräumt werden. Sollte ein ausländischer Arbeitnehmer für besondere Aufgaben beschäftigt werden müssen, muss eine Arbeitsgenehmigung ausgestellt werden.
6. Die Hegemonie der Ausländer in Nepals Industrie, Handel und Wirtschaft im allgemeinen muss beendet werden.
7. Eine Zollpolitik muss für eine eigenständige Volkswirtschaft entwickelt und umgesetzt werden.
8. Die imperialistische und expansionistische kulturelle Verschmutzung und Intervention muss beendet werden. Der Import von qualitätslosen indischen Filmen, Zeitungen und Magazinen muss sofort unterbunden werden.
9. Die Intervention von Imperialisten und expansionistischen Kräften unter dem Deckmantel von NROs und internationalen Nicht-Regierungsorganisationen muss beendet werden.

Forderungen bezüglich der Interessen des Volkes

10. Eine vom Volk gewählte Versammlung soll zwecks Errichtung einer Volksrepublik eine neue Verfassung erstellen.
11. Alle Vorrechte des Königs und der Königsfamilie müssen abgeschafft werden.

12. Die Armee, die Polizei und die Verwaltung müssen unter die Kontrolle des Volkes gestellt werden.
13. Das Gesetz für öffentliche Sicherheit und alle anderen unterdrückenden Gesetze müssen abgeschafft werden.
14. Alle Gefangenen aus Rukum, Rolpa, Jajarkot, Gorkha, Kavre, Sindhupalchowk, Sindhuli, Dhanusa, Ramechhap und anderen Distrikten, die aus Gründen politischer Vergeltung mit falschen Anklagen belastet worden sind, müssen unverzüglich freigelassen und die falschen Anklagen müssen archiviert werden.
15. Die bewaffneten Operationen der Polizei, die Repression und der Staatsterror, der in verschiedenen Distrikten im Gange ist, müssen sofort gestoppt werden.
16. Es muss eine unparteiische gerichtliche Untersuchung eingeleitet werden zum Verbleib von Dilip Chaudhary, Bhuwan Thapa Magar, Pravakar Subedi, die in Polizeihaft verschwunden sind. Die Verantwortlichen müssen streng bestraft, den Familien der Opfer muss eine Entschädigung gezahlt werden.
17. Diejenigen, die in der Volksbewegung zu Tode gekommen sind, sollen zu Märtyrern und Märtyrerfamilien erklärt werden. Die Verwundeten und Behinderten müssen entschädigt und die Mörder streng bestraft werden.
18. Nepal soll zu einem säkularen Staat erklärt werden.
19. Die eigentumsrechtliche Diskriminierung von Frauen muss beendet werden. Töchtern und Söhnen muss dasselbe Erbrecht am Eigentum der Eltern gewährt werden.
20. Jede Art von Unterdrückung aufgrund der Klassenzugehörigkeit muss enden. Autonomie muss dort gegeben werden, wo ethnische Gruppen in großer Mehrheit siedeln.
21. Die Diskriminierung der Dalits muss beendet werden. Die Praxis der „Unberührbarkeit“ muss abgeschafft werden.
22. Allen Sprachen des Landes muss gleiches Recht und gleiche Förderung zuerkannt werden. Es muss dafür gesorgt werden, dass die Schulbildung bis einschließlich der Oberstufe in der Muttersprache erfolgen kann.
23. Das Recht auf Meinungs- und Ausdrucksfreiheit muss voll und ganz gewährleistet sein. Regierungsmedien müssen gänzlich autonom sein.
24. Es muss akademische Freiheit für Intellektuelle, Literaten, Künstler und Kulturschaffende im allgemeinen geben.
25. Die regionale Diskriminierung zwischen den Berggebieten und dem Flachland muss beendet werden. Rückständigen Gebieten muss regionale Autonomie gewährt werden. Gleichgewicht muss gewahrt werden zwischen Dörfern und Städten.

26. Die lokalen Körperschaften müssen mit Macht und Ressourcen ausgestattet werden.

Forderungen bezüglich der Lebensgrundlagen

27. Das Land muss jenen gehören, die es bearbeiten. Der feudale Landbesitz soll enteignet und an die Landlosen verteilt werden.
28. Das Eigentum der Finanzmakler und Kapitalisten soll beschagnahmt und verstaatlicht werden. Das unproduktiv eingesetzte Kapital soll zur Industrialisierung des Landes verwendet werden.
29. Es muss eine Arbeitsplatzgarantie für alle geschaffen werden sowie eine Erlaubnis, Arbeitnehmer aufzunehmen.
30. Der Mindestlohn für Arbeitnehmer in Landwirtschaft, Industrie und anderen Sektoren muss festgelegt und tatsächlich eingehalten werden.
31. Es müssen geeignete Lösungen für landlose Siedler gefunden werden. Sofern keine Alternative angeboten wird, muss ihre Umsiedlung von ihrem jetzigen Wohnort gestoppt werden.
32. Armen Bauern sollen ihre Schulden erlassen werden. Die Rückzahlung der Kredite, die Kleinbauern von der Landwirtschaftlichen Entwicklungsbank aufgenommen haben, soll erlassen werden.
33. Saatgut und Düngemittel müssen billig sein. Den Bauern muss ein fairer Preis und Markt für ihre Produkte geboten werden.
34. Es muss für Hilfsprogramme in den Überschwemmungs- und Dürregebieten gesorgt werden.
35. Es muss für freie, kostenlose Bildung und Gesundheitsfürsorge gesorgt werden.
36. Die Preise müssen kontrolliert werden. Löhne und Gehälter müssen erhöht und die Güter des täglichen Grundbedarfs müssen billig und erschwinglich sein.
37. Es muss Zugang zu sauberem Trinkwasser, befahrbaren Straßen und elektrischem Strom in jedem Dorf geben.
38. Die Kleinindustrie und das Handwerk müssen geschützt werden.
39. Korruption, Schwarzmarkt, Schmuggel und Auftragschmiergelder müssen beendet werden.
40. Diese Maßnahmen müssen sofort umgesetzt werden.

Anhang III

Grundlegende Indikatoren menschlicher Entwicklung in Südasien(aus dem *Human Development Report Nepal 2001* des UN-Programms für Entwicklung)

	Indien	Pakistan	Bangladesh	Nepal	Sri Lanka	Bhutan	Malediven	Südasien	Entwicklungsländer
Bevölkerung (in Mio.; Jahr 2000)	1014	138	129	24	19	2,1	0,3	1326	4867
Bevölkerungswachstumsrate 1995-2000	1,7	2,6	1,6	2,7	1,1	3,1	3,7	1,8	1,8
Lebenserwartung 1999	63	65	59	58	74	62	65	62,9	63
Alphabetisierung in % der Erwachsenen	56,5	45	40,8	40,4	91,4	42	96,2	42	65
Alphabetisierung der Frauen (1999)	44,5	30	29,3	22,8	88,6	30	96,2	42	65
Einschulungsgrad aller Schulstufen 1999	56	40	37	60	70	33	77	52,6	61
Kindersterblichkeit (auf 1000 Lebendgeburten)	70	84	58	75	17	80	60	69,6	63
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (1999 in US-Dollar)	440	470	370	220	820	510	1200	437,9	1240
Wachstum des BIP 1998-99 in %	6,9	3,6	5	4,6	3,8	5,5	7,1	6,3	2,9
Reales BIP pro Kopf 1999	2248	1834	1483	1237	3279	1341	4423	1997,4	3530
Human Development Index (HDI) 1999*	0,571	0,498	0,470	0,480	0,735	0,477	0,739	0,554	0,647
Auf Geschlechtergleichheit bezogener HDI 1999*	0,553	0,466	0,459	0,461	0,732	0,444	0,735	0,535	0,634

- Der „Human Development Index“ (HDI) hat drei Komponenten: die Lebenserwartung bei der Geburt, den Bildungsstandard einschließlich des Alphabetisierungsgrads der Erwachsenen und der Schulteilnahme an allen drei Schulstufen, und das Einkommen. Der geschlechtsbezogene HDI berücksichtigt geschlechtsbezogene Daten hinsichtlich Lebenserwartung, Bildung und Einkommen.

Anhang IV

Trends in der menschlichen Entwicklung in Südasien(aus dem *Human Development Report Nepal 2001* des UNDP)

	Indien	Pakistan	Bangladesh	Nepal	Sri Lanka	Bhutan	Malediven	Südasien	Entwicklungsländer
- BIP pro Kopf 1973	130	130	80	90	230	-	-	126	880
- BIP pro Kopf 1999 (in US-Dollar)	440	470	370	220	820	510	1200	438	1240
Reales BIP pro Kopf									
- 1960	617	820	621	584	1389	-	-	648	790
- 1999	2248	1834	1483	1237	3279	1341	4423	2123,3	3530
- HDI Index 1960	0,206	0,183	0,166	0,128	0,475	-	-	0,204	-
- HDI Index 1999	0,571	0,498	0,470	0,480	0,735	0,477	0,739	0,554	0,647
Lebenserwartung									
- 1960	44	43	40	38	62	37	44	44	46
- 1999	63	65	59	58	74	62	65	63	61
Schulteilnahme auf allen Schulstufen									
- 1960	40	19	30	28	58	7	-	37	46
- 1999	56	40	37	60	70	33	77	52,6	61
Alphabetisierungsgrad Erwachsene									
- 1970	34	21	24	13	77	-	91	32	43
- 1999	56,5	45	40,8	40,4	91,4	42	96,2	53,9	73
Kindersterblichkeit									
-1960	144	139	151	212	90	175	158	144	137
- 1999	70	84	58	75	17	80	60	69,6	63
Fruchtbarkeitsrate									
- 1960	6	7	6,7	6	5,4	6	7	6,1	6
- 1999	3	4,8	3	4,3	2,1	5,3	5,2	3,2	2,9
Kinder bis 5 Jahre mit Untergewicht in% der Kinder insgesamt									
- 1975	71	47	84	63	58	-	-	69	40
- 1995-2000	53	26	56	47	34	38	43	49	29

Quelle: United Nations Development Program

Was ist „Human development“? Der erste Bericht zur Menschlichen Entwicklung des UNDP 1990 beschrieb diese mit den einfachen Worten: „Das Ziel der Entwicklung ist es, den Menschen ein langes, gesundes und kreatives Leben zu ermöglichen.“

Bibliografie:

- Kanak Mani Dixit, Shastri Ramachandaran (ed.), *State of Nepal*, Kathmandu 2002
- Martin Hoftun, Willma Raeper, John Whelpton, *People, Politics and Ideology*, Kathmandu 1999
- David Gellner, Joanna Czarnecka, John Whelpton, *Nationalism and Ethnicity in a Hindu Kingdom*, Amsterdam 1997
- Krishna B. Bhattachan, *Nepal: Minority Rights in a Predatory Nepalese State*, in: SAFHR, *Shrinking Space, Minority Rights in South Asia*, Kathmandu 1999
- Baburam Bhattarai, *Politico-economic Rationale for the People's War*, Kathmandu, 1998
- Laxmi K. Manandhar, Krishna B. Bhattachan (Ed.), *Gender and Democracy*, Kathmandu 2001
- David Reed, *Nepal*, Stefan Loose Verlag, Berlin 2000
- Ludmilla Tüting/Kunda Dixit, *Bikas-Binas - Development-Destruction*, München 1986
- Englischsprachige Tageszeitungen: *The Kathmandu Post*, *The Himalayan* (versch. Jahrgänge)
- Wochen- u. Monatszeitschriften: *The Nepali Times*, *Himal Magazin*, *Frontline* (Jahrgang 2002)
- Prabodh M. Devkota (FEDO), *Dalits of Nepal - Issues and Challenges*, Kathmandu 2002
- Harka Gurung, *Social Demography of Nepal*, Kathmandu 1998
- Centre für the Victims of Torture (CVICT), *Torture in Nepal*, Kathmandu 2000
- Ram Prasad Dahal, Laxman Gnawali, *An Introduction to Nepal*, Kathmandu 2002
- Rishikesh Shaha, *An Introduction to Nepal*, 2d edition, Kathmandu 2001
- Vincent Brossel, *Nepal four Months later: Consequences of the State of Emergency and of the Fight against „Maoist Terrorism“, Attacks on the Freedom of the Press*, March 2002
- INSEC (Informal Sector Services Institute), *Human Rights Yearbook 1996, 1997, 1998, 1999, 2000, 2001, 2002*, Kathmandu, entspr. Jahre 1996-2002
- INSEC, *INFORMAL Quarterly Magazin of INSEC*, Kathmandu, Jahrgänge 2000-2002

- Amnesty International, *Nepal - A spiralling human rights crisis*, London 4.4.2002, vgl.Website.
- Amnesty International, *Nepal: a deepening human rights crisis*, London 19.12.2002 (Website)
- Aditya M. Shrestha, *Bleeding Mountains of Nepal*, Kathmandu 1999
- P.M. Blaikie, John Cameron, John Seddon, *Nepal in Crisis: Growth and Stagnation at the Periphery*, Delhi 2001 (revisited edition)
- P.M. Blaikie, John Cameron, John Seddon, *The Struggle for Basic Needs in Nepal*, Delhi 2000
- Karl-Heinz Krämer, *Ethnizität und nationale Integration*, Beitr. Südasiens-Forsch., Steiner, 1996
- Rishikeshap Raj Regmi, *Dimensions of Nepali Society and Culture*, Kathmandu 1999
- Devendra Raj Panday, *Nepal's Failed Development - Reflections on the Mission and the Maladies*, Kathmandu 1999
- Dhruva Kumar, *Domestic Conflict and Crisis of Governability in Nepal*, Kathmandu 2000
- SAP Nepal, Prakash Shrestha (Editor), *Quest for Peace*, Kathmandu 2001
- G.N. Sharma, H. Uprety, D.R. Dahal, *Democratization in Nepal*, Kathmandu 2001
- CVICT, *Nepal's Penal System - An Agenda for Change*, Kathmandu 2002
- Various Editors (NEFAS), *Development Challenges for Nepal*, Kathmandu 2000
- Sancharita Sama, *Mother, Sister, Daughter, Nepal's Press on Women*, Kathmandu 2002
- Ananda Shrestha (editor), *The Role of Civil Society and Democratization*, Kathmandu 1998
- Kiyoku Ogura, *Kathmandu Spring: The People's Movement of 1990*, Kathmandu 2001
- *National Dalit Strategy Report, Part I: Situational Analysis of Dalits in Nepal; Part II: Long Term Strategies for Dalits Upliftment*, (Nat.Planning Commission), April 2002, Kathmandu
- ABC Nepal, *Red Light Traffic - The Trade in Nepali Girls*, Kathmandu 1996
- UNDP, *Nepal Human Development Report 2001*, Kathmandu 2002
- Mahan Dahal, *Development Challenges for Nepal*, NEFAS/Embassy of

Finland, Kathmandu 1999

- Indra Majupuria, *Nepalese Women*, M.Devi, Kathmandu 2001
- Anand Aditya (ed.), *The Political Economy of Small States*, (NEFAS/FES), Kathmandu 1997
- Forum for Women, Law and Development, *Discriminatory laws in Nepal and their impact on women*, Kathmandu, August 2000
- Dor Bahadur Bista, *People of Nepal*, Kathmandu 1996
- Hari Bansh Jha, *Profiles of Partnership, 50 Years of Nepal-India Cooperation*, Foundation for Economic and Social Change, Kathmandu 1998
- www.cwin-nepal.org (Das größte Kinderhilfswerk in Nepal)
- www.amnesty.org (Amnesty International)
- www.insec.org.np/ (Institute for Informal Sector Services, Kathmandu)
- www.nepalnews.com (allgemeines Portal verschiedener nepalischer Printmedien)
- www.maoism.org (Website der Maoistischen Internationale)
- www.nepalhmng-gov.np (Regierungs-Website, verschiedene Ministerien)
- www.nepalitimes.com (englischsprachige Wochenzeitung)
- <http://nepalresearch.com> (private Website mit versch. Inhalt)
- www.nefen.org (Nepal Federation of Nationalities, Verband der der indigenen Völker)
- www.fwld.org.np (Forum for Women, Law and Development, Frauenrechtsinstitut Kathmandu)
- www.info-nepal.com (allgemeines Informationsportal zu Nepal)
- www.kantipuronline.com (größte englischsprachige Tageszeitung Nepals)
- www.himalmag.com (englischsprachige Monatszeitung für Südasien, erscheint in Kathmandu)
- www.fesnepal.org (Friedrich Ebert-Stiftung, Kathmandu)
- www.tinepal.org/ (Transparency International - Nepal-Berichte)